



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Mediendiskurs Syrienkrieg: Die Wirklichkeitskonstruktionen in der Kriegsberichterstattung ausgewählter deutscher Printmedien“

verfasst von / submitted by

Koyupinar Devran, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe



## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe angefertigt, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und die den benutzten Quellen und Hilfsmittel wörtliche oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im Mai 2016

---

Devran Koyupinar



*Ignoti nulla curatio morbi –  
Versuche nicht zu heilen was du nicht verstehst  
(Łobaczewski 2014:13)*



## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	3
1. Diskurstheoretischer Hintergrund .....	7
1.1 Diskurstheoretische Ansätze .....	8
1.2 Diskursanalyse als angewandte Diskurstheorie.....	12
1.3 Diskurskonzept der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger .....	13
1.3.1 Macht-Wissen-Komplex.....	15
1.3.2 Mediendiskurs .....	17
1.3.3 Diskurswirkung: Normalismus und Kollektivsymbolik.....	18
Normalismus .....	18
Kollektivsymbole .....	19
1.4 Weiterführende Punkte zur KDA .....	22
2. Diskursebene der Medien im (produktiven) Machtnetz .....	24
2.1 Innerdiskursive Kräfteverhältnisse.....	24
2.2 Strukturen der Massenmedien .....	26
3. Medien und Öffentlichkeit .....	30
3.1 Öffentlichkeitskonzepte.....	30
3.1.1 Habermas: Der Strukturwandel der Öffentlichkeit.....	31
3.1.2 Luhmann: Öffentlichkeit und öffentliche Meinung.....	33
3.1.3 Noelle-Neumann: Die Schweigespirale.....	34
3.2 Funktionen der Massenmedien für die Öffentlichkeitsakteure.....	36
3.2.1 Soziale Funktionen .....	37
3.2.2 Politische Funktionen .....	38
3.2.3 Ökonomische Funktionen.....	39
3.2.4 Informationsfunktion.....	40

4. Krieg und Medien: Die „vierte Gewalt“ und ihre Rolle zu Kriegszeiten .....	41
4.1 Krieg als Medienereignis: Die Genese der Kriegskommunikation .....	42
4.1.1 Howard Russel und der Beginn des Pressekrieges .....	42
4.1.2 Der erste Weltkrieg und der Beginn von Propaganda .....	43
4.1.3 Der Zweite Weltkrieg und die Vervollkommnung der Propaganda .....	44
4.1.4 Der Vietnamkrieg als der erste Fernsehkrieg .....	44
4.1.5 Public Relations und Information Warfare.....	45
4.1.6 Symbiose von Krieg und Medien .....	46
4.2 Sprache des Krieges: Feindbilder in hegemonialen Medien .....	47
4.2.1 Framing, Moralisierung und der Dualismus Gut/Böse.....	49
4.3 Kritik an der „Vierten Gewalt“ .....	52
5. Zusammenschau der Theorie.....	53
6. Forschungsfragen .....	58
7. Empirischer Teil .....	59
7.1 Untersuchungsgegenstand .....	59
7.1.1 Der diskursive Raum .....	59
7.1.2 Untersuchungszeitraum und diskursiver Kontext.....	61
7.2 Methodisches Vorgehen: Kritische Diskursanalyse .....	64
7.2.1 Das Materialkorpus .....	65
7.2.2 Analyseinstrumentarien: Struktur- und Feinanalysen .....	66
7.3 Ergebnisse .....	69
Die Welt .....	71
Süddeutsche Zeitung .....	90
Junge Welt.....	104
Synoptisch vergleichende Analyse.....	118
8. Schlussbetrachtung und Kritik .....	125
9. Literaturverzeichnis.....	136

ANHANG.....	149
Anhang 1: Polithistorischer Hintergrund des Syrienkrieges .....	149
Anhang 2: Artikel des Dossiers (tabellarische Auflistung) .....	168
Anhang 3: Beispiele für KDA-Analysen (jeweils ein Artikel pro Publikationsmedium) .....	177
Anhang 4: Abstract.....	184
Anhang 5: Lebenslauf .....	185

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Das synchrone System der Kollektivsymbolik .....	20
Abbildung 2: Dossier: Artikel pro Zeitung .....	66
Abbildung 3: Verteilung der Textsorten.....	70

## Einleitung

Der im Februar 2011 angebrochene Krieg in Syrien ist im zeitlichen Kontext dieser Arbeit betrachtet ein medial omnipräsentes Thema. Neben dem medialen Interdiskurs wird dieser Thematik auch im wissenschaftlichen Spezialdiskurs große Aufmerksamkeit geschenkt<sup>1</sup>. In dieser Arbeit werden die Diskurse beider Diskursebenen ihren Raum finden. Der Wissenschaftsdiskurs wird dabei in Form einer Aufarbeitung des polithistorischen Hintergrundes und der Genese des Syrienkrieges dargelegt und soll der LeserInnenschaft, die an detaillierten spezialdiskursiven Hintergrundinformationen zur Thematik interessiert ist, die Möglichkeit bieten sich darin zu vertiefen (Anhang 1). Dieser klarifiziert sowohl die sozioökonomischen und politischen Wurzeln des Syrienkrieges, als auch die Rolle innersyrischer und internationaler Politakteure, die sie im Vorfeld und während des Syrienkrieges spiel(t)en (Reynaert 2011; Wagner 2012a; Wagner 2012b; Eckelt 2011, Hermann 2015 u.v.m.). Im Hinblick auf das Hauptinteresse der Arbeit, das in der Folge expliziert werden soll, dient der spezialdiskursive Exkurs als Orientierung im Koordinatensystem des Syrien-Krieges mit seinen facettenreichen historischen und jüngsten sozialen, politischen, historischen und ökonomischen Einbettungen.

Das erkenntnisleitende Interesse dieser Arbeit gilt dem der Öffentlichkeit interdiskursiv transportierten Wissen zum Syrienkrieg. Diesbezüglich ist in erster Linie das Zustandekommen dieses Wissens im Blickpunkt des Interesses. Mittels Kritischer Diskursanalyse, angelehnt an Siegfried Jäger (2012) und Jürgen Link, ist das Ziel, Erkenntnisse über sprachliche und ikonographische Wirkungsmittel in Bezug auf Wirklichkeitskonstruktionen und potenzielle Parteilichkeiten im Mediendiskurs zum Syrienkrieg zu erlangen. Um die methodische Aufarbeitung der medialen Präsentation dieses Krieges in einem in einer Masterarbeit bewältigbaren Rahmen zu gewährleisten, werden der diskursive Raum und die diskursive Zeit konzentriert dargestellt.

---

<sup>1</sup> „Grundsätzlich ist zwischen *Spezialdiskursen* (der Wissenschaft(en)) und dem *Interdiskurs* zu unterscheiden, wobei alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse als Bestandteile des Interdiskurses aufgefasst werden. Zugleich fließen ständige Elemente der wissenschaftlichen Diskurse (Spezialdiskurse) in den Interdiskurs ein und umgekehrt“ (Jäger 2012: 80)

Mit Fokus auf den deutschsprachigen Raum wird das Erkenntnisinteresse bezogen auf die deutschen Massenmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und *junge Welt* verfolgt (diskursiver Raum). Parallelen und Differenzen in den jeweiligen Berichterstattungen, die dem Erkenntnisinteresse dienlich sind, werden ebenfalls aufzuzeigen sein. Das zu untersuchende Ereignis ist dabei jenes zum mutmaßlichen Giftgaseinsatz in der syrischen Region Al-Ghouta am 21. August 2013 (diskursive Zeit). Dieses Ereignis prägte mit starken Schuldzuschreibungen gegen diverse Konfliktparteien, massiven Drohungen und von internationalen Angriffsvorbereitungen gegen die syrische Regierung begleitet einige Wochen lang die massenmediale Agenda.

Neben der Brisanz der Thematik, ist auch eine sozialwissenschaftlich relevante Dimension unverkennbar. Denn Massenmedien bieten basale Orientierungsrahmen für die gesellschaftliche Kommunikation (vgl. Luhmann 2009: 120). Luhmanns prinzipieller Satz vergegenwärtigend ist festzuhalten, dass alles was unser Wissen über die Welt und die Gesellschaft ausmacht, durch Massenmedien geformt wird (vgl. ebd.: 9). Auch auf die Kriegsthematik dieser Arbeit bezogen ist dieses Prinzip als zutreffend zu markieren. „Die öffentliche Meinung über den Krieg (...) liegt in der Hand der Massenmedien und entsteht keineswegs in der privaten Reflexion von Individuen“ (Werber 2005: 105). Mit Blick auf den empirischen Teil dieser Arbeit ist daher im Theorieteil sukzessive klarzustellen, wie die Massenmedien und der auf dieser Ebene verlaufende Mediendiskurs solch eine gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfalten können.

Der theoretische Einstieg erfolgt mit der Vorstellung von poststrukturalistischen diskurstheoretischen Ansätzen, die Sprache nicht (nur) als Realität abbildend auffassen, sondern dieser eine realitätskonstituierende Rolle beimessen (Laclau/Mouffe 1985, Reckwitz 2006, Glasze/Mattisek 2009 u.v.m.). Das erste Kapitel soll der LeserInnenschaft diesbezüglich einen Überblick über einige diskurstheoretische Ansätze, die in der wissenschaftlichen Literatur kursieren, ermöglichen ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu stellen. Das weite Ausholen hinsichtlich der Diskurstheorie ehe eine Kanalisierung zum Diskursverständnis der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2012) erfolgt, stellt eine Notwendigkeit dar. Denn eine bloße Fokussierung auf das Diskursverständnis der KDA ohne sich über dessen ideengeschichtliche und konzeptuelle Verortung Gewähr zu werden, würde das Risiko der Entkontextualisierung in sich tragen.

Nach dieser Verortung im diskurstheoretischen Feld gilt es das Diskursverständnis der Kritischen Diskursanalyse mit all ihren terminologisch-pragmatischen Vorschlägen darzulegen (Jäger 2012, Foucault 1978a, Link 1999 u.v.m.). Dabei werden erstens begriffliche Klärungen vorgenommen, zweitens die Beziehung zwischen den Phänomenen Macht und Wissen expliziert, ehe eine Einbettung in den mediendiskursiven Rahmen erfolgt. Der erste Theorieteil wird mit der Vorstellung diskurstragender Kategorien, des sogenannten „Normalismus“ und der „Kollektivsymbolik“, und der weiterführenden forschungspragmatischen Reflexionen zur Diskurstheorie seitens des Verfassers dieser Arbeit abgeschlossen (Jäger 2012, Bartel et al. 2008, Jäger S./Jäger M. 2003 u.v.m.).

Das zweite Kapitel widmet sich anknüpfend an den diskurstheoretisch eingebetteten Machtbegriff den innerdiskursiven Machtverhältnissen auf der Diskursebene der Massenmedien genauer. Diesen Ausführungen folgt eine Perspektiverweiterung mittels sozialwissenschaftlich-medientheoretischer Ansätze. Dabei soll die „Realität der Massenmedien“ (Luhmann 2009: 11) und damit die Struktur der Diskursebene der Massenmedien selbst unter die Lupe genommen werden. Diesbezüglich sollen der Gatekeeping-Ansatz (Jäckel 2011), systemtheoretische Überlegungen nach Luhmann (2009) und die Kernbotschaft der News-Bias-Forschung (Schulz 1989; Staab 1990) vorgestellt werden.

Es folgt der Themenblock Medien und Öffentlichkeit (Kapitel 3). Auf die Beziehung zwischen Medien, Politik und Öffentlichkeit eingehend werden drei Öffentlichkeitskonzepte vorgestellt. Mit Habermas soll auf den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ und die diesbezügliche Rolle der Massenmedien eingegangen werden (Habermas 1990). Es folgen systemtheoretische Ausführungen zu den Phänomenen Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, hauptsächlich mit Anlehnung an Luhmann (Luhmann 2009 u.v.m.). Mit einem sozialpsychologischen Begriff von öffentlicher Meinung beschäftigt sich die Theorie der „Schweigespirale“, die abschließend vorgestellt werden soll (Noelle-Neumann 1996). Das dritte Kapitel wird mit der Darlegung der unterschiedlichen Funktionen der Massenmedien für die Öffentlichkeitsakteure abgerundet (Ronneberger 1985, Burkart 2002 u.v.m.).

Das letzte Theoriekapitel wird sich der speziellen Rolle der Massenmedien zu Kriegszeiten widmen (Kapitel 4).

Dabei wird sowohl auf die historische Genese des Beziehungsgeflechts zwischen Politik, Militär und Massenmedien in der historischen Genese, als auch auf mediale Techniken der Konstruktion von Wissen, Realitäten und schlussendlich Feindbildern im Kriegskontext näher eingegangen (Klenner/Lenzen 1993, Wilke 2005, Dominikowski 2004, Beham 2007, Loquai 2007, Peplau et al. 2003 u.v.m).

Anschließend erfolgt die Zusammenschau der Theorie (Kapitel 5), ehe die Forschungsfragen präsentiert werden (Kapitel 6). Im empirischen Teil (Kapitel 7) folgen das Design der Untersuchung (Untersuchungsgegenstand, methodisches Vorgehen) und die Präsentation der Ergebnisse. Dieser folgt die Zusammenschau der Ergebnisse des Empirieteils, ehe in der Schlussbetrachtung mit Rückbindung zur Theorie die Forschungsfragen in der Gesamtschau beantwortet werden (Kapitel 8).

## 1. Diskurstheoretischer Hintergrund

Dieses Kapitel widmet sich dem Diskursverständnis der Kritischen Diskursanalyse (KDA), die ein Methoden- und Theoriekonzept gleichermaßen darstellt. Durch die Klärung der Diskursauffassung der KDA, der weiteren diskurstheoretischen Betrachtung des Macht-Wissen-Komplexes wird anhand der diesem Konzept inhärenten theoretischen Ansätze eine Grundlagenschaffung für die methodische Praktikabilität der KDA anvisiert. Denn ohne diese Form der theoretischen Rückbindung würden empirische Analysen mit Hilfe der KDA quasi in der Luft hängen (vgl. Jäger 2012: 18f.). Die KDA, die am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung von Siegfried und Margarete Jäger entwickelt wurde, orientiert sich am Foucaultschen Diskursverständnis und den Konzepten des Literaturwissenschaftlers Jürgen Link (vgl. Bartel et al. 2008: 53f.).

Das Diskursverständnis der KDA, das einen zentralen Stellenwert in der diskurstheoretischen Abhandlung einnehmen wird, soll aber zunächst durch poststrukturalistische Diskursansätze à la Foucault (1978a) und Laclau/Mouffe (1985) – diesbezüglich sollen auch (diskurs-)theoretisch relevante Perspektiverweiterungen mit Rekurs auf sekundärliterarische Rezeptionen zu Laclau, Mouffe, Althusser und Gramsci u.a. erfolgen (Glasze/Mattisek 2009, Reckwitz 2006 u.v.m) - in seinen Fundamenten gestärkt werden, ehe es dargelegt wird. Darauf basierend erfolgt ein sukzessives Voranschreiten zu den diskurstragenden Kategorien der Kollektivsymbolik und des Normalismus der KDA. Die Diskussion der Diskurstheorie stellt eine wichtige Basis dar für die in dieser Arbeit zu erfolgende und noch im weiteren Voranschreiten der Arbeit näher zu definierende Diskursanalyse mit dem Methodenkonzept der KDA. Wie Siegfried Jäger es formuliert, ist das Interesse an der Diskurstheorie nicht nur auf reine Theorie beschränkt. Zentral ist eine „stringente (plausible) Basis für die Entwicklung und Verfeinerung der Diskursanalyse als angewandte Diskurstheorie“ (Diaz-Bone 2006: 12). Die diskurstheoretischen Überlegungen dienen daher als Grundvoraussetzung für das praktikable Verfahren einer Diskursanalyse. Weshalb dabei der Vorschlag der KDA nach Jäger (2012) zu einem praktikablen Verfahren im Rahmen dieser Arbeit bevorzugt wird, wird sich in der diskurstheoretischen Abhandlung herauskristallisieren.

## 1.1 Diskurstheoretische Ansätze

In den bisherigen einleitenden Zeilen war an manchen Stellen vom Poststrukturalismus im Kontext der Diskurstheorie die Rede. Diesbezüglich spielt die Hegemonie- und Diskurstheorie von *Ernesto Laclau und Chantal Mouffe* eine besondere Rolle. Deren Anliegen ist es gesellschaftliche Gegebenheiten und existente Machtverhältnisse zu verdeutlichen und auf deren Veränderbarkeit hinzuweisen. Das poststrukturelle ihrer Theorie besteht darin, dass sie das Soziale bzw. Gesellschaft an sich als Folge diskursiver Konstitutionen auffassen und somit auch das Phänomen Identität als eine diskursiv geprägte Kategorie ansehen (vgl. Laclau 1981: 176; vgl. Glasze/Mattisek 2009: 153ff.; vgl. Reckwitz 2006: 342). Mit Anlehnung an die *Kritische Diskursanalyse von Jäger* ist an dieser Stelle einzuschließen, dass Wirklichkeit aufgrund der menschlichen Bedeutungszuschreibung unterschiedlich gedeutet werden kann. Das heißt der Wirklichkeit sind keine Wahrheiten entnehmbar, da ihre Deutung je nach menschlichem Wissenshorizont unterschiedlich gedeutet werden kann (vgl. Jäger 2012: 11). „Kollektive Identitäten und damit Gemeinschaften („die Arbeiterklasse, (...) „die Arabische Welt“) entstehen demnach nicht auf der Basis objektiv gegebener gemeinsamer Eigenschaften, sondern werden erst in diskursiven Prozessen hervorgebracht“ (Glasze/Mattisek 2009: 156). Im Diskurs kommt es zur Herstellung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Identitäten, die durch Hegemonialisierungsprozesse zeitweilig fixiert und als solche reifiziert werden. Jedoch kommt es innerhalb von Diskursen zu Widersprüchen, sodass sich Gesellschaftskonstitution über symbolische Bedeutungszuschreibungen und –produktionen als kontingent erweist. Dadurch sind auch Ambivalenzen und Differenzen innerhalb der Diskurse keine Seltenheit (vgl. ebd.: 157).

Diese diskursiven Heterogenitäten werden bei Laclau/Mouffe unter Bezug auf *Althusser* als „Überdeterminierung“ bezeichnet (Althusser 2011: 121f.). Die gesellschaftliche Wirklichkeit basiert somit nicht auf einem unverrückbaren Erklärungsfundament, sondern kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden (vgl. ebd.; vgl. Laclau/Mouffe 1985: 97ff; vgl. Reckwitz 2006: 343). Dafür präsentieren Laclau und Mouffe die „Erdbeben“-Metapher um einerseits den Terminus „Überdeterminierung“ begreifbar zu machen und auch zu zeigen, dass es im Sinne von *Foucault (1973)* zwar eine nicht-diskursive Welt gibt, diese jedoch nur dann zugänglich bzw. wichtig wird, wenn sie diskursiv für Menschen mit Sinn behaftet ist.

Das heißt in Bezug auf das Phänomen „Erdbeben“ lässt sich sagen, dass es zwar unabhängig vom menschlichen Willen und jenseits von Diskursen (das heißt: nicht-diskursiv) geschieht, doch „whether their specificity as objects is constructed in terms of ‚natural phenomena‘ or ‚expressions of the wrath of God‘, depends upon the structuring of a discursive field.“ (Laclau/Mouffe 1985: 108). Diskurse bestehen für Laclau und Mouffe aus Sinnzusammenhängen, die intersubjektiven Handlungen Bedeutung verleihen, indem sie verschiedenartige Elemente zu einer Einheit zusammenschließen und somit für die Herstellung von Sinn sorgen. Diese Praxis nennen sie „Artikulation“ oder „artikulatorische Praxis“: „The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call discourse“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Durch diese diskursive Verknüpfung von Elementen, werden sie zu Momenten von etwas Höherem, nämlich zu dem was *Foucault* „diskursive Formation“ nennt (Foucault 1973: 58). Damit bezieht er sich auf das Auftreten diskursiver Praktiken<sup>2</sup>, das seine Struktur durch soziale Regeln, durch sogenannte diskursive Formationen, erhält (vgl. ebd.).

An dieser Stelle wird der Hegemoniebegriff zentral. Mit Rekurs auf Antonio *Gramsci* ist festzuhalten, dass Hegemonie nach Gramsci bedeutet, dass eine herrschende Klasse es versteht eine Gesellschaft nach ihren eigenen moralischen intellektuellen Maßstäben zu lenken (vgl. Gramsci 1991.: GH 13 § 18). Dieses Konzept wird von Laclau an einen diskurstheoretischen Rahmen adaptiert. Von Hegemonie ist danach erst die Rede, wenn ein Diskurs es schafft einen Universalitätsanspruch zu stellen und sich als alternativlos zu verfestigen (vgl. Reckwitz 2006: 343). Um allgemeine Anerkennung zu erfahren darf diese Hegemonialisierung nicht auf Zwang beruhen, sondern hat bestimmte Identitäten als erstrebenswert herauszustellen (vgl. ebd.). Identität ist für Laclau/Mouffe die Identifizierung mit einer Subjektposition, die diskursiv produziert wird (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 163).

---

<sup>2</sup> Diskursive Praktiken resultieren aus gesellschaftlichen Verhältnissen, die nicht lediglich diskursiv bzw. sprachlich hergestellt werden, aber auch durch Sprache konstituiert, wieder hergestellt und auch verändert werden können. Unter diskursive Praktiken sind sprachliche Aussagen jedweder Art zu verstehen, die sich beispielsweise auch in Form von Zeitungsartikeln zeigen können (vgl. Foucault 1973: 58).

Das Konzept der „Anrufung“<sup>3</sup> von *Althusser* aufgreifend, doch den Begriff Ideologie durch den Diskursbegriff ersetzend, nehmen Laclau/Mouffe das Konzept des nicht-autonomen Individuums von Althusser in ihre Überlegungen auf (Laclau/Mouffe 1985: 115). Die via Subjektpositionen präsentierten Identifikationsmöglichkeiten können jedoch nicht „eine vollkommene, ganze und endgültig fixierte Identität bieten“ (Glasze/Mattisek 2009: 163). Das Subjekt, das nach dem Psychoanalytiker *Lacan* nach Stabilität strebt, scheitert. Subjektpositionen werden nach ihm durch sogenannte „Polsterknöpfe“ definiert, ein Konzept, das auch Laclau/Mouffe in ihr Konzept aufnehmen. Sie reformulieren diesen Begriff als „Knotenpunkt“, wonach sich auch ihre Definition von Diskurs richtet. Diskurse sind wie weiter oben bereits dadurch gekennzeichnet, dass sie verschiedenartige Elemente zu einer Einheit zusammenschließen oder mit anderen Worten, Diskurse stellen ein System dar, das aus Äquivalenzen und Differenzen diverser diskursiver Elemente besteht (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 112; vgl. Glasze/Mattisek 2009: 163ff.; vgl. Reckwitz 2006: 344). Dem Hegemonialdiskurs gelingt somit durch die Schaffung „leerer Signifikanten“ bzw. „privilegierter Signifikanten“, die auch als „Knotenpunkte“ bezeichnet werden können, Äquivalenzketten zu schaffen und somit Bedeutungszusammenhänge zu fixieren (vgl. ebd.). Da die Herausbildung von Äquivalentem einen Kontrapunkt braucht, ist es folgerichtig, dass Identitätsbildung durch eine Abgrenzung nach Außen funktioniert<sup>4</sup>. „Ein hegemonialer Diskurs gewinnt seine Identität erst über die Abgrenzung von einem Außen“ (Reckwitz 2006: 344). Das Außen wird somit als etwas präsentiert, das die eigene Identität gefährdet und somit ausgeschlossen werden muss. Mit Bezug auf *Derrida* bezeichnet Laclau dieses Außen als ein „*constitutive outside*“ (Laclau 1990: 9). In dieser Logik wird zur Konstitution der eigenen Identität ein Außen liegender Antagonismus benötigt, wodurch sich aber auch die Zufälligkeit bzw. Kontingenz der eigenen Identität offenbart (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 164).

---

<sup>3</sup> Mit „Anrufung“ meint Althusser, dass Individuen durch die „Ideologie“, worunter auch ideologische Apparate wie Medien und Familie fallen können, „angerufen“ werden, das heißt ihnen bestimmte einzunehmende oder Subjektpositionen geboten werden. Diese per „Anrufung“ definierten Subjektpositionen schließen gleichzeitig andere mögliche Subjektpositionen aus, woraus sich ein eingegrenztes Feld der Identität für Individuen ergibt (vgl. Althusser 1977: 140ff.).

<sup>4</sup> Unter „privilegierten Signifikanten“ kann man sich weniger abstrakt beispielsweise den Begriff „Demokratie“ oder in politischen Diskursen das politische Gebilde „der Westen“ denken, das sich mit all seinen einzelnen Bestandteilen, beispielsweise in Form von bestimmten Nationen, in der definatorischen Abgrenzung gegenüber anderen Nationen oder Gebieten der Welt (beispielsweise Antagonist mit dem Knotenpunkt „Orient“) definiert (ähnlicher Vergleich siehe: Laclau 1990: 32).

Das heißt ohne das Außen gebe es kein identitätsstiftendes Momentum bzw. nichts als universell zu bezeichnendes Gemeinsames, das für den Zusammenschluss der differenten Partikularinteressen zu einer Äquivalenzkette sorgen könnte (vgl. Laclau 1990: 9 bzw. 17; vgl. Glasze/Mattisek 2009: 164). „Jedes soziale Kollektiv, jede politische Gemeinschaft beruht also Laclau und Mouffe zufolge auf einem Prozess der Grenzziehung, der den Diskurs in einen Bereich des „Eigenen“ und einen des „Anderen“ unterteilt“ (Glasze/Mattisek 2009: 166f.). Deswegen fungieren Feind-Freund-Dualismen stabilisierend und schweißen zusammen was ohne diesen „Feind“ womöglich nicht zusammengehören würde. Jedoch kann das Außen, das ein identitätsstiftendes Konstrukt darstellt, auch eine attraktive Quelle werden, indem dieses ausgeschlossene Außen in Gegendiskursen in seiner Valenz umkippt, mit anderen Attribuierungen versehen wird und somit die Sinnzusammenhänge und Deutungsweisen des Hegemonialdiskurses zu destabilisieren droht. Die Etablierung eines Hegemonialdiskurses zeigt „die Unterdrückung und Marginalisierung von alternativen sozialen Wirklichkeiten“ (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 162). Der gegen- bzw. partikulardiskursive Versuch oder die De-Facto-Destabilisierung einer hegemonialen diskursiven Ordnung wird seitens Laclau und Mouffe als Dislokation bezeichnet (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 142; Reckwitz 2006: 345). Foucault etwa spricht von einem produktiven Machtnetz (vgl. Foucault 1978b:35). Macht ist dabei nicht per se mit Zwang zu assoziieren, da im diskursiven Kontext betrachtet Machtverhältnissen Widerstandsaspekte inhärent sind (vgl. Foucault 1983: 113-118). Einen Widerstandaspekt stellt beispielsweise der erwähnte Gegendiskurs dar, der die Deutungsweisen des Hegemonialdiskurses mit seinen Fein-Freund-Dualismen und gebildeten Äquivalenzketten destabilisieren kann<sup>5</sup>.

---

<sup>5</sup> Näheres zu Foucault siehe folgende Unterkapitel in Kapitel 1 und Kapitel 2.1 („Innerdiskursive Kräfteverhältnisse“)

## 1.2 Diskursanalyse als angewandte Diskurstheorie

Summa summarum lässt sich anhand der bisherigen Darlegungen - die sowohl mit starkem Fokus auf poststrukturalistische Diskursverständnisse wie Laclau (1981,1990), Laclau/Mouffe (1985) bzw. Michel Foucault (1983, 1973) geschah, als auch ideologiekritischen Einwände Gramscis (1991) und Althussers (1977, 2011) mitberücksichtigte und sich der Diskurstheorie auch sekundärliterarisch näherte (Reckwitz 2006; Glasze/Mattisek 2009) – festhalten, dass Diskurse im poststrukturalistischen Sinne Realität nicht nur abbilden, sondern gemäß den vorgestellten Denkströmungen gesellschafts- und wirklichkeitskonstituierend sind. Von essentialistischen Prämissen, wie beispielsweise, dass „alle gesellschaftlichen Strukturen von einer unverrückbaren Basis determiniert werden – wie bspw. in einigen marxistischen Ansätzen von der Ökonomie“ (Glasze 2013: 79) abrückend, konnte u.a. mit Rekurs auf die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe (1985) gezeigt werden, dass Diskurstheorie auch ohne solche Essentialisierungen und Ideologisierungen betrieben werden kann. In diesem Kontext zeigt sich, dass Hegemonie entideologisiert und in eine Diskurstheorie integriert, als Deutungshoheit über gesellschaftliche Wirklichkeiten erlangender Diskurs auftritt.

An dieser Stelle ist die Frage zu stellen, wie eine Diskursanalyse in der Auffassung als angewandte Diskurstheorie betrieben werden kann, in dem Sinne, dass sie hegemoniale Diskurse infrage stellen und „auch die Bruchstellen und Verschiebungen herauszuarbeiten vermag, die ebendiese versteinerten, natürlich erscheinenden diskursiven Ordnungen zum Tanzen bringen, aufbrechen, verschieben oder infrage stellen“ (Belina/Dzudzek 2009: 144f.). Die Herausarbeitung der konstruierten Selbstverständlichkeiten, die diesen diskursiven Ordnungen immanent sind bezeichnet *Derrida* als Dekonstruktion, das heißt Diskurse von innen heraus zu dekonstruieren, ihre gesetzten Logiken und die in ihr schlummernden Paradoxien, seien sie begrifflicher oder nicht-begrifflicher Natur, aufzuspüren (vgl. Derrida 2001: 45).

Diese Dekonstruktion erscheint deswegen als Notwendigkeit, da die bisherigen theoretischen Ausführungen zu ideologiekritisch und poststrukturalistisch geprägten Diskurstheorien deutlich vor Augen geführt haben, dass Diskurse - mit Anlehnung an Link (1992) und Jäger (2012) - Materialitäten sui generis bzw. ersten Grades darstellen, das heißt nicht auf reine Ideologie reduzierbar sind, sondern Realität auch determinieren (vgl. Link 1992: 40; vgl. Jäger 2012: 33ff.).

Die Kritische Diskursanalyse nach Jäger (2012) stellt in Gefolge Foucaults ein Theorie- und Methodenkonzept gleichzeitig dar, das die Grundlagen für ein praktikables Verfahren der Diskursanalyse geschaffen hat und zudem ein kritisches Programm hat. Der Mehrwert einer Diskursanalyse nach Jäger (2012), die sich als „kritisch“ bezeichnet, beruht darin, dass sie sich mit soziopolitisch-brisanten Themen auseinandersetzt, wobei es ihr nicht nur um „die Beschreibung von Sachverhalten« geht, sondern auch darum, diese Sachverhalte „wohlbegründet zu bewerten und zu kritisieren“, wodurch Diskursanalyse zur Kritischen Diskursanalyse wird (Jäger 2012: 150f.). Wie diese Kriterien der Bewertung und der Kritik auszusehen haben, damit man als Wissenschaftler nicht Gefahr läuft mit einer voreingenommenen Position versucht Diskursanalyse zu betreiben, wird durch das Theorien- und dem darauf basierenden Methodenkonzept der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2012) wird in deren Diskurstheorie und Methodenkonzept verankert. Daher gilt es folglich zunächst die Diskurstheorie im Verständnis der Kritischen Diskurstheorie nach Jäger und ihre terminologisch-pragmatischen Vorschläge herauszuarbeiten, „die dazu geeignet sind, die prinzipielle *Struktur von sprachlich performierten Diskursen* durchschaubarer und infolgedessen erst eigentlich systematisch analysierbar werden zu lassen“ (ebd.: 79).

### **1.3 Diskurskonzept der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger**

In Anlehnung an Foucault „definiert die KDA Diskurse als überindividuelle, institutionalisierte und geregelte Redeweisen, die mit Handlungen verknüpft sind und Macht ausüben“ (vgl. Link 1986: 71, zit. n. Bartel et al. 2008: 54). Foucault definiert näher, dass der Diskurs eine Aussagenmenge darstellt, die einem System von Formationen inhärent ist (vgl. Foucault 1988: 156, zit. n. Jäger 2012: 24).

Unter dem Begriff Aussage sind dabei in Abgrenzung zu jenem der „Äußerung“ Inhalte zu verstehen, die homogen sind und den geistigen Gehalt hinter sprachlichen Äußerungen markieren (vgl. Jäger M./Jäger S. 2007: 26; vgl. Jäger 2012: 95). Auch nicht-sprachliche Bilder bzw. Fotos können eine Aussage bereit halten oder zumindest auf eine Aussage hindeuten (vgl. Jäger 2012: 24). „Während Aussagen auf ein Wissen verweisen, welches bestimmte Äußerungen ermöglicht und andere zurückweist, lassen sich Äußerungen zu Aussagen verdichten“ (Jäger 2010: 30). Für den Foucaultschen Begriff „Formationssystem“ verwendet die KDA selbst das Synonym „Thema“, worunter sie den Leitgedanken eines Diskursfragments versteht:

In einzelnen Texten werden häufig unterschiedliche Themen angesprochen, „so dass thematisch in sich geschlossene Diskurse (die ich als *Diskursstränge* bezeichne) sich nicht einfach aus Texten zusammensetzen, sondern aus (thematisch einheitlichen) *Diskursfragmenten*“ (Jäger 2012: 24). Das theoretische Vorverständnis für das Konzept der „Aussage“ ist äußerst relevant, zumal es im Methodenteil einen zentralen Stellenwert einnehmen wird, wenn es um die Ermittlung von Aussagen im Diskursstrang zum Syrienkrieg gehen wird. In der Tradition des Foucaultschen Diskursverständnisses stehend entwickelte Jürgen Link einen interdisziplinären diskurstheoretischen Zugang, worin auch die KDA Jägers wurzelt. Dabei werden das Macht-Wissen-Verhältnis und der Wirkungsbegriff, wie sie auch bei Foucault eine gewichtige Rolle spielen, in diesen interdisziplinären Ansatz einbezogen. Die Zieldefinition dieses neuen Ansatzes besagt, dass es

„(...) um die Analyse aktueller Diskurse und ihrer Macht-Wirkungen, um das Sichtbarmachen ihrer (sprachlichen und ikonographischen) Wirkungsmittel, insbesondere um die Kollektivsymbolik, die zur Vernetzung der verschiedenen Diskursstränge beiträgt, sowie um die Normalismen und insgesamt um die Funktion von Diskursen als herrschaftslegitimierenden und –sichernden Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen neo-liberalen Gesellschaft“ geht (Jäger 2012: 25).

Die KDA selbst definiert Diskurse in Anlehnung an die bisherigen Ausführungen als ein Wissensfluss durch die Zeit, welcher das Bewusstsein der Subjekte formiert (vgl. ebd.: 26). Diskurse spiegeln somit nicht die Wirklichkeit wider, sondern führen „gegenüber der Wirklichkeit eine Art »Eigenleben«“ (ebd.: 33). Sie determinieren Realität und sind somit Materialitäten ersten Grades. Aufgrund des diskursiven „Eigenlebens“ stellen sie eine Materialität sui generis dar (vgl. ebd.: 33ff.).

Diskurse sollen aber nicht als Verzerrung der wirklichen Realität missdeutet werden, sondern haben eine eigene Materialität und bauen auf Diskurse aus der Vergangenheit und der Gegenwart auf. Dadurch wird verdeutlicht, dass Diskurse, die als materiell charakterisiert werden, nicht auf reine Ideologie zu reduzieren sind, sondern angesichts der Tatsache, dass sie Realität determinieren, als „gesellschaftliche Produktionsmittel“ behandelt werden sollten (ebd.: 35). Denn „sie produzieren Subjekte und –vermittelt über diese, als >>Bevölkerung<< gedacht – Gesellschaft“ (ebd.). Eine Gleichsetzung von Diskurs und Gesellschaft erfolgt damit zwar nicht, jedoch wird verdeutlicht, dass Diskurs kein zu unterschätzender Einflussfaktor hinsichtlich gegenwärtiger Verfasstheit und zukünftiger Entwicklung gesellschaftlicher Wirklichkeit ist (vgl. ebd.: 37). Diskurse sind überindividuell trotz der Tatsache, dass Einzelne an bestimmten Diskursen partizipieren.

Denn diese Beteiligung und Gestaltung der Diskurse geschieht lediglich in einem durch die bisherigen Diskurse vorgegebenen Raum und Rahmen, sodass kein Individuum den Diskurs determinieren kann. Es gibt zwar immer wieder Versuche Diskurse strategisch zu beeinflussen, doch in der Regel ist von der Verselbstständigung der Diskurse als Ergebnis historischer Prozesse die Rede (vgl. ebd.; vgl. Jäger 2006: 88). „Sie transportieren ein Mehr an Wissen, als den einzelnen Subjekten bewußt ist“ (Jäger 2006: 88). An dieser Stelle wird bereits einleuchtend, dass Wissen und Macht ein Beziehungsverhältnis eingehen, das es in der Folge in Anlehnung an die Rezeption der Foucaultschen Macht-Wissens-Verflechtung durch die KDA näher zu betrachten gilt.

### **1.3.1 Macht-Wissen-Komplex**

Wissen ist, wie den bisherigen Definitionsvorschlägen und Ausführungen entnehmbar, ein zentraler Begriff in der KDA, den es näher zu behandeln gilt. Diskurse werden als Wissensträger charakterisiert, sodass es der KDA schlussendlich darum geht herauszufinden, was als jeweiliges Wissen mit einem objektiven Wahrheitsanspruch in einer Gesellschaft vorzufinden ist (vgl. Jäger 2012: 12). Wissen meint dabei jegliche Inhalte des Bewusstsein, von denen ausgehend Menschen die Wirklichkeit in der sie leben deuten. Dieses Wissen stammt von Diskurszusammenhängen, in welche die Menschen im Laufe ihrer Sozialisation und ihres gesamten Lebens eingebunden sind.

Diskursanalyse will daher dieses diskursive Wissen ermitteln, die Verbindung zwischen Wissen und Macht fokussieren und kritisieren (vgl. Jäger 2006: 83). Wissen wird im Sinne der KDA somit diskursiv produziert und erhebt den Anspruch auf Wahrheit. Dabei kommt der Aspekt der Macht ins Spiel. Foucault selbst betrachtet Wissen und Macht nicht als getrennte Kategorien, sondern betont deren Einheit, die er als „Macht-Wissens-Komplex“ bezeichnet (vgl. Jäger 2012: 38). Für die KDA bedeutet diese Wissen-Macht-Konstellation konkret, dass dem Wissen Machteffekte innewohnen, deren jeweilige Akzeptabilität es aufzudecken gilt um Veränderungsprozesse in Gang zu setzen. Wissen ist an sogenannte Sagbarkeitsfelder gekoppelt. Der Terminus Sagbarkeitsfeld impliziert einen Rahmen für alle potentiellen „Aussagen in einer Gesellschaft in einer bestimmte Epoche“ (Jäger 2010: 106). Dadurch wird bestimmt was geäußert werden kann und was nicht, wodurch jedoch mögliche andere Perspektiven, Aussagen und Problematiken eliminiert werden (vgl. ebd.).

Die Machtausübung gründet in der Dominanz bestimmter diskursiver Wissens Elemente und somit der Marginalisierung oder kompletten Unterdrückung anderer Wissensbestandteile im Diskurs. Besonderes Hauptaugenmerk wird aber auf dessen Machtausübung in Form von Subjekt- und Gesellschaftskonstituierung gelegt (vgl. Jäger 2012: 40). Foucault selbst negiert aber keineswegs das Subjekt, sondern besagt, dass die Subjektconstitution „im geschichtlichen Zusammenhang, im sozio-historisch diskursiven Kontext“ zu beäugen ist (ebd.: 44). Das Subjekt ist zwar als Akteur in ein Netz diskursiver Beziehungsgeflechte eingebunden, jedoch existiert es nicht als autonome Einzelexistenz (vgl. Jäger 2010: 116). Zuvor war von der Überindividualität und Verselbstständigung der Diskurse die Rede, als Begründung für die mangelnde subjektive Determinationsfähigkeit von Diskursen und für die Kraft eben jener Diskurse die gesellschaftliche Wirklichkeit maßgeblich zu gestalten. Auf der Grundlage von normativen Rahmungen und eines speziellen Wissens deutet somit der Einzelne die Wirklichkeit, trennt Wahres vom Falschen und stattet das je eigene Wahre mit Machtauswirkungen aus (vgl. Foucault 1978a: 53; vgl. Jäger 2012: 10f.). Dadurch wird aber offensichtlich, dass „wir der Wirklichkeit keine Wahrheiten entnehmen können, dass wir sie immer auf der Grundlage unseres eigenen Wissens deuten und es immer einen Kampf um unterschiedliche Deutungen geben wird.“ (Jäger 2012: 11). Es erfolgen somit unterschiedliche wirklichkeitsbezogene Bedeutungszuschreibungen, Kämpfe um die Erlangung von Deutungsmacht und schlussendlich Deutungskämpfe um Wahrheiten.

Die KDA zielt daher darauf ab, jene Deutungsmuster kritisch unter die Lupe zu nehmen, die Selbstverständlichkeit beanspruchen um davon ausgehend herrschende Diskurse kritisieren zu können (vgl. Jäger M./ Jäger S. 2007: 8).

### 1.3.2 Mediendiskurs

Mit Blick auf den zu untersuchenden Mediendiskurs zum Syrienkrieg sollen die bisherigen allgemeinen diskurstheoretischen Ausführungen in einen mediendiskurstheoretischen Rahmen eingebettet, fortgesetzt werden. Daher gilt es am letzten Punkt der bisherigen Abhandlung, der Perspektivität der Wirklichkeitsdeutung, anzusetzen. Dies betreffend gilt es auf die Diskursebene der Medien bezogen zu konstatieren, „dass eine objektive oder gar wahre Berichterstattung generell nicht möglich ist, da jeder Autor/ jede Autorin die Wirklichkeit nach Maßgabe seiner/ ihrer erlernten Diskursposition deutet“ (Jäger S./Jäger M. 2003: 18).

Unter dem Begriff *Diskursposition* ist der jeweilige politisch-ideologische Standpunkt eines Individuums, einer Gruppe oder Institution zu verstehen, von welchem ausgehend sich eine bestimmte Perspektive hinsichtlich der Bewertung und Wahrnehmung von Ereignissen ergibt (vgl. ebd.; vgl. Jäger 2010: 85). Unter dieser Betrachtung ist festzuhalten, dass somit auch in Medien nicht die objektive Wahrheit vorzufinden ist, da auch Medien der Wirklichkeit keine Wahrheiten entnehmen können. Wirklichkeit wird je nach Perspektivität mit Hilfe von „Wörtern, Begriffen oder ganzen Texten im Diskurs gedeutet, wobei der Wirklichkeit Bedeutungen zugeschrieben werden und damit Wirklichkeit produziert wird“ (Jäger S. / Jäger M. 2003: 18). Was dabei als wahr gilt und was nicht entscheidet sich anhand bestimmter Techniken und Verfahren, die jede Gesellschaft festlegt. Foucault selbst versteht unter Wahrheit nicht die Gesamtheit aller Regeln, die es herauszufinden oder zu akzeptieren gilt, sondern „das Ensemble der Regeln, nach denen das Wahre vom Falschen geschieden und das Wahre mit spezifischen Machtwirkungen ausgestattet wird“ (Foucault 1978: 53). In jeder Gesellschaft werden nur bestimmte Diskurse angenommen und akzeptiert bzw. jede Gesellschaft, so Foucault, hat ihre eigene Wahrheitsordnung und „allgemeine Politik der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt (...)“ (ebd.) Damit zusammenhängend kristallisiert sich der Wirkungsbegriff heraus:

„der Diskurs [erzielt] mit seiner fortdauernden Rekurrenz von Inhalten, Symbolen und Strategien nachhaltige Wirkung, indem er im Laufe der Zeit zur Herausbildung und Verfestigung von »Wissen« führt“ (Jäger 2012: 52). Der Mediendiskurs ist somit aufgrund ihrer massenhaften Wirkung von besonderer Bedeutung. Denn „Medien lassen sich als ein ‚Brennglas‘ fassen, das vorhandenes Wissen spezifisch ‚bündelt‘ und dieses Wissen an ein Massenpublikum weitergibt“ (Jäger M./ Jäger S./Schulte-Holtey/ Wichert 1997: 19).

Zugleich steht auch die Frage nach den Konsequenzen dieser Bewusstseinswirkung, die als Voraussetzung für das Subjekthandeln in und die kollektive Formung von gesellschaftlicher Wirklichkeit dient, im Raum (vgl. Jäger 2012: 52). „Insofern kann man Diskurstheorie und Diskursanalyse auch als Beitrag zur (Medien-) Wirkungsforschung verstehen“ (ebd.).

### **1.3.3 Diskurswirkung: Normalismus und Kollektivsymbolik**

#### **Normalismus**

Normalismus bedeutet für Link die gesellschaftliche Konstituierung von Feldern des Normalen, wodurch „eine bestehende Menge von Erscheinungen innerhalb des Spezialdiskurses oder Interdiskurses (...) homogenisiert und kontinuiert“ wird (Link 1999: 78). Diese Theorie ist eine Weiterführung der Normalitäts- und Normalisierungsansätze Michel Foucaults, die für ihn historische Kategorien innerhalb der Moderne darstellen und ihre Sinnhaftigkeit sich erst ab dem 18.Jahrhundert erschließt (vgl. Jäger 2012: 53). So hat sich der Prozess der Normalisierung zunächst innerhalb der Medizin vollzogen, indem sich die Kategorie „Gesundheit“ als das „Normale“ durchgesetzt hat. Die letzte Station der Normalisierungsprozesse erfasste letztendlich auch die Gesamtheit des politischen und sozialen Lebens (vgl. Jäger 2012: 53). Die Funktion des Normalismus sieht Link darin, dass sie eine Antwort auf die entstehende Komplexität durch moderne Dynamiken darstellt (vgl. Link 1995: 26). Dadurch sind Kontrolle und Regulation dynamischer Wachstumsprozesse möglich, da die Normalitäts- und Nicht-Normalitätsgrenzen auf einem Kontinuum verschoben werden können.

„Wo die Grenze gesetzt wird, hängt nicht zuletzt von dem Verlauf diskursiver Kämpfe ab“ (Jäger 2012: 54). Für die Beantwortung der Frage wie auf eine potentiell jederzeit mögliche individuelle und kollektive Abweichung von der Norm reagiert werden könnte, kennzeichnet Link zwei Strategien der Normalisierung: die proto-normalistische und die flexibel-normalistische Strategie (vgl. Link 2013: 78).

Im Falle Ersterer geht es um die maximale Stabilisierung der Normalitätszone mit engen Toleranzgrenzen, wobei es bei Letzterer wiederum um die Flexibilisierung dieser Zone mit breiten Grenzen der Toleranz geht (vgl. ebd.). Eine protonormalistische Strategie setzt auf „‘harte‘ semantische und symbolische Markierung der Grenze“ (ebd.: 79), beispielsweise eine Zeitungsüberschrift wie „Kreuzzug der zivilisierten Welt“ (Kollak 2002), die flexibel-normalistische Strategie hingegen auf „‘weiche‘ und ‘lockere‘ semantische und symbolische Markierung der Grenze“ (ebd.), beispielweise eine Zeitungsüberschrift wie „Der Terror ist heimatlos wie die Wirtschaft“ (Berliner Zeitung 2001, zit. nach Kollak 2002). Der Normalismus ist eine diskurstragende Kategorie und wird mittels Kollektivsymbole und nicht-sprachlichen Bilder besonders durch Massenmedien transportiert.

### **Kollektivsymbole**

Eine weitere diskurstragende Kategorie ist jene der Kollektivsymbolik, an deren Entwicklung Jürgen Link maßgeblich beteiligt war. „Unter Kollektivsymbolik verstehen wir sprachliche und sonstige Bilder, die neben ihrer direkten Bedeutung eine indirekte, zweite Bedeutung besitzen, die also gleichzeitig Träger eines bestimmten (zweiten) Sinnes sind. Dazu gehören Sprachbilder, aber auch Fotos, Karikaturen u.ä.“ (Jäger S./Jäger M 2003: 21). Der Kollektivsymbolik, worunter Link die Gesamtheit der Bildlichkeit einer Kultur subsumiert, ist das heute gültige Bild der Gesellschaft „in symbolisch-verdichteter und vereinfachter Form“ immanent (Jäger 2012: 55). Durch die Herausarbeitung und Analyse der Kollektivsymboliken kann verdeutlicht werden, auf welche Weise Subjekte bzw. Medienrezipienten eine Wirklichkeitsdeutung vornehmen bzw. jene gedeutet bekommen. Somit üben Kollektivsymboliken eine starke Wirkung auf die Mitglieder einer Gesellschaft aus, da sie „das Deuten und Verstehen von Wirklichkeiten erheblich [strukturieren; D.K.]“ (Jäger S./Jäger M. 2003: 21).

Die Entfaltung ihrer Wirkung vollzieht sich entlang eines synchronen Systems (siehe Abbildung 1), einer Topik, die für westliche und moderne Industriegesellschaften gilt. Die Synchronizität des Systems liegt in der Gleichzeitigkeit, der Verschränkung und der wechselseitigen Bestimmung von Strukturelementen in einer gewissen zeitlichen Phase (vgl. ebd.: 22; siehe Abbildung 1).

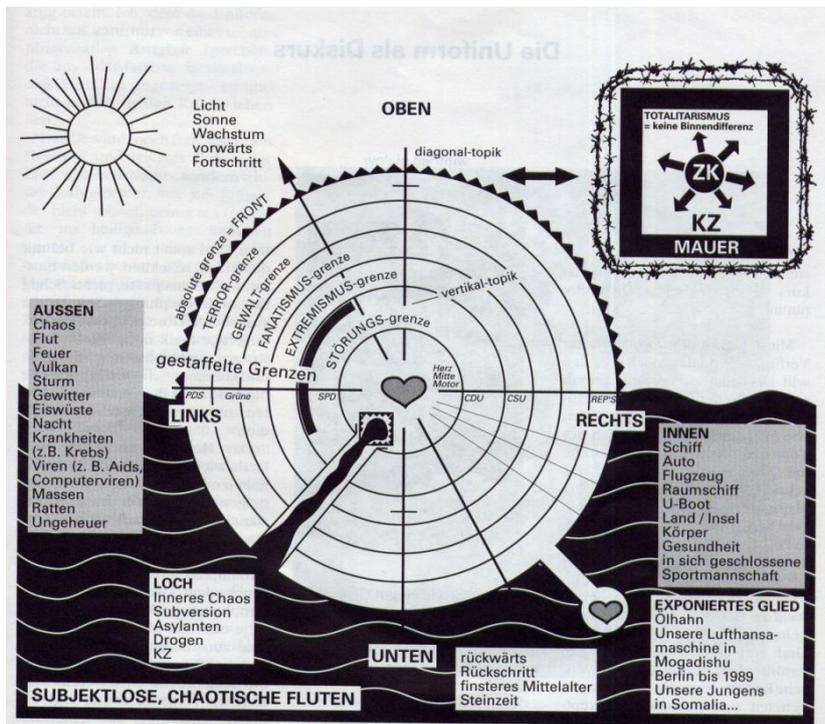


Abbildung 1: Das synchrone System der Kollektivsymbolik (Jäger 2012: 57)

Die Struktur dieses synchronen Systems zeigt sich in Kreisform. Die Grenzen dieses kreisförmigen Gebildes sind gleichbedeutend mit jenen unseres sozialen Systems. Die unterschiedlichen Kreise, die das Herz des Systems umschließen, symbolisieren Abstufungen gesellschaftlicher Störungsgrenzen. Auf der Horizontale ist eine politische Rechts-Mitte-Links-Achse abgebildet, die als charakteristisch für die Einordnung politischer Parteien, Gruppierungen und Aussagen aufzufassen ist. Dabei wird der Ort der Mitte aufgrund seiner Stabilität, den sie gewährt, von dieser horizontalen politischen Achse im sozialen System bevorzugt. Die vertikale Oben-Unten-Achse steht für eine Gliederung des Symbolsystems in hierarchischer Hinsicht. Die Diagonale steht für Fort- bzw. Rückschritt des Systems (vgl. Jäger 2012: 57; vgl. Link 1984: 12; vgl. Jäger S./ Jäger M. 2003: 22f.).

Das synchrone System der Kollektivsymbole bedient sich dabei unterschiedlichen Bildfeldern. So werden Natur-, Militär-, Technik und Körpersymboliken verwendet um ein paar Beispiele zu nennen. Diese Bereiche fungieren als Bildspendebereiche für die Kollektivsymbolik (vgl. Jäger 2012: 59f.). Bezogen auf Kriegsdiskurse, somit auch auf die Thematik der vorliegenden Arbeit, sind jene Symbole von besonderer Relevanz, die eine Innen/Außen-Codierung zulassen.

Das eigene System wird meist mit Symbolen der Ordnung, Rationalität und Fortschritt versehen, während das symbolisch entsubjektivierte Außen mit Chaos und Unkalkulierbarkeit in Verbindung gebracht wird (vgl. Jäger S./ Jäger M. 2003: 23f.). Die Diskursstrukturierung erfolgt in keinem unbedeutenden Ausmaß durch die Verwendung dieser Kollektivsymbole. „Denn die Mitglieder einer Gesellschaft positionieren sich innerhalb dieser symbolischen Topik, sie identifizieren sich vor allem mit den Symbolen, mit denen das eigene System codiert wird und die sich in der Mitte des Kreissystems finden“ (ebd.: 24). Diese Mitte steht symbolisch für Normalität, die nicht durch eine Schiefelage des sozialen Systems gefährdet werden darf. Im Falle einer Störung der normalen Zustände liegt es an den Subjekten das Gleichgewicht und somit Normalität wieder herzustellen (vgl. ebd.).

Zur Erkennung von Kollektivsymboliken lassen sich sechs Kriterien definieren (vgl. Jäger 2012: 60f.):

- Sie sind von einer semantischen Sekundarität gekennzeichnet, sodass sie eine indirekte zweite Bedeutung haben
- Kollektivsymbole sind visuell darstellbar. Beispielsweise kann man die Eisenbahn als Symbol für Fortschritt bildlich darstellen oder sich zumindest vor dem geistigen Auge vorstellen
- Die direkte und indirekte Bedeutung der Kollektivsymboliken weisen keine zufällige Verbindung auf, sondern sind motiviert. Die Eisenbahn genauso wie der Fortschritt ist in Bewegung begriffen.
- Als vierter Punkt ist die Mehrdeutigkeit der Kollektivsymboliken anzusprechen: Die Eisenbahn, die Fortschritt symbolisiert, kann in weiterer Folge auch symbolisch für „Demokratie“ und „Westen“ stehen.

- Kollektivsymbole sorgen für die Bildung von semantischen Ketten, wodurch uns eine Serie von weiteren Kollektivsymbolen einfällt: so denkt man bei der Eisenbahn an Waggons, Schienen, etc.
- Analogiebeziehungen zwischen Bezeichnetem und Bezeichnendem werden durch Kollektivsymbole gewährt: als Beispiel könnte das Verhältnis Lokomotive zu Waggons angeführt werden, das als Entsprechung des Verhältnisses von technischem Fortschritt zur Demokratie angesehen werden könnte.

Es gibt aber auch einen speziellen Typus von Kollektivsymbolen, der als Pragmasymbol bezeichnet wird. Blut ist beispielsweise ein Pragmasymbol, da es sowohl eine Realität darstellt, als auch Symbolfunktion hat. Das ist auch als Definition von Pragmasymbol aufzufassen, nämlich eine „Realität mit Symbolfunktion“ (Foucault 1977: 176, zit. nach Jäger 2012: 61).

#### **1.4 Weiterführende Punkte zur KDA**

Die Kritische Diskursanalyse, die sich mit „brisanten Themen“ beschäftigt und sich nicht primär mit linguistischen Textelementen beschäftigt, stellt an Forschende den Anspruch die Theorie und Methode basierend auf der KDA dem jeweiligen untersuchten Thema anzupassen. Jäger selbst äußert in einem Interview mit Diaz-Bone (2006), dass die KDA sich als ein Konzept versteht, die auch trans- und interdisziplinäre Vorgehensweisen nicht ausschließt, sogar erfordert (vgl. Diaz-Bone 2006: 13). Die Bedeutung für die zu erfolgende Analyse des Mediendiskurses zum Syrienkrieg liegt nun darin, dass bevor der Diskurs zum Syrienkrieg auf der Diskursebene der Medien unter die Lupe genommen wird, es von Relevanz sein wird sich zuerst über die soziopolitisch-historische Einordnung der Thematik im wissenschaftlichen Spezialdiskurs Gewahr zu werden. Dieser Punkt wurde, wie bereits in der Einleitung nahegelegt, bereits erfüllt (siehe Anhang 1) und hat den Anspruch wichtige Hintergrundinformationen bereitzustellen um einer „blinden“ Annäherung zur mediendiskursiven Materie vorzubeugen.

Da die Kriegsthematik auf der Ebene der Medien untersucht wird ist es auch von Vorteil sozialwissenschaftliche Medientheorien in den Theorieteil einzubetten um die Funktion und Rolle der Medien, die jene innerhalb der Diskurse einnehmen, anzuführen. Die KDA gibt zwar an, dass Diskurse auf verschiedenen sogenannten „diskursiven Ebenen“ – z.B. Politik, Wissenschaft, Medien – erscheinen können, jedoch ist sie in dieser Hinsicht, wie die Konzepte des Normalismus und der Kollektivsymbolik zeigen, sehr praxisorientiert. Dies bedeutet, dass sie an den konkreten inhaltlich-formalen Ausprägungen eines jeweiligen Diskursstranges, den sie gerade analysiert, interessiert ist und ihre gegenstandbezogenen Erkenntnisse schlussendlich in einen diskurstheoretischen Konzeptionsrahmen eingebettet erlangt.

Das Anliegen dieser Arbeit ist es jedoch mit Hinblick auf die Aussagekraft weiter auszuholen und die Ebene der Medien bzw. in diesem Fall Massenmedien, auf der sich die Analyse des Syriendiskurses bewegen wird, in ihren Funktionen, Strukturen, Wirkungsweisen und der spezifischen Rolle in Kriegszeiten genauer unter die Lupe zu nehmen um die diskurstheoretischen Ansätze der KDA in einen breiteren Kontext zu setzen. Durch diese Erweiterung des theoretischen Blickfeldes soll der Komplexität des in dieser Arbeit behandelten Themas gerecht werden.

## **2. Diskursebene der Medien im (produktiven) Machtnetz**

Die folgende Diskussion dient zur Ausweitung des diskurstheoretisch gerahmten Machtbegriffes und der Erweiterung um eine sozialwissenschaftlich-medientheoretische Sichtweise. Im ersten Schritt wird mit Bezug auf die in dieser Arbeit zentrale Diskursebene der Medien auf innerdiskursive Kräfteverhältnisse eingegangen und in diesem Zusammenhang das dem Phänomen Macht inhärente produktive Moment mit Rekurs auf Foucault erläutert. Die theoretische Auseinandersetzung wird in der Folge auf die strukturelle Ebene des gesellschaftlichen Teilsystems der Massenmedien übergehen. Dadurch sollen die eingengte Perspektive zur innerdiskursiv-strukturellen Praxis auflockernd theoretische Überlegungen zur Struktur der Diskursebene der Medien angestellt werden. Diese Ausdehnung des theoretischen Blickfeldes dient zur Ermittlung der Realität der Massenmedien, die „in ihren eigenen Operationen besteht“ (Luhmann 2009: 11). Dieses Wissen um die Struktur der Massenmedien soll zusätzliche Verständnisbausteine für Realitäten der (medien-) diskursiven Praxis liefern.

Vorab ist festzuhalten, dass der Medienbegriff, wie er in weiterer Folge der Abhandlung benutzt wird, mit Bedacht des Forschungsinteresses dieser Arbeit ausschließlich auf die mediale Ebene der Verbreitungsmedien, das heißt auf die Massenmedien bezogen, aufzufassen ist.

### **2.1 Innerdiskursive Kräfteverhältnisse**

Aus diskurstheoretischer Sicht geht, den bisherigen diesbezüglichen Ausführungen entnehmbar, hervor, dass Macht diskursiv transportiert wird. Dabei gilt es in Anlehnung an Foucault zu berücksichtigen, dass Macht nicht ausschließlich mit Zwang und Repression gleichzusetzen ist, sondern sich in einem Feld bewegt, das von Kräfteverhältnissen bestimmt ist. Diese tragen die Möglichkeit auf Widerstand in sich (vgl. Foucault 1983: 113-118). Durch ein relationales Verständnis von Macht ist Widerstand nicht als etwas außerhalb der Macht liegendes aufzufassen.

Die Machtverhältnisse „können nur kraft einer Vielfalt von Widerstandspunkten existieren, die in den Machtbeziehungen die Rolle von Gegnern, Zielscheiben, Stützpunkten, Einfallstoren spielen“ (ebd.).

Das Potenzial der Macht liegt in ihren Freiheitsgraden, „also den möglichen Alternativen, die den Handelnden zur Verfügung stehen. Eben hier liegt die Differenz zum Zwang.“ (Jäckel 2005: 298). Die Kräfteverhältnisse sorgen dafür, dass Macht als „produktives Netz“ herrscht (Foucault 1978b: 35). Im diskurstheoretischen Kontext ist diesbezüglich zuallererst festzuhalten, dass Diskurse „als Initiatoren von jeweils gültigem Wissen (...) zur Strukturierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in den Gesellschaften [beitragen; D.K.]“ (Jäger 2012: 161). Besonders die Diskursebene der Medien entfaltet eine Rationalität, welche einer Eigenlogik folgt. Sie sorgt für einen Normalisierungsprozess und eine „Rationalität (...) des Unhinterfragten und Selbstverständlichen“ (Ziemann 2012: 22). Es wird somit die Hegemonie des Mediendiskurses betont, da dieser aufgrund seiner weiten Verbreitung in der Gesellschaft eine massenhafte Wirkung erzielt (vgl. Jäger 2010: 84f.). Anhand der diskurstheoretischen Ausführungen der KDA lässt sich zudem sagen, dass die Diskurspositionen innerhalb des hegemonialen Diskurses relativ homogen sind (vgl. Jäger 2012: 85). Zwar wurde die Überindividualität und -institutionalität der Diskurse im Laufe der bisherigen wissenschaftlichen Abhandlung zur Diskurstheorie vor Augen geführt, jedoch sind gesellschaftliche Gruppen und Institutionen nicht auszuschließen, die Macht über Diskurse zu erlangen anstreben. Die Homogenität der Diskurse entsteht somit dadurch,

„dass sie hegemonial dominiert sind [und; D.K.] in repräsentativ –demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften ist deshalb starke Gleichförmigkeit gegeben, weil die hegemoniale Politik und damit korrespondierende Medien- und Finanzlandschaft in der Regel innerhalb einer politischen Bandbreite operiert (...)“, die sich um die politische Mitte zentriert (vgl. ebd.: 141f.).

Daher kann man von einem „normalen“, herrschenden und im weitesten Sinne „gültigen“ Diskursstrang sprechen, von dem abgewichen werden kann. Der Widerstandsaspekt in diesem „produktiven Machtnetz“ kann sich beispielsweise darin manifestieren, dass – im Kontext dieser Arbeit betrachtet - eine Zeitung bzw. ein Medienorgan sich als Part des Gegendiskurses zum hegemonialen Diskurs etabliert. In so einem Fall würde dessen Diskursposition vom Mainstream des herrschenden Diskurstanges abweichen (vgl. ebd.: 137f.).

Machtwirkungen werden aus Foucaultscher Sicht nicht lediglich negativ beurteilt, da sie die Chance auf Widerstand in sich bergen. Jedoch ist die besondere Relevanz und Macht des homogenen medialen Hegemonialdiskurses an dieser Stelle ausdrücklich zu prononcieren. Dieser hat eine besondere gesellschaftliche Wirkmächtigkeit inne, da den Massenmedien per se eine „subjektkonstituierende und wissensregulierende Rolle“ immanent ist (vgl. Jäger 2010: 86). Dies führt zu einer Verdeutlichung der asymmetrischen Verteilung von Macht, „womit ein Problem der gesellschaftlichen Verteilung von Macht generell angesprochen ist“ (vgl. Jäger 2012: 138).

An dieser Stelle drängt sich die Frage nach den strukturellen Gegebenheiten der Diskursebene der Medien hervor. Die Beantwortung dieser und der sich hierdurch herauskristallisierenden innermedialen Hegemonial- und intersystemischen Dominanzverhältnisse – im Hinblick auf die Wirkmächtigkeit der Massenmedien auf das Gesellschaftssystem – soll in der Folge expliziert werden.

## **2.2 Strukturen der Massenmedien**

Die Frage nach den Strukturen der Massenmedien ist überhaupt „die Frage nach dem Zustandekommen von ‚Wirklichkeit‘ in dieser Mediengesellschaft“ (Burkart 2002: 270). Luhmanns Konzeption von der Realität der Massenmedien ist folgendermaßen: Die den Massenmedien inhärente Realität ist jene, die „in ihren eigenen Operationen“ besteht (Luhmann 2009: 11). Die andere ist jene, die sie für andere zur Verfügung stellen, das heißt „was für sie oder durch sie für andere als Realität erscheint“ (ebd.). Aus systemtheoretischer Perspektive ist es die Aufgabe von Massenmedien, die Selbstbeobachtung des gesellschaftlichen Systems zu dirigieren (vgl. Luhmann 2009: 118). „Mittels ihrer Codes *Information/Nichtinformation* beobachten sie Gesellschaft und Kommunikation daraufhin, welche Informationen für welche Publika und Rezeptionsgruppen sehens- und hörens-wert sind, worüber also berichtet werden muss (...)“ (Ziemann 2012: 78). So gesehen werden Wirklichkeitsvorstellungen erst durch Medien ermöglicht, in dem Sinne, dass Wirklichkeit nicht an sich, sondern unter der Gefahr von Verzerrung lediglich über Verarbeitungsprozesse von Information erfahrbar ist (vgl. Burkart 2002: 274).

Aus systemtheoretischer Perspektive ist mit Anlehnung an Luhmann zu konstatieren, dass Massenmedien Realität konstruieren (vgl. Ziemann 2012: 76). „Was er [der Augenzeuge der Realität; D.K.] für einen Bericht von einem Ereignis hält, ist zumeist in Wirklichkeit dessen Umwandlung“ (Lippmann 1922/1960: 61). Dieses Zitat spricht auf die Selektions- und Interpretationsleistungen der medialen Berichterstattung an.

Diesbezüglich ist der *Gatekeeping*-Ansatz zu thematisieren. Dieser Ansatz fragt nach den Charakteristiken der einzelnen Journalisten oder ganzen Medieninstitutionen, die die Auswahl von Nachrichten beeinflussen und somit auch danach, welche Nachrichten als publikationswürdig eingestuft und veröffentlicht werden. Bisherige Forschungen haben gezeigt, dass neben Prädispositionen der Individuen (Journalisten, Redakteure), auch institutionelle Faktoren relevante Einflüsse auf die Selektion von Nachrichten ausüben (vgl. White 1950; vgl. Westley/Mac Lean 1957; vgl. Kepplinger 1989: 9; vgl. Jäckel 2005: 302ff.). Die Entscheidungsfindung basiert auf fünf Ebenen (vgl. Schoemaker 1991: 32ff; vgl. Shoemaker/Reese 1996: 63ff., zit. nach Jäckel 2011: 227):

1. Die Nachrichtenauswahl ist bedingt durch die *individuellen* Vorlieben, Einstellungen und den beruflichen Kontext des jeweiligen Journalisten
2. Gewisse Nachrichtenfaktoren bestimmen über den Wert der Nachrichten und führen zu *medialen Routinen* in der Selektion. Die Bestimmung der Nachrichtenwerte erfolgt beispielsweise anhand der Kriterien Beitragslänge, aussagekräftige Bilder, Neuigkeit und Dramatik.
3. Die *Organisationsstrukturen* in welche der Journalist eingebunden ist, müssen mitbedacht werden, da Journalisten durch Größe und Leitlinie der jeweiligen Medieninstitution beeinflusst werden.
4. Die Autonomie des journalistischen Feldes wird durch *extramediale* Kräfte eingeschränkt. Bestimmende Faktoren sind dabei die herangezogenen Quellen, das jeweilige Lesepublikum, Kooperationspartner aus der Werbebranche, wirtschaftliche und politische Interessensgruppierungen, welche die Auswahl der Nachrichten mitbestimmen können.

5. Letztendlich sind auch *ideologische Hintergründe* nicht zu vergessen, das heißt die Normen und Werte, „der weiter gefasste kulturelle Hintergrund führt dazu, dass bestimmte Teile der Welt in den ausgewählten Nachrichten unter- und andere überrepräsentiert sind“ (vgl. Jäckel 2011: 227)

Wie der Gatekeeping-Ansatz zeigt wird nach eigenen Gesetzmäßigkeiten vorgegangen, beobachtet, selektiert und in letzter Konsequenz publiziert. Dieses Angebot wird in weiterer Folge von den Informationsrezipienten selbst zur Konstruktion der Wirklichkeit verwendet (vgl. Ziemann 2012: 76). Daher konstatiert Luhmann:

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt (...) wissen, wissen wir durch die Massenmedien. (...) Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, daß wir diesen Quellen nicht trauen können. Wir wehren uns mit einem Manipulationsverdacht, der aber nicht zu nennenswerten Konsequenzen führt, da das den Massenmedien entnommene Wissen sich wie von selbst zu einem selbstverstärkenden Gefüge zusammenschließt“ (Luhmann 2009: 9).

Um zu verstehen wie Massenmedien funktionieren, muss in der „Einstellung eines Beobachters zweiter Ordnung“ ihre Beobachtung beobachtet werden (vgl. ebd.: 13). Damit ist eine Beobachtung einer verdoppelten Realität gemeint, die in dem beobachteten massenmedialen System vor sich geht (vgl. ebd.). Das System der Massenmedien unterscheidet somit zwischen Selbst- und Fremdreferenz. Es orientiert sich an systeminternen Strukturen (Selbstreferenz) und an externen Ereignissen in seiner Umwelt (Fremdreferenz). Konkret würde das bedeuten, dass ein systemexternes Thema (Fremdreferenz) aufgegriffen wird, in weiterer Folge aber nach eigenen intramedialen Gesetzmäßigkeiten (Selbstreferenz) weiterverarbeitet wird (vgl. ebd.: 21f.). Luhmann geht also von der Autonomie der jeweiligen Systeme aus – in diesem Fall Massenmedien – die eigene Operationsmodi aufweisen. Die Themen dienen dabei der Strukturkoppelung der Massenmedien mit ihrer Umwelt, das heißt anderen Bereichen der Gesellschaft. „Die Unterscheidung Themen/Funktion entspricht der Unterscheidung Fremdreferenz/Selbstreferenz“ (ebd.: 23). Dadurch gewinnen die Beobachter, welche auch systeminterne Organisationen sein können, die Freiheit in der Themenselektion und somit auch der Nicht-Berücksichtigung von Informationen. Der Beobachter muss sich nicht an der Wahrheit orientieren, wodurch er auch Fehlinformationen in Umlauf bringen kann, solange die Systemstabilität garantiert wird (vgl. ebd.).

Neben dem Gatekeeping-Ansatz und der Systemtheorie Luhmanns liefert auch die News-Bias-Forschung eigene Erklärungsansätze bezüglich medialer Nachrichtenselektion und – publikation. Diese fragt nach den Gründen von unausgewogener, ideologisch gefärbter und einseitiger Medienberichterstattung (vgl. Staab 1990: 27). Schulz spricht von Wirklichkeitsverzerrung in den Medien, da er der medialen Berichterstattung ideologische Färbung und Parteilichkeit vorwirft. Anhand dieser sind keine sicheren Rückschlüsse auf die Gesellschaftsstrukturen, Ereignisabläufe und die Verteilung der öffentlichen Meinung möglich (vgl. Schulz 1989: 139).

Wie das Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung bzw. Öffentlichkeit und Massenmedien vorzustellen ist und welche Funktionen dabei die Massenmedien explizit erfüllen, wird im Folgekapitel im Zentrum der theoretischen Abhandlung stehen.

### **3. Medien und Öffentlichkeit**

In dieser Arbeit sind unter dem Begriff Medien, wie vorhin festgelegt, Verbreitungs- bzw. Massenmedien zu verstehen. Wenn von Medien gesprochen wird, wird eine Homogenität suggeriert, die es so nicht gibt. Zwar gibt es hegemoniale Mediendiskurse, doch sind auch solche vorhanden, die zu den Gegendiskursen gezählt werden können. Es gibt also Differenzen hinsichtlich der Zielhorizonte und der Art und Weise, wie einzelne Medien arbeiten. Medien, die aufgrund ihrer Reichweite breite Teile der Gesellschaft informieren, „wird eine ‚Lenkkraft‘ von Entwicklungen zugeschrieben. Gleichzeitig vermittelt der mitgedachte generalisierte Medien-Begriff das Gefühl von Entpersonalisierung“ (Jäckel 2005: 299). An dieser Stelle wird wiederum der Macht-Begriff vordergründig: Carl Schmitt zitierend bringt Jäckel die Definition, dass „Macht (...) als Zugangsbedingung zum Machthaber zu definieren“ ist. (ebd.). Beim Begriff des Machthabers denkt womöglich primär an eine konkrete Autoritätsperson. Doch es kann auch eine Organisation darunter verstanden werden, die mittels Einsatz von Techniken zur Machtentfaltung imstande ist. Im weiteren Verständnis bedeutet dieser Umstand, dass eine Bedingung zur Machtentfaltung im Zugang zu Verbreitungsmedien liegt (vgl. ebd.).

Dieser Zusammenhang zwischen Verbreitungs- bzw. Massenmedien und dem Phänomen Macht ist äußerst komplex, da, mit systemtheoretischer Terminologie ausgedrückt, das gesellschaftliche Teilsystem der Medien nicht ohne seine Beziehung zum Funktionssystem Politik und dem intersystemisch relevanten Phänomen Öffentlichkeit zu denken ist. Wie sich diese System-zu-System-Beziehungen vollziehen soll in der Folge thematisiert werden.

#### **3.1 Öffentlichkeitskonzepte**

Gesellschaftshistorisch wurde die Öffentlichkeit im Rahmen der europäischen Aufklärung etabliert um eine Dynamik gesellschaftlicher Strukturen aufrechtzuerhalten. Als Ziel der Aufklärung deklarierte Kant die Emanzipation von Unmündigkeit mittels des öffentlichen Gebrauchs der Vernunft (vgl. Kant 1983: 55).

Die Idee, die sich hinter der Autonomie der Öffentlichkeit verbirgt - die auch als abstrakter kollektiver Singular bezeichnet wird – kann folgendermaßen definiert werden:

Für jedes Gesellschaftsmitglied soll die Chance ermöglicht werden eigene politische Interessen und Ansichten zu artikulieren, die anschließend von herrschenden politischen Akteuren in ihrer politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden (vgl. Ziemann 2012: 63). So gesehen ist die Öffentlichkeit selbst eine politische Kategorie, die in einer Wechselbeziehung zu politischen Autoritäten steht. „An diesem Prinzip entzündet sich schließlich die Idee, dass die Öffentlichkeit (im Verbund mit den Massenmedien) die >vierte Gewalt< im Staat ist“ (vgl. ebd.: 64). Klassische Öffentlichkeitstheorien stellen von einer neutralen Vermittlungsfunktion der Massenmedien ausgehend das Beziehungsverhältnis von Massenmedien und Öffentlichkeit dermaßen dar, dass sich der Einzelne zur Verbreitung eigener Anliegen der Massenmedien bedient. Letztere wiederum bilden die öffentliche Meinung gebündelt ab (vgl. ebd.). Somit wird „Öffentlichkeit (...) durch die Zwischenschaltung von Massenmedien einem dispersen Publikum zugänglich gemacht“ (Jäckel 2011: 263). Daraus ergibt sich, dass moderne Kommunikation sich im Raum der Publizität vollzieht, wodurch Öffentlichkeit ebenfalls eine „*kommunikativ-mediale* Kategorie“ darstellt (Ziemann 2012: 64).

Die Neutralität der Massenmedien wird jedoch seit dem 19. Jahrhundert in Frage gestellt, da sich das Feld der Politik immer mehr der Publizität zu bedienen begann und das aktive Publikum, das ursprünglich die vierte Gewalt mit den Massenmedien darstellte in die Passivität gedrängt wurde. Die Öffentlichkeit hat sich demnach mit dem Aufkommen der Massenmedien im Laufe der Zeit strukturell gewandelt, worauf mit Habermas näher eingegangen werden soll.

### **3.1.1 Habermas: Der Strukturwandel der Öffentlichkeit**

Habermas' Begriff der Öffentlichkeit basiert auf der Verbindung mit der Emanzipation des Bürgertums, deren Funktion sich im Laufe der Zeit von literarischer zu politischer Öffentlichkeit gewandelt hat<sup>6</sup>.

---

<sup>6</sup>„Bürgerliche Öffentlichkeit läßt sich vorerst als die Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute begreifen; diese beanspruchen die obrigkeitlich reglementierte Öffentlichkeit alsbald gegen

Die bürgerliche Öffentlichkeit entstand zunächst im privaten Rahmen, in der sich Privatleute versammelten und sich über literarische Werke austauschten. Dieser private Austausch setzte sich dann in öffentlichen Diskussionen fort (öffentliches Raisonement). Besonders über das ausgeweitete Angebot an Tageszeitungen ging „der Erfahrungszusammenhang der publikumsbezogenen Privatheit auch in die politische Öffentlichkeit ein“ (ebd.: 116). Der öffentlichen Gewalt in Form des Staates steht eine Gesellschaft gegenüber, die vom Bürgertum dominiert wird und eigene Interessen artikuliert. „Das hier beschriebene Ideal lässt die politische aus einer literarischen Öffentlichkeit entstehen“ (Jäckel 2011: 266). Am Beispiel Englands zeigt Habermas wie die Öffentlichkeit unter Einfluss der Politik seitens der Presse instrumentalisiert wird. Harley wird als der erste Staatsmann dargestellt, der mit Hilfe von engagierten Literaten, den Geist seiner Partei („Whigs“) durch massenmediale Publikationen zu einem „public spirit“ machte (Habermas 1990: 124f.). Das Aufkommen der Massenmedien hatte zur Folge, dass das öffentliche Raisonement, das zuvor auch außerhalb der Medien stattfand nun einen fixen Platz innerhalb der Medien bekam. Die Art und Weise der Kommunikation verändert sich mit den neuen Medien, sodass sich das Publikumsverhalten durch ein zwanghaftes „Don’t talk back“ verändert und somit die Öffentlichkeit einen Funktionswandel vollzieht, die sich in dem Verlust der Artikulation eines politischen Willens manifestiert (ebd.: 261). Eine Passivität des Publikums, welche die politische Arena verlässt und zum bloßen Zuschauer degradiert wird ist die Folge (vgl. Jäckel 2011: 268). Die autorisierte Meinung „erfährt ihre Legitimation nicht aus dem Raisonement einer (bürgerlichen) Öffentlichkeit. Stattdessen entfaltet sich eine Form der Publizität, die auch Schelsky (...) die ‚Illusion der öffentlichen Meinung‘“ nennt (ebd.: 268f.). Habermas spricht von einer hergestellten und manipulierten Öffentlichkeit, die sich in der politischen und massenmedialen Produktion eines manipulierten Meinungsklimas niederschlägt (vgl. Habermas 1990: 320f.).

---

die öffentliche Gewalt selbst, um sich mit dieser über die allgemeinen Regeln des Verkehrs in der grundsätzlich privatisierten, aber öffentlich relevanten Sphäre des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit auseinanderzusetzen. Eigentümlich und geschichtlich ohne Vorbild ist das Medium dieser politischen Auseinandersetzung: das öffentliche Raisonement.“ (Habermas 1990: 86).

In diesem Zusammenhang spricht Habermas im Zusammenhang mit der Öffentlichkeit von einer „vermachteten Arena (...), in der mit Themen und Beiträgen nicht nur um Einfluß, sondern um eine in ihren strategischen Intentionen möglichst verborgene Steuerung verhaltenswirksamer Kommunikationsflüsse gerungen wird.“ (ebd.: 28).

### **3.1.2 Luhmann: Öffentlichkeit und öffentliche Meinung**

Öffentlichkeit wird bei Luhmann als „gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme“ definiert (Luhmann 2009: 126). Er geht davon aus, dass Massenmedien permanent Informationen in Umlauf bringen, die als Ersatz für eine unmittelbare Beobachtung der Umwelt dienen. „Insofern ist die Veröffentlichung von Meinungen ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeit als solcher“ (Jäckel 2011: 271). Die Funktion der Öffentlichkeit besteht in der Selbstreflexion und –beschreibung von Gesellschaft durch die Themenveröffentlichung, kurz sie ist „ein allgemeines gesellschaftliches Reflexionsmedium, das (...) das Beobachten von Beobachtungen registriert“ (Luhmann 2009: 127). Es erfolgt keine Reduzierung der Öffentlichkeit „auf ein Spiegelbild der Wirklichkeit in verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft“ (Jäckel 2011: 272), sondern eine Wirklichkeitskonstruktion auf Basis einer Beobachtung zweiter Ordnung. Dabei geht es darum, dass man nicht die unmittelbare Realität beobachtet, sondern stets eine vermittelte. Entgegen der Öffentlichkeit, die als ein gesamtgesellschaftlicher Spiegel betrachtet wird, ist die öffentliche Meinung ein Spiegel für die Politik: „Die öffentliche Zugänglichkeit von Kommunikation im politischen Herrschaftsapparat wird so mit Hilfe der Druckerpresse erweitert, und erst daraufhin kommt es zu der Vorstellung einer öffentlichen Meinung als Letztinstanz der Beurteilung politischer Angelegenheiten“ (Luhmann 2009: 128). Die öffentliche Meinung wird als Medium bezeichnet, indem mittels Kommunikation Abbildungen von Formen erfolgen, die wieder aufgelöst werden (vgl. Jäckel 2011: 274). Sie ist demnach nicht nur das Ergebnis, sondern auch „Voraussetzung für weitere Kommunikationen, die sich darauf beziehen“ (ebd.). Die öffentliche Meinung wird nicht als Großteil individueller Meinungen zu einer bestimmten Zeit angesehen, da sie latent ist, bevor sie kommunikativ transparent wird (ebd.: 272). Des Weiteren ist es auch weniger wahrscheinlich, dass Millionen Menschen zeitgleich einer Meinung sind.

Von öffentlicher Meinung wird aber trotz dieser Tatsache weiterhin gesprochen und die öffentliche Kommunikation beruht meist auf dieser „Fiktion“ (ebd.). Aus dieser Komplexität können Massenmedien aushelfen und Ordnung schaffen: „Presse und Funk sind die Formgeber dieses Mediums“ (Luhmann 1990: 176). Die öffentliche Kommunikation sorgt für Orientierung. Es wird sogar von einem Spiegel der öffentlichen Meinung gesprochen, womit Luhmann meint, dass sie eine relevante Orientierungsfunktion besonders für die Politik übernimmt. „Öffentliche Meinung fungiert damit als innerer (...) Markt der Politik, indem diese sich hinsichtlich der Zustimmung oder Ablehnung gegenüber (...) Entscheidungsaggregationen gespiegelt sieht“ und dementsprechend vorgehen kann (Ziemann 2012: 68). Im zuvor erwähnten Spiegel der publizierten öffentlichen Meinung wird die Einsicht auf Pro und Contras gewährt. Das bedeutet für die Politik, dass „die öffentliche Meinung einer der wichtigsten Sensoren [ist; D.K.], dessen Beobachtung die direkte Beobachtung der Umwelt ersetzt“ (Luhmann 1990: 180). Die Funktion der Öffentlichkeit besteht demnach darin, das politische System zu steuern und die Grenzen des Möglichen bzw. Unmöglichen abzustecken. Die Rollenträger im Kommunikationsprozess der Politik müssen sich der Struktur der Themen der öffentlichen Meinung fügen und sind somit „auf Kompatibilität mit der öffentlichen Meinung angewiesen“ (Luhmann 1970: 16). Luhmann brachte noch den Gedanken ein, das politische System von der öffentlichen Meinung zu entkoppeln (vgl. ebd.: 25). Dies hat wiederum zur „Kopplung von Öffentlichkeit und Massenmedien geführt, bisweilen zur vollständigen Integration der Öffentlichkeit (...) in die Prozesse (...) der Massenmedien“ (Ziemann 2012: 69). Die massenmediale Funktion wäre demnach Öffentlichkeit zu repräsentieren. Da aber aus systemtheoretischer Sicht die Öffentlichkeit ein zum System der Massenmedien externe Umwelt ist, wird sie in Form von Realitätskonstruktionen repräsentiert (vgl. Luhmann 2009: 128).

### **3.1.3 Noelle-Neumann: Die Schweigespirale**

Noelle-Neumann hat einen sozialpsychologischen Begriff der öffentlichen Meinung vorgelegt. Dabei wird diese als ein permanent ablaufender Prozess in der Öffentlichkeit verstanden, dessen Ziel es ist einen Konsens in der Gesellschaft zu sichern (Noelle-Neumann 1996: 343).

„Öffentliche Meinung ist eine Meinung in wertbesetzten Bereichen, die ohne Furcht vor Sanktionen öffentlich ausgesprochen werden und auf der sich öffentliches Handeln gründen kann“ (ebd.). Diese Meinung muss man zeigen um sich nicht sozial zu isolieren (ebd.; vgl. Burkart 2002: 262). Dabei unterscheidet sie zwei Funktionen öffentlicher Meinung. Die manifeste Funktion ist gekennzeichnet von Rationalität „mit Funktionen für Meinungsbildung und Entscheidung in der Demokratie“ (Noelle-Neumann 1996: 323). Dieses Konzept geht davon aus, dass die Menschen sich ihres Verstandes bedienen und, dem modus operandi des Systems bewusst, ihre Meinung äußern, die vom politischen System wahrgenommen und berücksichtigt wird. Aus diesem Blickwinkel entspricht die öffentliche Meinung den in den Medien veröffentlichten Meinungen (vgl. ebd.: 325f.). Es geht also um demokratische Partizipation. Die latente Funktion der öffentlichen Meinung hingegen ist soziale Kontrolle. Dabei ist nicht, wie bei der rationalen öffentlichen Meinung, die demokratische Partizipation und das Prinzip der Freiwilligkeit primär, sondern die Integration. Damit eine Gesellschaft funktionieren kann, muss nach diesem Konzept ein gewisser Grad an Konsens „in der Gesellschaft über Werte und Ziele des Gemeinwesens“ abgesichert werden (ebd.: 335). Jedes Gesellschaftsmitglied ist involviert in den Prozess der öffentlichen Meinung und muss sich aus Furcht vor Isolation eine mit der Mehrheit konforme Einstellung und Meinung einnehmen. Wenn das Individuum das Gefühl hat mit seiner Meinung in der Minderheit zu sein, muss es vorsichtiger agieren und die eigene Meinung in der Öffentlichkeit zurückhalten. Dafür hat Noelle-Neumann den Begriff „Schweigespirale“ eingeführt (vgl. ebd.: 357). Die vier Annahmen des Prozesses der Schweigespirale in Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung gestalten sich nach Noelle-Neumann folgendermaßen (vgl. ebd.: 358):

1. Abweichende Individuen werden seitens der Gesellschaft mit Isolationsdrohungen konfrontiert
2. Die Furcht vor Isolation ist bei den Individuen stets omnipräsent
3. Aus diesem Grund erfolgt ständig eine Einschätzung des Meinungsklimas
4. Diese Einschätzung hat einen Effekt auf das individuelle Verhalten in der Öffentlichkeit, das sich dahingehend verändert, dass man gewisse Meinung nicht äußert und andere wieder schon

Die Medien werden dabei als der stärkste aller Einflussfaktoren bezeichnet. „Schweigespiralen entwickeln sich praktisch nie gegen den Tenor meinungsbildender Medien“ (ebd.: 359). Zentral ist dabei das Agenda-Setting-Konzept, die Tagesordnungsfunktion der Medien. Denn diese leitet den Prozess der öffentlichen Meinung ein (vgl. ebd.: 360).

Der Agenda-Setting-Ansatz besagt, dass Medien ganz bestimmte Themen vordergründig behandeln, wobei andere Themen oder die darin vorkommenden Positionen zu kurz kommen (vgl. Loquai 2007: 59). Die Konsequenzen sind zweierlei: in der Tendenz werden jene Themen von der Allgemeinheit vordergründig behandelt, die auch medial vorkommen. Im Kontext des Schweigespiralkonzeptes bedeutet dieser Ansatz, dass ein Zustand der Spannung entwickelt wird, in dem es zur Entfaltung von Isolationsdrohung und –furcht kommt (vgl. Noelle-Neumann 1996: 360). Die Massenmedien sind für das Individuum von besonderer Relevanz, weil es durch sie auch im Sinne einer indirekten Wahrnehmung ihre Umwelt beobachtet. Es gewinnt durch die Massenmedien einen durch sie vermittelten Eindruck vom Meinungsklima.<sup>7</sup>

### **3.2 Funktionen der Massenmedien für die Öffentlichkeitsakteure**

Aus den bisherigen sozialwissenschaftlichen Medientheorien lässt sich in puncto Funktionen der Massenmedien ableiten, dass die Hauptfunktion darin liegt, Ereignisse als informations- und publikationswürdig einzustufen. Daran anknüpfend liegt sie auch darin, zu beurteilen was für ein je spezifisches Publikum als relevant zu beachten und in weiterer Folge zu veröffentlichen (oder auch nicht zu veröffentlichen) ist (vgl. Ziemann 2012: 78). Die Funktionen der Massenmedien für das gesellschaftliche System sind je nach Zugangsweise zu Letzterem unterschiedlich.

---

<sup>7</sup> „Vom Medientenor geht Isolationsdrohung aus (...) Derjenige Standpunkt in einer Kontroverse wird sich leichter durchsetzen, der in den Medien vorherrscht, weil aufgrund der von den Massenmedien gelieferten Argumente, Schlagwörter und Formulierungen den Anhängern die Artikulation, das Reden in der Öffentlichkeit wesentlich leichter fällt als den Gegnern (...) Eine Schweigespirale gegen den Medientenor wurde bisher empirisch nie gefunden“ (Noelle-Neumann 1996: 361).

Die Erwartungen und Leistungserfordernisse an die Massenmedien differieren je nachdem ob man die gesellschaftliche Umwelt als soziales, politisches oder ökonomisches System auffasst.

### **3.2.1 Soziale Funktionen**

Die sozialen Funktionen sind als jene Leistungen der Massenmedien zu verstehen, welche diese für die gesellschaftliche Umwelt in der Auffassung als soziales System zu erbringen haben (vgl. Burkart 2002: 383). Die Massenmedien haben in diesem Rahmen in erster Linie eine Sozialisationsfunktion inne: sie vermitteln den Rezipienten neben vorherrschenden konjunkturellen Werten, auch entsprechende Denk- und Handlungsnormen, welche Ordnung in der Komplexität des Lebens ermöglichen und somit zur Erhaltung und weiteren Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Damit zusammenhängend erbringen die Massenmedien eine soziale Orientierungsleistung, da in einer funktional differenzierten Gesellschaft eine Vielzahl an unterschiedlichen „Sinnwelten“ (Berger/Luckmann 1970: 98) herrschen, sodass die Individuen nicht über alle nötigen Denk- und Handlungsschemata verfügen können. „Mit ihrer sozialen Orientierungsleistung bringen die Massenmedien gleichsam ein Stück dieser durch die Systemdifferenzierung verlorengegangenen Gemeinsamkeit im Erleben und Handeln der Menschen wieder zurück (vgl. Burkart 2002: 386). Eine weitere Funktion ist jene zur Rekreation oder Gratifikation, womit gemeint ist, dass die Massenmedien als Entlastung fungieren, indem sie den einzelnen durch ihre Angebotsvielfalt die Alltagsorgen und die Mühen des Arbeitsalltags vergessen lassen.

Auch die Integrationsfunktion ist als eine soziale Funktion aufzufassen, die Massenmedien erbringen müssen damit es in einer durch viele Interessen gekennzeichneten modernen Gesellschaft nicht zu einer Desintegration kommt (vgl. ebd.: 387). Die Integrationsfunktion entspricht den Sozialisations- und Orientierungsfunktionen. Sie bewirken Massenloyalität „im Hinblick auf die Geltung sozialer, politischer und rechtlicher Normen“ (Ronneberger 1985: 16). Die Gefahren dabei sind jene der Des- und Überintegration. Erstere kann infolge eines permanent stattfindenden Informationsausstoßes zur Wissenskluft zwischen informierten und uninformatierten Teilen der Gesellschaft führen.

Überintegration bedeutet, dass eine durch Massenmedien in Gang gesetzte Homogenisierung der Denk-, Norm- und Verhaltensmuster zu einem Pluralitätsverlust in der Gesellschaft führen kann (vgl. Maletzke 1984: 139; vgl. Burkart 2002: 388f.).

### **3.2.2 Politische Funktionen**

Die politischen Funktionen sind jene, welche die Massenmedien für die gesellschaftliche Umwelt in der Auffassung als politisches System zu erbringen haben (vgl. Burkart 2002: 390).

Massenmedien stellen Öffentlichkeit her. „Wir haben es also prinzipiell (...) nicht mehr mit einer Öffentlichkeit zu tun, die sich aus der Diskussion in einer bestimmten Gesellschaft (...) ergibt und sich als deren (öffentliche) Meinung darstellt“ (Ronneberger 1974: 199), sondern mit einer Öffentlichkeit die von den Massenmedien konstruiert wird (vgl. Burkart 2002: 391). Öffentlichkeit wird bereits durch die massenmediale Informationsveröffentlichung gemacht (vgl. ebd.). Ideal wäre es demnach, wenn Massenmedien allen gesellschaftlich vorhandenen Meinungen und Interessen eine Möglichkeit zur Artikulation geben würden, womit eine weitere politische Funktion angesprochen wird, nämlich die Artikulationsfunktion (vgl. ebd.: 393). Diese besteht darin, dass alle politischen Gruppierungen den medialen Raum zur Artikulation jeweiliger Standpunkte erhalten. Denn nur dadurch kann sich ein Bevölkerungswille bilden, wenn eine Konsensbildung aus einer Mehrzahl von Standpunkten anvisiert wird (vgl. Wildenmann/Kaltefleiter 1965: 28, zit. nach Burkart 2002: 393). Damit hängt auch die politische Sozialisationsfunktion zusammen: Voraussetzung für eine aktive Partizipation am politischen Geschehen ist, dass die entsprechenden politischen Rollen klar ersichtlich werden (vgl. Ronneberger 1974: 201f.; vgl. Burkart 2002: 395).

Damit kommt eine weitere Funktion auf: die politische Bildungsfunktion liegt darin, dass die Medien zur politischen Heranreifung der Partizipanten am politischen Prozess beitragen. Durch die publizierten Informationen ist es schließlich die Aufgabe jedes Einzelnen „Informationen aufzunehmen und zusammenhängend zu verstehen (Ronneberger 1974: 204).

Die eigenständige Meinungsbildung ist aber in den meisten Fällen mehr Ausnahme als Norm, da nach Ronneberger (1974) meist vorgeformte Meinungen übernommen werden (vgl. ebd.: 204f.).

Die letzte Funktion ist die Kritik- und Kontrollfunktion. Massenmedien können Kritik an politischen Akteuren äußern, was in weiterer Folge zu Verhaltensänderungen (Kontrolle) bei jenen führen kann (vgl. Burkart 2002: 395f.). Die Voraussetzung hierfür ist aber, dass Massenmedien frei von jeglichen gesellschaftlichen und politischen Machteinflüssen operieren können und somit in ihrer Publizität nicht eingeschränkt werden (vgl. Ronneberger 1974: 203; vgl. Burkart 2002: 397). Denn nur dadurch können Autonomie und eine ausgewogene Berichterstattung, in der alle möglichen Positionen und Themen frei von Zensur medial berücksichtigt werden, gewährleistet werden (vgl. Ronneberger 1978: 215ff.).

### **3.2.3 Ökonomische Funktionen**

Die ökonomischen Funktionen beinhalten all jene Leistungen der Massenmedien, welche diese für die gesellschaftliche Umwelt in der Auffassung als kapitalistisch organisiertes ökonomisches System zu erbringen haben (vgl. Burkart 2002: 397 f.).

Zentral dabei ist die Zirkulationsfunktion, wonach die Medien die Beziehung zwischen Ware und Geld beschleunigen und die Umschlagszeit verkürzen (vgl. ebd.: 398). Sie fungieren sowohl als „Werbeträger für konkrete Interessen des Einzelkapitals“, als auch als Stabilisatoren des kapitalistischen Wirtschaftssystems und somit der hegemonialen Machtverhältnisse (ebd.: 398f.). Aus ökonomischer Sicht haben Massenmedien auch eine Funktion zur Regeneration inne, indem sie der arbeitenden Bevölkerung Entertainment und Informationen bieten, wodurch diese sich von den Strapazen des Arbeitsalltags erholen und motiviert wieder an die Arbeit gehen können (vgl. ebd.: 402). Summa summarum geht es um die Systemstabilisierung, indem die Massenmedien zur „Legitimierung und Propagierung des gesellschaftlichen Organisationsprinzips (zur kapitalistisch geprägten Marktwirtschaft) [beitragen; D.K], auf dem sowohl die Existenz der Medien als auch die der Gesellschaft insgesamt basiert“ (ebd.). Daher ist in diesem Zusammenhang von der Herrschaftsfunktion die Rede, welche Massenmedien ausüben (vgl. ebd.)

### 3.2.4 Informationsfunktion

Die Informationsfunktion bedeutet all jene Leistungen der Massenmedien, welche diese für die gesellschaftliche Umwelt in der Auffassung als politisches, soziales und ökonomisches System zu erbringen haben (vgl. Burkart 2002: 390).

Das Ziel der Informationsfunktion ist es, den Stand des Wissens eines Rezipienten zu einem Sachverhalt zu erweitern (vgl. ebd.: 402). Dabei bieten Massenmedien in diesem Zusammenhang Informationen, die im Kontext einer Sekundärerfahrung gewonnen werden können. Damit ist gemeint, dass man Wissenszugewinne nicht durch unmittelbare Eigenerfahrungen erlangt, sondern über massenmediale Kanäle (vgl. ebd.: 404). Diese Wirklichkeiten, die durch Massenmedien präsentiert werden, haben „wir als sekundäre Erfahrungen längst zu akzeptieren gelernt“ (ebd.: 405). Durch diese Erweiterung der Erfahrungsmöglichkeit, welche die Massenmedien bieten, nehmen Primärerfahrungen stetig ab, sodass Sekundärerfahrungen mehr Authentizität zugesprochen wird (vgl. ebd.). Die Bilder in unseren Köpfen werden in bedeutendem Maße von Massenmedien geprägt (vgl. Schulz 1974: 157, zit. nach Burkart 2002: 406). Sie vollbringen somit eine nicht zu unterschätzende Orientierungsleistung für die Informationsrezipienten und bilden damit das Fundament einer gesamtgesellschaftlichen Integration. „Politisches, soziales und ökonomisches System scheinen damit gleichermaßen tangiert“ (ebd.: 407). Daraus resultieren in logischer Konsequenz Qualitätsanforderungen an Massenmedien. Von den Massenmedien werden Objektivität, Vollständigkeit und Verständlichkeit erwartet (vgl. Wildenmann/ Kaltefleiter 1965: 16ff., zit. nach Burkart 2002: 407).

In weiterer Folge wird es darum gehen, die Massenmedien als wichtige Informationsvermittler zu Kriegszeiten genauer unter die Lupe zu nehmen und in diesem Kontext zu beurteilen, inwieweit die Qualitätsansprüche, die an sie gestellt werden, realisiert werden und welche Rolle externe Akteure, wie die Politik, spielen.

#### **4. Krieg und Medien: Die „vierte Gewalt“ und ihre Rolle zu Kriegszeiten**

Wenn von der Rolle und Bedeutung der Medien zu Kriegs- und Konfliktzeiten gesprochen wird, drängt sich der Machtbegriff wieder auf. Die US-amerikanische Public Relations-Agentur Rendon Group, die oftmals den Auftrag hatte für ein positives Bild des Pentagon zu sorgen, arbeitet unter dem Slogan „Information as an element of power“ (vgl. Rendon). Information steht in enger Verbindung zur Macht. In den Kapiteln zuvor wurde gezeigt, dass Medien im Sinne von Verbreitungsmedien Machthaber sind über die das Phänomen Macht ihre volle Entfaltung findet. Wer die Informationsmacht hat, ist dazu imstande die Vorstellungen der Menschen über Kriegsereignisse zu bestimmen (vgl. Beham 2007: 39). Daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass Medien als Informationsvermittler besonders zu Kriegszeiten eine zentrale Rolle spielen. In systemtheoretischem Jargon ausgedrückt wird seitens verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme, wie Politik und Militär, versucht „die Medien direkt oder indirekt für ihre Kriegsziele zu instrumentalisieren“ (ebd.: 39). Dadurch ergibt sich jedoch ein Spannungsfeld, da Medien auch die Rolle als „vierte Gewalt im Sinne der Gewaltenteilung in demokratischen Staaten“ zugeschrieben wird (Loquai 2007: 56). Nach diesem Verständnis haben sie als freie Presse unabhängig zu operieren und der Gesellschaft in diesem Rahmen Informationen zur Verfügung zu stellen, die es der Bevölkerung möglich machen „sich ein umfassendes und unabhängiges Bild von politischen und militärischen Vorgängen zu machen und über deren Richtigkeit zu urteilen“ (Beham 2007: 39).

Es steht also einerseits das Verständnis von Medien als „vierte Gewalt“ im Raum, andererseits ist auch von der Beziehungs-Trias Medien, Krieg und Politik die Rede, welche die „vierte Gewalt“ in eine Sackgasse führt. Wie sich diese Beziehung im Laufe der Geschichte entwickelte und welche problematischen Aspekte dabei hervorzuheben sind, wird in der Folge herausgearbeitet.

## **4.1 Krieg als Medienereignis: Die Genese der Kriegskommunikation**

Der Krieg wird über den Transport durch massenmediale Kanäle zu einem „Medienereignis“. Diese Formulierung soll keineswegs die Negation der Realität des Krieges suggerieren, sondern impliziert, dass der in Presse, Radio und Fernsehen dargestellte Krieg eine eigene Realität innehat (vgl. Wilke 1995: 21; vgl. Wilke 2005: 83).

### **4.1.1 Howard Russel und der Beginn des Pressekrieges**

Von Kriegen als Medienereignissen nach modernem Verständnis wird in der Geschichtsschreibung erst ab dem 19. Jahrhundert gesprochen, da sich die Art und Weise der medialen Präsentation veränderte (vgl. Wilke 2005: 93). Das Pressewesen nahm an gesellschaftlicher Bedeutung zu, entwickelte sich zu gewinnbringenden Wirtschaftsunternehmen und schaffte es zu einer öffentlichen Macht aufzusteigen (vgl. ebd.; vgl. Dominikowski 2004: 63; vgl. Beham 2007: 40). Der erste Kriegsreporter der vor Ort ein Kriegsgeschehen verfolgte und somit die Kriegsberichterstattung revolutionierte war William Howard Russel. Dies geschah im Rahmen des Krimkrieges (1853-1856), welcher den Auftakt zum Pressekrieg in der Historie einläutete (vgl. Weischenberg 1993: 67; vgl. Dominikowski 2004:63; vgl. Beham 2007: 40f.). Russel, ein Korrespondent der „Londoner Times“ war an der Seite der britischen Truppen an dem Krieg beteiligt und konnte wie es damals noch möglich war ohne Zensur und Lenkung der Presse berichten. Kritik ertete er bald von den Militärs, da ihm vorgeworfen wurde, zu viele Informationen über die britischen Truppen und deren Waffenlage preiszugeben, und dem gegnerischen Lager um den russischen Zaren Nikolaus Informationen zur Verfügung stellen (vgl. Dominikowski 2004: 64.). Gegen Ende des Krieges wurde die Presse zensuriert, womit „der Präzedenzfall für fast alle folgenden Kriege geschaffen“ wurde (ebd.). Ein Novum in diesem Krieg war auch die Fotografie, die zu propagandistischen Zwecken eingesetzt wurde (vgl. ebd.).

Neben Vor-Ort-Dokumentationen, Fotografie und Propaganda sind auch demokratische Facetten in die Kriegsberichterstattung eingeführt worden, da durch die Berichterstattung über den Krieg die Öffentlichkeit verstärkt am Krieg teilnehmen konnte und somit auch deren Einfluss zunahm (vgl. Knightley 1975: 17, zit. nach Dominikowski 2004: 64f.).

#### **4.1.2 Der erste Weltkrieg und der Beginn von Propaganda**

Im ersten Weltkrieg kam es zu einer Revolution hinsichtlich Informationslenkung und Steuerung der öffentlichen Meinung durch die Presse, da Massenmedien für Propagandazwecke instrumentalisiert wurden (vgl. Dominikowski 2004: 66; vgl. Wilke 2005: 97; vgl. Beham 2007: 44). Die Medien wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und sogar eigene Propagandaorganisationen von den am Krieg beteiligten Staaten gegründet. War die Kriegsberichterstattung zu Russels Zeiten noch unzensuriert, so war nun eine sachliche und neutrale Berichterstattung nicht mehr möglich (vgl. ebd.). „Die Lenkung der öffentlichen Meinung über die Kommunikationswege der Presse fand ihren extremsten Ausdruck in der von jeweiligen Regierungen und ihnen nahe stehenden Organisationen gesteuerten Gräuelpopaganda“ (Beham 2007: 45). So warfen die Alliierten den Deutschen in übertriebener Weise barbarische Akte vor, die mit Bildern und Berichten unterlegt wurden. Mittels dieser Propaganda wollte man die Deutschen zu einem barbarischen Volk stigmatisieren und die eigene Seite zugleich zum Krieg mobilisieren (vgl. Dominikowski 2004: 66; vgl. Beham 2007: 45). Als die Westmächte zusehends unter Druck gerieten und der Kriegsverlauf zu ihren Ungunsten verlief, wollte man die bis dato neutralen USA zu einem Kriegseintritt bewegen. Dies geschah mittels der Errichtung von US-fokussierten britischen Propagandabüros, die mit erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit eine pro-britische Sichtweise in den US-Medien und der US-amerikanischen Öffentlichkeit durchsetzen und letztendlich die Kriegspartizipation der USA auf Seiten der Westmächte herbeiführen konnten (vgl. Dominikowski 2004: 68; vgl. Beham 2007: 46). Somit lässt sich konstatieren, dass die Medien im ersten Weltkrieg seitens der Politik und des Militärs stark beeinflusst wurden.

### **4.1.3 Der Zweite Weltkrieg und die Vervollkommnung der Propaganda**

Im zweiten Weltkrieg wurden die Propaganda- und Desinformationsstrategien des ersten Weltkrieges perfektioniert. Joseph Goebbels nahm sich an den britischen Propagandainstitutionen im ersten Weltkrieg ein Beispiel und entwickelte deren Propagandastrategien weiter. So arbeiteten die Nationalsozialisten mit Propagandakompanien (ausgebildete Kämpfer, die auch als Reporter an der Front fungierten) und betrieben dadurch Informations-Management (vgl. Dominikowski 2004: 69; vgl. Beham 2007: 47; vgl. Wilke 2005: 98). Hinzu kamen neue Medien, wie Hörfunk und Medien, welche die Nationalsozialisten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren wussten (vgl. Dominikowski 2004: 70). Auf US-amerikanischer Seite wurde unter der Maxime „public opinion wins war“ auch auf Propaganda gesetzt. Die USA setzen auf Public-Relations-Strategien. Die Kriegsberichterstatter konnten sich zwar nach Belieben in den Kriegsgebieten aufhalten und bewegen, waren jedoch für die Informationsweiterleitung an das technische Equipment der US-Streitkräfte angewiesen, wodurch sensible Inhalte vor der Weiterleitung zensiert werden konnten (vgl. ebd.).

### **4.1.4 Der Vietnamkrieg als der erste Fernsehkrieg**

Der Vietnamkrieg markiert in der Kriegshistorie den ersten Fernsehkrieg, der ohne offizielle Zensur in Wohnzimmern transportiert wurde (vgl. Dominikowski 2004: 71f; vgl. Beham 2007: 48; vgl. Wilke 2005: 99f.). Der Umstand, dass die Presse unzensiert und unkontrolliert über den Krieg berichten konnte, wurde aus US-amerikanischer Perspektive als Grund für die Demoralisierung der amerikanischen Öffentlichkeit genannt. Inhaltsanalytische Studien aus den 80er Jahren ergaben jedoch, dass die transportierten Bilder von vietnamesischen Schauplätzen einen unbedeutend geringen Anteil der gesamten Berichterstattung via Fernseher ausmachten (vgl. Dominikowski 2004: 73; vgl. Beham 2007: 48f.). Dennoch wird die Wirkung von Bildern aus den Kriegsschauplätzen auf die öffentliche Meinung nicht ausgeschlossen, sodass sich bald in politischen und militärischen Kreisen der Mythos durchsetzte, dass der Krieg wegen den Medien verloren wurde.

Der damalige US-amerikanische Präsident Richard Nixon erklärte diesbezüglich: „Our worst enemy seems to be the press“ (Hammond 1998: IX, zit. nach Kunczik 2005: 243). Schon bald wurden aber die Lehren aus dem Vietnamkrieg gezogen.

#### **4.1.5 Public Relations und Information Warfare**

Nach dem Vietnamkrieg zogen die Militärs den Schluss, dass ausschließlich die Kontrolle der öffentlichen Meinung mittels Zensur der Kriegsberichterstattung gelingen kann (vgl. Dominikowski 2004: 74). Die Journalisten wurden daher im zweiten Golfkrieg 1991 von den Kriegsschauplätzen ferngehalten und in Saudi-Arabien in einem eigens für die Presse eingerichteten Pool zusammengefasst. Dadurch waren sie auf Informationen seitens des US-Militärs angewiesen, die ein Bild über den Krieg vermittelten, das einen mit Präzisionswaffen sauber geführten Krieg mit „chirurgischen Schlägen“ gegen feindliche Stellungen des Gegners ohne Schaden für die Zivilbevölkerung suggeriert (ebd.; vgl. Jertz/Bockstette 2004: 227). Nach dem Ende des Krieges stellte sich aber heraus, dass lediglich ein kleiner, unbedeutender Teil der von US-Seite eingesetzten Waffen Präzisionswaffen waren und es somit zu vielen zivilen Opfern kam, sodass das von den Militärs gezeichnete Bild eines „sauberen Krieges“ hinterfragt wurde (vgl. Dominikowski 2004: 74). Die verursachten Schäden wurden bewusst sprachlich verharmlost. Der Krieg selbst begann offenbar mit einer Propagandalüge. Die Public-Relations-Agentur „Hill & Knowlton“ wurde, um die Zustimmung der US-amerikanischen öffentlichen Meinung für eine US-Intervention in die Auseinandersetzungen zwischen dem Irak und Kuwait zu gewährleisten, damit beauftragt Gräuelpopaganda zu betreiben. Diesbezüglich wurde der berühmt berüchtigte „Brutkasten-Mythos“ in die Welt gesetzt. Eine Jugendliche erzählte vor dem UN-Sicherheitsrat, dass irakische Soldaten kuwaitische Babys aus Brutkästen genommen und auf den Boden geworfen hätten. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass sie die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA gewesen ist und diese Geschichte frei erfunden wurde (vgl. Morelli 2004: 70f; vgl. Dominikowski 2004: 75f.; vgl. Loquai 2007: 64; vgl. Kunczik 2005: 255f.). Ihre Funktion konnte sie dennoch erfüllen, da die Aufdeckung dieser „Story“ erst nach den Kampfhandlungen und der US-Intervention erfolgte.

In weiterer Folge machten die Medien einen Rollenwechsel durch und wurden „in die Militärdoktrin eingebettet“ (Dominikowski 2004: 76f.). Die Strategie des „Information warfare“ wurde in die Strategien des Militärs aufgenommen, welche die Informationsüberlegenheit gegenüber dem Gegner inkludiert. Zum Informationskrieg gehört die Strategie der „information operations“, worunter auf operativer Ebene alle „Aktionen zur Erreichung der eigenen Informationsüberlegenheit hinsichtlich politischer und/oder militärischer Maßnahmen und der Bewahrung der eigenen Informationsbasis“ gemeint ist (Jeertz/Bockstette 2004: 217). Darunter fallen aber auch die Manipulation und bewusste Instrumentalisierung der Öffentlichkeit und Medien, sowohl im In- als auch im Ausland (vgl. Dominikowski 2004: 77). So wurden im Kosovo-Krieg 1999, den die NATO gegen Serbien führte, bewusst Fehlinformationen seitens der Medien verbreitet, die im Kern auf mutmaßliche Säuberungsaktionen seitens der Serben anspielten. Diese Informationen wurden unter Mitwirkung des deutschen Verteidigungsministeriums kolportiert und wie bereits angesprochen von den deutschen und internationalen Medien unhinterfragt lanciert (vgl. Angerer/ Werth 2001; vgl. Hammond 2000a: 22f, zit. nach Dominikowski 2004: 77). Kritisiert werden die mangelnde Distanz der deutschen und internationalen Medien im Allgemeinen in der Berichterstattung über den Kosovokrieg und das Verwenden einer kriegerischen Sprache. Daher lässt sich konstatieren, dass „Medien sich in Kriegs- und Krisensituationen leicht vereinnahmen lassen – im Wechselspiel mit Politik und Gesellschaft in die sie eingebettet sind“ (Dominikowski 2004: 77).

#### **4.1.6 Symbiose von Krieg und Medien**

Die Genese der Kriegskommunikation zeigt hinsichtlich der Rolle der Medien zu Kriegszeiten problematische Facetten auf. Kriege leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung neuer Medientechnologien. Auch in ökonomischer und politischer Hinsicht haben sich die Strukturen der Medien weiterentwickelt (vgl. ebd.: 78f.). Doch gleichzeitig scheinen die Medien im Laufe der Geschichte ihre Autonomie verloren zu haben, da sie in politischer, militärischer und ökonomischer Hinsicht instrumentalisiert und gezielt für das Verbreiten von Desinformation und der Steuerung der öffentlichen Meinung eingesetzt werden (vgl. ebd.).

In diesem Zusammenhang ist von der „strukturellen Militarisierung“ der Medien die Rede: erstens sind Medien technologisch militarisiert im Sinne der Entwicklung neuer Medientechnologien, deren Einsatz besonders zu Kriegszeiten eine besondere Rolle spielte und spielt; zweitens wird von einer ökonomischen Militarisierbarkeit gesprochen, da Medien ökonomischer Hinsicht von Kriegen profitieren (Auflagensteigerung, Einschaltquoten); drittens sind Medien politisch militarisiert bzw. militarisiert, da sie vermehrt herrschaftsfreundliche Kriegsberichterstattung betreiben, obwohl sie in der Auffassung als „vierte Gewalt“ unabhängig, neutral und ausgewogen berichten müssten (vgl. ebd.: 79; vgl. Ruf 2007: 86). Sie spielen eine bedeutende Rolle in der Herstellung von Hegemonie bzw. sie sind die wichtigsten Instrumente in der Schaffung von Hegemonie (vgl. Ruf 2007: 78). Im Medienkontext beäugt ist damit die Art und Weise zu verstehen wie Medien (insbesondere zu Kriegszeiten) Wissen konstruieren und die Interpretationsweisen von Informationen und soziopolitische Verhältnisse bestimmen (vgl. ebd.: 75). Als politische, ökonomische und militärische Hegemonieinstrumente ließen sich die Medien stets zur „Verbreitung patriotischer Propaganda und der Produktion von Feindbildern“ instrumentalisieren (vgl. Dominikowski 2004: 80). Mit welchen Mitteln Hegemonie hergestellt und Feindbilder (re-)produziert werden, steht im Zentrum des nächstfolgenden Kapitels.

## **4.2 Sprache des Krieges: Feindbilder in hegemonialen Medien**

Wenn von Krieg die Rede ist, werden Bilder in unseren Köpfen aktiviert, die von Zerstörung, Tod und Chaos geprägt sind. Dass die Sprache in engem Zusammenhang mit Kriegen steht würde uns möglicherweise im Alltagsdiskurs nicht primär beschäftigen. Die Sprache ist aber „Agens und Opfer zugleich“ (Loquai 2007: 61).

Der Krieg beginnt mit dem Gebrauch von Worten, wird mit diesen fortgesetzt, und verfährt nach bestimmten Strukturen, die den Verlauf von Kriegsdiskursen fest prägen. Die Sprache spielt eine zentrale Rolle in der Vorbereitung auf Kriege. „Politik ist die Praxis der Herrschaft von Menschen über Menschen. Sie verwendet dafür Sprache, aufgeladene Worte, irreführende Erinnerungen usw. Die politische Schreibweise zielt auf Einschüchterung und Glorifizierung des eigenen Standpunktes“ (Iten 1995: 13).

In der Kriegskommunikation wird gezielt mit Kollektivsymboliken operiert. In diesem Zusammenhang wird auch von heimlicher Manipulation, Täuschung und Moralisierung gesprochen (vgl. Iten 1995: 14f. vgl. Loquai 2007: 61f.). Dabei wird die rhetorische Tendenz eines „Entweder-Oder“ stark hervorgehoben, da die medial dargestellten Positionen einer starken Moralisierung unterliegen (vgl. Iten 1995: 15). Mit der politischen Moralisierung werden auch Kriege vorbereitet bzw. „ohne sie konnte sie gar nicht entstehen. Kriege werden mit moralischer Verunglimpfung und Dämonisierung des Gegners begründet“ (ebd.). Daraus lässt sich mit Anlehnung an den berühmten Satz von Clausewitz in abgewandelter Form konstatieren, dass Krieg die Kommunikationsfortsetzung mit anderen Mitteln ist (vgl. ebd.). „Krieg wird vorbereitet, gerechtfertigt und auch beendet mit Kommunikation“ (ebd.). Besonders die Rolle der westlichen Medien während der Kriege in den letzten Jahrzehnten wird in der wissenschaftlichen Literatur über Kriegskommunikation als problematisch eingestuft. Inhaltsanalytische Untersuchungen der Kriegsberichterstattung deutscher Massenmedien ergaben einige journalistische Selektionskriterien, die für die Konstruktion von Nachrichten und deren Defizite hervorzuheben sind (vgl. Studiengruppe InterKom 1993: 109f.). Dabei wird in erster Linie kritisiert, dass die Berichterstattung ereignisbezogen ist und somit Strukturwissen bzw. Hintergrundberichte eher eine sekundäre Rolle spielen. Zusätzlich wird Kritik an der „Personalisierung von Ereignissen“ und die verstärkte Konzentration auf militärische Auseinandersetzungen, Kriege et cetera geübt (vgl. ebd.: 110; vgl. Imhof 1995: 124). Es werden auch Bilder vermittelt, die von Chaos und Irrationalität geprägt sind (vgl. Studiengruppe InterKom 1993: 110). Besonders das Bild über die arabische Welt ist in diesem Kontext hervorzuheben, da Analysen zur deutschen Presse belegen, „daß in der Darstellung immer wieder auf eine Reihe festgefügtter Stereotype zurückgegriffen wird, die auf teilweise jahrhundertealte Traditionen zurückgehen“ (ebd.). In Bezug auf den islamisch-arabischen Raum werden in westlichen Medien oft kulturelle Differenzen, Fremdheit, Irrationalität der islamisch-arabischen Welt, Rückständigkeit und deren angebliche Gefahr für den Westen betont (vgl. ebd.). Dieser stereotypisierte Blick auf den Orient mündet oft in die Konstruktion von Feindbildern, die in der westlichen Kriegsberichterstattung eine gewichtige Rolle spielen. Mit welchen Techniken die öffentliche Meinung und die Herrschaftsinteressen in einen Zustand der Kompatibilität gebracht werden und welche Rolle dabei das Instrument „Feindbilder“ spielt, ist in der Folge mit Einbezug sozialpsychologischer Konzepte näher zu definieren.

#### 4.2.1 Framing, Moralisierung und der Dualismus Gut/Böse

Aus sozialpsychologischer Sicht ist die Rolle der Medien in der politischen *Agendasetzung* von Relevanz. Wenn in Medien gewissen Sachverhalten eine große Aufmerksamkeit geschenkt wird, werden sie von Seiten der Öffentlichkeit als äußerst relevant erachtet. In diesem Sinne, setzen die Medien die Agenda für politische Diskussionen: Sie beeinflussen nicht *was* die Öffentlichkeit denkt, sondern *worüber* sie denkt (vgl. Peplau et al. 2003: 487). Durch die Aufnahme bestimmter Themen und Positionen in die Agenda von Kriegsdiskursen werden gleichzeitig andere zurückgehalten, worin speziell in medialen Kriegsdiskursen auch das Zentrum-Peripherie-Gefälle einzubeziehen ist: die Positionen aus der Peripherie im weltpolitischen Kontext – ausgehend von der westlichen Medienlandschaft und den westlichen Politakteuren, welche in diesem Rahmen das Zentrum darstellen – sind in westlichen Medien nicht ausreichend vertreten, sodass deren Sicht auf die Geschehnisse in den hegemonialen Medien des Westens der Öffentlichkeit nicht zugänglich wird (vgl. Loquai 2007: 59). Das Agenda Setting- Konzept wird durch das *Priming*-Konzept erweitert. Dabei geht es um den affektiven Einfluss der Medien auf Einstellungen. Gewisse Themen werden nach denjenigen Kriterien beurteilt, die in der Medienberichterstattung häufig behandelt wurden. Priming ist somit ein Prozess „bei dem vorhergehende Erfahrungen die Zugänglichkeit eines Schemas, einer Persönlichkeitseigenschaft (*trait*) oder eines Konzepts erhöhen“ (vgl. Akert al. 2008: 63). Hinzu kommt das *Framing*, die Rahmung. Das Framing von gewissen Themen ist ebenfalls entscheidend. Denn Herrschende haben die öffentliche Meinung dahingehend zu mobilisieren, dass sie einem Krieg zustimmt (vgl. Peplau et al. 2003: 489). Ein klassisches Beispiel ist eine Studie über die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber einer US-Intervention in Korea in den frühen 50ern. So wurde der Öffentlichkeit die Frage gestellt, ob die US-amerikanische Truppenentsendung richtig oder falsch war um die kommunistische Invasion in Südkorea zu stoppen. Das Frame „kommunistische Invasion“ stimulierte die starke antikommunistische Einstellung der damaligen Zeit und sorgte somit für mehr öffentliche Unterstützung für militärische Aktionen (vgl. ebd.). Heutzutage lassen sich ähnliche Vorgänge beobachten. Die Rangordnung der politischen Frames wird dabei der zeitgemäßen Agendasetzung entsprechend verändert. Die medialen Reizwörter von heute sind etwa „Islamismus“, „Terrorismus“, „Tyrannei“, „Despotie“, „Diktator“, et cetera.

Sozialpsychologisch betrachtet, verfolgt diese Strategie die Schaffung eines Feindbildes, welches naturgemäß mit negativen Konnotationen aufgeladen wird (vgl. ebd.: 490). Dem Feind werden böse Absichten, Mangel an Moral und negative Persönlichkeitseigenschaften zugeschrieben (vgl. ebd.). So wurde im Vorfeld des zweiten Golfkrieges 1991 Saddam Hussein der Despotie bezichtigt und seinen Truppen vorgeworfen barbarische Akte in Kuwait zu verüben. Es kam sogar zu einer Hitlerisierung Saddam Husseins, der besonders in den US-Medien unzählige Male mit Hitler verglichen wurde (vgl. Loquai 2007: 64f; vgl. Klenner/Lenzen 1993: 113). Qualitative Inhaltsanalysen dreier deutscher Zeitungen (Bild, FAZ, FR) durch die Studiengruppe InterKom (1993) ergaben, dass in diesem Konflikt Freund-Feind-Schemata bedient wurden, Saddam Hussein als Diktator, Psychopath und Despot bezeichnet und mit Hitler verglichen wurde (vgl. Studiengruppe InterKom 1993: 117f.). „Saddam Husseins Bewertung entsprach also weitgehend dem Bild des irrationalen Arabers, der darüber hinaus in die Nähe des Terrorismus gerückt wurde“ (ebd.: 118). Bei der Darstellung Saddams wurden viele Kollektivsymboliken bedient, wie etwa, dass er sein Volk auf die „Schlachtbank“ führt und seine Soldaten als „Kanonenfutter“ opfert (ebd.: 119). Die alliierten Soldaten hingegen wurden positiv bewertet und als die guten Befreier dargestellt (vgl. ebd.). Diese Studie der Studiengruppe InterKom resümiert, dass deutsche Tageszeitungen „zur Bildung von Stereotypen und eines eindeutigen Feindbildes beigetragen“ haben (ebd.: 125). Generell betrachtet wurde ein schlechtes Image von der arabischen Welt kreiert, sodass Saddam Hussein als „irrer Despot“ an deren Image adaptiert wurde (vgl. ebd.). Von den westlichen Kriegspartizipanten unter der Führung der USA wird hingegen im Vergleich zur chaotisch, irrational und brutal charakterisierten arabischen Welt und deren Personifikation durch Saddam Hussein, ein positives Bild präsentiert, das von Rationalität, Ordnung, Sicherheit und Freiheit geprägt ist (vgl. ebd.: 125f.).

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Irakkrieg 2003, dessen Ziel es war, die Iraker von dem „Tyrannen“ Saddam Hussein zu befreien (vgl. Morelli 2004: 58). So wurde auch der Krieg gegen Afghanistan nach den Anschlägen am 11. September als „Krieg gegen den Terrorismus“ gerahmt, mit dem Ziel das Feindbild Osama Bin Laden zu stürzen und Afghanistan, im Medienjargon ausgedrückt, zu demokratisieren.

Dabei wurde seitens der westlichen Welt und den westlichen Medien, der Krieg, den die „freie westliche Welt“ initiiert hat, als „humanitäre Intervention“ und „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet und somit im Sinne der Verteidigung der Menschenrechte als notwendiger Akt gegen Diktatoren, Tyrannen, Terroristen präsentiert (vgl. ebd.; vgl. Hammond 2004: 109ff.). Dazu passend wurde auch der libysche Machthaber Muammar al Gaddafi, erst nach 40 Jahren Amtszeit und langer wirtschaftlicher Kooperation mit westlichen Staaten, der Öffentlichkeit mit den Frames „Despot“ und „Tyrann“ präsentiert und in der Folge gestürzt (vgl. Cassola 2011:o.S./Dietrich 2011:o.S.). Mit solchen Frames beabsichtigten die Medien die gleichen Priming-Prozesse einzuleiten, wie in dem obigen Korea-Beispiel. Im Fall von Gaddafi waren die genannten Frames ausschlaggebend. Dazu passend, schreibt Bernays: „Der Kern erfolgreicher Propagandaarbeit besteht eben gerade darin, ein eigenes Ziel zu haben und dieses zu verfolgen, indem man sich genau über die gesellschaftliche Ausgangssituation informiert und ausgehend davon die Umstände so verändert, dass man die Öffentlichkeit beeinflussen und auf seine Seite bringen kann“ (Bernays 2013: 97). Der bekannte Schweizer Publizist Stephan Wehowsky, der für das Schweizer „Journal 21“ tätig ist, schreibt in einem Artikel über das „Gift der Ressentiments“ (vgl. Wehowsky 2014: o.S.). Der neue Trend des Ressentiments ist die mediale Moralisierung, das künstliche Reduzieren von komplexen Sachverhalten auf den Dualismus von Gut und Böse. Bei dem durch die Propaganda mit dem moralischen Dualismus von Gut und Böse eingeseiften Publikum ist die Hemmschwelle für die Empörung ziemlich gering, sodass das was als unmoralisch gilt auf der Abschussliste ganz oben platziert ist. „Der Entrüstung folgt der Abschuss, der in den Medien genussvoll zelebriert wird. (...) Der Vorteil der Moralisierung liegt für die Medien in der Vereinfachung. Wenn komplexe Sachverhalte auf die Frage nach Gut und Böse reduziert werden, versteht jeder etwas davon und man hat entsprechende Einschaltquoten oder Konsumentenzahlen“ (ebd.). Wehowsky schließt mit Niklas Luhmann, der zu den Aufgabenfeldern der Moral die Warnung vor den Konsequenzen der Moral zählt, ab (vgl. ebd.). Die Zunahme des politischen Moralismus kritisiert auch Hans-Joachim Reeb (2004): „Der politische Moralismus gewinnt an Bedeutung. Die Argumente des Gegners werden angezweifelt, ihm wird nicht nur seine Integrität abgesprochen, er wird auch dämonisiert (...) Dabei werden Sprachbilder durch Metaphern und historische Analogien geformt“ (Reeb 2004: 207f).

### 4.3 Kritik an der „Vierten Gewalt“

Eine Verbindung zwischen Medien und Politik ist anknüpfend an die bisherigen theoretischen Ausführungen unverkennbar. Diese Verbindung ist jedoch problematisch, da Medien als vierte Gewalt im Staat ausgewogen und neutral über politische Geschehnisse berichten und den Bürgern mittels der vermittelten Informationen die Chance ermöglichen sollten, sich eine Meinung zu bilden. „Medien haben eine besondere Verantwortung. Eine sachliche, wahrheitsgemäße und faire Berichterstattung, ein eigenständiges und ehrliches Urteil sollen Ausdruck dieser Verantwortung sein“ (Loquai 2007: 57). Es wird jedoch die zunehmende Symbiose zwischen Politik, Medien und Wirtschaft kritisiert, wodurch die Presse ihre politische Wächterfunktion zumindest in Deutschland immer weniger wahrnehme (vgl. ebd.: 57). Diese Entwicklung wird durch eine Studie von Uwe Krüger mittels einer Netzwerkanalyse problematisiert. Darin zeigt er eine Symbiose zwischen Journalismus, Politik und Wirtschaft auf, indem die deutsche Journalismuslandschaft fokussiert und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die deutschen Journalismuseliten der Jahre 2007-2009 waren vielfältig mit Eliten aus Politik und Wirtschaft verflochten. Bei fast jedem Dritten der ermittelten Grundgesamtheit [n=219;d.Verf.], wurden im Untersuchungszeitraum 2002-2009 Verbindungen zu insgesamt 82 Organisationen gefunden (...) außenpolitisch tonangebendes Personal der Leitmedien *FAZ*, *SZ*, *Welt* und *Zeit* ist in Organisationen und Elitenzirkeln involviert, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik befassen und eine Schlagseite zu den USA und zur Nato aufweisen.“ (Krüger 2013: 149f.).

Es bestehen 164 Verbindungen zwischen den 64 Journalisten und 82 Organisationen. Diese Verbindungen erscheinen journalismusethisch als bedenklich, „da sie potenziell mit der Berufsrolle des neutralen Beobachters kollidieren: (...) Das [in dieser Form; D.K.] angehäuften Sozialkapital der Journalisten (...) kann so potenziell zu Nebenwirkungen in Form von Schweigespiraleffekten führen“ (ebd.: 150).

Dieser Umstand mag darauf hindeuten, dass Medien besonders zu Kriegszeiten ihre souveräne und kontrollierende Funktion verlieren.

## 5. Zusammenschau der Theorie

In der Einleitung wurde zunächst auf den polithistorischen Kontext zum Syrienkrieg hingewiesen (Anhang 1) um dem Leser im begrenzten Rahmen dieser Arbeit die Informationsmöglichkeit dafür zu bieten, wie auf nationaler und internationaler Ebene der Weg zum Syrienkrieg geebnet wurde und sich in der Folgezeit weiterentwickelt hat. Dabei wurde es deutlich, dass die Ursachen des Krieges nicht nur aus einem innersyrischen bzw. nationalen Kontext heraus vollständig erfasst werden können, sondern die Bewusstmachung über die Verflechtung internationaler Politakteure unabdingbar ist. Diese dem wissenschaftlichen Spezialdiskurs entnommenen Hintergrundinformationen sind als Teil eines in dieser Arbeit relevanten Strukturwissens zu verstehen, dessen Elemente im medialen Diskurs zum Syrienkrieg einfließen können (vgl. Jäger 2012: 80). Sie bieten wichtige Verständnisbausteine, die im medialen Interdiskurs in dieser Bandbreite nicht zu erwarten sind und somit ein tiefgreifendes und präzises Verständnis der Thematik mitsamt den darin fungierenden Akteuren ermöglichen sollen. Dass neben den Spezialdiskursen auch mediale Interdiskurse basale Orientierungsrahmen für die gesellschaftliche Kommunikation bieten (vgl. Luhmann 2009: 120), lenkte im weiteren Verlauf des Theorieteils den Fokus auf Diskurstheorie und die Funktionen, Strukturen, Wirkungsweisen der Medien und deren Rolle zu Kriegszeiten.

Dabei wurde im ersten Kapitel zunächst versucht das in dieser Arbeit vordergründig zu behandelnde Diskurskonzept im Verständnis der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2012) konzeptuell im diskurstheoretischen Feld zu verorten und ideengeschichtlich zu kontextualisieren. Dabei wurde der Fokus auf die poststrukturalistischen Diskursverständnisse von Foucault (1973 u.a.) und von Laclau/Mouffe (1985) gelegt. Die Hegemonie- und Diskurstheorie Letzterer wurde dabei ausführlich behandelt und um mit Theorien bzw. Begrifflichkeiten Gramscis (1991) und Althusers (1977, 2011) in einen breiteren Kontext gesetzt. Die Kernaussage um welche diskurstheoretische Detaillierungen erfolgten lautet in poststrukturalistischem Sinne, dass Diskurse nicht bloß Realität abbilden, sondern Realitäten formieren (Glasze/Mattisek 2009: 153ff.; Laclau 1981: 176; vgl. Foucault 1973: 58; vgl. Laclau/Mouffe 1985).

Daran anknüpfend erfolgte der Schwenk zur Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2012), welcher dem Pfad poststrukturalistischer Diskursansätze folgend mit Rekurs auf Link (1992) die Auffassung von Diskurs als Materialitäten sui generis ins Zentrum seiner diskurstheoretischen Ausführungen setzt (vgl. Jäger 2012: 33ff.; vgl. Link 1992:40). In der Folge wurde daher vor Augen geführt, dass Diskurs im Verständnis der Kritischen Diskursanalyse als der „Fluss des gesellschaftlichen Wissens durch die Zeit“ (Jäger S./Jäger M. 2003: 30) verstanden wird, der auf vergangene und gegenwärtige Diskurse aufbaut, dadurch das Bewusstsein der Subjekte und über diese auch Gesellschaft formiert und produziert (vgl. Jäger 2012: 35). Dieses produzierte Wissen bietet eine bestimmte Grundlage zur Deutung von Wirklichkeit und bestimmt was wahr und falsch ist. Wissen im diskursiven Kontext ist somit nicht mit richtigem Wissen und Erkenntnis zu verwechseln, sondern meint diskursiv produziertes Wissen, das an Sagbarkeitsfelder gekoppelt ist und dadurch bestimmt was als „gültiges Wissen“ einen Wahrheitsanspruch stellen kann. Im Kontext des Mediendiskurses bedeutet das, dass objektive Berichterstattung nicht einfach zu praktizieren ist, da die Wirklichkeit immer auf der Grundlage des eigenen Wissens gedeutet wird. Bezogen auf Medienorganisationen und der darin fungierenden Personen ergibt dieser Umstand, dass die jeweiligen eingenommenen Diskurspositionen für die Wirklichkeitsdeutung ausschlaggebend sind. Dabei werden in jeder Gesellschaft nur bestimmte Diskurse akzeptiert. Die besondere Wirkung der Diskurse liegt in ihrer „fortdauernden Rekurrenz von Inhalten, Symbolen und Strategien“ (Jäger 2012: 52). Als diskurstragende Kategorie ist hierzu die Kollektivsymbolik hervorzuheben, worunter sprachliche und sonstige Bilder in einer Gesellschaft zu verstehen sind, die eine direkte und indirekte Bedeutung haben. Mittels Kollektivsymbolen werden sowohl seitens der Gesellschaftsmitglieder als auch der Medien Wirklichkeitsdeutungen vorgenommen (vgl. Jäger S./ Jäger M. 2003: 21). Dabei erfolgt deren Wirkungsentfaltung innerhalb eines synchronen Systems, einer Topik, die für alle westlichen Gesellschaften gleichermaßen gilt (vgl. ebd.: 22ff.). Das eigene System wird meist mit Symbolen der Ordnung, Rationalität und Normalität versehen, während das Außen mit Chaos und Unkalkulierbarkeit in Verbindung gebracht wird. Damit wird auch einleuchtend, was unter hegemonialen Mediendiskursen zu verstehen ist. Die Hegemonie zeichnet sich dadurch aus, dass die Medien- und Politlandschaft innerhalb dieser Topik um die politische Mitte herum operiert. In diesem Kontext wird von der Homogenität der Diskurse in westlichen, demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften gesprochen (vgl. Jäger 2012: 85 u. 141f.).

Im zweiten Kapitel wurde zwar die Perspektive geboten, dass Macht als „produktives Netz“ (Foucault 1978b: 35) herrschen kann, sodass sich auf die Diskurstheorie bezogen auch Gegendiskurse zum Hegemonialdiskurs etablieren können. Gleichzeitig wurde jedoch klargelegt, dass der Hegemonialdiskurs nichtsdestotrotz die Deutungsmacht über das diskursiv Thematisierte innehat. Wie – mit systemtheoretischer Terminologie formuliert – die Erschaffung der Rahmenbedingungen für den Informationsverarbeitungs-, Deutungs- und Publikationsprozess in den systemeigenen Operationsmodi des gesellschaftlichen Teilsystems der Massenmedien erfolgt, wurde mittels des Gatekeeping-Ansatzes (Jäckel 2011) und der Systemtheorie Luhmanns (Luhmann 2009) expliziert. Es wurde verdeutlicht, dass die Entscheidungsfindung der Medieninstitutionen und der Journalisten bei der Nachrichtenauswahl auf fünf Ebenen verläuft. So können extramediale Kräfte, wie zum Beispiel politische Interessensgruppen, die Auswahl der Nachrichten mitbestimmen. Auf ideologischer Ebene zeigt sich, dass jene Teile der Welt, die kulturell nahestehen mehr Präsenz in den Medien finden, während andere unterrepräsentiert sind. Der letzte Punkt lässt den Gedanken nach unausgewogener, ideologisch gefärbter und einseitiger Medienberichterstattung aufkommen (vgl. Staab 1990: 27).

Ein in diesem Zusammenhang problematischer Punkt wurde im dritten Kapitel geboten, als unter anderem erörtert wurde, dass die öffentliche Meinung „nie gegen den Tenor meinungsbildender Medien“ entsteht (Noelle-Neumann 1996: 359). In diesem Kapitel wurde das Beziehungsgeflecht Medien, Öffentlichkeit und Politik dargestellt. Zum Einstieg wurde herausgehoben, dass die Öffentlichkeit in früheren Öffentlichkeitstheorien noch im Verbund mit den Massenmedien als die vierte Gewalt im Staat angesehen wurde, wobei den Massenmedien dabei die Rolle des neutralen Vermittlers zukam (vgl. Ziemann 2012: 64). Durch die Infragestellung der Neutralität der Massenmedien seit dem 19. Jahrhundert, wofür die Politisierung der Medien kennzeichnend war, wird beklagt, dass die Öffentlichkeit in eine passive Rolle gedrängt wurde (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang spricht Habermas (1990) von einer hergestellten und manipulierten Öffentlichkeit, die vermachtet ist (vgl. Habermas 1990: 320f. u. 28). Aus systemtheoretischer Perspektive zeigte sich mit Luhmann (2009), dass die Öffentlichkeit in das System der Massenmedien integriert wurde. Da die Öffentlichkeit aber als ein dem System der Massenmedien außerhalb liegende Umwelt ist, wird sie in Form von Realitätskonstruktionen repräsentiert (vgl. Luhmann 2009: 128).

Eine sozialpsychologische Perspektive wurde mit Rekurs auf Noelle-Neumann (1996) ermöglicht. Dabei unterscheidet sie zwei Funktionen der öffentlichen Meinung: die manifeste Funktion, die durch Rationalität gekennzeichnet ist, besteht in der demokratischen Partizipation. Dadurch wird allen Menschen ermöglicht die eigene Meinung kundzutun, welche schlussendlich im politischen Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigt wird. Die öffentliche Meinung entspricht in diesem Kontext der in den Medien veröffentlichten Meinung (vgl. ebd.: 325f.). Die latente Funktion hingegen ist die soziale Kontrolle. Dabei geht es nicht wie bei der manifesten Funktion um Partizipation, sondern um Integration. Damit über die Normen und Werte eines gesellschaftlichen System Konsens herrschen kann, sollte das vorherrschende Meinungsklima nicht angezweifelt werden, wodurch Menschen, die eine der Mehrheitsmeinung nicht entsprechende Meinung haben aus Furcht vor sozialer Isolation vorsichtiger agieren und die Eigenmeinung in der Öffentlichkeit zurückhalten müssen. Dafür hat Noelle-Neumann das Konzept der Schweigespirale entwickelt (vgl. ebd.: 357). Bezüglich der Rolle der Medien in diesem Konzept konstatiert sie, dass Schweigespiralen sich nie gegen den Tenor der hegemonialen Medien entwickeln (vgl. ebd.: 359). Die Theorie der Schweigespirale verdeutlicht, dass verstummende Kritik am Medientenor problematische Aspekte in sich birgt. Massenmedien haben somit in diesem Kontext Sozialisationsfunktion inne, indem sie den Rezipienten bestimmte Werte-, Denk- und Handlungsmuster vermitteln. Weitere herausgearbeitete soziale Funktionen, neben der Sozialisationsfunktion, sind die damit zusammenhängenden Orientierungs- und Integrationsfunktionen. Bezüglich Letzteren geht es um die Herstellung einer Massenloyalität „im Hinblick auf die Geltung sozialer, politischer und rechtlicher Normen“ (Ronneberger 1985: 16). Die Gefahren sind dabei Desintegration (Wissenskluft zwischen informierten und uninformierten Teilen der Gesellschaft) oder Überintegration (Pluralitätsverlust durch Homogenisierung der Denk- und Normmuster). Die politischen Funktionen liegen vordergründig darin, den Meinungsbildungsprozess der Rezipienten mittels publizierter Informationen zu unterstützen. Eine weitere politische Funktion ist jene der Kritik, welche Massenmedien an politischen Akteuren üben können. Die Voraussetzung dafür ist jedoch die Neutralität der Medien, die erst möglich ist, wenn sie frei von jeglichen gesellschaftlichen und politischen Machteinflüssen operieren (vgl. Ronneberger 1974; vgl. Burkart 2002). Weitere Funktionen sind die ökonomische und Informationsfunktion.

Bezüglich Letzterer ist zu sagen, dass die Informationsgewinnung heutzutage zunehmend über Sekundärerfahrungen, das heißt über massenmediale Kanäle, gelingt. Daher wird von den Massenmedien Objektivität, Vollständigkeit und Verständlichkeit erwartet (vgl. Burkart 2002). Die Erfüllung dieses Qualitätsanspruchs ist mit Schwierigkeiten verbunden, wenn der Beziehungs-Trias Medien, Krieg und Politik betrachtet wird (Kapitel 4). Besonders zu Kriegszeiten versuchen Politik und Militär die Massenmedien für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Im Theorieteil wurde gezeigt, dass Massenmedien die Rolle als „vierte Gewalt“ im Staat, nämlich frei von jeglichen Einflüssen, ausgewogen und unabhängige Kriegsberichterstattung zu betreiben, nicht ausreichend wahrnehmen. So wird den Medien „strukturelle Militarisierung“ attestiert, da sie in politischem Sinne herrschaftsfreundliche Kriegsberichterstattung betreiben und ihre Rolle als „vierte Gewalt“ missachten (vgl. Dominikowski 2004; vgl. Ruf 2007). Massenmedien, darunter auch deutsche Massenmedien, tragen, wie es an den Fallbeispielen über den zweiten bzw. dritten Golfkrieg und dem Libyen-Krieg verdeutlicht wurde, zu Feindbildkonstruktionen bei. Dabei wird sehr stark moralisiert, es werden Kollektivsymboliken bedient und stark mit Frames gearbeitet um den politischen Gegner ins Abseits zu stellen und die öffentliche Meinung in eine gewünschte Richtung zu kanalisieren (vgl. Studiengruppe InterKom 1993; vgl. Loquai 2007; vgl. Morelli 2004; vgl. Hammond 2004; vgl. Cassola 2011; vgl. Dietrich 2011; vgl. Peplau et al. 2003 u.v.m.).

## 6. Forschungsfragen

Im Anschluss an die Zusammenschau der Theorie lassen sich folgende Forschungsfragenbereiche bilden:

- 1. Wie gestaltet sich der sozio-kommunikativ relevante diskursive Orientierungsrahmen der deutschen Printmedien Süddeutsche Zeitung, Die Welt und junge Welt zum Syrienkrieg und zu den daran partizipierenden nationalen und internationalen Kriegs- und Konfliktparteien?**
  - a. Wie ist das Image der Kriegs- und Konfliktbeteiligten in den einzelnen Tageszeitungen beschaffen?
  - b. Wird mittels Einsatz von Kollektivsymboliken ein bestimmtes Bild von einem Innen- (z.B. Westen, westliche Akteure) bzw. Außensystem (z.B. Syrien, syrische Akteure) produziert?
  - c. Lässt sich anhand der Beantwortung der Fragen 1a und 1b ermittelter Ergebnisse eine partiische Medienpublizität zu dem untersuchten Ereignis und den diesbezüglich dargestellten Kriegs- und Konfliktbeteiligten erkennen?
  
- 2. Welche Parallelen und Differenzen lassen sich in der diskursiven Praxis der jeweiligen Medien zum Syrienkrieg ausmachen?**
  - a. Welches im deutschen Mediendiskurs produzierte Wissen über den Syrienkrieg ist vorherrschend?
  - b. Gibt es ein Printmedium oder Printmedien, das/die als Organ(e) des Gegendiskurses bezeichnet werden kann/können und somit vom Hegemonialdiskurs bezüglich der Darstellung von Konfliktparteien, des kollektivsymbolischen Blicks auf die Außen- (Syrien) und Innenwelt und hinsichtlich eventueller Parteinahmen abweichen?
  - c. Enthält die Berichterstattung der Medien anti-arabisch-muslimische und/oder anti-westliche Diskurselemente (Stereotype)? Wie unterscheiden sich diese im Vergleich zwischen dem hegemonialen Mediendiskurs und dem möglichen Gegendiskurs?

## **7. Empirischer Teil**

Das nachfolgende Kapitel wird den LeserInnen einen Überblick über das Untersuchungsdesign geben. Dabei gilt es den Untersuchungsgegenstand (Diskursebene, diskursiver Raum, diskursive Zeit) genauer zu benennen. In einem weiteren Schritt wird die methodische Praktikabilität der Kritischen Diskursanalyse, die wie in Kapitel 1 dargelegt ein Theorie- und Methodenkonzept gleichermaßen darstellt, im Kontext dieser Arbeit – mit Hintergrundinformationen zum Methodenkonzept der KDA, Ausführungen zur Materialgewinnung bzw. -aufbereitung und damit zusammenhängend zum Analyseinstrument - vorgestellt. Auf diese Weise soll den LeserInnen deren Angemessenheit hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes inklusive den Forschungsfragen (Kapitel 5) sukzessive nahegebracht werden. Daraufhin werden die Ergebnisse der einzelnen Analysen vorerst gesondert dargestellt. Der Analyseteil wird schlussendlich mittels einer Gesamtschau der jeweiligen Analysen abgerundet.

### **7.1 Untersuchungsgegenstand**

#### **7.1.1 Der diskursive Raum**

In der vorgenommenen Masterarbeit wird auf der Grundlage von Zeitungsartikeln operiert werden. Das Untersuchungsobjekt ist der mediale Interdiskurs zum Syrienkrieg. Betreffende Diskursfragmente werden aus den deutschen Printmedien „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“ und „junge Welt“ herangezogen. Da der gesamte Diskursstrang zum Syrienkrieg im Rahmen einer Masterarbeit nicht in seiner vollen Bandbreite erfasst werden kann, wird aus forschungspragmatischen Gründen eine fokussierte Betrachtung vorgenommen. So wird der diskursive Raum beschränkt, indem ich mich auf drei Medienorgane konzentriere.

Das ausschlaggebende Kriterium für die Auswahl ist sowohl der in der Wissenschaft oft kritisierte defizitäre, selektive und mit Negativstereotypen behaftete Blick vieler deutscher Medien auf die arabische Welt, die thematisierte US - und Nato-Affinität einiger deutscher Journalisten, als auch die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen der Zeitungen (vgl. Studiengruppe InterKom et al. 1993: 109-127; vgl. Krüger 2013; Jäger S./Jäger M. 2003).

*Die Welt* vom Axel-Springer Verlag gilt als eine bürgerlich-konservative Tageszeitung. Ein selbstdefinierter aufgelisteter Unternehmensgrundsatz auf der Homepage des Axel-Springer-Verlages besagt: „Die Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.“ (axelspringer). Somit ist auch klar einsehbar bzw. einschätzbar im welchen Rahmen die Blattlinie oder Diskursposition sich bewegt bzw. bewegen könnte.

Die *Süddeutsche Zeitung*, die 1945 gegründet wurde, gehört zum Süddeutschen Verlag. Dieser sieht sich als „überparteilich und weltanschaulich ungebunden. Er sieht es als seine Aufgabe an, zur Information und freien Meinungsbildung des einzelnen beizutragen und eine liberale und tolerante Grundhaltung zu fördern“ (Süddeutscher Verlag). Dieses Selbstverständnis wird auch als leitend für alle Aktivitäten der Süddeutschen Zeitung angegeben. Im wissenschaftlichen Diskurs wird die Zeitung als „gemäßigt links“ und „links-liberal“ eingeschätzt (Jäger S. / Jäger M. 2003: 36; vgl. Brocchi 2008). Zudem wird sie genau wie die „Die Welt“ als Organ des hegemonialen Diskurses bezeichnet (vgl. Jäger S. / Jäger M. 2003: 36).

Weiters soll die Berichterstattung der Tageszeitung *junge Welt* in die Analyse mit einfließen. Diese ist ihrem Selbstverständnis nach eine linke, marxistisch orientierte, überregionale Tageszeitung mit einem hohen Anteil an Hintergrundberichten und umfassenden Analysen zu. Sie gilt als traditionell antiimperialistisch. Auf ihrer Homepage ist zu lesen: „Weder Parteien und Organisationen noch große Verlage, Kirchen oder Banken haben Anteile an Verlag oder Genossenschaft.“ (junge Welt). Sie finanziert sich aus Abonnementeinnahmen der Print- und Onlinemedien. Die „junge Welt“ ist als ein Organ des Gegendiskurses einzustufen, da sie eine Extremposition im linken Medienspektrum einnimmt (vgl. ebd.).

Zur möglichst dichten Erfassung des Diskurses über den Syrienkrieg in einem in einer Masterarbeit bewältigbaren lassen sich unterschiedliche Diskurspositionen in einem breit aufgefächerten politischen Spektrum auf diese Weise effizient behandeln. Durch diese Vorgehensweise wird die Erzielung von Wirklichkeitskontrasten in der medialen Berichterstattung erwartet.

### **7.1.2 Untersuchungszeitraum und diskursiver Kontext**

Das Thema wird auch zeitlich eingegrenzt, da die Aufarbeitung von mittlerweile über fünf Jahren Syrien-Kriegsberichterstattung den Rahmen sprengen und ziemlich zeitintensiv sein würde. Daher werde ich mich auf ein medial stark behandeltes Ereignis in diesem Krieg beschränken. Die Konzentration auf einen Abschnitt ist jedoch wissenschaftlich zu legitimieren. Dieser muss „den Verlauf des jeweiligen Diskurses in verdichteter Form enthalten“ (Jäger 2012: 94). Jeder Diskursstrang ist zudem in einen diskursiven Kontext eingebettet. Er hat eine Vergangenheit, eine Gegenwart und eine Zukunft. „Die KDA zieht daraus die Schlussfolgerung, sich auf die Ermittlung des unmittelbaren diskursiven Kontextes eines zu untersuchenden Diskursstrangs zu beschränken“ (Jäger 2010: 42). Der unmittelbare Kontext ist die Vergangenheit des Diskursstrangs und seine Verschränkung mit anderen Diskurssträngen, und auch dessen Vorkommen auf anderen diskursiven Ebenen, wie zum Beispiel dem wissenschaftlichen Spezialdiskurs (vgl. ebd.). Der Exkurs über den wissenschaftlichen Spezialdiskurs zum Syrienkrieg mitsamt dessen Genese (Anhang 1) ist als Part des diskursiven Kontextes des medialen Diskurses auf wissenschaftlicher Diskursebene zu betrachten. Mit der Darlegung des Spezialdiskurses wurde verdeutlicht, dass die Vorgeschichte zum Syrienkrieg und die Entwicklungen mit Beginn der Kampfhandlungen aus soziopolitischer Hinsicht nicht nur auf innersyrische Dynamiken bezogen beurteilt werden können, sondern um die Beurteilung im Spannungsfeld internationaler geoökonomischer und –politischer Interessen zu erweitern sind. Die Rollen internationaler Großmächte einerseits, jene innersyrischer oppositioneller Kräfte zur syrischen Regierung unter der Führung von al-Assad und internationale Interessenskonstellationen andererseits, wurden detailliert beleuchtet.

Dass dabei besonders westliche Großmächte (USA, Europa/EU) am Sturz Assads interessiert sind und syrische oppositionelle Kräfte unterstützen, wobei wiederum andere (z.B. Russland, China, Iran, Libanon/Hisbollah) diesen Sturz verhindern und den Machterhalt Assads gesichert sehen wollen, zeugt von einem hohen Grad an Polarisierung (vgl. Naji 2013: 32ff; vgl. Wagner 2012b: 1; vgl. Gärtner 2014: 181; vgl. Eckelt 2011: 115; vgl. Wagner 2012a: 9; vgl. Goldberg 2012 u.v.m.)<sup>8</sup>.

Ein weiterer Kontext wurde dabei weiterhin markiert. Die Rolle und Funktion der Medien für die Öffentlichkeit als „vierte Gewalt“ zu Kriegszeiten ermöglichte Einblicke in ihre generellen Funktions- und Wirkungsweisen. Deren Publizitätsweisen zu Kriegszeiten, beispielhaft expliziert anhand der Kriege im arabisch-muslimischem Raum (Golfkriege, Libyenkrieg), wurden aufgrund tendenziöser und herrschaftsfreundlicher Berichterstattung zu Lasten des arabisch-muslimischen Raumes und der darin befindlichen Politakteure problematisiert (vgl. Studiengruppe InterKom 1993: 118ff; Morelli 2004: 58; vgl. Hammond 2004: 109ff.; Cassola 2011; Dietrich 2011)<sup>9</sup>. In diesem Zusammenhang taucht der Orient-Okzident-Gegensatz in westlichen Mediendiskursen auf, sodass „die Verwendung der Feindbilder in westlichen Mediendiskursen zur einseitigen Symbolisierung der Emotionalität und Irrationalität der Orientalen diene“ (vgl. Yildiz 1997: 126). Während ein eher negativ Stereotypen behafteter Blick über den Mittleren Osten und deren Akteure in westlichen Mediendiskursen vorherrscht, werden Fortschritt, Rationalität und Zivilisation mit dem Okzident in Verbindung gebracht (vgl. ebd.; vgl. Gerhard/Link 1993; vgl. Loquai 2007: 64f.). Doch auch ein Ost-West-Gefälle ist in Bezug auf hegemonial-mediendiskursive Blicke und Allgemeintendenzen in der Charakterisierung globaler Politakteure auszumachen. „Noch immer nehmen Klischees und Stereotype einen großen Teil der deutschen Russland-Berichterstattung ein. (...) die Wahrnehmung des Landes [ist; D.K.] geprägt von vielen Vorurteilen („Despotismus, Rückständigkeit“, „Willkür““ (Jänecke/Wehner 2014). Die deutsche Medien-Berichterstattung über Russland, auch in puncto russischer Außenpolitik zum Syrienkrieg, wird als negativ und tendenziös bezeichnet (vgl. ebd.; vgl. Slomka 2014: 435).

---

<sup>8</sup> Näheres siehe: Anhang 1 (Kapitel 4)

<sup>9</sup> Näheres siehe: Kapitel 4.2.1

Diese negativen Charakterisierungen und Negativ-Kritiken entladen sich nicht selten historisch betrachtet an den jeweiligen amtierenden obersten Führungspersönlichkeiten Russlands. So ist momentan der russische Präsident Wladimir Putin höchst ausschlaggebend für das medial an die Öffentlichkeit transportierte Russlandbild (vgl. Jänecke/Wehner 2014; vgl. Galperin 2011).

Mit diesem Hintergrund sind mit dem hier zu untersuchenden diskursiven Ereignis, das nun vorgestellt werden soll, wertvolle Ergebnisse im Hinblick auf den medialen Diskurs zum Syrienkrieg zu erwarten, zumal Syrien ein arabisch-muslimisches Außen und Assad einen wichtigen Politakteur in diesem Außen darstellt.

Anknüpfend an diese Darlegungen lässt sich der folgende gewählte Abschnitt in diesem Diskursstrang als verdichtete Form des aktuellen Diskurses legitimieren: *Der Giftgaseinsatz von al-Ghouta* fand im Verlauf des syrischen Bürgerkriegs in der Region al-Ghouta östlich von Damaskus am 21. August 2013 statt. Eine UN-Untersuchung vor Ort wies den Einsatz des chemischen Kampfstoffs Sarin in hochkonzentrierter Form nach, der mittels Boden-Boden-Raketen verschossen wurde. Es ist bis heute nicht eindeutig geklärt wer als Verantwortlicher für den Einsatz gilt. Sowohl al-Assad als auch oppositionelle Kräfte sind dabei in Frage gekommen. Mögliche westliche Angriffe wurden lange in Erwägung gezogen, schlussendlich aber nicht umgesetzt. Das Ereignis wurde hitzig, mit starken Schuldzuschreibungen, massiven Drohungen und von internationalen Militäreinsatzvorbereitungen gegen Syrien begleitet und über mehrere Wochen medial sehr stark behandelt. An dieser Stelle sei jedoch erwähnt, dass die Aussagekraft der hier erfolgenden Analyse für die weitere Richtung des Diskursstranges nach dem Giftgaseinsatz von al-Ghouta schwer einzuschätzen ist, da in weiterer Folge durch das Aufkommen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) und dem Rollenzuwachs der kurdischen Oppositionskräfte - die „Volksverteidigungseinheiten“, genannt YPG, und die „Frauenverteidigungseinheiten“, YPJ – weitere Akteure Eingang in den Diskurs gefunden haben. Die Aussagekraft beschränkt sich somit auf den unmittelbaren Gegenstand der Untersuchung.

## 7.2 Methodisches Vorgehen: Kritische Diskursanalyse

Die Kritische Diskursanalyse stellt wie in der theoretischen Einführung (Kapitel 1) erläutert, sowohl ein Theorie- als auch ein Methodenkonzept dar. Des Weiteren ist sie auch als ein politisches Konzept zu bezeichnen, da „sie in der Lage ist, aktuelle und historische Diskurse zu hinterfragen und zu problematisieren“ (Jäger 2010: 22). Die Kritische Diskursanalyse ist ihrem Selbstverständnis nach ein Konzept der qualitativen Sozial- und Kulturforschung. Ihr geht es darum, „herauszufinden, was als jeweiliges *Wissen* mit dem Anspruch, wahr zu sein, jeweils kursiert oder gar behauptet, absolut und objektiv wahr zu sein“ (ebd.: 12). Das kritische Programm wird dadurch verwirklicht, indem man Diskurse problematisiert, „ihre Widersprüche und Fluchtlinien aufzeigt, die Mittel deutlich werden lässt, durch die die Akzeptanz nur *zeitweilig gültiger Wahrheiten* herbeigeführt wird (...) Diskursanalyse erfasst *das in einer bestimmten Zeit jeweils Sagbare* (...) bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden können“ (Jäger 2010: 20). Auch die Strategien, die dafür sorgen, die Sagbarkeitsfelder auszuweiten, aber auch einzugrenzen, wie Verleugnungen, Relativierungen, Freund-Feind-Schemata, Tabuisierungen etc., zeigt die Kritische Diskursanalyse auf (vgl. ebd.: 106f.). Die Macht der Diskurse zeigt sich darin, dass sie das Bewusstsein des Einzelnen formieren und „Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit und sozio-kultureller Deutungsmuster“ sind (Jäger 2012: 27). Die im Theorieteil zur Diskurstheorie explizierten diskurstheoretischen Begrifflichkeiten<sup>10</sup> bzw. der diskurstheoretische Hintergrund der KDA an sich bieten eine skizzenhafte Grundlage für die Praktikabilität der Diskursanalyse, mit welcher empirische Analysen ermöglicht und durchgeführt werden können (vgl. ebd.: 18f.). Ein entsprechendes methodisches Verfahren stellt die Kritische Diskursanalyse nach Jäger (2012) zur Verfügung. Dieses Verfahren, das als „Werkzeugkiste“ bezeichnet wird, stellt einen Praktikabilitätsvorschlag dar mit dem „kreativ und eigenständig“ umgegangen werden kann (ebd.: 19). Die Methode der KDA bzw. die „Werkzeugkiste“ der KDA nach Jäger bietet einzelne Analyseschritte, die bezüglich der theoretischen Skizzierung einer vorgenommenen Forschungsarbeit, des Datenerhebungsprozesses und des Auswertungsprozesses wertvolle Vorschläge liefert und den Analyseprozess detailliert schildert (vgl. ebd.: 90ff.).

---

<sup>10</sup> Zum Beispiel: Spezialdiskurs, Interdiskurs, Diskursfragment, Diskursstrang, Sagbarkeitsfeld, Normalismus, Kollektivsymbole

Nach dem ausführlichen Theorieteil, den vorgestellten Forschungsfragen, gefolgt von der Benennung des Untersuchungsgegenstandes gilt es in der Folge sich den Instrumentarien der „Werkzeugkiste“ der KDA bedienend und adaptiert an den Kontext der vorliegenden Untersuchung, die Materialgrundlage und das verwendete Analyseinstrumentarium näher zu erläutern.

### **7.2.1 Das Materialkorpus**

Für die Korpuswahl wurde in den jeweiligen Online-Archiven der jeweiligen Medien mit den Stichworten „Syrien/Giftgas“ gesucht. Dabei wurde die Suche ab dem Ereignisdatum, dem 21. August 2013, gestartet. Ins Korpus fanden Artikel bis zum 15. Oktober 2013 Eingang. An diesem Datum trat Syrien der Chemiewaffenkonvention bei, woraufhin das in dieser Arbeit behandelte diskursive Ereignis aus dem medialen Fokus gerückt ist. Das Materialkorpus besteht insgesamt aus 579 Artikeln, die in dem Zeitraum vom 21. August 2013 (Giftgaseinsatz in al-Ghouta) bis zum 15. Oktober 2013 (Syriens Beitritt zur Chemiewaffenkonvention) erschienen sind. Davon entfallen 300 Artikel der Zeitung „Süddeutsche Zeitung“, 109 der „junge Welt“ und 170 dem Medium „Die Welt“. Nach Sichtung aller Artikel wurde aus forschungspragmatischen Gründen eine Reduktion des Materials vorgenommen. So entstand ein Untersuchungsdossier aus 81 Artikeln. In das Dossier wurden 25 Artikel der Zeitung „Die Welt“, 27 Artikel von der „junge Welt“ und 28 Artikel der „Süddeutsche Zeitung“ aufgenommen (siehe Abbildung 2)

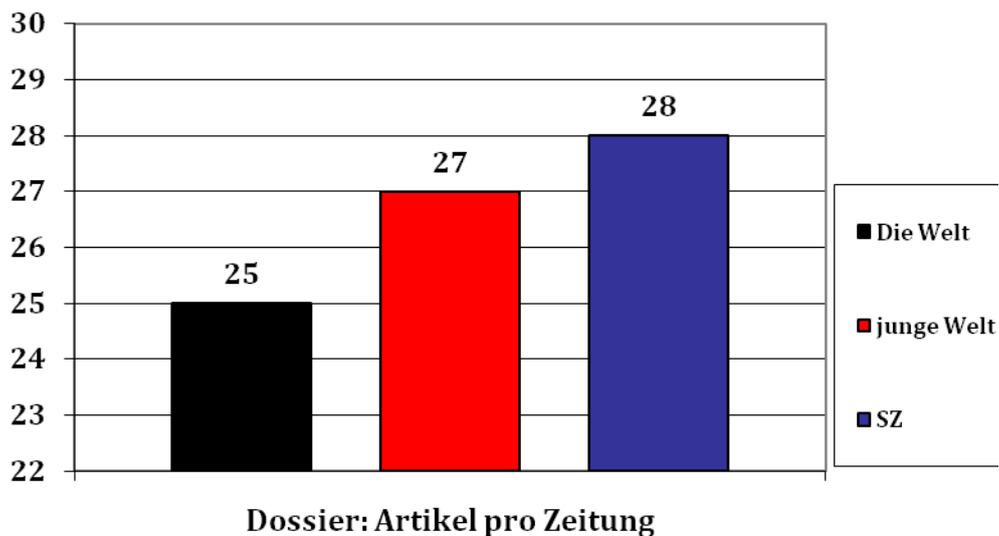


Abbildung 2: Dossier: Artikel pro Zeitung

Die Artikel, die in das Dossier aufgenommen wurden, enthalten alle zentralen Aussagen, die in den jeweiligen Printmedien anhand der Positivitäten bzw. Äußerungen ermittelt wurden. In den restlichen Diskursfragmenten des Materialkorpus wiederholen sich die Typen von Äußerungen (Akteursbeschreibungen und –zuschreibungen, thematische Entscheidungen, Diskurstaktiken), sodass sie nach vollständiger Sichtung zwar zur Kenntnis genommen, doch nicht einer systematischen Auswertung unterzogen werden. Somit ist das auf ein Dossier reduzierte Korpus hinreichend zur Erfassung der jeweiligen Sagbarkeitsfelder.

### 7.2.2 Analyseinstrumentarien: Struktur- und Feinanalysen

Alle Artikel, die Eingang in die Analyse finden, werden strukturanalytisch untersucht. Dabei handelt es sich um die Erfassung der jeweiligen Formen und Inhalte der Artikel (vgl. Jäger M. et al. 2003: 33). Da drei Zeitungen für ein diskursives Ereignis untersucht werden, sind drei Strukturanalysen durchzuführen. Für jedes Diskurskursfragment werden tabellarisch folgende Indizierungen vorgenommen (vgl. Jäger 2012: 96; vgl. Jäger M. et al. 2003: 37f.):

- Nummer des Diskursfragments
- Zeitung
- Datum
- Rubrik
- Textsorte
- Autor/Quelle
- (gegebenfalls) Dachzeile
- Titel
- Untertitel
- Themen (Haupt-, Unterthema, Diskursverschränkungen): unter Diskursverschränkung sind mit dem in dieser Arbeit behandelten diskursiven Ereignis in Zusammenhang gesetzte andere historische Ereignisse (zum Beispiel: Irak-Krieg 2003, Kosovokrieg 1999) oder Diskursstränge zu verstehen
- Fotos: Ermittlung der Bildaussagen und ikonographischen Kollektivsymbole
- Inhalt
- Aussagen: Verdichtung der ermittelten inhaltlichen Äußerungen zu Aussagen
- Kollektivsymbole
- Akteure, Zuschreibungen und Frames
- Medien: Ermittlung der Aussagen anderer in den Artikeln erwähnten Medien
- Lösungen: Welche Lösungsvorschläge werden präsentiert?
- (genannte) Probleme

Die Werkzeugkiste der KDA beinhaltet auch das Instrumentarium der Feinanalysen. Dieses ist dafür gedacht, einzelne typische Artikel basierend auf den Ergebnissen der Strukturanalysen einer genaueren Analyse zu unterziehen. Feinanalytische Analyseschritte werden im Rahmen dieser Arbeit in die Strukturanalysen integriert. Dadurch erfolgt entsprechend der Konzeption der „Werkzeugkiste“ der KDA ein an dieses Forschungsvorhaben adaptierter Umgang mit den Analyseinstrumenten. Durch die Einbettung feinanalytischer Elemente in den strukturanalytischen Rahmen sollen in einem synoptischen Analyseprozess sowohl die jeweiligen Sagbarkeitsfelder bzw. die inhaltlichen Strukturen der untersuchten Medien, als auch inhaltliche Feinheiten in den jeweiligen Diskursfragmenten herausgearbeitet werden.

Der Vorteil dieser zusammenhängenden Analysen mittels der Instrumentarien der Struktur- und Feinanalysen liegt darin, dass das der Beantwortung der Forschungsfragen dienliche feanalytische Potential eines jeden ins Dossier aufgenommenen Artikels in einem für eine Masterarbeit bewältigbaren Rahmen ausgeschöpft wird.

Die KDA schreibt dem Instrumentarium der Feinanalyse folgende Schritte vor (vgl. Jäger 2012: 98):

- Institutioneller Kontext<sup>11</sup> : hierbei wird begründet weshalb der entsprechende Artikel für die Feinanalyse passend ist. Des weiteren sind unter diesem Punkt Autor, Anlass für den Artikel und die Rubrik zu bestimmen
- Textoberfläche<sup>12</sup>: in diesem Analyseschritt gilt die Konzentration eventuellen grafischen Gestaltungen (Bilder, Grafiken, Überschriften) und den im Artikel behandelten Themen
- Sprachlich–rhetorische Mittel<sup>13</sup>: hier erfolgt eine sprachliche Mikroanalyse, hinsichtlich „Argumentationsstrategien, Logik und Komposition, Implikate und Anspielungen, Kollektivsymbolik/Bildlichkeit, Redewendungen und Sprichwörter (...) Akteure, Referenzbezüge etc.“ (ebd.).
- Inhaltlich-ideologische Aussagen<sup>14</sup>: wichtige zu beachtende Punkte hierbei sind „Menschenbild, Gesellschaftsverständnis, Technikverständnis, Zukunftsvorstellung u.ä“ (ebd.)
- Analyse: Analytische Zusammenschau der bisherigen Schritte

Mit Hilfe der vorgenommenen Indizierungen werden synoptische Struktur- und Feinanalysen jeweils aller in das Untersuchungsdossier aufgenommenen Artikel durchgeführt. Im Ergebnisteil dieser Arbeit wird pro Publikationsmedium eine Zusammenschau der Analysen für jede Zeitung erfolgen. Im Anschluss werden die einzelnen Struktur- bzw. Feinanalysen der jeweiligen Zeitungen einer synoptisch vergleichenden Analyse unterzogen.

---

<sup>11</sup> Subsumiert unter die Punkte 2 bis 10 bei den vorgenommenen Indizierungen für die Strukturanalysen

<sup>12</sup> Subsumiert unter die Punkte 11 und 12

<sup>13</sup> Subsumiert unter die Punkte: 13 bis 18

<sup>14</sup> Wie Fußnote 13

Im Rahmen dieser werden verschiedene Publikationsmedien hinsichtlich eines Themas miteinander verglichen und es wird dadurch ermöglicht nach potenziellen „Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu fragen und auf diese Weise die Dichte und Relevanz eines Diskursstrangs zu ermitteln“ (Jäger 2010: 117).

### 7.3 Ergebnisse <sup>15</sup>

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der zusammenhängenden Struktur- und Feinanalysen für jedes untersuchte Printmedium präsentiert. Insgesamt lässt sich folgendes über die Verteilung der Textsorten, der in das Dossier aufgenommenen Artikel festhalten (siehe Abbildung 3): es wurden 24 Berichte, 29 Kommentare, 5 Nachrichten, 19 Leitartikel und 3 Reportagen analysiert. Mediumsspezifisch betrachtet lässt sich dabei folgende Verteilung ausmachen:

- *Die Welt* : 11 Berichte, 8 Kommentare, 2 Nachrichten, 1 Reportage und 3 Leitartikel,
- *junge Welt*: 4 Berichte, 12 Kommentare, 2 Nachrichten 1 Reportage und 8 Leitartikel
- *Süddeutsche Zeitung*: 9 Berichte, 9 Kommentare, 1 Nachricht, 1 Reportage und 8 Leitartikel

---

<sup>15</sup> Die einzelnen tabellarisch vorgenommenen Analysen aller ins Dossier aufgenommenen Diskursfragmente pro Zeitung können aufgrund der zu erfolgenden Seitenanzahl-Limitationen im Rahmen einer Masterarbeit nicht vollständig aufgelistet werden. Im Anhang dieser Arbeit (Anhang 2) werden alle im Analyseteil behandelten Artikel zwecks intersubjektiver Nachvollziehbarkeit entsprechend ihrer Nummerierungen im Fließtext des Kapitels 7.3 (Ergebnisse) über ihre jeweiligen institutionellen Kontextinformationen (Artikel-Nummer, Medienorgan, Autor/Quelle, Datum und Artikeltitle) gekennzeichnet. Damit sich der Leser/die Leserin ein Bild über den Analyseprozess machen kann wird pro Publikationsmedium eine tabellarische Analyse jeweils eines Diskursfragments dem Anhang dieser Arbeit beigelegt. Die restlichen tabellarisch vorgenommenen Analysen sind abgespeichert auf einer CD-Rom der ausgedruckten offiziellen Version beigelegt.

### Verteilung der Textsorten

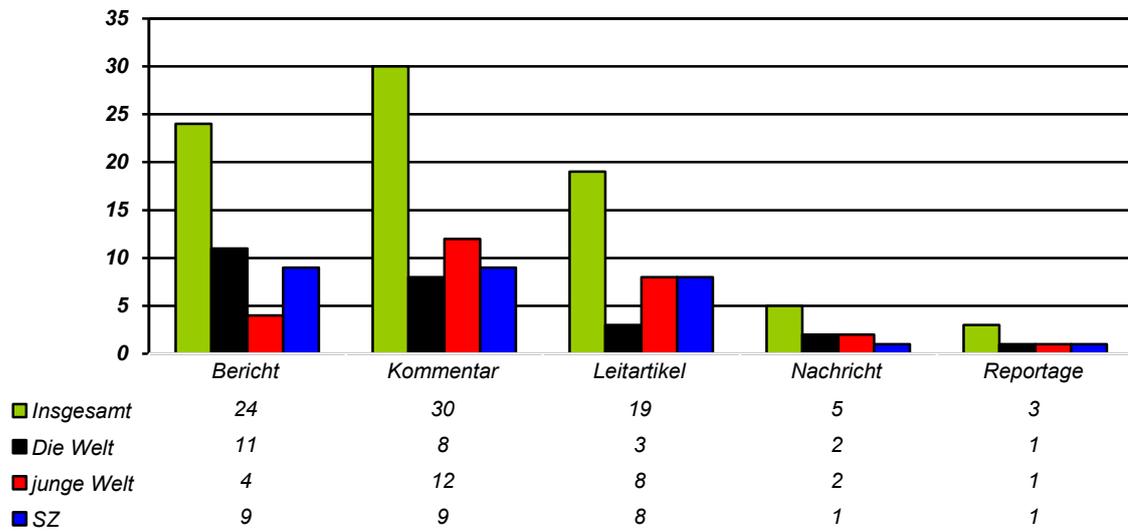


Abbildung 3: Verteilung der Textsorten

Nach der Präsentation der Ergebnisse der jeweiligen mediumsspezifischen Analysen erfolgt eine synoptisch vergleichende Analyse zum diskursiven Ereignis „Giftgaseinsatz in Al-Ghouta“.

## **Die Welt**

In den untersuchten 25 Artikeln der Zeitung „Die Welt“, die in das Dossier aufgenommen wurden, beginnt die Berichterstattung über den mutmaßlichen Giftgaseinsatz am 21. August 2013. Die Berichterstattung über dieses Ereignis und die politischen Folgen hält bis Ende September 2013 an. Es werden besonders in dem Zeitraum zwischen dem 21.08.2013 bis 18.09.2013 des Öfteren mehrere Artikel täglich zu diesem Haupt- und damit zusammenhängenden Unterthemen veröffentlicht. Ende September ebbt die Berichterstattung durch die Normalisierung der internationalen Beziehungen zur syrischen Regierung wieder ab.

### **Aussagen**

Laut oppositionsnahen Quellen sollen 1300 Menschen durch Angriffe syrischer Regierungstruppen ums Leben gekommen sein. Dabei soll auch Giftgas eingesetzt worden sein. Die Regierungstruppen und syrische Medien bestreiten die Vorwürfe. Europäische Länder fordern eine UN-Untersuchung in den betroffenen Gebieten. Der US-Präsident habe vor diesem Ereignis bereits den Einsatz von Chemiewaffen als eine Überschreitung der „roten Linie“ bezeichnet. Der britische Außenminister spreche von einer „schockierenden Eskalation“ (21.08.: 1. Artikel). Gleich zu Beginn der Berichterstattung wird stark hervorgehoben, dass „Fotos aus Syrien (...) Berge von Leichen“ zeigen würden (21.08.: 2. Artikel). Assad solle den UN-Inspektoren Zugang zum Ort des Geschehens gewähren, da er ansonsten „etwas zu verbergen“ habe. Die Vereinten Nationen müssten „Entschlusskraft demonstrieren“ und eine Tatortuntersuchung forcieren (ebd.). Der Verdacht gegen die syrische Regierung und Präsident Baschar al-Assad verschärft sich in der Berichterstattung ab dem 22.08.2013. Der britische Außenminister Hague wird zitiert, wonach er die „barbarische und mörderische“ Herrschaftsform Assads kritisiert (22.08.: 4. Artikel). Westerwelle spreche von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Eine „Reaktion der Stärke“ (französischer Außenminister Laurent Fabius) sei nicht auszuschließen sollten sich die Vorwürfe eines Chemiewaffenangriffs bestätigen (ebd.). In einem Kommentar am 22.08. wird über „Assads Massenmord“ geschrieben, den der Westen nicht zulassen dürfe (5. Artikel). Die Vorwürfe gegen das syrische Regime ließen sich zwar noch „nicht eindeutig belegen“, doch die „Indizien sind erdrückend“.

Das vermittelte internationale Stimmungsbild ist ein eindeutig gegen Assad Gerichtetes. Jene Positionen, die einen militärischen Eingriff der USA in Syrien befürworten stechen besonders hervor. Laut dem US-Senator McCain wäre ein „Eingreifen mit Luftschlägen ein Leichtes“ (23.08.: 7. Artikel). Obama warte die Untersuchungen vor Ort ab und wolle ohne UN-Mandat nicht eingreifen. Das UN-Mandat sei ausgeschlossen, „solange Moskau den Einsatz von Chemiewaffen durch das Assad-Regime leugnet und das Massaker als vorgetäuschte Tat der Rebellen abtut“ (ebd.). Die Bilder von in Leichentüchern eingewickelten Frauen und Kindern setze die USA, die „unverzichtbare Nation“ im Nahen Osten, aber unter Druck (ebd.). Die EU müsse „den demonstrativen Schulterchluss mit Barack Obama suchen“ und den Druck auf Putin erhöhen, damit er „seine kriminelle Unterstützung des Assad-Regimes“ aufgibt (24.08.: 8. Artikel). In einem Leitartikel des Chefkomentators, Jacques Schuster, wird verdeutlicht, dass im Westen „Empörung über Assad“ herrsche (26.08.: 11. Artikel). Es wird die Frage gestellt, ob der Westen die Folgen eines möglichen Einsatzes bedacht habe. Pros und Contras eines westlichen Angriffes gegen Syrien, das als „Nebenschauplatz der Weltpolitik“ bezeichnet wird, werden in diesem Leitartikel abgewogen und über die Post-Assad-Ära bereits spekuliert (ebd.). Es werden seitens des Chefkomentators militärstrategische Ratschläge für westliche Akteure erteilt. Die Kriegsrhetorik wird in einem weiteren Beitrag des Chefkomentator, Jacques Schuster, bedient. Er spricht sich genau wie die Generäle dies- und jenseits des Atlantiks für gezielte Schläge gegen das „Assad-Regime“ aus (27.08.: 15. Artikel). Obwohl die Schuldfrage nicht geklärt ist, heißt es, dass Assad eine Lektion erteilt werden müsse, damit er nicht „erneut“ Giftgas gegen sein Volk einsetze (ebd.). Das erneut suggeriert, dass er im Kontext der Hauptthematik die Schuld trägt. Es dürfe „nur zu einem gezielten Schlag kommen“ (ebd.). Dieser Linie folgend wird im Sinne eines sportlichen Events vom „Countdown zum Schlag gegen Assad“ berichtet (28.08.: 17. Artikel). Während die Lösungsbereitschaft und Betroffenheit des Westens immer wieder betont wird, wird die angebliche Blockadehaltung der Verbündeten Syriens, Russland und China, wiederholt. Es wird berichtet, dass westliche Länder mit den Militärschlägen keinen Regimewechsel, sondern lediglich die Verantwortlichen für die „widerliche Entscheidung, (...) unschuldige Menschen mit Gas anzugreifen“ zu bestrafen beabsichtigen würden (ebd.). Dem westlichen Vorhaben in Syrien einzugreifen werden dadurch humanitäre Motive zugrundegelegt.

Am 09.09. wird nach dem Aufruf Russlands an Assad, „seine chemischen Waffen“ zu vernichten und der Chemiewaffenkonvention beizutreten, von der „überraschenden Wende“ in der russischen Haltung berichtet (09.09.: 18. Artikel). Frankreichs jüngst initiiertes Resolutionsvorschlag zu Syrien vor dem UN-Sicherheitsrat könnte ein „Ende der Maskerade“ bedeuten, wenn sie angenommen werden würde (ebd.). Dadurch könnte der Sicherheitsrat „zur Heiligen Allianz der Gegenwart“ werden und die fünf ständigen Mitglieder könnten als „Weltpolizisten gegen die Weltverbrecher vorgehen“. Dafür müssten Russland und China ihre Blockadehaltung im UN-Sicherheitsrat und ihre Unterstützung für den „Schurken von Damaskus“ aufgeben (ebd.). Der veröffentlichte UN-Chemiewaffenbericht im Anschluss an die Untersuchungen der UN-Inspektoren in Al-Ghouta nenne zwar keine Schuldigen, doch die USA, Großbritannien und Frankreich seien davon überzeugt, dass Assad Sarin im Bürgerkrieg eingesetzt habe. Entgegen des UN-Berichts, der keine Schuldigen nennt, wird in der Folge jenen Akteurspositionen viel Raum eingeräumt, die Assad eine Verantwortung an dem Chemiewaffeneinsatz zuschreiben.

Nach der „weitgehend zu russischen Bedingungen“ erzielten Einigung auf eine Syrien-Resolution zwischen den USA und Russland ist von einer „weichgespülten“ Resolution die Rede, da dem „Regime“ im Falle einer Verzögerung oder Verweigerung bei der Chemiewaffenübergabe keine internationale Reaktion drohe, die Gewalt einschließe (27.09.: 23. Artikel). Durch die UN-Resolution hätten die „Giftgasmörder in Damaskus“ und Russland alles erreicht was sie dem Westen „abpressen“ konnten. Assad könne nun „konventionell“ weiter morden“. Der Westen unter der Führungsmacht der USA sei kraftlos geworden (28.09.: 24. Artikel).

## ***Akteure***

### **Syrische Regierung**

Bei der Beschreibung der syrischen Regierung bzw. von syrischen Akteuren, die der Regierung um Präsident Baschar al-Assad nahe stehen, überwiegen negative Diskurselemente. So wird die syrische Regierung von Anfang an als Hauptverdächtige für den Chemiewaffeneinsatz betrachtet (21.08.: 1. Artikel).

Der syrische Präsident Assad, versehen mit dem Frame „Diktator“, wird mit dem früheren irakischen Präsidenten Saddam Hussein, „dem Tyrannen vom Tigris“ verglichen, welcher im Jahr 1988 Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzte (21.08: 2. Artikel). Von Baschar al-Assad wird das Bild eines aggressiven, gewaltbereiten, barbarischen und unmoralischen Politikers geboten. Regierungsnahe Akteure werden oft militarisiert dargestellt. So wird von „Assads Armee“ und von „Damaskus“ berichtet, welche „Gas gegen die eigene Bevölkerung“ eingesetzt haben soll (22.08.: 5. Artikel). „Assads Armee“ soll die eigene Zivilbevölkerung rücksichtslos bombardieren und beschießen (ebd.). Es wird das Bild eines „Regimes“ gezeichnet, das auf grausame Art und Weise Krieg gegen die eigene Bevölkerung führe. Es wird von „Assads Massenmord“ berichtet, „ein dauerndes, grausames Massaker, das die zivilisierte Menschheit nicht dulden darf“ (ebd.). Assad überschreite „ungestraft eine rote Linie nach der anderen“ und bastele weiter „an der schiitischen Atombombe“<sup>16</sup> (24.08.: 8. Artikel). Eine Reportage aus den vom mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz betroffenen Gebieten soll die Greuel verdeutlichen (24.08.: 9. Artikel). Assad wird nach den im Artikel veröffentlichten Zitaten der befragten Menschen als „verhasstes Regime“ präsentiert, gegen welchen die Rebellen und Zivilbevölkerung zusammen kämpfen würden (ebd.). Assad sei eine Marionette Russlands und Chinas, welche vor dem UN-Sicherheitsrat einer die syrische Bevölkerung befreienden „militärischen Intervention“ niemals zustimmen würden (ebd.). Dass die negativen Charakterisierungen der syrischen Regierung und des Präsidenten Assad zum Teil als Zitate anderer Personen erscheinen, könnte für die diskursive Wirkung möglicherweise eine nur geringfügige Rolle. Der seitens des syrischen Volkes demokratisch gewählten Assad-Regierung wird die Legitimation zu einem Fortbestehen abgesprochen und bereits über ein „Nachfolgeregime“ spekuliert (26.08.: 11. Artikel). Diese Stimmung wird auch in einem weiteren Beitrag transportiert. Darin wird die geplante westliche Intervention in Syrien begrüßt (26.08.: 14. Artikel). Das „Assad-Regime“ werde vom schiitischen Iran gesteuert und das syrische Volk sei „der mörderischen Willkür einer enthemmten Diktatur“ ausgeliefert (ebd.). Ein Kommentar des außenpolitischen Ressortleiters, Dietrich Alexander, unternimmt den Versuch die Familie Assad der Zeitungsleserschaft als blutrünstigen Clan zu präsentieren (28.08.: 16. Artikel).

---

<sup>16</sup> An dieser Stelle wird eine angebliche Zusammenarbeit mit dem schiitisch geprägten Iran und der schiitischen Hisbollah im Libanon angedeutet

Es wird von einer „Diktatoren-Dynastie“ berichtet, welche die syrische Bevölkerung terrorisiere. Brutales Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung habe „in der Familie Assad Tradition“ (ebd.).

Der 09.09. bringt neue Dynamik in die Berichterstattung. Anlass dafür ist ein Vorschlag Russlands an die syrische Regierung, die syrischen Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht vernichten zu lassen und der Chemiewaffenkonvention beizutreten (09.09.: 18. Artikel). In einem am 11.09. veröffentlichten Kommentar des Chefkomentators, Jacques Schuster, wird Assad als „Meister im Spiel der Täuschungen und des taktischen Hakenschlagens“ bezeichnet (20. Artikel). Assad, der dem Vorschlag Russland zugestimmt habe, die Chemiewaffenarsenale räumen zu lassen, müsse man misstrauen. Gegen den „Weltverbrecher“ könne man vorgehen, wenn der französische Resolutionsvorschlag, der vor der UN präsentiert wird, angenommen würde (ebd.).

Am 17.09. wird über den veröffentlichten Chemiewaffenbericht der UN berichtet. Darin seien zwar keine Äußerungen zu Verantwortlichen zu finden, doch für den Westen käme ausschließlich das „Assad-Regime“ in Frage (21. Artikel). Die „Qualität des Nervengases Sarin und der Einsatz einer bestimmten Rakete“ seien starke Indizien für die Verantwortung des Assad-Regimes (ebd.). Die Einigung der USA und Russlands auf eine Syrien-Resolution wird als problematisch erachtet (28.09.: 24. Artikel). Nun „bleibt Assad an der Macht und kann `konventionell` weitermorden“, so die Bedenken des Leitartikelverfassers, Richard Herzinger (ebd.).

### **Opposition und Zivilbevölkerung**

Weitere intrasyrische Akteure, die Erwähnung finden, setzen sich aus unterschiedlichen Oppositionsgruppierungen zusammen. Trotz der Heterogenität der syrischen Opposition wird diese homogenisiert und als monolithische Kraft dargestellt, so auch in einem Kommentar von Alan Posener am 24.08., worin zu lesen ist, dass die „syrische Opposition die USA händeringend um Hilfe“ bitte (24.08.: 8. Artikel). In einer Reportage am selben Tag taucht der Begriff „Rebellen“ in Bezug auf die Opposition auf. Diese werden als bevölkerungsnah präsentiert, welche in einer ihrerseits „improvisierten Notfallklinik“ jenen Menschen helfen sollen, die durch Angriffe des syrischen Regimes verletzt würden (24.08.: 9. Artikel).

Informationen über die angebliche Höhe der Opferzahlen werden meist oppositionsnahen Kreisen entnommen (21.08.: 1. Artikel; 25.08.: 10. Artikel). In einem Leitartikel des Chefkomentators Jacques Schuster wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass „Oppositionsgruppen“ für den Giftgaseinsatz verantwortlich sein könnten um ein „Eingreifen von außen“ zu provozieren und somit die immer erstarkende „Offensive der Regierung“ zu schwächen (26.08.: 11. Artikel). Es wird in Zusammenhang mit der Opposition weiterhin erwähnt, dass auch die Al-Qaida in Syrien operiere und „liberale Kräfte im westlichen Sinne“ nicht vorhanden seien (ebd.). Aus dem „legitimen Widerstand gegen einen Diktator“ sei ein Bürgerkrieg entstanden, der keinerlei Legitimation habe, so im Kommentar von Cora Stephan vom 26.08. (26.08.: 13. Artikel).

Auch auf die Leiden der syrischen Zivilbevölkerung wird in diesem Artikel Bezug genommen. Sie werden als die „Leidtragenden (...), die wie in jedem Bürgerkrieg, zwischen zwei Feuern stehen“ charakterisiert (ebd.). In einem am selben Tag erschienenen Kommentar von Richard Herzinger, Korrespondent für Politik und Gesellschaft, wird auf den Leidensdruck der syrischen Zivilbevölkerung eingegangen. So heißt es: „Ein ganzes Volk wird Assad ausgeliefert“, womit impliziert wird, dass Assad gezielt Zivilisten tötet (26.08.: 14. Artikel). In einem weiteren Leitartikel des Chefkomentators Jacques Schuster wird dafür plädiert, dass die Syrer selbst über ihre zukünftige Regierung entscheiden sollten, allerdings erst nach einem „gezielten Schlag“ des Westens gegen die Assad-Regierung (27.08.: 15. Artikel).

### **Ausländische Akteure**

Den Positionen westlicher Akteure wird in der Berichterstattung viel Platz eingeräumt. Sie haben in den Wochen nach dem mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz am 21.08. eine federführende Rolle im medialen Diskurs zu diesem Ereignis inne. Im Gegensatz zu innersyrischen Akteuren wird deren Subjektstatus stärker in die mediale Agenda aufgenommen und dabei seltener in militaristischen Frames präsentiert. Sie finden häufiger Erwähnung als Akteure aus Ländern, die eine geographische Nähe zu Syrien aufweisen. Auffällig ist des Weiteren, dass Akteurspositionen, die sich explizit gegen die syrische Regierung aussprechen, vordergründiger und ausführlicher behandelt werden als jene, denen eine politische Nähe zum syrischen Regime zugeschrieben wird.

Eine zentrale Rolle spielt insbesondere der US-amerikanische Präsident Barack Obama, welcher den Einsatz von Chemiewaffen als „rote Linie“ für ein Eingreifen in den Bürgerkrieg bezeichnet“ (21.08.: 1. Artikel). Westliche Politiker wie der französische Präsident Hollande, der britische Außenminister Hague, der schwedische Außenminister Bildt, die EU-Außenbeauftragte Ashton, der deutsche Außenminister Westerwelle und der Chef der arabischen Liga Nabil al-Arabi fordern eine Untersuchung der UN-Inspektoren (ebd. bzw. 22.08.: 3. Artikel). Unisono mit diesen Politikern ist auch der stellvertretende außenpolitische Ressortleiter des untersuchten Mediums, Dietrich Alexander, der eine UN-Untersuchung fordert (21.08.: 2. Artikel). Dem Tenor westlicher Politiker folgend wird in einem Kommentar am 22.08. gefordert, dass der Westen „Assads Massenmord“ nicht zulassen dürfe (22.08.: 5. Artikel). Auf Obamas „wachsweiche, widersprüchliche Anmahnung einer ‚roten Linie‘ gibt Assad keinen Pfifferling“ (ebd.). Der Westen müsse „endlich Stärke zeigen“, da er ansonsten eine „Steigerung der Gewaltexzesse in Kauf“ nehmen würde (ebd.). Extrempositionen, wie jene des US-Senators John McCain, der auf einen voreiligen Militäreinsatz ohne UN-Mandat dränge und Obama aufgrund der seinerseits definierten „roten Linie“ der „Inkonsequenz“ bezichtige, werden der Zeitungsleserschaft als mittlerweile von vielen Seiten in Betracht gezogene Option vermittelt (23.08.: 7. Artikel). Nicht nur die USA allein, die „unverzichtbare Nation“ im Nahen Osten, sondern der „Westen“ als Ganzes solle intervenieren (ebd.).

Russland und China werden indes als Akteure präsentiert, die mit dem Westen unkooperativ und auf Seiten des syrischen Präsidenten al-Assad seien. Russland und China seien an einer Veränderung der schwierigen Situation in Syrien nicht interessiert, da sie keinen Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates zustimmen, die „Druck für Präsident Assad“ bedeuten würden (22.08.: 6. Artikel). Russland wird unterstellt, den Chemiewaffeneinsatz Assads zu leugnen und das Vergehen den Rebellen anzulasten (23.08.: 7. Artikel). Daher sei ein UN-Mandat für die „Intervention“ ausgeschlossen (ebd.). Die angebliche Unterstützung Assads durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin wird als kriminell etikettiert (24.08.: Artikel 8).

Es wird darauf hingewiesen, dass Israel einer besonderen Gefährdungslage ausgesetzt sei, da Syrien und der Iran dieses Land als „Erzfeind“ sehen. Der Iran, ein regionaler Verbündeter Assads, „bastelt weiter an der schiitischen Atombombe“ und beobachte wie Assad ungestraft eine „rote Linie nach der anderen überschreitet“ (24.08.: 8. Artikel). Über den Iran wird ein äußerst negatives Bild gezeichnet.

Präsident Hassan Ruhani lasse „seine Militärs Drohungen an die USA aussprechen“. Das negative Bild über den Iran wird durch die Anführung der Position eines iranischen Generals verstärkt. Dieser werfe den Amerikanern einer „Propagandawelle“ gegen Syrien vor und drohe allen Ländern, welche die Syrienkrise weiter „eskalieren wollen“, mit einer „Rache der Nationen“ (25.08.: 10. Artikel). Der libanesischen Hisbollah wird zugeschrieben militanteste Unterstützerin der Assad-Regierung zu sein und in den syrischen Stellvertreterkriegen eine bedeutende Rolle zu spielen. Auch Irans Revolutionsgarden würden „aufseiten Assads“ kämpfen (26.08.: 11. Artikel).

Im Diskurs der „Die Welt“ sticht eine von Rationalität und Besonnenheit geprägte Darstellung des Westens im unmittelbaren Kontrast zur Darstellung regionaler und Assad-naher Mächte hervor. So auch im Leitartikel des Chefkomentators Jacques Schuster: Der Westen „debattiert über ein mögliches Eingreifen“, es herrsche „Empörung über Assad“ und Bemühungen „demokratische Verhältnisse im Land aufzubauen“ (ebd.). Der Westen dürfe nicht tatenlos zusehen, da sie ansonsten ihre Werte aufgabe und an moralischer Glaubwürdigkeit einbüße (26.08.: 14. Artikel). Der Westen, seitens des Medium in der Rolle des Befreiers und als höchste moralische Instanz präsentiert, müsse „zivilisatorische Mindeststandards verteidigen“, da ansonsten „anarchischer Willkür Tür und Tor“ geöffnet werde. Die Führungsmacht des Westens, die USA, dürfe sich von „Drohgebärden aus Moskau und Teheran“ nicht einschüchtern lassen, da dieser sonst „als globale Ordnungsmacht ausgespielt“ hätte. Dabei könne man auch auf die „Rückendeckung“ regionaler Mächte „von der Türkei bis Saudi-Arabien“ zählen (ebd.).

Am 09.09. wird von der überraschenden „Wende in der russischen Haltung im Syrien-Konflikt“ berichtet, nachdem Russland dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad den Vorschlag zur Vernichtung der Chemiewaffen und zum Beitritt zur Chemiewaffenkonvention nahegelegt hätte (18. Artikel). Die Berichterstattung ist in der Folge meist von einer Entspannungsrhetorik geprägt. Es wird Russlands Bereitschaft zu einer gemeinsamen Lösung mit den USA betont (10.09.: 19. Artikel). In einem weiteren Beitrag des Chefkomentators Jacques Schuster wird Russlands Präsident Putin scharf kritisiert. Russland und China müssten sich entscheiden auf welcher Seite sie stehen:

entweder auf der Seite der Guten, der „Weltpolizisten“<sup>17</sup> oder auf der Seite der „Weltverbrecher“ (bezogen auf Präsident al-Assad). Der französische Resolutionsplan wird begrüßt und im Falle seiner Umsetzung als Möglichkeit erachtet den UN-Sicherheitsrat zur „Heiligen Allianz der Gegenwart“ zu machen. Dafür dürften „Moskau und Peking“ keine „neue Blockade“ errichten (11.09.: 20.Artikel).

Nach der Veröffentlichung des UN-Berichts zu dem Chemiewaffeneinsatz in Al-Ghouta mache der Westen Assad für den Chemiewaffeneinsatz verantwortlich. Der Westen werde von Russland ausgebremst, das mit der Verdächtigung Assads nicht einverstanden sei und einem UN-Resolutionsentwurf von Frankreich, USA und Großbritannien zu Syrien, der auch Gewaltdrohungen gegen die syrische Regierung beinhalte, kritisch gegenüber stehe (17.09.: 21. Artikel). Zudem stelle Russland die Glaubwürdigkeit der UN-Inspektoren in Frage und sehe die „UN-Inspektoren als ‚politisiert‘“ (18.09.: 22.Artikel).

In einem Leitartikel am 28.09. wird im Bezug auf die erzielte Einigung zwischen Russland und den USA auf eine Syrien-Resolution scharfe Kritik am Westen geübt. Dementsprechend lautet auch der Titel des Leitartikels von Richard Herzinger: „Kraftloser Westen“ (28.09.: 24. Artikel). Obama habe sich von Putin vorführen und in einen langwierigen diplomatischen Prozess hineinziehen lassen. „Der Westen und dessen Führungsmacht USA sind zu kraftlos geworden“. Als nächstes könne der Iran, der die „Bombe anstrebe“, „die USA über den Tisch ziehen“ um eine „Lockerung der Sanktionen“ hinsichtlich des eigenen Atomprogramms zu erwirken (ebd.).

## **Die Rolle der Medien**

In den im Dossier untersuchten Artikeln beschränkt sich der Bezug zu anderen Medien auf die Übernahme von Akteurspositionen und ergänzende (Hintergrund-)Informationen.

---

<sup>17</sup> Im diskursiven Kontext betrachtet sind unter die „Weltpolizisten“ folgende Akteure zu subsumieren: der Westen (Europa, USA, regionale Partner, wie die Türkei, Saudi, Arabien, Katar) und der UN-Sicherheitsrat

Kritische Einwände gegen bzw. kommentierende Elemente zu anderen Medienanstalten sind in „Die Welt“ bezüglich dieses diskursiven Ereignisses nicht zu finden. Doch in inhaltlich-struktureller Hinsicht sind gewisse Auffälligkeiten anzuführen. Während auf mehrere westliche Medien im Laufe der Berichterstattung über das untersuchte diskursive Ereignis Bezug genommen wird, tauchen Informationen aus Medienorganen, die aus Syrien und in Ländern um Syrien stammen, eher weniger auf. Auf Syrien bezogen wird die staatliche syrische Nachrichtenagentur „Sana“ zitiert (21.08.: 1.Artikel; 22.08.: 6.Artikel). Ansonsten wird im syrischen Kontext meist allgemein von „syrischen Staatsmedien“ gesprochen, die gegen die syrische Regierung erhobenen Vorwürfe dementieren, die Opposition für den Giftgaseinsatz beschuldigen und Oppositionelle pauschal als „bewaffnete Terroristengruppen“ bezeichnen würden (25.08.: 10. Artikel bzw. 15.10.: 25. Artikel). Weitere erwähnte Medienanstalten in und um Syrien lassen auf eine Nähe zu oppositionellen Bewegungen schließen. Dabei handelt es sich um arabische Sender, wie den aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stammenden Satellitensender „al-Arabija“ (21.08.: 1.Artikel), das von Regimegegnern gegründete „Scham-Nachrichtennetzwerk“ (22.08.: 4. Artikel) und den arabischen Satellitenkanal Al-an (23.08.:7.Artikel). Ansonsten wird am 28.08. allgemein von „arabischen Medien“ berichtet, wonach dem Regime nahestehende Führungspersönlichkeiten bereits aus Syrien geflohen seien (17. Artikel). Auch diverse westliche Medien haben eine unterstützende Rolle für Oppositionelle inne. So wird mit Rekurs auf die britische „Times“ berichtet, dass die Rebellen Waffen benötigen, da ihre jetzigen zu leicht und zu wenig seien (23.08.: 7.Artikel). In einem am 28.08. veröffentlichten Artikel wird mit Bezug auf die „New York Times“ und die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ angemerkt, dass Baschar al-Assads Bruder Maher al-Assad womöglich für den Chemiewaffenangriff verantwortlich sei (16. Artikel).

Entsprechend den zugeschriebenen Näheverhältnissen außersyrischer politischer Akteure (Russland, Iran) zum syrischen Regime erfolgt in „Die Welt“ die Widerspiegelung dieser Verhältnisse auch im Hinblick auf die Rolle der russischen und iranischen Medien. Neben den „syrischen Staatsmedien“ und der Agentur „Sana“ werden in den untersuchten Diskursfragmenten des Dossiers ausschließlich iranische und russische Medien als Quellen bei der Schilderung regierungsnaher syrischer und ausländischer Akteurspositionen herangezogen (25.08.: 10. Artikel; 26.08.: 12. Artikel).

## Bilder und Fotos

Von den 25 Artikeln, die in das Dossier aufgenommen wurden, sind 20 Diskursfragmente mit insgesamt 24 Fotos bebildert.

An den ersten beiden Tagen der Berichterstattung zu diesem Ereignis (21.08; 22.08.: Artikel 1 bis 7) werden einige Greuelbilder gezeigt<sup>18</sup>, welche die Ohnmacht der syrischen Zivilbevölkerung eindrücklich vor Augen führen sollen. Dem langen Tauziehen internationaler Politmächte um die Konsequenzen nach dem Einsatz geächteter Waffen in Syrien werden auch die Bilder thematisch adaptiert. Die Vielfalt der diskursiv vermittelten Akteure mitsamt deren Positionen zum untersuchten Ereignis findet somit auch ihre bildliche Manifestation. Entsprechend den herausgearbeiteten Akteurszuschreibungen gestalten sich die Bildaussagen und –symboliken, d.h. die Bilder korrespondieren mit den Charakterisierungen der Akteure. Von westlichen Akteuren werden meist neutrale Fotos in Form von adrett gekleideten Politikern gezeigt. Die Verbundenheit und Entschlossenheit westlicher Staaten und ihrer regionalen Partner im Nahen und Mittleren Osten den Chemiewaffeneinsatz in Syrien nicht ohne Konsequenzen hinzunehmen, wird auch bildsymbolisch dargestellt. Sinnbildlich dafür steht ein Bild, das in einem Artikel am 25.08. abgebildet ist, auf dem der französische Außenminister Laurent Fabius und der israelische Präsident Schimon Peres zu sehen sind, die Hände schüttelnd und Schulter an Schulter vor der Kamera posieren (10. Artikel). Der Westen wird mit dem Pragmasymbol „Flugzeug“ assoziiert: in einem am 28.08 erschienen Artikel werden zwei sich in der Luft befindende Kampfflugzeuge der USA dargestellt, versehen mit der Bildunterschrift, dass die USA viele Möglichkeiten hätten syrische Anlagen zu bombardieren (17. Artikel). Das Flugzeug ist als ein Pragmasymbol aufzufassen, das für den technischen Fortschritt des Westens steht.

---

<sup>18</sup> Bilder zeigen leblose Menschen (21.08.: 1. Artikel), Kinder, die Sauerstoffmasken tragen (22.08.: 6. Artikel), Menschen, die um ihr Leben laufen (ebd.), zerstörte Gegenden (21.08.: 2. Artikel), einen von Oppositionellen gefangenen Regierungssoldaten, dessen Hände gefesselt und Augen verbunden sind (22.08.: 5. Artikel)

Der Lösungsorientiertheit, dem adretten Auftreten westlicher Akteure, dem geschlossenen und einigen Westen mitsamt regionaler Partner im Nahen und Mittleren Osten werden Akteure aus dem Iran und Syrien gegenübergestellt, über die ein äußerst negatives Bild gezeichnet wird. So wird in einem Artikel am 25.08. der iranische Präsident Rohani abgebildet, der einsam vor der Weltöffentlichkeit steht, wofür symbolisch die vielen vor ihm aufgestellten Mikrofone internationaler Medienanstalten stehen (10. Artikel).. Er hat einen freudig lächelnden Gesichtsausdruck und seine rechte Hand ist an seiner linken Brusthälfte auf Herzhöhe angelegt. So entsteht der Eindruck, dass er reinen Gewissens, mit Herz und Seele, von der eigenen Unfehlbarkeit überzeugt und in der Gewissheit das Recht auf seiner Seite zu haben, bereit ist, entschlossen in den Kampf zu ziehen, was auch in der Bildunterschrift expliziert wird: „(...) jetzt lässt er seine Militärs Drohungen an die USA aussprechen“ (ebd.).

Syrische Akteure werden unabhängig davon ob sie regierungsnah oder oppositionsnah sind, meist als Soldaten bzw. Kämpfer dargestellt (22.08.: 5.Artikel; 25.08.: 10.Artikel; 26.08.: 14. Artikel). Vom syrischen Präsidenten selbst wird ein Portraitfoto gezeigt, auf dem er mit ausgestreckter Hand und bedrohlicher Mimik zu sehen ist (26.08.: 12. Artikel). Die ernste Mimik wirkt durch die ausgestreckte Hand bedrohlich und konfrontativ. Auf einem weiteren Foto ist ein syrischer Rebell zu sehen, der Plakate mit den Konterfeis von Hafez al-Assad (dem Vater Baschar al-Assads) und Baschar al-Assad entsorgt (26.08.: 14. Artikel). Assads Konterfei wurde offensichtlich zu einem Konterfei des „Teufels“ umgestaltet (spitze Teufelsohren, Beule an der Stirn). Assad wird somit als die Inkorporation des Bösen dargestellt. In einem weiteren Artikel ist ein Familienfoto der Familie Assad zu sehen, die im Bilduntertitel als „Der Assad-Clan (...)“ bezeichnet wird (28.08.: 16.Artikel). Das Bild korrespondiert mit der negativen Charakterisierung Assads. Die jüngeren Mitglieder der Familie stehen mit einer strammen Körperhaltung, ähnlich wie beim Militär, aufgereiht hinter den sitzenden Eltern, wodurch das Bild von einem „Assad-Clan“ entsteht, in dem autoritäre und hierarchische Strukturen vorherrschen.

Russland wird passend zu den Akteurscharakterisierungen bzw. –zuschreibungen als Alleingänger mit einer deutlichen Distanz zum Westen und einer deutlichen Nähe zur syrischen Regierung dargestellt.

Am 18.09. wird über das Treffen des russischen Vize-Außenministers Sergej Rjabkow und des syrischen Außenministers al-Muallim berichtet (22. Artikel). Fotografisch wird dieses Treffen folgendermaßen dargestellt: Beide sitzen unter dem Porträt Baschar al-Assads. Die Bildunterschrift ist dementsprechend: „Treffen unter dem Porträt von Baschar al-Assad“. Eingebettet in den Aussagenzusammenhang dieses Artikels lässt sich über die potenzielle Wirkung dieses Bildes folgendes indizieren: in diesem Fragment wird darüber berichtet, dass Russland den UN-Giftgasinspektoren, auf deren Expertisen beruhend der UN-Bericht zum Chemiewaffenereignis publiziert wurde, Politisierung vorwirft. In diesem Kontext kann die bildsymbolische Bedeutung des für den Artikel ausgewählten Fotos von dem Treffen beider Außenminister unter dem Assad-Porträt darin liegen, dass eine Umkehr des Politisierungs- und Parteilichkeitsvorwurfes gegen Russland stattfindet, indem bildlich dessen Assad-Sympathie untermauert wird.

Sinnbildlich für die Abnahme der Berichterstattung über das Ereignis rund um den Chemiewaffeneinsatz in Al-Ghouta ist ein Bild, der einen Handschlag zwischen Putin und Obama anlässlich der erzielten Einigung mittels der Syrien-Resolution zeigt (27.09.: 23. Artikel). Dieser fotografisch gezeigter Handschlag trägt im Kontext des untersuchten diskursiven Ereignisses Symbolcharakter für die Normalisierung der internationalen Beziehungen. Dieser „Handschlag“ ist als einer zwischen dem gesamten Westen und der syrischen Regierung zu verstehen, zumal erstens den USA in diesem untersuchten Zeitungsorgan - als sogenannte „Führungsmacht des Westens“ (28.09.: 24.Artikel) - eine Deutungshoheit über die Positionen restlicher westlicher Akteure und zweitens Russland - mehrmals als Verbündeter der syrischen Regierung bezeichnet – Deutungshoheit über Ansichten regierungsnaher innersyrischer Akteure zugeschrieben wird.

## Kollektivsymbole

In der Berichterstattung der Zeitung „Die Welt“ überwiegen Symbole der Denormalisierung<sup>19</sup>, der Gewalt, des Chaos und des Krieges<sup>20</sup>. Es fällt auf, dass Symbole des Chaos und der Denormalisierung im Vergleich zu jenen Symbolen überwiegen, die das Hauptaugenmerk auf die Lösungsfindung lenken (Techniksymbole)<sup>21</sup> oder ein Streben nach der Herstellung von „Normalität“ (Symbole der Normalisierung)<sup>22</sup> signalisieren. Der häufige Einsatz von Natursymbolen<sup>23</sup> deutet auf die menschliche Überforderung und die katastrophalen Zustände im Kriegsland Syrien hin, die eine Entwicklung angenommen haben, deren Verlauf sich der menschlichen Kontrolle entzieht.

---

<sup>19</sup> **Beispiele für Symbole der Denormalisierung (Auswahl):** 1.Artikel: eine schockierende Eskalation, rote Linie (Protonormalismus), uneingeschränkter Zugang (...) (erhalten) ; 2.Artikel: schwere Krise, entgleitender Partner, Zugang verwehrt; 4.Artikel: starke Bedenken, hoffnungslos überfüllt, Spekulationen bremsen; 5.Artikel: Eskalation, rote Linie, Androhung militärischer Reaktionen; 14.Artikel: ignorieren, Einhaltung (elementarer Rechtsnormen), Eintreten (für Menschenrechte), enthemmte Diktatur, 22. Artikel: Tabubruch, Kontrollverlust, scharf kritisiert

<sup>20</sup> **Symbole des Chaos, der Gewalt und des Krieges (Auswahl):** 1.Artikel: Großoffensive; 2.Artikel: qualmende Trümmer, Angriffe, Massaker; 4.Artikel: beschossen, Angriff, entsetzliches Verbrechen, Attacke, verhindern; 11.Artikel: rauschhafte Raserei, Konflikttherd, mit der Zündschnur spielt, Angriff, im blutigen Spiel, Offensive (...) brechen, Zeichen der Härte setzen, einmarschieren, verhindern, vertreiben, Luftschläge, 17. Artikel: Schlag (gegen Assad), Angriff, Verlust der Lufthoheit, bestrafen, harsche Vergeltung, mobilisieren, zuschlagen, verhindern; 24. Artikel: unterwerfen, Militärschlag, sich rächen, entfesselte Gewalt, aufzwingen

<sup>21</sup> **Symbole der Technik (Auswahl):** 1.Artikel/4.Artikel: Einschalten (der UN-Kontrolleure); 8. Artikel: einen Riegel vorschieben, Druck (...) aufbauen; 11. Artikel: aufbauen; 13. Artikel: Widerstand, aufrühren; 14. Artikel: ausschließen, Reaktion, (geistig auf dem) Rückzug, geht ungebremst weiter; 15. Artikel: ausschalten; 17.Artikel: (laufen auf) Hochtouren, erschweren; 18. Artikel: anschließen, Vorschlag; 21. Artikel: Druck, ausbremsen; 23. Artikel: weichspülen

<sup>22</sup> **Symbole der Normalisierung (Auswahl):** 2.Artikel: Klarheit schaffen; 3.Artikel: uneingeschränkter Zugang, zusammenarbeiten, schnelle Klärung der Vorwürfe; 19.Artikel: verhandeln, Zugang verschaffen, (der Chemiewaffenkonvention) beitreten, (versuchen sich ...) zu einigen, unter Kontrolle stellen, ans Licht bringen, zusammenkommen, Zusammenarbeit; entgegenkommen; 23. Artikel: geeinigt, Kompromiss; 24. Artikel: Lockerung der Sanktionen;

<sup>23</sup> **Beispiele für Natursymbole (Auswahl):** 2.Artikel: Berge von Leichen (Verkettung von Bildspendebereichen: Natur und Körper); verbergen, aufbäumen; 6.Artikel: völlig aus der Luft gegriffen; 10.Artikel: Propagandawelle; 12.Artikel: Feuerball; 20. Artikel: auf doppelten Böden wandeln, in die Tiefe sausen lassen; 24.Artikel: als Tiger gesprungen, Treiben, Empörungswelle

Dazu passend treten oft Symbole aus dem Bildspendebereich „Körper“<sup>24</sup> auf, oft verkettet mit Symbolen aus den Bereichen Chaos/Krieg/Gewalt und der Denormalisierung. Dadurch erfolgt eine symbolische Übersteigerung der dramatischen und aus der Kontrolle geratenen Situation in Syrien. Die Körpersymbole weisen auf eine starke Gefährdung wichtiger humanitärer Grundwerte, des Selbst oder allgemein der menschlichen Würde hin. Insgesamt fällt auf, dass Syrien eindeutig ein kollektivsymbolisches Außen darstellt, in dem jegliche Tabus gebrochen werden, beinahe schon apokalyptische Zustände herrschen und die Brutalität auch keinen Halt vor den Schwächsten der Gesellschaft, den Kindern, Halt macht.

Die „rote Linie“ ist als die zentrale Kollektivsymbolik zu benennen, die sinnbildlich für den kollektivsymbolischen Blick des Medienorgans auf das Außen steht: die „rote Linie“, ein Symbol des Protonormalismus, welche Assad überschritten haben soll, gilt dabei als Argument für militärische Schläge. Die geplanten westlichen Militärschläge werden als Reaktion auf eine erfolgte Denormalisierung dargestellt, einen Verstoß gegen die Normalität, den Baschar al-Assad begangen haben soll. Die Militärschläge werden als eine Strategie des flexiblen Normalismus präsentiert, für den breite Toleranzgrenzen charakteristisch sind und somit als Teil der Normalität akzeptabel erscheinen (27.08.: 15.Artikel). Ein gutes Beispiel für die kollektivsymbolische Markierung eines Außen und ein Verfahren gemäß der symbolischen Topik, die für die Innenwelt (westliche Industriegesellschaften)<sup>25</sup> gilt, ist die Umkehrung der seitens des US-Präsidenten, das heißt westlich, definierten protonormalistischen „roten Linie“ durch den Iran in einen flexiblen Normalismus und der damit erfolgenden Markierung neuer Normalitätsgrenzen. Die „rote Linie“, die bislang für den Einsatz von Chemiewaffen galt, wird seitens des Iran für einen möglichen militärischen Einsatz der USA in Syrien definiert (25.08.: 10.Artikel).

---

<sup>24</sup> **Beispiele für Körpersymbole (Auswahl):** 1.Artikel: Eingreifen; 6. Artikel: unterstützen; 8.Artikel: händeringend, (demonstrativer) Schulterschluss, (gewinnen) Oberhand; 14. Artikel: unangreifbar, Erregung, in die Arme getrieben, wie die Luft zum Atmen, Rückendeckung, heraushalten; 16. Artikel: Blut, Blutausch (Pragmasymbol: direkte und indirekte Bedeutung „Realität mit Symbolfunktion“); 24. Artikel: aus der Hand nehmen lassen, wankelmütig, zahnlos, kraftlos geworden

<sup>25</sup> Symbolische Topik: siehe Kapitel 1.3.3

Das sorgt für eine Schiefelage innerhalb dieser symbolischen Topik, worauf mit einer Versehung des Außensystems mit Symbolen des Chaos und der Denormalisierung geantwortet wird um das eigene System zu verteidigen. Der Iran „warnt USA“, der iranische Präsident Rohani lasse nun „seine Militärs Drohungen an die USA ansprechen“ (ebd.). Dementgegen werden die von westlichen Staaten unter der Führung der USA geplanten militärischen Aktionen in Syrien mit Symbolen codiert, welche Assoziationen wie Rationalität und das Bemühen um eine Lösungsfindung vermitteln. Der Westen „debattiert“ (26.08.: 11.Artikel), ist damit beschäftigt „Fakten und Beweise zusammenzutragen“ (26.08.: 12.Artikel) und hat „nüchterne Köpfe“ in Form von Generälen (27.08.: 15. Artikel). Das kollektivsymbolische Außen hingegen, wozu auch Akteure rund um die syrische Regierung gehören und jene, welchen zugeschrieben wird diese kompromisslos zu unterstützen, werden mit Symbolen und Frames codiert, die Chaos, Drohungen, Unberechenbarkeit und Aggressivität signalisieren.<sup>26</sup> Im Vergleich zu Oppositionsgruppierungen stellt die syrische Regierung stellenweise ein sogenanntes „Außen des Außen“ dar, da manche Oppositionsgruppen an manchen Stellen dem Deutungsmodell im westlichen Sinne näher stehen. So werden Informationen über die Opferzahlen infolge des Chemiewaffenangriffes in einigen Diskursfragmenten mit Bezug auf oppositionelle Quellen angegeben<sup>27</sup>.

---

<sup>26</sup> Auswahl passender Akteure:

*Assad (Auswahl)*: „geht (...) mit brutalster Gewalt vor“ (21.08.: 2.Artikel); „Assads Massenmord“; „rücksichtslos bombardiert und beschießt Assads Armee“ (22.08.: 5.Artikel); „Diktator“ (21.08.: 2.Artikel); „Machthaber“ (26.08.: 12.Artikel); „ (...) Assad das eigene Volk mit Gas angegriffen“ (26.08.: 12.Artikel); „Assad-Clan“ (28.08.: 16. Artikel); „Machtlust und Brutalität“ (28.08.: 16.Artikel)  
*Russland (Auswahl)*: spielt „mit der Zündschnur“ (26.08.: 11.Artikel); „Resolution wird (...) am Widerstand Russlands und Chinas scheitern“ (28.08.: 17. Artikel); „Putin (...) seine kriminelle Unterstützung des Assad-Regimes“ (24.08.: 8.Artikel); „weil Moskau und Peking eine neue Blockade errichten“ (11.09.: 20.Artikel); „Putin (...) gelungen (...) eine energische Antwort der Weltgemeinschaft (...) zu vereiteln“ (ebd.)

*Iran*: bereits im Fließtext dieses Kapitels beschrieben

*Libanesishe Hisbollah*: „Schiitenmiliz“; „Proxy“ des Iran im Syrienkrieg (28.08.: 17. Artikel)

*China*: blockiert genauso wie Russland mit Vetos westliche Lösungsvorschläge (28.08.: 17.Artikel); besitzt Vetorecht im UN-Sicherheitsrat und „verhindert“ den Druck auf Assad (22.08.: 6.Artikel); unterstützt das „Regime in Damaskus“ (ebd.)

<sup>27</sup> Mit Bezug auf George Sabra: Vertreter der oppositionellen Nationales Syrischen Allianz (21.08.: 1.Artikel); mit Bezug auf „Aufständische in Syrien“ (23.08.: 7. Artikel)

Es gibt auch Beispiele für oppositionelle Gruppierungen, die eindeutig ein kollektivsymbolisches Außen darstellen.<sup>28</sup> Die sprachlich eingesetzten Kollektivsymbole mit denen eine Innen-Außen-Codierung vorgenommen wird, finden ihre Entsprechung auch in der nicht-sprachlichen, bildlichen Darstellung der Kollektivsymbole.<sup>29</sup>

### **Lösungsvorschläge**

In „Die Welt“ werden sehr viele Lösungsvorschläge nicht selten in einer militaristischen Sprache diskutiert und präsentiert. „Die Vereinten Nationen müssen sich jetzt aufbäumen und Entschlusskraft demonstrieren“ (21.08.: 2.Artikel). Es wird danach verlangt, dass der Westen Stärke zeigt, die auch eine „glaubhafte Androhung militärisches Reaktionen beinhalten muss“ (22.08.: 5.Artikel). Über die im Raum stehende geplante militärische Reaktion der USA werden solche Akteurspositionen angeführt, die diese bestärken. So wird in einem Artikel am 23.08. der republikanische US-Senator John McCain zitiert, der sich klar für einen US-Einsatz in Syrien positioniere (7. Artikel). „Selbst die ‚New York Times‘, sonst den Republikanern nicht gewogen“ spreche sich für einen Syrien-Einsatz aus (23.08.: 7.Artikel). Einen „demonstrativen Schulterschluss“ der Europäischen Union mit Barack Obama gegen Putins „kriminelle Unterstützung des Assad-Regimes“ wird in einem Artikel am 24.08 gefordert (8. Artikel). Der westliche Einsatz in Syrien wird zu einer moralischen Notwendigkeit erhoben. Der Westen müsse „zivilisatorische Mindeststandards verteidigen“ und sich für die „Verteidigung der Menschenrechte“ einsetzen (26.08.: 14. Artikel). Sollte der Westen nicht eingreifen käme das einer Aufgabe westlicher Werte bzw. einer Selbstaufgabe gleich und würde weltweit „anarchischer Willkür Tür und Tor“ öffnen (ebd.). Lediglich in einem Artikel wird eine eindeutige Position gegen eine Intervention in Syrien bezogen (26.08.: 13.Artikel). Es gäbe genügend Beweise aus der Geschichte – zum Beispiel Afghanistan, Vietnam – für das Scheitern eines „demokratischen Interventionismus“ seitens einer Weltmacht (ebd.).

---

<sup>28</sup> „die al-Qaida nahen Terroristen, die (...) entgleitenden ‚Partner‘ der syrischen Rebellen“ (21.08.: 2.Artikel); „Anschläge der al-Qaida“ (26.08.: 11. Artikel); „verzweifelte syrische Oppositionelle in die Arme islamistischer Fanatiker getrieben“ (26.08.: 14.Artikel); „westliche Furcht (...) Dschihadisten zu fördern“ (22.08.: 5. Artikel)

<sup>29</sup> siehe oben: Ausführungen unter dem Kapitel „Bilder und Fotos“

In einem Leitartikel vom Chefkomentator Jacques Schuster am 11.09. wird Frankreichs ursprünglicher Resolutionsvorschlag begrüßt und dessen Annahme seitens der Vetomächte Russland und China gefordert, damit die „fünf ständigen Mitglieder im [UN-Sicherheitsrat; D.K.] ihren ursprünglichen Auftrag erfüllen und als Weltpolizisten gegen die Weltverbrecher vorgehen“ können (20.Artikel). Um Assads Kooperation bezüglich der Offenlegung und Vernichtung der syrischen Chemiewaffenbestände zu gewährleisten wird mit Nachdruck eine starke Resolution gefordert. Doch Russland, das mit dem französischen Resolutionsvorschlag nicht zufrieden sei, bremse den Westen wieder einmal aus (17.09.: 21.Artikel). Nach der Einigung auf eine Resolution mit der auch Russland sich zufrieden zeige, wird der „Westen und dessen Führungsmacht USA“ aufgerufen, die eigene Schwäche zu überwinden „um diesem falschen Spiel [Russlands, des Iran und Assads; D.K.] noch glaubwürdiger Mittel entgegenzusetzen“ (28.09.: 24. Artikel).

### **Zusammenfassung**

Trotz ausstehender UN-Untersuchungen in den betroffenen Gebieten und widersprüchlicher Angaben bezüglich des mutmaßlichen Giftgaseinsatzes in Al-Ghouta am 21.August 2013 wird von Beginn an der syrische Präsident Baschar al-Assad als Hauptverdächtiger präsentiert und der Verdacht in den einzelnen Diskursfragmenten ständig wiederholt. Dadurch wird das Sagbarkeitsfeld klar definiert und im Rahmen dessen kommt es zu einer Regelmäßigkeit hinsichtlich der Typen der Äußerungen, der Darstellung der Positionen (sich wiederholende Akteurspositionen) und den thematischen Festlegungen. Ausgehend von dieser Betrachtungsweise ist festzuhalten, dass westliche Akteurspositionen einen zentralen Stellenwert in der vorliegenden diskursiven Praxis einnehmen. Denn diese zeichnen sich durch eine deutliche Distanziertheit zu den Deutungsweisen des Ereignisses aus Sicht der syrischen Regierung und jenen Nationen aus, denen eine Nähe zur Assad-Regierung zugeschrieben wird (Russland, Iran, China, libanesische Hisbollah). Im Umkehrschluss lässt sich sagen, dass Positionen jener Akteure, denen eine deutliche Nähe zur syrischen Regierung askribiert wird, deutlich weniger hervorstechen.

An dieser Stelle wird bereits einleuchtend, dass eine äußerst polarisierende Darstellungsform des Ereignisses und der Akteure im Medium „Die Welt“ vorliegt. In der Fortdauer sind der Berichterstattung tendenziöse und polemische Diskurselemente zu entnehmen.

Sprachliche und ikonographische Kollektivsymboliken führen einen klaren binären Reduktionismus vor Augen: Während das (westliche) Innensystem mit Symbolen der Rationalität, Ordnung und solchen aus den Bildspendebereichen der Technik (signalisiert Bemühen um Lösungsfindung) und der Normalisierung – z.B. dem Innensystem wird das alleinige Recht zugesprochen weltweit gültige Grenzen des flexibel- und protonormalistischen zu definieren – codiert wird, wird das Außensystem mit Symbolen aus den Bildspendebereichen des Chaos, der Gewalt, des Krieges und oft mit Denormalität in Verbindung gebracht. Anzuführen ist des Weiteren, dass der syrischen Regierung unter der Führung von Präsident Assad (ein kollektivsymbolisches Außen) seitens des untersuchten Zeitungsorgans „Die Welt“ erstens die moralische und politische Integrität und zweitens die souveräne Verhandlungsfähigkeit auf weltpolitischem Parkett abgesprochen wird und ihr Fortbestehen einzig durch die starke Unterstützung der Weltmacht Russland, der regionalen Mächte, der libanesischen Hisbollah und des Iran, präsentiert wird. Die syrische Zivilbevölkerung wird der Leserschaft als Opfer der Gewalthandlungen seitens der syrischen Regierung beschrieben. Zudem geht aus den untersuchten Diskursfragmenten eine deutliche Nähe der Bevölkerung zur syrischen Opposition hervor (22.08.: 6.Artikel; 24.08.: 9.Artikel). Entsprechend der Blattlinie sind auch die präsentierten Lösungsvorschläge. „Der Westen und dessen Führungsmacht USA“ (28.09.: 24.Artikel) sind als Verteidiger der Menschenrechte (26.08.: 14. Artikel) und somit im Dienste einer höheren Moral dafür zuständig „als Weltpolizisten gegen die Weltverbrecher“ (11.09.: 20. Artikel) vorzugehen.

## Süddeutsche Zeitung

### Aussagen

„Beobachtern zufolge sollen Assad-Truppen nahe Damaskus Giftgas eingesetzt haben“ (21.08.: 1. Artikel). Sowohl der erhobene Verdacht gegen die Assad-Regierung mit Bezug auf oppositionelle syrische Quellen als auch ein negatives Image über den syrischen Präsidenten werden in einem am 22.08. publizierten Leitartikel von Paul-Anton Krüger verfestigt. Bereits im Titel heißt es: „Assad soll Giftgas eingesetzt haben“ (22.08.: 2. Artikel). Entgegen der dünnen Beweislage wird Assad als Hauptverdächtiger dargestellt. Es werden vermehrt jene Akteurspositionen zum Sachverhalt veröffentlicht, die diesen Verdacht verstärken bzw. diesen deutlich auf Baschar al-Assad richten.<sup>30</sup> Auf den dargelegten Schockzustand westlicher Staaten und dem verdichteten Verdacht gegen Assad<sup>31</sup> prägt die von Präsident Obama definierte „rote Linie“, wozu der „Einsatz von Chemiewaffen“ gehört, den weiteren Verlauf des Diskurses der Süddeutschen Zeitung zu diesem untersuchten Ereignis. Nicht nur westliche Politakteure, sondern die gesamte Welt sei schockiert angesichts dieses Ereignisses (22.08.: 3. Artikel). Es wird danach gefragt wo die „enormen Konsequenzen“ gegen die Assad-Regierung blieben (ebd.). Laut „Experten“ handle es sich bei dem Chemiewaffeneinsatz um den größten seit dem Senfgaseinsatz im irakischen Halabdscha 1988 durch den damaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein (22.08.: 5. Artikel). Somit erfolgt nach der Verstärkung des Verdachts gegen Assad eine Saddam-Hussein-Analogie. Es ist von einem „Zivilisationsbruch vor Damaskus“ die Rede, den „Putinistan [, der; D.K.] dem alliierten Vasallen Assad die Treue“ halte nicht gewillt sei aufzudecken (23.08.: 6. Artikel). Das „Gas von Damaskus“ könnte ein Wendepunkt werden. Sollte Assad dafür verantwortlich sein, dann dürfe niemand mehr „dieses Regime stützen oder mit Waffen beliefern“ (ebd.).

---

<sup>30</sup> Es werden syrische „Aktivisten“ erwähnt, die Aufnahmen von leidenden Opfern haben sollen; westliche Politakteure werden zitiert, die ihre allgemeine Bestürzung ausdrücken und Assad auffordern den UN-Inspektoren den Zugang zu den betroffenen Gebieten zu gewähren; Einsatz von Chemiewaffen sei gemäß der Definition des US-Präsidenten Obama eine Überschreitung der „roten Linie“ (22.08.: 2. Artikel u.v.m.)

<sup>31</sup> Dazu siehe u.a.: 1. Artikel (21.08.), 2. Artikel (22.08.), 3. Artikel (22.08.)

UN-Untersuchungen werden ausdrücklich verlangt und niemand dürfe sich dieser Verpflichtung entziehen, weder das „zaudernde Washington“, nicht Russland und China, noch die „händeringenden Europäer“ (ebd.). Es folgen Berichte über das „Entgegenkommen“ des syrischen Regimes, das infolge einer drohenden „Militär-Intervention“ seitens der USA, UN-Kontrollen in den betroffenen Gebieten erlauben soll (25.08.: 7. Artikel). Nach Ansicht Großbritanniens könnten „Beweise für Giftgaseinsatz“ bereits zerstört sein (ebd.). Sollten die USA die geplanten Angriffe auf Syrien umsetzen könnte Israel, das aus Sicht der syrischen Regierung „Todfeind“ und Partner der USA sei, Ziel von syrischen Angriffen werden (26.08.: 8. Artikel). Die Menschen in Israel seien alarmiert. Aus Angst würden sich die Menschen Gasmasken zulegen (ebd.). Obama müsse handeln, da der Giftgaseinsatz „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sei (26.08.: 10. Artikel). Das sei ein Tabubruch und der „Weg vom Gas zur Atombombe ist kurz“ (ebd.). Der Giftgaseinsatz könnte Nachahmer finden. Daher müsse eine „große Koalition in guter Absicht zu Hilfe“ eilen und das Unrecht aus der Welt schaffen (ebd.).

Russlands Vorschlag an Syrien „ihre Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen“ sorgt für eine „überraschende diplomatische Entwicklung“ (09.09.: 12. Artikel). Nach der Zustimmung Damaskus‘ die syrischen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen, wird von der „Hoffnung auf Ausweg im Syrienkonflikt“ berichtet (11.09.: 14. Artikel). Doch in einer idealen Welt würden Russland und Amerika versuchen „die schlimmsten Schlächter“ (Assad und seinen Bruder Maher) zu stürzen (13.09.: 16. Artikel). Die Offenlegung und Zerstörung der Chemiewaffenbestände könnte sich zu einem „Katz-und-Maus-Spiel“ entwickeln. Die syrische Regierung, das sich nun der Chemiewaffenkonvention „unterwerfen“ wolle, könnte - begünstigt durch das bürokratisch komplizierte Prozedere der Chemiewaffenkonvention - versuchen Zeit zu schinden (13.09.: 17. Artikel). Der Titel des Editorials von Thomas Avenarius verlautbart deutlich folgendes: „Tausche Senfgas gegen Machterhalt“ (16.09.: 22. Artikel). Assad dürfe nun weitermorden, während das amerikanisch-russische Abkommen als „Meisterleistung beklatscht“ werde (ebd.). Das sei ein „Verrat an den Rebellen“. Nun fürchte man die „Al-Qaida-Islamisten“ und „an den demokratischen Wandel im Nahen Osten“ glaube keiner mehr (ebd.).

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des UN-Berichts sei es für den Westen sicher, dass Assad den Einsatz von Chemiewaffen befahl.

Russland hingegen weise daraufhin, dass der Bericht „keine klaren Hinweise auf die Verantwortlichen“ liefere (17.09.: 23.Artikel). Entgegen der Tatsache, dass der UN-Bericht keine Schuldigen nennt, heißt es in der Süddeutschen Zeitung, dass die „Fakten“ Assad belasten würden (18.09.: 24. Artikel). Einige Tage nach dem veröffentlichten UN-Bericht gelingt der Beschluss einer Syrien-Resolution vor dem UN-Sicherheitsrat. Auf diesen hätten sich die USA und Russland „nach wochenlangem Ringen verständigt“ (28.09.: 25. Artikel). Assad habe den UN-Experten, die mit der Vernichtung der Chemiewaffen beginnen würden, bereits „volle Zusammenarbeit“ zugesichert (06.10.: 26. Artikel). Berichtet wird abschließend von dem Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention (14.10.: 28. Artikel) und dem Erstarken islamistisch-dschihadistischer Kräfte in Syrien. Daher sei eine demokratische Neuordnung Syriens zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch (07.10.: 27. Artikel).

## ***Akteure***

### **Syrische Regierung**

Der syrischen Regierung wird nach dem mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz in Al-Ghouta mangelnde Kooperationsbereitschaft mit den UN-Inspektoren, welche das betroffene Gebiet zu inspizieren beabsichtigen, zugeschrieben. (21.08.: 1. Artikel). Die syrische Regierung unter der Führung von Präsident Baschar al-Assad wird als Hauptverdächtige markiert und soll womöglich die von Barack Obama definierte „rote Linie“, die für den Einsatz von Chemiewaffen steht, überschritten haben (21.08.: 1.Artikel; 22.08.: 3.Artikel, 22.08.: 5.Artikel). Zudem wird die syrische Führung öfters mit dem Stigmawort „Regime“ versehen (22.08.: 2. Artikel, 22.08.: 5.Artikel; 26.08.: 8.Artikel). Es wird das Bild eines aggressiven und brutalen „Machthabers“ gezeichnet, welche keine demokratischen Werte achte: er setze international geächtete Waffen ein (22.08.: 3.Artikel) und verunmögliche Journalisten den Zugang zu dem vom mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz betroffenen Gebiet (22.08.: 5.Artikel). Neben Stigmawörtern wie „grausames Regime“ oder „Machthaber“ erfolgt die Darstellung jener der syrischen Regierung nahestehenden Akteure nicht selten militaristisch in Form von Militärs, wie zum Beispiel als „Regierungstruppen“ und/oder als „Assad-Armee“ (22.08.: 4.Artikel; 23.08.: 6. Artikel; 25.08.: 7.Artikel u.v.m.).

Zum syrischen Präsidenten al-Assad wird eine Saddam-Analogie hergestellt und an den Giftgasangriff des ehemaligen irakischen Präsidenten gegen irakische Kurden erinnert (25.08.: 5. Artikel). Sollte, mit Anspielung an Assad, das „Gas von Damaskus“ für den „Zivilisationsbruch vor Damaskus“ verantwortlich sein, dürfe niemand mehr dieses „Regime“ unterstützen (23.08.: 6.Artikel). Die syrische Regierung unter der Führung von Baschar al-Assad wird summa summarum mit Tabubrüchen und Irrationalität - z.B. der Vorwurf der Überschreitung von „roten Linien“ und die Spekulation über Chemiewaffen, die gegen Israel gerichtet sein sollen - in Verbindung gebracht. Diese Zuschreibungen gipfeln in der Aussage: „Der Weg vom Gas zur Atombombe ist kurz“ (26.08.: 10.Artikel), sodass das Image eines völlig außer Kontrolle geratenen Syrien unter der Präsidentschaft von Baschar al-Assad transportiert wird.

Nach dem Vorschlag Russlands an Syrien die eigenen Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen und der Zustimmung der syrischen Regierung, wird in der „Süddeutschen Zeitung“ Misstrauen und Zweifel an der moralischen Integrität und der tatsächlichen Kooperationsbereitschaft der syrischen Regierung mit internationalen Akteuren bei der Vernichtung der C-Waffen geäußert (09.09.: 12. Artikel; 10.09.: 13. Artikel). Der „Kriegsherr“ al-Assad, der sich als „Philosophen-König, als ‘Perikles von Damaskus‘“ sehe, könnte infolge des russischen Vorschlags „vielleicht nur Zeit schinden“ (10.09.: 15. Artikel). Er sei ein „einsamer Herrscher in der Parallelwelt“ und habe den Bezug zur Realität verloren (ebd.). Neben einer Saddam-Hussein-Analogie folgt auch eine Gaddafi-Analogie in Bezug auf Baschar al-Assad (15.09.: 21. Artikel). Auch Gaddafi habe einst entgegen der Zusicherung all seine Chemiewaffen vernichtet zu haben, „große Mengen davon behalten“ (ebd.). Baschar al-Assad, ein „diabolischer Tyrann“ und „Diktator“, könne nun, ähnlich wie einst Saddam Hussein, UN-Inspektoren hinhalten (16.09.: 22.Artikel). Die Spekulationen setzen sich auch nach dem veröffentlichten UN-Bericht zu dem Giftgaseinsatz fort. Aus diesem gehe hervor, dass „das Regime in Damaskus“ die Giftgasangriffe befohlen habe (17.09.: 23. Artikel). Entgegen der Tatsache, dass in diesem Bericht keinerlei Hinweise auf Verantwortliche vorliegen, heißt es: „Die Fakten belasten Assad“ (18.09.: 24. Artikel).

## **Innersyrische Opposition**

In Bezug auf die syrische Opposition ist mal von „Aktivisten“, mal von „Islamisten“ und an anderer Stelle auch von „Rebellen“ die Rede. Gleich zu Beginn der Berichterstattung wird daher klar, dass es sich bei der Opposition nicht um ein homogenes Gebilde handelt (22.08.: 2. Artikel; 22.08.: 3. Artikel; 22.08.: 5. Artikel). Ein möglicher Verdacht gegen „Rebellen“ wird durch Meldungen abgeschwächt, gemäß welcher ad-hoc-Videoaufnahmen von „Aktivisten“ aus dem betroffenen Gebiet unmittelbar nach dem Giftgasangriff existieren würden (22.08.: 5. Artikel). In einem Leitartikel am 26.08. ist gar von einem gezielten „Chemiewaffen-Angriff gegen Oppositionelle“ die Rede (26.08.: 9. Artikel). Es wird von „vielen Oppositionsgruppen“ berichtet, die angesichts mangelnder westlicher Unterstützung defensiver agieren würden. Zudem erstarken „Extremisten, die sich auf dem Schlachtfeld tummeln“ (26.08.: 10. Artikel).

Nach dem Lösungsvorschlag Russlands, die syrische Regierung zur Kontrolle ihrer Chemiewaffen zu bewegen, wird über die ablehnende Haltung der syrischen Opposition berichtet (11.09.: 14. Artikel). Die Stimmung unter den „Assad-Gegnern“ sei bitter. Es herrsche in Bezug auf die heterogene und gesplante Opposition auch ein „Bruderkrieg“ in Syrien: „Gotteskrieger und Freie Syrische Armee, Syrer und Ausländer, Araber und Kurden ringen um Boden“ (13.09.: 16. Artikel). Das amerikanisch-russische Abkommen zur Zerstörung der Chemiewaffen wird als „Verrat an den Rebellen“ durch den Westen apostrophiert, deren Rebellion nun seitens Assad in aller Ruhe niedergeschlagen werden könne. Das nütze den „Al-Qaida-Islamisten“ (16.09.: 22. Artikel). Es wird ein Kausalzusammenhang zwischen dem Ausbleiben einer US-Militärintervention in Syrien und dem Überlaufen vieler Oppositioneller zu den Dschihadisten hergestellt (07.10.: 27. Artikel). Die Freie Syrische Armee, „auf der einst die Hoffnungen ruhten“, werde von Dschihadisten „an den Rand gedrängt“ (ebd.).

## **Ausländische Akteure**

Während bezüglich westlicher Staaten, allen voran Frankreich, Deutschland und Großbritannien, die allgemeine Betroffenheit und Bestürzung über dieses Ereignis markiert wird, wird den als „Unterstützer“ der syrischen Regierung unter Baschar al-Assad bezeichneten Russland und China mit Vergangenheits- und Aktualitätsbezug eine bisherige blockierende Haltung bezüglich der Syrien-Frage attribuiert (1.Artikel.: 21.08.; 2.Artikel: 22.08.; 3. Artikel.: 22.08.; 17. Artikel: 13.09. u.v.m.). Zentral ist die lösungsorientierte Darstellung des Westens, der sich für eine Aufklärung des Falls durch UN-Inspektoren einsetze (1./2./3.Artikel: 21.08 bzw. 22.08.). Doch auch geplante Militärinterventionen stehen im Raum: US-Präsident Obama verhandle mit internationalen Partnern über die Machtübergabe Assads. Washington nehme für den Westen überhaupt eine Führungsrolle ein (3.Artikel.: 22.08.). Frankreich verlange nach einer „Reaktion der Stärke“ und würde im Notfall auch ohne UN-Mandat eingreifen. Israel, das sich im „Herzen des Sturms“ befinde, sei besonders gefährdet (22.08.: 4. Artikel.). Ausgehend von der Akzeptanz der US-definierten Norm („rote Linie“) wird eine Reaktion seitens der USA erwartet und das „zaudernde Washington“ kritisiert (23.08.: 6. Artikel). Russland wird durchgehend negativ charakterisiert. So heißt es, dass „Putinstan dem aliirten Vasallen Assad die Treue“ halte (ebd.). Dementgegen wird den USA unter Präsident Obama Rationalität, Neutralität und Objektivität zugeschrieben (25.08.: 7. Artikel): US-Politiker „erwägen“ eine Intervention in Syrien, Obama habe seinen Geheimdiensten den Auftrag erteilt „Beweise (...) zusammenzutragen“ und sei gemeinsam mit dem britischen Premier Cameron ernsthaft besorgt. Des Weiteren werde in den USA über mögliche Reaktionen der internationalen Gemeinschaft „nachgedacht“. Die US-Regierung „prüft (...) mit westlichen Partnern“ eine Intervention in Syrien (ebd.).

Das Bild über den Iran hingegen ist von Irrationalität geprägt: Der Iran drohe den USA im Falle eines Angriffs gegen Syrien mit ernsthaften Konsequenzen. Zudem wird konstatiert, dass der Iran „engster Verbündeter“ des syrischen Präsidenten „im Kampf gegen den „Erzfeind Israel“ sei (ebd.; vgl. u.a. 26.08.: 8. Artikel). Diesem Anti-israelischen Kreis gehöre auch die libanesische Schiitenmiliz Hisbollah an (26.08.: 8. Artikel). Die USA müssten „eine Koalition aus möglichst vielen Staaten schaffen. (...) Deutschland darf sich dabei nicht entziehen“ (26.08.: 10. Artikel). Die USA werden zur höchsten moralischen Instanz erhoben.

Diesem „Menschheitsverbrechen“ müsse notfalls „auch mit gezielten Schlägen“ gegen Syrien vorgegangen werden (ebd.).

Nach dem Vorschlag Russland an Syrien die Chemiewaffen abzugeben werden die USA skeptisch und abwartend präsentiert (09.09.: 12. Artikel). Russland, „Assads Schirmherr“ habe „Syrien zur Zustimmung genötigt“. Präsident Obama habe einen „beispiellosen Verfall seiner Autorität“ erlebt (14.09.: 19. Artikel): nach der von ihm gezogenen „roten Linie“ habe er nicht konsequent gehandelt. Russlands Präsident Putin habe die Syrien-Agenda aufgrund der Schwäche Obamas in erwünschte Bahnen gelenkt, sodass er „Obama in der Hand“ halte (ebd.). Nun habe Russland seine „Schutzrolle für Assad gefestigt und (...) die Patronage über Iran (...) übernommen“ (ebd.).

Der zwischen den USA und Russland zur Zerstörung der syrischen Chemiewaffen getroffenen Vereinbarung folgt die Berichterstattung über die Entspannung in den internationalen Beziehungen. In einem Leitartikel wird pauschal von „Amerikanern und Europäern“ berichtet, die den „Aufstand mit leeren Versprechungen angeheizt“ und die Rebellen schlussendlich verraten hätten (16.09.: 22. Artikel). Klarheit über die Schuld Assads herrsche für die „USA und andere Westmächte“ nach der Veröffentlichung des UN-Berichts zu dem Giftgaseinsatz (17.09.: 23. Artikel). „Moskau“ hingegen sehe keine klaren Indizien für die Schuld des syrischen Präsidenten (ebd.). Russland, das die Rebellen beschuldige, habe „seine Sicht mit Fakten zu unterlegen“ (18.09.: 24. Artikel).

Eine endgültige Entspannung in den internationalen Beziehungen bezüglich der Hauptthematik dieser Arbeit bringt die Einigung auf eine Syrien-Resolution. Es heißt, dass sich die „harte Haltung der USA und Frankreichs“ endgültig ausgezahlt hätte (28.09.: 25. Artikel). Den USA wird in puncto Friedensförderung in Syrien eine zentrale Rolle zugeschrieben. Es sei ihre Aufgabe die „Rebellen an den Verhandlungstisch zu bringen“, doch fühlen sich Letztere durch den Deal mit Russland verraten. Ein weiterer problematischer Aspekt sei das Erstarken der Dschihadisten, welche seitens „ultrakonservativen Golfstaaten“ mit Geld und Waffen versorgt würden (07.10.: 27. Artikel).

## **Rolle der Medien**

In der Süddeutschen Zeitung wird auf die Medienechos vieler Nationen zur Hauptthematik dieser Arbeit Bezug genommen. In den ins Dossier aufgenommenen Diskursfragmenten sind Kritiken und kommentierende Diskurselemente zu den in internationalen Medienorganen erfolgten Beiträgen eher selten. In inhaltlich-struktureller Hinsicht fällt ein verstärkter Bezug zu westlichen, insbesondere US-amerikanischen Medien auf, während Medienstimmen aus Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten eher weniger beachtet werden<sup>32</sup>. Im Vergleich zwischen den zitierten westlichen und syrischen Medien fällt auf, dass die jeweiligen Namen der westlichen Medienorgane und stellenweise auch jene von Kolumnisten und Journalisten genannt werden<sup>33</sup>, während bei syrischen Medien pauschal und ohne nähere Definition auf die „staatlichen Medien“ (22.08.: 2. Artikel), „regimetreue Medien“ (22.08.: 8. Artikel) oder „syrische Staatsmedien“ (25.08.: 7. Artikel) Bezug genommen wird.

Letztere wirken dadurch stigmatisierend als Propagandakanäle der syrischen Regierung. Westliche Medienkanäle hingegen wirken durch die Bezugnahme auf renommierte Medienleute und vielzählige Medienorgane (siehe Fußnote 32) in ihrer Heterogenität, ihrer Darstellung von Akteurspositionen und der aktuellen Geschehnisse sowohl qualitativ annehmlicher, als auch durch ihre quantitative Überrepräsentanz stimmengewichtiger als jene aus Russland und anderen Teilen der Welt.

---

<sup>32</sup> In insgesamt 16 von 28 untersuchten Diskursfragmenten wird auf Medien Bezug genommen, wobei im Vergleich lediglich von zwei unterschiedlichen russischen Medienkanälen (Russia Today und pauschal „das Fernsehen“ in Russland: 1. bzw. 21. Artikel), einem arabischen Sender (Al-Jazeera: 23. Artikel) und drei Mal nicht näher definiert von „syrischen Medien“ (2./8./7. Artikel) die Rede ist, während mehr als ein Dutzend Referenzbezüge zu westlichen Medienanstalten festzustellen ist: „Schwedische Nachrichtenagentur TT“: 1. Artikel; „New York Times“: 3./7./19./21. Artikel; Wall Street Journal“: 4. Artikel; „CNN“, „NBC“ und „CBS“ (13. bzw. 15. Artikel); „Der Spiegel“ (26. Artikel) u.v.m.

<sup>33</sup> Z.B.: Kolumnist Jeffrey Goldberg (22.08.: 3. Artikel), „Ross Douhat von der New York Times“ (ebd.); Charlie Rose vom US-amerikanischen Sender CBS (10.09.: 15. Artikel);

## **Fotos und Bilder**

Von den 28 Artikeln, die in das Dossier aufgenommen wurden, sind 16 Diskursfragmente mit mit je einem Foto bebildert.

In den ersten drei Tagen der Berichterstattung werden die katastrophalen Folgen des mutmaßlichen Giftgaseinsatzes für die Zivilbevölkerung photographisch festgehalten. Fotos von in Leichentücher eingewickelten Leichen, die dicht aneinandergereiht liegen (22.08.: 3. Artikel), von Menschen, die in Fluchhaltung abgebildet sind (22.08.: 5. Artikel) und Kindern, die Sauerstoffmasken tragen (23.08.: 6. Artikel) sollen den Ernst der Lage ikonographisch vor Augen führen. In der Folge findet die Berichterstattung über die wochenlange weltpolitische Auseinandersetzung über mögliche Konsequenzen auch bildthematisch ihre Entsprechung. Abgebildet werden meist Politiker, darunter einige Male auch der syrische Präsident Baschar al-Assad, der entgegen der bisher ermittelten Aussagen und Akteurszuschreibungen in den jeweiligen Artikeln nicht negativ dargestellt wird. Er wird in adretter Aufmachung und sich in sprachlich artikulierenden Momenten abgebildet (16.09.: 22. Artikel; 07. 10.: 27. Artikel). In einem Artikel ist ein Foto von einer Solidaritätsdemonstration für Baschar al-Assad zu sehen. Zu sehen sind dabei syrische Flaggen und hochgehaltene Schilder mit dem Konterfei al-Assads und Darstellungen Obamas. Obama ist mit einem Zylinderhut und einer Rakete in der Hand abgebildet, die er mit einem Grinsen im Gesicht und einer Hand in der Hosentasche über den Kopf eines abgebildeten Kindes hält (10.09.: 15. Artikel). Bis auf die genannten Artikel und Bilder sind die restlichen Bilder weder auf Sensationsdarstellungen aus, noch tragen sie eine bestimmte Symbolik in sich, sondern stellen neutrale Abbildungen von internationalen Politikern dar.

## **Kollektivsymbole**

Der Diskurs zum Chemiewaffeneinsatz in Syrien ist in der „Süddeutsche Zeitung“ kollektivsymbolisch stark aufgeladen. Es dominieren Symbole des Chaos, Krieges, der Gewalt<sup>34</sup> und der Denormalisierung<sup>35</sup>.

---

<sup>34</sup> **Symbole für Chaos, Krieg, Gewalt (Auswahl):** 1. Artikel: verhindern, Verurteilung, Anschlag; 5. Artikel: Attacken, in Verderben stürzen, Offensive, verhindern, nachrücken, energisch bestreiten, abfeuern, bombardiert; 14. Artikel: Angriff, Militärschlag, Vernichtung; 15. Artikel: blutiges

Die zentrale gebrauchte Kollektivsymbolik, welche den Blick der „Süddeutsche Zeitung“ auf die Geschehnisse am eindrucksvollsten charakterisiert, ergibt sich aus der Verkettung von Bildspendebereichen des Chaos bzw. der Gewalt und der Natur, woraus eine absolute Denormalisierungssymbolik resultiert: es ist vom „Zivilisationsbruch“ in Syrien die Rede, mit welchem Assad in Verbindung gebracht wird (23.08.: 6. Artikel). Damit zusammenhängend ist die symbolisch für die Grenze zwischen der Normalität und Abweichung von der Normalität stehende „rote Linie“ eine weitere Leitsymbolik in der Darstellung eines völlig außer Kontrolle geratenen kollektivsymbolischen Außen (Syrien). Im Zusammenspiel mit etlichen Natur-<sup>36</sup> und Körpersymbolen<sup>37</sup> wird mittels der Kollektivsymbole der Denormalisierung und jener aus den Bildspendebereichen der Gewalt, des Chaos und des Krieges ein sich der menschlichen Kontrolle entziehender Konflikt näher gebracht, in dem „mit allen Regeln“ gebrochen und „das Tabu verletzt“ wird (26.08.: 10. Artikel). Verwendete Symbole aus dem Bildspendebereich der Technik<sup>38</sup> sorgen wiederum für eine Dynamisierung der scheinbar festgefahrenen und ausweglosen Situation in Syrien. Nach dem „russischen Vorschlag“ an Syrien die Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen wird berichtet, dass dadurch „neue Bewegung in den festgefahrenen Syrien-Konflikt“ gebracht wurde (11.09.: 14. Artikel).

---

Gemetzel, vernichten, Militärschlag, Offensive, Anschlag, Niederschlagung, Schlächter; 24. Artikel: harte Reaktion, Luftangriffe, bombardiert, Angriffe, Massaker; 26. Artikel: Zerstörung, mit Militärschlag gedroht; 27. Artikel: Vernichtung, geschundenes Land, Militärintervention, lossagen, kämpfen, angedrohte Schläge

<sup>35</sup> **Symbole der Denormalisierung (Auszüge):** 1. Artikel: Eskalation; 3. Artikel: enorme Konsequenzen, in die Schranken weisen, eskalieren, Spannungen; 6. Artikel: Zivilisationsbruch (Protonormalismus), verfahrenere Situation, rote Linie überschritten; 10. Artikel: bricht mit allen Regeln, Tabu verletzt, brutale Eskalation, Ausweglosigkeit; 18. Artikel: keine Lösung in Sicht; 26. Artikel: Verhandlungslösung ausschließen, Absage erteilen; 27. Artikel: unlösbare Aufgabe

<sup>36</sup> **Symbole der Natur (Auswahl):** 3. Artikel: Nebel; 6. Artikel: Wendepunkt; 7. Punkt: Propagandawelle; 8. Artikel: (Angst liegt in der) Luft; 9. Artikel: Feuerball, verbrennen 12. Artikel: ein gangbarer Weg; 16. Artikel: Luftunterstützung, Einhegung des Konflikts; wanken unter der Wucht; 22. Artikel: Grundstein des Vertrauens, gebrandmarkt

<sup>37</sup> **Symbole des Körpers (Auswahl):** 2. Artikel: Eingreifen; 3. Artikel: verschlingen, in die Hände geraten; 5. Artikel: auf ihre Seite ziehen, begraben; 6. Artikel: händeringend, stützen; 7. Artikel: ums Leben gekommen; 8. Artikel: Finger am Abzug; Eingreifen, Angstschweiß; 15. Artikel: Herz, Blut, Geschwür (an Syriens nationalem Leib), sich absetzen; 22. Artikel: beklatschen, lähmen; 25. Artikel: harte Haltung, Lähmung überwinden

<sup>38</sup> **Symbole der Technik (Auswahl):** 4. Artikel: Widerstand; 5. Artikel: anlasten; 6. Artikel: festzustellen, als Keule einsetzen, (sich dieser Verpflichtung) entziehen, stützen; 8. Artikel: Druck; 9. Artikel: ausweiten, einrichten; 22. Artikel: großer Wurf, Rückschläge; 23. Artikel: erhärten, Druck erhöhen, ausbremsen; 6. Artikel: anlasten; 27. Artikel: an Gewicht verlieren

Zusammenhängend mit dieser Entwicklung ist auch eine Zunahme von Symbolen der Normalisierung<sup>39</sup> zu verzeichnen. Die russische Syrien-Initiative zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen wird als „positive Entwicklung“ bezeichnet (10.09.: 13. Artikel). Nun sei die „Lähmung überwunden“ (28.09.: 25. Artikel). In der Süddeutschen Zeitung wird die geplante westliche Militärintervention flexibel-normalistisch präsentiert bzw. beurteilt. So werden die Erwägungen über Militärschläge in Syrien als „militärische Antwort“ (26.08.: 9. Artikel) oder als nötige „Reaktion“ auf die Überschreitung der protonormalistischen „roten Linie“ bzw. den „Zivilisationsbruch“ (23.08.: 6. Artikel) dargestellt. Während der Einsatz von chemischen Waffen als absoluter Tabubruch erachtet wird, werden die geplanten westlichen Einsätze gegen Syrien mit „konventionellen Waffen“ symbolisch als gangbarer Weg präsentiert.

### **Lösungsvorschläge und Probleme**

Es werden Lösungsvorschläge, die in der westlichen Welt diskutiert werden auf die mediale Agenda gesetzt. Länder, die kollektivsymbolisch ein „Außen“ darstellen bzw. denen zugeschrieben wird eine kooperative Haltung gegenüber der syrischen Regierung zu haben (Iran, Russland, China), werden als Lösungsverhinderer dargestellt. So wird mehrmals wiederholt, dass Russland und China mit ihren Vetos vor dem UN-Sicherheitsrat jegliche Beschlüsse der internationalen Weltgemeinschaft zu Syrien verhindern (22.08.: 5. Artikel; 26.08.: 9. Artikel; 11.09.: 14. Artikel u.v.m.). Eine Normalisierung verhindere auch der syrische Präsident Baschar al-Assad, der den UN-Inspektoren den Zugang zu den vom Giftgaseinsatz betroffenen Gebieten verwehre (21.08.: 1. Artikel; 22.08.: 8. Artikel u.v.m.).

---

<sup>39</sup> **Symbole der Normalisierung (Auswahl):** 2. Artikel: Aufklärung, beseitigen; 7. Artikel: entgegenkommen, Vereinbarung, eng abstimmen; 8. Artikel: Stabilität; 9. Artikel: Zugang gewähren; 15. Artikel: Durchbruch, (flexibel-normalistische) „begrenzte Intervention“; 21. Artikel: Protonormalismus: Vertrauen hat enge Grenzen; 27. Artikel: an den Verhandlungstisch bringen, in Schach halten

Zwar gibt es in den meisten Artikeln keine konkreten Lösungsvorschläge seitens des Medienorgans bzw. der einzelnen AutorInnen, jedoch werden die UN-Inspektionen in den betroffenen Gebieten und geplante westliche Militärinterventionen unter der Führung der USA stark akzentuiert (22.08.: 2. u. 5. Artikel; 23.08.: 6. Artikel; 25.08.: 7. Artikel; 26.08.: 9. Artikel; 10.09.: 15. Artikel u.v.m.).

Aktive Lösungsvorschläge sind in diesem untersuchten Medienorgan ebenfalls vorhanden. Die UN-Inspektoren müssten unverzüglich „Zugang zu den mutmaßlichen Orten des Grauens bekommen (...) notfalls mit einer bewaffneten Eskorte“ (23.08.: 6. Artikel). Zu einem späteren Zeitpunkt wird unabhängig von der Schuldfrage infolge des mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatzes nach einem Angriff gegen Syrien verlangt (26.08.: 10. Artikel). Nach dem Einlenken Russlands und dem Vorschlag an Syrien seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen werden solche Akteurspositionen besonders hervorgehoben, die betonen, dass das Assad-Regime unberechenbar sei und man Zweifel an dessen Kooperationsbereitschaft bezüglich der Zerstörung der Chemiewaffen hegen müsse (09.09.: 12. Artikel; 10.09.: 15. Artikel; 15.09.: 21. Artikel u.v.m.). Es wird eine Verurteilung Assads vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verlangt. Doch die „schützende Hand“ Russlands und Chinas werde dies verhindern. Ein Angriff gegen Syrien wäre auch denkbar, wenn die internationale Gemeinschaft im Syrien-Konflikt den „Weltfrieden“ bedroht sehe. Aber Russland und China müssten diesem Schritt zustimmen (13.09.: 17. Artikel).

Das russisch-amerikanische Syrien-Abkommen sei eine positive Entwicklung, doch sei langfristig betrachtet kein Ende der Gewalt in Syrien in Sicht. Die Gründe dafür seien einerseits das Erstarken dschihadistischer Kräfte mittels der Unterstützung der Golfstaaten und der Bedeutungsverlust moderater Oppositioneller, andererseits die aktive Unterstützung Baschar al-Assads durch den Iran, Russland und die libanesische Hisbollah-Miliz, wodurch der Krieg „künftig mit noch größerer Brutalität geführt werden wird“ (07.10.: 27. Artikel).

## Zusammenfassung

Trotz der ausstehenden UN-Untersuchungen wird von dem Postulat ausgehend, dass Chemiewaffen seitens Assad eingesetzt worden seien, ein Legitimationsrahmen für einen westlichen „Vergeltungsangriff“ bzw. ein „militärisches Eingreifen“ in Syrien geschaffen (27.08.: 11. Artikel u.v.m.). Die Notwendigkeit eines Angriffs wird im Lichte einer höheren Moral dargestellt um diejenigen welche die „tödlichsten Waffen gegen die verwundbarsten Menschen einsetzen“ zu bestrafen (ebd.). Den in Syrien mutmaßlich eingesetzten Chemiewaffen wird das Adjektiv „tödlich“ auf der höchsten Komparationsstufe beigefügt, genau wie das Adjektiv „verwundbar“ auf der höchsten Komparationsstufe dem Substantiv „Menschen“ beigefügt wird. Dadurch wird bekräftigt, dass die Eskalation in Syrien ihr höchstes Ausmaß erreicht hat. In diesem Lichte erscheint der geplante „Vergeltungsanschlag“ als eine Normalisierungsstrategie und eine humanitäre Notwendigkeit, die als „Antwort“ auf den Einsatz der „tödlichsten Waffen“ gegen die „verwundbarsten Menschen“ zu verstehen sei. Somit werden der geplante „Vergeltungsangriff“ bzw. die „Antwort“ in ihrem gewaltvollen Charakter abgeschwächt (ebd.). Den in diesem Leitartikel verwendeten semantischen Diskurselementen und Frames, ist im diskursiven Kontext betrachtet eine bestimmte Deutungsrichtung inhärent. Dieser Artikel enthält hinsichtlich der kollektivsymbolischen Gesamtkomposition, den Akteurszuschreibungen und der Definition des Sagbarkeitsfeldes in dem Medienorgan „Süddeutsche Zeitung“ einige typische Elemente des Diskurses. So werden die USA als Supermacht mit Sonderbefugnissen dargestellt, die sich für Recht und Ordnung einsetze. Während die Normalitätsgrenzen für das kollektivsymbolische Außen (Syrien) mit engen Toleranzzonen festgelegt werden - symbolisch dafür die protonormalistische „rote Linie“ - gelten für das kollektivsymbolische Innensystem (westliche Staaten und die USA) im Sinne eines flexiblen Normalismus breite Toleranzzonen. So werden westliche Waffenlieferungen an Oppositionskräfte und geplante Angriffe gegen Syrien als Normalisierungsstrategien gegen ein erfolgtes Unrecht behandelt und mit in westlichen Demokratien positiv konnotierten Fahnenwörtern<sup>40</sup> im Lichte einer höheren Moral präsentiert.

---

<sup>40</sup> Beispiele für Fahnenwörter und mediale Frames:

„der Demokrat [Obama; D.K.]“ (22.08.: 3. Artikel) „Demokratie“ (07.10.: 27. Artikel);

Gleichzeitig wird entgegen der dünnen Beweislage der Verdacht gegen die mit politischen Stigmawörtern dargestellte syrische Regierung (siehe Kapitel „Akteure“) verschärft und des Weiteren mit Einbezug von Zitaten westlicher Akteure trotz mangelnder Beweise als gesicherte Tatsache dargestellt. Dem kollektivsymbolischen Außensystem (Syrien, Iran, libanesische Hisbollah, Russland, China u.a.) wird ein kollektivsymbolisches Innensystem entgegengestellt, das rational und wissenschaftlich vorgeht. Die USA und ihre westlichen Partner „prüfen“ (22.08.: 3. Artikel; 25.08.: 7. Artikel), „diskutieren“ (26.08.: 9. Artikel), denken nach (25.08.: 7. Artikel), tragen Beweise zusammen (25.08.: 7. Artikel) und gehen somit besonnen und mit wissenschaftlicher Genauigkeit vor. Das Außensystem hingegen das „Rache schwört“ (25.08.: 7. Artikel), von „Propagandawelle“ (ebd.) spricht und mit Vetos vor dem UN-Sicherheitsrat Lösungen verhindert wirkt hingegen bedrohlich und irrational. In diesem Kontext gerät erstens die von der syrischen Regierung betonte Kooperationsbereitschaft mit den Vereinten Nationen in den Hintergrund (25.08.: 7. Artikel). Zweitens wird das „Außen“ mit Kollektivsymbolen codiert, die Chaos und Unberechenbarkeit signalisieren, während das Innen mit solchen dargestellt wird, die mit Ordnung und Rationalität verbunden sind. Drittens wird durch die Polemik gegen das kollektivsymbolische Außen, die Glaubwürdigkeit des kollektivsymbolischen Innen verstärkt und die Behauptung westlicher Akteure (beispielsweise: USA, Großbritannien), wonach sie genügend Beweise gegen Assad hätten, nicht weiter hinterfragt. Einem irrationalen Außen steht somit ein rationales Innensystem gegenüber, woraus sich ein binärer Reduktionismus ergibt. Die Akteure des Außensystems werden negativ dargestellt. In diesem Zusammenhang scheint durch die moralisierende Reduktion eines komplexen Sachverhaltes auf den Dualismus von „Gut“ und „Böse“ die Kooperationsbereitschaft der syrischen Regierung an sich schon angezweifelt zu werden.

---

steht für die Verteidigung der *Menschenrechte*: „humanitäre Hilfe“ (22.08.: 3. Artikel); „Militär-Intervention in Syrien“ (25.08.: 7. Artikel);

weckt Assoziationen mit dem Wert *Solidarität*: „westliches Engagement in Syrien“ (13.09.: 16. Artikel); „ (...) dass eine möglichst große Koalition in guter Absicht zu Hilfe eilt (...)“ (26.08.: 10. Artikel); „angesichts der humanitären Verpflichtung

Umgekehrt fällt auf, dass die zugunsten der als die „Guten“ dargestellten Akteure (westliche Akteure) eingesetzten Diskurstaktiken, die problematischen Seiten der Behauptungen und Spekulationen eben dieser, denen zufolge es ausreichend Beweise gegen die syrische Regierung geben soll, die jedoch durch weitere Angriffe des „Regimes“ zerstört sein könnten (25.08.: 7. Artikel), keinen Raum zur kritischen Reflexion lässt.

## **Junge Welt**

### **Aussagen**

In einem am 23.08. veröffentlichten Artikel wird erstmals über das „Giften gegen Damaskus“ berichtet (1. Artikel). Darin heißt es, dass „westliche, islamistische und israelische Politiker“ der syrischen Regierung vorwerfen würden, Chemiewaffen gegen Aufständische eingesetzt zu haben (ebd.). Am Tag darauf wird davon berichtet, dass Syriens „bewaffnete Opposition“ mit dem Chemiewaffeneinsatz einen Kriegsvorwand geliefert habe (24.08.: 2. Artikel). Laut der Meinung von „unabhängigen Experten“ handle es sich bei dem Ereignis um eine „Provokation der Assad-Gegner“ (ebd.). Die „USA bereiten (...) Aggression gegen Syrien vor“ (26.08.: 3. Artikel). Russland werfe den USA „Kanonenbootdiplomatie“ vor und vertrete einen Standpunkt, der „Interesse am Frieden“ betone (31.08.: 8. Artikel). Der Westen jedoch sei an einer friedlichen Lösung in Syrien nicht interessiert. Die syrische Opposition werde „vom Westen zum Weiterkämpfen ermuntert“ (03.09.: 10. Artikel). Deutschland unterstütze „Assads Gegner“ finanziell und die USA würden den Aufständischen „massive Bombardements gegnerischer Stellungen“ in Aussicht stellen (ebd.).

Nach dem russischen Vorschlag an Syrien und der Zustimmung Damaskus, die Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen, ist aufgrund der Angriffsvorbereitungen seitens „Washington“ lediglich von einem „Friedensversuch“ die Rede (10.09.: 13. Artikel). Während Russland und Syrien sich kompromissbereit zeigen, halte der Westen unter der Führungsmacht der USA weiter an Angriffsplänen fest, da nach wie vor die Überzeugung von der Schuld Assads vorherrsche (ebd.).

Nun wolle Frankreich mittels eines Resolutionsvorschlages, welcher Kontrollen für Syrien und auch militärische Interventionsmöglichkeiten in Syrien miteinschleibe, die „Kriegsdrohung“ aufrechterhalten (11.09.: 15. Artikel). Auch nach der russischen-amerikanischen Einigung auf einen Plan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen sei das Ziel der „westlichen Aggressionsgemeinschaft“ weiterhin der Sturz Assads. Wenn man bedenke, was dem syrischen Regime „schon alles angedichtet wurde“, sei das, was momentan als Diplomatie präsentiert werde eigentlich eine „diplomatische Kriegsvorbereitung“ der USA (16.09.: 19. Artikel).

Im veröffentlichten UN-Bericht zum Einsatz von Chemiewaffen gebe es keinerlei Fakten und Beweise für die Schuld der syrischen Regierung (18.09.: 20. Artikel). Für die „westliche Meinungsmache“ stehe die Schuld Assads aber fest. Als wichtigstes Indiz dafür fungiere ein Geschoss, „das kyrillische Buchstaben trug“ (18.09.: 22. Artikel). So schüre der UN-Bericht weiter „Kriegsgefahr“, wodurch die UNO mit Ban Ki-Moon an der Spitze „eher Kriegspartei als Friedensstifterin“ sei (ebd.). Nach der Einigung des UN-Sicherheitsrates auf eine Syrien-Resolution wird vom „Durchbruch in New York“ (28.09.: 23. Artikel) und über den „Kompromiß“ berichtet (28.09.: 24. Artikel). Entgegen dem wiederholt hervorgehobenen Hegemoniestreben der USA (ebd.) wird die Friedensabsicht Assads (01.10.: 25. Artikel) deutlich gemacht. Russlands diplomatischem Einsatz sei das Ausbleiben des Krieges zu verdanken (08.10.: 26. Artikel).

## ***Akteure***

### **Syrische Regierung**

Die syrische Regierung, welche die Vorwürfe der Aufständischen vehement zurückweise, sei Opfer einer Provokation (23.08.: 1. Artikel). Es gebe einen „Aufmarsch gegen Assad“ (26.08.: 3. Artikel). Die Regierung Syriens unter der Führung Baschar al-Assads sei der „Aggression des westlichen Machtkartells“ ausgesetzt und werde von der „westlichen Medienmeute“ als „Inkarnation des Bösen“ dargestellt (27.08.: 4. Artikel). Die geplanten Angriffe gelten nicht lediglich gegen Assad, sondern würden sich gegen das „syrische Volk“ richten (28.08.: 5. Artikel).

Die Darstellungen der syrischen Regierung und ihrer Streitkräfte sind äußerst positiv und zum Teil heroisch. Die syrischen Streitkräfte verteidigen die „Souveränität des Landes“ (16.09.: 19. Artikel). Die syrische Regierung sei „über ihre Schmerzgrenze gegangen“ und habe sich zum Wohle der syrischen Bevölkerung von „Kriegsverbrechern (...) zur Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals“ nötigen lassen (11.09.: 14. Artikel). Das „Eingehen Syriens“ auf das russische Angebot, die Chemiewaffen abzugeben, bedeute das Scheitern der westlichen „»Regime-change«-Strategie“ in Syrien (ebd.). Die Bereitschaft Syriens, seine Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle zu vernichten, habe die Kriegspläne des Westens „durcheinandergebracht“ (11.09.: 15. Artikel). In Syrien sei das öffentliche Meinungsklima zudem zu Gunsten der syrischen Regierung (13.09.: 16. Artikel). Das aktuelle politische System unter dem Baath-Regime biete Stabilität im Mittleren Osten und in den Beziehungen zu Israel. Es herrsche quer durch alle Gesellschaftsschichten Kritik an den USA und ihren Angriffsplänen gegen Syrien (ebd.).

Nach der Einigung der USA und Russland auf einen Fahrplan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen feiere die syrische Regierung den „»Sieg«, den Syrien »dank unserer russischen Freunden errungen« habe“ 16.09.: 18. Artikel). Gleichzeitig wird jedoch festgehalten, dass die syrischen Chemiewaffen ein relevantes Drohinstrument wären um sich vor der „westlichen Aggressionsgemeinschaft“ zu schützen (16.09.: 19. Artikel). Bald sei „Damaskus“ ungeschützt vor der westlichen „Flut von falschen Anschuldigungen“, die zukünftig als Vorwand für westliche Angriffe gegen Syrien dienen könnten (ebd.).

### **Opposition und Zivilbevölkerung**

Die „bewaffnete Opposition“ habe einen Kriegsvorwand geliefert, in der Hoffnung, dass die Überschreitung der von Barack Obama definierten roten Linie Konsequenzen der USA nach sich ziehen würde (24.08.: 2. Artikel). Im Oppositionskontext wird auch über „islamistische Freischärler“ berichtet, die unter Verdacht stünden den Chemiewaffenangriff verantwortet zu haben (ebd.). Im Zusammenhang mit potenziellen westlichen Angriffen wird darüber berichtet, dass diese im Falle ihres Eintretens den „zur jeder Schandtat bereiten Banden“ helfen würden (27.08.: 4. Artikel). Die „Aufständischen“ werden stigmatisierend und negativ etikettierend in ein Näheverhältnis zu „Imperialisten, Zionisten und arabischer Reaktion“ gerückt (27.08.: 4. Artikel).

Es wird ein Kausalzusammenhang zwischen Erfolgen der syrischen Armee gegen verschiedene oppositionelle Gruppierungen rund um Al-Ghouta und der Kolportierung von Berichten über Chemiewaffenangriffe angedeutet und somit ein Verdacht gegen Aufständische geschöpft (31.08.: 7. Artikel). Von „ausländischen Söldnern“ wird in dem Medium „junge Welt“ wiederholt berichtet, die von Saudi Arabien finanziert und ausgerüstet würden. Laut Internet-Gerüchten sollen Rebellen beim „unsachgemäßen Umgang mit von Saudi-Arabien geliefertem Giftgas“ für das Unglück in Al-Ghouta gesorgt haben (03.09.: 11. Artikel). Die Opposition wird meist mit islamistischen bzw. dschihadistischen Kämpfern assoziiert (11.09.: 14.Artikel; 16.09.: 19.Artikel u.v.m.). Die Sprache wird stellenweise aggressiver, wenn beispielsweise von „außer Rand und Band geratenen Lumpen“ berichtet wird, deren Ziel es sei eine US-Intervention in Syrien zu provozieren (ebd.). Die Heterogenität und Spaltung innerhalb der Opposition werden deutlich hervorgehoben (28.09.: 23.Artikel). Damit in Verbindung wird einerseits der Machtverlust der FSA und der „Nationalen Syrischen Koalition“, andererseits das Erstarken islamistischer Kampfverbände deutlich gemacht (01.10.: 25. Artikel). Zudem wird der FSA und der Nationalen Syrischen Koalition zugeschrieben, „vom Westen“ und seinem Partner, der Türkei, unterstützt zu werden (ebd.). Die diskursive Wirkung der wiederholten Betonung und Hervorhebung der angenommenen Nähe oppositioneller Kräfte zu westlichen Staaten und ihren Verbündeten, wie die Türkei oder Saudi-Arabien, könnte, unter Berücksichtigung des diskursiven Kontextes, für die Leserschaft darin liegen, dass der geführte Kampf der syrischen Opposition im Sinne der syrischen Bevölkerung angezweifelt und die Annahme, dass sie für ausländische Interessen kämpft, verstärkt wird.

### **Ausländische Akteure: Ungebrochene Solidarität mit der Assad-Regierung**

Schon im ersten Bericht über den mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz wird pauschalisierend über „westliche, islamistische und israelische Politiker“ berichtet, welche wider besseres Wissen die syrische Regierung des Giftgaseinsatzes beschuldigen und nicht vor „verbalen Angriffsvorbereitungen gegen Damaskus“ absehen würden (23.08.: 1. Artikel). Besonders die USA werden äußerst negativ und aggressiv dargestellt.

Präsident Obama, der offiziell noch „den Zauderer“ spiele, sei sich mit dem britischen Premier Cameron über die Schuld Assads einig und laut Cameron bereits „»mit im Boot« für das nächste Kriegsabenteuer“ (26.08.: 3. Artikel). Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel habe sich in die „verbale Kriegsvorbereitung“ eingeschaltet und fordere eine Ahndung des Chemiewaffeneinsatzes (27.08.: 4. Artikel). Obwohl die Form der Ahndung nicht näher definiert werde, lasse die „Aggression des westlichen Machtkartells gegen Syrien nur noch eine Steigerungsstufe zu: das offene/militärische Eingreifen“ (ebd.). Weiters wird kritisiert, dass die „politischen und Meinungseliten“ durch die Berufung auf Werte mit positiver Beibedeutung, wie „internationale Solidarität, Empathie mit den Unterdrückten, Menschenrechte usw.“, eine Intervention in Syrien zu legitimieren versuchen würden (ebd.). Mit Bezug auf Positionen von diversen Politakteuren rund um den Globus wird die Kontraposition des Medienorgans „junge Welt“ gegen eine geplante westliche Einmischung untermauert. So werden linke Politiker und Parteien aus Venezuela (Präsident Nicolas Maduro), Frankreich (Kommunistische Partei), Griechenland (kommunistische Partei KKE) zitiert, die sich deutlich gegen die Politik der „imperialistischen Mächte“, das heißt den „Plänen der USA, der NATO und der EU“ in Syrien militärisch einzugreifen, positionieren (28.08.: 5. Artikel). Auch die Arabische Liga sei gegen einen „Übergriff des Westens auf ein Bruderland“ (31.08.: 6. Artikel).

Dem Bemühen Russlands und Chinas um eine „politische Lösung“ und „objektive Untersuchung durch die Experten der Vereinten Nationen“ wird Nachdruck verliehen. Während die einen um eine Lösungsfindung bemüht seien, sei Obama daran interessiert eine Aufklärung zu verhindern. Er fürchte den „Verlust der Kriegsdynamik“ und versuche nun mit allen Mitteln die Entsendung der UN-Experten zu den betroffenen Gebieten zu verhindern (31.08.: 6. Artikel). Zur Charakterisierung des US-Präsidenten Obama werden martialische semantische Diskurselemente verwendet. So wird er in einem Leitartikel des stellvertretenden Chefredakteurs, Rüdiger Göbel, als „Krieger“ bezeichnet, der Verbündete zur Bombardierung Syriens suche und daher in Europa auf „Kriegswerbetour“ sei (05.09.: 12. Artikel). Der russische Präsident Putin hingegen wird in einer vernünftigen Rolle präsentiert.

Er warne „nachdrücklich vor einem Alleingang Washingtons“, befürworte das Abwarten der Untersuchungsergebnisse der UN-Experten, wolle ohne Beweise keine vorschnelle Reaktion zeigen und verteidige, wie Putin persönlich zitiert wird, die „Normen und Prinzipien des Völkerrechts“ (ebd.).

Viele Hintergrundinformationen, die in diesem untersuchten Medium der Leserschaft geboten werden, beinhalten des Weiteren eine angebliche Verwicklung des US-Geheimdienstes CIA und der Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar in die Ausbildung und Finanzierung von islamistischen Kämpfern (31.08.: 7. Artikel). Die USA und die Golfstaaten<sup>41</sup> seien „Sponsoren der islamistischen Brigaden“ um eine „Machtbalance“ in Syrien zu gewährleisten und langfristige Erfolge der syrischen Armee zu verhindern (ebd.). Während in den jeweiligen Bevölkerungen eine „pazifistische Grundhaltung“ vorherrsche, werde auf Politebene in Frankreich, Deutschland und Großbritannien „die Kriegstrommel gerührt“ (31.08.: 9. Artikel). Der Westen und seine Partner<sup>42</sup>, mit der Etikette „Kriegshelfer“ versehen, sollen als Mitglieder der Gruppe „Freunde Syriens“ die syrische Opposition mit Finanzspritzen und Waffen zum „Weiterkämpfen ermuntern“ (03.09.: 10. Artikel).

Als Beitrag zum Frieden wird Russlands Vorschlag an die syrische Regierung, die Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen, präsentiert (10.09.: 13. Artikel). Während Russland einen „Friedensversuch“ in die Wege leite, bereite die USA weiterhin einen Krieg vor. Auch Frankreich versuche eine „unannehmbare Resolution im UN-Sicherheitsrat“ vorzulegen und die Angriffsdrohungen gegen Syrien aufrechtzuerhalten (11.09.: 15. Artikel). Nach der Einigung auf eine Syrien-Resolution zur Zerstörung der syrischen Chemiewaffen im UN-Sicherheitsrat, wird vor dem Hegemonieanspruch der USA gewarnt. Die USA kenne bei der „Durchsetzung seiner hegemonialen Absichten keine Hemmungen“ und könne die beschlossene Resolution zu einer Kriegsresolution uminterpretieren, wie es bereits im Falle Libyens geschehen sei (28.09.: 24. Artikel).

---

<sup>41</sup> Harsche Kritik wird auch gezielt an Saudi-Arabien geübt, das seit Beginn des Syrienkrieges die „islamistischen Rebellen“ gegen Baschar al-Assad aufrüste (03.09.: 11. Artikel). Der saudische Geheimdienstchef Prinz Bandar soll laut Bewohner der von dem Giftgaseinsatz betroffenen Region Al-Ghouta der „Lieferant des Giftgases“ sein (ebd.).

<sup>42</sup> Dazu zählen im diskursiven Kontext betrachtet: Deutschland, USA, Türkei Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, syrische Nationale Koalition

Durch Russlands Initiative seien die Angriffe zum Leidwesen „der Kriegstreiber in Washington, Tel Aviv und Paris“ aber ausgeblieben (08.10.: 26. Artikel).

### **Rolle der Medien**

Westliche Medien werden scharf kritisiert, da ihnen Propaganda gegen die syrische Führung vorgeworfen wird. Die „Meinungseliten“ sollen trotz den pazifistischen Grundhaltungen der deutschen und US-amerikanischen Bevölkerungen mittels Instrumentalisierung von links konnotierten Werten, wie beispielsweise „Solidarität“ oder „Menschenrechte“ versuchen „die imperialistische Gewaltpolitik im Lichte einer höheren Moral erscheinen zu lassen“ (27.08.: 4. Artikel). Stellenweise wird die pauschale Kritik an westlichen Medien konkretisiert. So wird besonders den deutschen Medien vorgeworfen, eine Führungsrolle in dem „an Verlogenheit kaum noch zu überbietenden Propagandakrieg gegen das »Assad-Regime«“ einzunehmen (31.08.: 9. Artikel). Deutschen Medien wird Militarismus attribuiert. Der als „offizielle Politik“ bezeichneten politischen Elite Deutschlands wird unterstellt im Einklang mit den „publizistischen Scharfmachern“ zu sein (ebd.). Neben westlichen Medienanstalten, werden auch jene aus den Golfstaaten problematisiert. „Kaum ein Medium“, lautet die pauschale Kritik, stelle sich Fragen über die Logik eines Giftgaseinsatzes seitens der syrischen Regierung angesichts der erzielten Erfolge im Kampf gegen Rebellen (31.08.: 7. Artikel).

Anders werden russische Medien behandelt. Diesbezüglich wird beispielsweise eine Politanalyse, entsprechend der Blattlinie der „junge Welt“, aus der russischen Tageszeitung „Rossiskaja Gaseta“ angeführt (31.08.: 8. Artikel). Darin werde konstatiert, dass Russland entgegen der „Lügen“ und „Desinformationen“ des „Internet-Portals EU-Times“, wonach sich Russland militärisch gegen westliche Provokationen wehren wolle, an diplomatischen Wegen und Beziehungen zu den USA auf Augenhöhe interessiert (ebd.). Russischen Positionen mit Bezug auf andere Medienquellen wird in die „junge Welt“ ausreichend Raum eingeräumt. Dazu gehört auch jene des russischen Präsidenten Putin, der mit Rekurs auf ein „Interview mit dem russischen Fernsehen und der US-Nachrichtenagentur AP“ die aggressive Haltung der USA gegen Assad kritisiere und die Verteidigung des Völkerrechts durch Russland nachdrücklich betone (05.09.: 12. Artikel).

Die ausführliche Behandlung russischer Positionen lässt anhand der bisherigen Analysen den Schluss der Untermauerung der Blattlinie bzw. jenen der indirekten Bewertung der Geschehnisse durch eine selektive Auswahl an medialen Referenzquellen zu. Während russische Akteurspositionen meist deskriptiv und mit unterstützenden Kommentarelementen behandelt werden (31.08.: 8. Artikel u.v.m.), werden Akteurspositionen im Falle der USA kritisch unter die Lupe genommen. So habe der US-Präsident Obama in „Interviews mit sechs US-Fernsehsendern“ um Kriegszustimmung geworben und verlasse sich in puncto Anschuldigungen gegen Assad auf den gesunden Menschenverstand anstatt auf Beweise (10.09.: 13. Artikel). An relevanten Stellen zeigen sich Berichte der libanesischen Tageszeitung Al-Safir als wichtige Bezugsquellen um nähere und detaillierte Informationen über das Kriegsgeschehen in Syrien und entlastende Informationen zu Gunsten der Assad Regierung<sup>43</sup> zu bieten (24.08.: 2. Artikel bzw. 31.08.: 7. Artikel). Mit der Berücksichtigung eines libanesischen Nachrichtenmediums erfolgt die Herstellung von medialer Nähe zum Kriegsland Syrien.

Die „junge Welt“ gibt im allgemeinen Sinne diverse Medienechos aus unterschiedlichen Teilen der Welt wider und schafft dadurch ein solches Fundament, worauf die bisher ermittelte inhaltliche Struktur (deutliche Positionierung gegen einen geplanten westlichen Angriff gegen Syrien) der Berichterstattung des untersuchten Mediums klare Konturen annimmt. Dabei fällt auf, dass in der „junge Welt“ einige Nischenmedien<sup>44</sup> Erwähnung finden. Darunter fallen beispielsweise das „Internet-Portal EU-Times“ (31.08.: 8. Artikel), Mint Press News (03.09.: 11. Artikel), das israelische Internetportal Ynet.com (08.10.: 26. Artikel) und die argentinische Nachrichtenagentur Telam (28.08.: 5. Artikel).

### **Bilder und Fotos**

Von den 27 Artikeln, die in das Dossier aufgenommen wurden, sind 17 Diskursfragmente mit je einem Foto bebildert.

---

<sup>43</sup> Z.B.: Russland habe Satellitenbilder, welche im Zusammenhang mit den Giftgasangriffen die Rebellen belasten würden

<sup>44</sup> darunter sind solche Medien zu verstehen, die im Hegemonialdiskurs eher wenig bis gar nicht berücksichtigt werden

Viele der dargestellten Bilder korrespondieren betreffend Symbolik, Aussagen und Inhalt mit den bisherigen inhaltlich-strukturellen Analysen. In den Bildaussagen und –symboliken sticht die Blattlinie der „junge Welt“ bezüglich des untersuchten Ereignisses in all ihren pauschalisierenden und polarisierenden Momenten auf. So findet - passend zu den Akteurszuschreibungen und –charakterisierungen - das Näheverhältnis westlicher Politik mit syrischer Opposition bzw. Russlands mit der syrischen Regierung seine bildliche Entsprechung. Mal sind es der deutsche Außenminister Guido Westerwelle und der Vorsitzende der oppositionellen „Syrischen Nationalen Koalition“, die Seite an Seite dargestellt werden, mal der russische Außenminister Lawrow mit seinem syrischen Amtskollegen Al-Mualim (03.09.: 10. Artikel bzw. 10.09.: 13. Artikel).

Während Akteure der syrischen Regierung ausschließlich als Politiker dargestellt werden – Baschar al-Assad (13.09.: 16. Artikel), Außenminister Walid al-Muallim (10.09.: 13. Artikel) – werden auf Oppositionsseite auch Kämpfer der „Freien Syrischen Armee“ abgebildet, die militärische Geräte bedienen (31.08.: 7. Artikel; 11.09.: 15. Artikel). Die sprachlich negative Charakterisierung der USA, der „westlichen“ Politiker und Medien findet ihre ikonographische Parallele in aller Symbolhaftigkeit. In einem Artikel ist das Flugzeug des US-Präsidenten, die „Air Force One“, abgebildet und mit dem Bilduntertitel „Die »Air Force One« des US-Präsidenten ist nicht zuletzt eine Kommandozentrale“ versehen (05.09.: 12. Artikel). Die Maschine ist auf dem Bild von dichtem Nebel umgeben. Das Bild ist im diskursivem Kontext betrachtet symbolisch stark aufgeladen: Das Naturphänomen „Nebel“, das die als „militärische Kommandozentrale“ charakterisierte „Air Force One“ umgibt, symbolisiert im diskursiven Kontext Undurchschaubarkeit und Subversion. Das Flugzeug hingegen ist ein Pragmasymbol für den technischen Fortschritt des Westens. Im Bild ist das Flugzeug auf dem Boden, im Stillstand und zudem von Nebel umhüllt. Das Pragmasymbol Flugzeug, das westlichen Fortschritt und Macht symbolisiert, wird durch eine Verkettung von Symbolen aus unterschiedlichen Bildspendebereichen in seiner Aussage zu Ungunsten des Westens umgekehrt. Das Flugzeug (Bildspendebereich der „Technik“) ist nun im Stillstand (Denormalisierung) und von Nebel (Natursymbol) umhüllt. Der kritikwürdige Zustand des Westens, wie er in dem untersuchten Medium „junge Welt“ hervorgehoben wird, wird somit in latenter Weise auch ikonographisch vor Augen geführt.

In einem weiteren Artikel werden der damalige Vizekanzler Sascha Rösler und der Spiegel-Korrespondent Pitzke Seite an Seite und sich im Gleichschritt fortbewegend dargestellt (18.09.: 22. Artikel). Das Foto zeigt symbolhaft, passend zu den ermittelten Akteurs- und Medienbildern der untersuchten Zeitung, das in diesem Medienorgan vorausgesetzte enge Beziehungsverhältnis zwischen Medien und Politik.

Das erfahrene Leid für die Zivilbevölkerung wird fotografisch ebenfalls festgehalten. Es ist ein älterer Mann abgebildet, der nachdenklich vor den in Leichentüchern eingewickelten Leichen der Opfer des Chemiewaffenangriffs hockt (24.08.: 2. Artikel). Neben menschlichem Leid werden auch erhebliche Sachschäden in Syrien in Form von zerstörten Gebäuden bzw. in Trümmer liegenden Gebieten abgebildet (28.09.: 23. Artikel). Die restlichen Bilderstellen tragen keine besondere Symbolik in sich.

Je nach inhaltlicher Spezifik des jeweiligen Diskursfragments erfolgen Bebilderungen von Politikern, Kriegsgeräten (Schiffe, Flugzeugträger) und Menschenmassen, die sich zusammenfanden um gegen einen möglichen militärischen Angriff gegen Syrien zu demonstrieren (28.08.: 5. Artikel).

### **Kollektivsymbole**

In die „junge Welt“ fällt eine kollektivsymbolische Fokussierung auf das Außensystem auf. Das Medienorgan identifiziert sich im Rahmen dieses diskursiven Ereignisses mit der Sichtweise jener Akteure, die in den kollektivsymbolischen Konzepten der Kritischen Diskursanalyse als das „Außen“ bezeichnet wird. Aus dieser Gegebenheit heraus kommt es zu einer Umkehrung der Verhältnisse und Zuschreibungen. Jene Kollektivsymboliken aus den diversen Bildspendebereichen, die im Hegemonialdiskurs zur Stützung des Innensystems (westliche Gesellschaften) dienen und zur Abgrenzung gegenüber dem Außen herangezogen werden, finden im Diskurs des Mediums „junge Welt“ eine starke Aufladung gegen westliche Akteure. Entsprechend der Thematik überwiegen auch in diesem untersuchten Medium Symbole des Chaos, Krieges, Militärs<sup>45</sup> und der Denormalisierung<sup>46</sup>.

---

<sup>45</sup> **Symbole des Chaos, Krieges, Militärs (Auswahl):** 1. Artikel: Rufe nach Angriff, giften, vehement zurückweisen, Massaker, Attacke; 2. Artikel: Provokation, (antisyrischer) Scharfmacher; 7. Artikel:

Dabei resultiert die Anwendung dieser Symboliken nicht aus der ohnehin aus den Fugen geratenen Situation im Kriegsland Syrien, sondern - eingegrenzt auf die aktuellen Entwicklungen - infolge des Chemiewaffeneinsatzes: Im Westen werde die „Kriegstrommel gerührt“ (24.08.: 9. Artikel) und von diesem gehe eine „Kriegsdrohung“ gegen Syrien aus (11.09.: 15. Artikel), sowohl von der offiziellen Politik als auch den „publizistischen Scharfmachern“ (ebd.). Die geplante westliche Intervention unter der Führung der USA wird im Diskurs der „junge Welt“ nicht als flexibler Normalismus mit breiten Toleranzgrenzen präsentiert, sondern als absolute Grenzüberschreitung im Falle ihrer Umsetzung: die geplanten Angriffe seien im Falle ihrer Realisierung nach der momentanen Faktenlage als „Völkerrechtsbruch“ (18.09.: 20. Artikel) zu kategorisieren. Während Symbole der Denormalisierung bis zum Beitritt Syriens zur Chemiewaffenkonvention (15.10.: 27. Artikel) die Berichterstattung prägen, drängen sich jene der Normalisierung<sup>47</sup> erst mit dem Vorschlag an Syrien die Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen in den Vordergrund (13.09.: 13. Artikel). Die verstärkte Wahrnehmung des aktuellen Geschehens in seinen eskalierenden Momenten und die polarisierende Darstellung der einzelnen Akteure findet ihren Niederschlag in einer seltenen Verwendung von Techniksymbolen<sup>48</sup>, wodurch das Bemühen seitens des Mediums um Lösungsfindung in den Hintergrund gerät.

---

Machtkampf; 12. Artikel: Bombardierung, völkerrechtswidriger Kriegskurs, losschlagen, geplanter Angriff, in Bedrängnis geraten; 14. Artikel: Auslöschung, Gefahr nicht gebannt, hochexplosive Situation; 25. Artikel: Provokationen, Zerstörung

<sup>46</sup> **Symbole der Denormalisierung (Auswahl):** 1. Artikel: Abwegigkeit, rote Linie überschritten; 2. Artikel: sicheren Zugang garantieren, drohte (...) mit ernststen Konsequenzen; 3. Artikel: Eskalation, rote Linie überschritten (Protonormalismus), Lostrennung; 14. Artikel: (über ihre) Schmerzgrenze (...) gegangen, außer Rand und Band geraten; Scheitern; 23. Artikel: Eskalation; 26. Artikel: Alleingang, (nicht mehr im) Gleichschritt, drohen, den Bogen überspannt, isoliert sich

<sup>47</sup> **Symbole der Normalisierung:** 3. Artikel: sicherstellen, Zugang gewähren; 8. Artikel: Dialog, rote Linien formulieren (Protonormalismus), Allianz der Zivilisation; 16. Artikel: entspannt; 18. Artikel: Einigung, verständigen, bedeutender Schritt nach vorn, Sonderregelungen: flexibel-normalistische Strategie, d.h. breite Toleranzzone („Sonderregelung“) bei der Festlegung der Normalitätsgrenze („Standardprozedur“); Sicherstellung, Abkommen; 24. Artikel: Kompromiss, Annäherung, einigen sich; 26. Artikel: Entspannung

<sup>48</sup> **Symbole der Technik:** 2. Artikel: Einsatz; 5. Artikel: Widerstand; 7. Artikel: Nachschub, Versorgungskette, zusammenziehen; 9. Artikel: Tür zuschlagen; 11. Artikel: brüchige Indizienkette; 13. Artikel: Vorschlag; 19. Artikel: Druck; 21. Artikel: Druck ausüben; 24. Artikel: Isolierung; 26. Artikel: das Steuer übernommen, Druck

Die Gefahren und Drohungen, welchen Syrien und dessen Führung durch die politischen Eliten der USA und Europas, deren Einheit stellenweise mit Körpersymboliken<sup>49</sup> hervorgehoben wird, ausgesetzt seien, werden als Naturgewalten aus dem entsprechenden Bildspendebereich der „Natur“ präsentiert<sup>50</sup>. Der amerikanische Präsident Obama versuche die „politischen Spitzen“ (Natursymbolik) Europas zur „Rückendeckung“ (Körpersymbolik) für den Einsatz in Syrien zu mobilisieren (05.09.: 12. Artikel). Das Risiko eines „Flächenbrandes“ (Natursymbol) im gesamten Mittleren Osten sei im Falle eines Angriffes gegen Syrien äußerst hoch (28.08.: 5. Artikel). Doch nicht nur auf politischer, sondern auch auf medialer Ebene werde die Kriegspropaganda angeheizt (Natursymbol; 14.09.: 17 Artikel). Auf die enge Zusammenarbeit zwischen den „publizistischen Scharfmachern“ (31.08.: 9. Artikel) und der offiziellen Politik wird nicht ausschließlich auf sprachlicher, sondern ebenfalls auf bildlicher Ebene mittels Kollektivsymboliken eingegangen. Das besagte Bild stellt den damaligen Vizekanzler Rösler und den „Spiegel“-Korrespondenten Marc Pitzke „Seite an Seite“ (Körpersymbolik) dar (18.09.: 22. Artikel). Dadurch wird die seitens des untersuchten Mediums vorausgesetzte Verbindung zwischen Politik und Medien der Leserschaft nicht nur sprachlich mit Kollektivsymboliken bebildert.

### **Lösungsvorschläge**

Lösungsvorschläge werden in der Zeitung „junge Welt“ selten geboten. Sie konzentriert sich viel eher auf die Hervorhebung der problematischen Aspekte der internationalen politischen Entwicklungen infolge des Chemiewaffeneinsatzes. Im Großteil der untersuchten Diskursfragmente des Dossiers richtet sich die Kritik dabei gegen den Westen und stellenweise auch ihre regionalen Verbündeten aus den Golfstaaten, Saudi-Arabien und Katar.

---

<sup>49</sup> **Symbole des Körpers:** 1. Artikel: politischer Selbstmord; 3. Artikel: in die falschen Hände fallen; 9. Artikel: Sprung, auf die Schnauze gefallen; 12. Artikel: Rückendeckung; 18. Artikel: durchsetzen, (russische Druck) gebeugt; 19. Artikel: in die Hände fallen, aus der Hand geben; 22. Artikel: Seite an Seite stehen, im Gleichschritt

<sup>50</sup> **Symbole der Natur:** 3. Artikel: Gipfeltreffen; 5. Artikel: Flächenbrand; 6. Artikel: Abkühlung; 7. Artikel: Grüngürtel, Lauffeuer; 17. Artikel: (Kriegspropaganda) anheizen; 19. Artikel: Flut; 24. Artikel: Hoffnungsschimmer; 25. Artikel: Hindernisse in den Weg legen; 26. Artikel: Falken, Kluft, auf Eis gelegt

Besonders die politischen Eliten der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens werden der Zeitungsleserschaft als Lösungsblockierer und Krisenverschärfer, die mit vereinten Kräften Syrien mit Krieg drohen und die Gegner der syrischen Regierung unterstützen, präsentiert (03.09.: 10. Artikel, 26.08.: 3. Artikel; 31.08.: 7. Artikel; 31.08.: 9. Artikel; u.v.m.). Das eigentliche Ziel der „westlichen Aggressionsgemeinschaft“ sei der „Regimewechsel“ in Damaskus (16.09.: 19. Artikel). Auch der „hegemoniale Mediendiskurs“ wird scharf kritisiert. Den westlichen Medien (und nicht selten gezielt den deutschen Medien) wird pauschal Propaganda gegen die syrische Führung unterstellt (31.08.: 9. Artikel; 14.09.: 17. Artikel; 18.09.: 20. Artikel u.v.m.).

Zwar werden, wie eingangs in diesem Kapitel erwähnt, keine konkreten Lösungsvorschläge geboten, doch wird im Einklang mit der russischen Politik das Abwarten der UN-Untersuchungen deutlich bevorzugt. Generell ragen zwei einander gegenübergestellte diskursprägende politische Vorgehensweisen eindrucksvoll heraus: einerseits die geplanten westlichen Angriffe gegen Syrien, andererseits UN-Untersuchungen in den betroffenen Gebieten, die hinsichtlich der Schuldfrage für Klarheit sorgen könnten. Die in dem Medium „junge Welt“ präferierte Vorgehensweise ist die letztere Möglichkeit, wie auch in einem Untertitel eines am 26.08. erschienen Leitartikels verdeutlicht wird: „Eskalation statt Untersuchungen. USA bereiten (...) Aggression gegen Syrien vor“ (3. Artikel). Mögliche militärische Schritte gegen Syrien, wogegen sich die Zeitung eindeutig positioniert, werden als „Eskalation“ und „Aggression“ etikettiert. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit von „Untersuchungen“ betont.

## **Zusammenfassung**

Im Diskurs der „junge Welt“ zu dem Chemiewaffeneinsatz in Syrien wird der „Westen“ im politischen Sinne pauschal als ein aggressives und plünderndes Gebilde charakterisiert, das militärisch gegen Syrien vorgehen wolle. Dabei werden klassische Stigmawörter gewisser politisch linker Kreise verwendet um westliche Akteure und Verbündete zu beschreiben. Es ist von „Imperialisten, Zionisten und arabischer Reaktion“ die Rede, die eine Gefahr für das syrische Volk darstellen würden (27.08.: 4. Artikel).

Diesem Credo folgend gestaltet sich die Berichterstattung. Es wird ein binärer Reduktionismus auf Gut-Böse-Dichotomien aus einer anti-westlichen und anti-imperialistischen Positionierung heraus betrieben. Dabei geht im Diskurs der „junge Welt“ – hauptsächlich transportiert mit Kollektivsymbolen der Denormalisierung, des Chaos, Krieges und der Gewalt - die Gefahr vom Westen, unter der Führungsmacht der USA aus, die ohne jegliche legitime Grundlage die syrische Regierung des Giftgaseinsatzes bezichtigen würden. Eine einheitliche westliche politisch-mediale Meinungselite voraussetzend wird die westliche Vorbereitung eines Angriffes gegen Syrien unter Instrumentalisierung klassischer linker Werte wie Solidarität und Menschenrechte bzw. humanitärer Werte im allgemeinen Sinn, scharf kritisiert. Den politischen Eliten westlicher Nationen, wie Großbritannien und den USA, wird Doppelmoral zugeschrieben, da sie einerseits mit dem Vorwand der Verteidigung humanitärer Grundwerte militärische Aktionen in Syrien zu setzen beabsichtigen würden, andererseits deren Umsetzung unter Missachtung pazifistischer öffentlicher Meinungen in ihren Ländern anstreben würden. Die Doppelmoral wird auch durch eine andere diskursive Gegebenheit vor Augen geführt: Der Westen und ihre regionalen Partner im Nahen und Mittleren Osten, denen es primär um geostrategische und –politische Interessen in Syrien gehe, seien Finanzleute und Unterstützer gewisser Teile der syrischen Opposition. „Kriegshelfer“ mit Bezug auf den „Westen“ verlautbart die Zeitung in einem am 03.09. erschienen Artikel (10. Artikel). Die Grundaussage, die im Diskurs dieser Tageszeitung vermittelt wird, lautet daher folgendermaßen: Um Syrien herrscht ein polit-medialer Propagandakrieg, der vom Westen ausgeht, mit dem Ziel einen „Regimewechsel“ in Syrien zu bewirken. Dabei seien die Meldungen vom Giftgaseinsatz in der Region Al-Ghouta eine passende Gelegenheit bzw. ein willkommener Vorwand um den beabsichtigten Sturz des amtierenden Präsidenten al-Assad zu beschleunigen. Den Plänen der „westlichen Aggressionsgemeinschaft“ (16.09.: 19. Artikel) stemme sich Russland entgegen, indem es auf einer UN-Untersuchung insistiere. Die letztendliche Abwendung der westlichen Aktivitäten in Syrien sei der russischen Diplomatie anzurechnen, in Folge derer die syrische Regierung sich zur Abgabe ihrer Chemiewaffen bereit erklärt habe.

Eingesetzte Bilder und Fotos korrespondieren mit der inhaltlichen Struktur des Diskurses der „junge Welt“. Entsprechend der Akteurszuschreibungen bzw. -charakterisierungen und der beschriebenen Interaktionen von Akteuren, sei es intrapolitisch<sup>51</sup>, sei es zwischen Politik und Medien (18.09.: 22.Artikel), gestalten sich auch die Bildaussagen bzw. -symboliken.

## **Synoptisch vergleichende Analyse**

Im deutschen Printmedien-Diskurs wird der Giftgasangriff von al-Ghouta als Überschreitung einer kollektivsymbolischen „roten Linie“ behandelt (Die Welt, 21.08.: 1.Artikel; 24.08.: 8.Artikel; Süddeutsche Zeitung, 22.08.: 3.Artikel, 14.09.: 19.Artikel u.v.m.). Im hegemonialen Diskurs, worunter jene der Zeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* zu subsumieren sind, wird diese Symbolik des Protonormalismus entsprechend dem politischen Spezialdiskurs zu Lasten des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad verwendet (vgl. ebd.). Das Sagbarkeitsfeld, das sich im hegemonialen Mediendiskurs zu diesem diskursiven Ereignis herauskristallisiert, wird mittels Einsatz ikonographischer und sprachlicher Kollektivsymbole von einem binären Reduktionismus geprägt: hinsichtlich Akteurszuschreibungen beziehungsweise -charakterisierungen lässt sich von der manifesten Ebene der diskursiven Realität abstrahierend konkludieren, dass zwei charakterologische Blöcke diskursiv konstruiert werden. Den Protagonisten westlicher Länder aus den USA, Europa und ihren regionalen Partnern, der Türkei und den Golfstaaten (Saudi-Arabien, Katar) stehen die Antagonisten aus dem syrischen Regierungskreis und dessen diskursiv attribuierten Partner Russland, China, Iran und die libanesische Hisbollah gegenüber.

---

<sup>51</sup> zum Beispiel: das Nähverhältnis zwischen russischen und syrischen Politakteuren (10.09.: 13. Artikel) bzw. zwischen dem „Westen“ und der syrischen Opposition (03.09.: 10. Artikel u.a.)

Während Erstere das kollektivsymbolische Innensystem markieren, das mit Rationalität, Ordnung und Lösungsstreben assoziiert wird, markieren Letztere das kollektivsymbolische Außensystem, das mit Irrationalität, Amoral und Lösungsblockade in Verbindung gebracht wird (siehe dazu jeweilige Unterkapiteln „Kollektivsymbole“ der Medien *Die Welt* und *Süddeutsche Zeitung*).

Ausgehend von diesem diskursiven Effekt werden in der diskursiven Praxis zu diesem Ereignis geplante westliche Militäraktionen gegen Syrien als flexibel-normalistische Strategie, die breite Toleranzonen zulässt, keiner moralischen Hinterfragung unterzogen. Hinterfragt und massiv kritisiert wird hingegen der syrische Präsident Baschar al-Assad, dem entgegen der dünnen Fakten- und Beweislage die Überschreitung der westlich definierten protonormalistischen „roten Linie“, die durch enge Toleranzonen gekennzeichnet ist und deren Verletzung einem absoluten Tabubruch gleichkommt, in der Form eines Giftgasangriffes zu Last gelegt wird. Der Missachtung der protonormalistischen „roten Linie“ haben die moralisch überlegenen Protagonisten zu antworten. Sowohl in der *Süddeutsche Zeitung* als auch in *Die Welt* wird diese Aussage vermittelt. Es sei „angesichts der humanitären Verpflichtung“ (*Süddeutsche Zeitung*, 26.08.: 10. Artikel) die Aufgabe des Westens „als Weltpolizisten gegen die Weltverbrecher“ (*Die Welt*, 11.09.: 20. Artikel) vorzugehen. So werden die Protagonisten mit in westlichen Demokratien positiven Beibedeutungen versehenen Fahnenwörtern bzw. Rahmungen begleitet („Demokratie“, „Weltpolizisten“ „westliches Engagement“, „zivilisatorische Mindeststandards verteidigen“ u.v.m.), als Akteure präsentiert, die im Lichte einer höheren Moral handeln. Die Antagonisten, darunter vor allem die unter der Führung von Präsident al-Assad stehende syrische Regierung, werden mit stigmatisierenden semantischen Elementen etikettiert. Assad wird diskurseffektiv nicht unerheblich oft mit den Frames „Diktator“ (*Die Welt*, 21.08.: 2. Artikel), „Machthaber“ (22.08.: 4. Artikel) oder „Kriegsherr“ (*Süddeutsche Zeitung*, 10.09.: 15. Artikel) versehen, dessen „Assad-Regime“ und „enthemmte Diktatur“ (*Die Welt*, 26.08.: 14. Artikel) das syrische Volk unterdrückt. Sowohl in *Die Welt* als auch in der *Süddeutsche Zeitung* kommt es stigmatisierend zu einer Saddamisierung al-Assads (*Die Welt*, 21.08.: 2. Artikel; *Süddeutsche Zeitung*, 25.08.: 5. Artikel). In der *Süddeutsche Zeitung* erfolgt auch eine stigmatisierende Gaddafi-Analogie (15.09.: 21. Artikel).

Diese Analogien und Gleichsetzungen im Hegemonialdiskurs sind als diskursive Strategien einzuordnen, welche hinsichtlich ihrer diskursiven Wirkung Zweifel an al-Assads moralischer Integrität verdeutlichen und verstärken können.

In der Darstellung der syrischen Opposition schwankt der hegemoniale Diskurs zwischen einer Homogenisierungstendenz und der Hervorhebung der inneren Gespaltenheit bzw. des Erstarkens von oppositionellen Kräften, die nach dem vorherrschenden westlichen Gesellschaftsbild nicht als demokratisch und liberal einzustufen sind. Es ist von „Oppositionsgruppen“ (Die Welt, 26.08.: 11. Artikel), „Aktivisten“ und „Rebellen“ (Die Welt, 24.08.: 9. Artikel; Süddeutsche Zeitung, 22.08.: 2., 3. bzw. 5. Artikel u.v.m.) ebenfalls die Rede, wie von „Islamisten“ (ebd.), wobei es lediglich in Bezug auf Letztere heißt, dass sie nicht als „liberale Kräfte im westlichen Sinne“ (Die Welt, 26.08.: 11. Artikel) zu bezeichnen sind. Das Erstarken islamistischer Kräfte wird besonders in der *Süddeutsche Zeitung* auf das Ausbleiben westlicher Maßnahmen in Syrien zurückgeführt, wodurch im Hinblick auf den öffentlichen diskursiven Effekt ein Legitimationsrahmen bzw. intersubjektiv nachvollziehbarer Kausalzusammenhang zwischen dem Ausbleiben westlicher Aktivitäten in Syrien und dem Überlaufen vieler Oppositioneller zu dschihadistischen Gruppen (Süddeutsche Zeitung, 07.10.: 27. Artikel) hergestellt wird. Weitere Akteure in dem betriebenen binären Reduktionismus werden je nach diskursiv praktizierten Zuschreibungen den hegemonialen Blattlinien entsprechend dargestellt. Während Russland und China als Lösungsblockierer und der syrischen Regierung gegenüber als positiv gesinnt behandelt werden, werden die diskursiv als regionale Unterstützer der Assad-Regierung präsentierten Akteure Iran und die schiitische Hisbollah als militanteste Unterstützer der syrischen Politelite dargestellt. Regionale Mächte wie Saudi Arabien, Katar und die Türkei würden dem Westen was militärische Maßnahmen in Syrien anbetrifft „Rückendeckung“ geben (Die Welt, 26.08.: 14. Artikel). Diese Akteure spielen im Hegemonialdiskurs, der basierend auf den Diskursfragmenten des Untersuchungsdossiers ermittelt wurde, eine eher beiläufige Rolle. Doch im Falle ihrer diskursiven Erscheinung wirken sie deutlich pro-westlich und eindeutig aufseiten syrischer Oppositionsgruppierungen. Besonders die „ultrakonservativen Golfstaaten“ werden in der *Süddeutsche Zeitung* als Finanzeure und Waffenlieferanten von dschihadistischen Gruppierungen hervorgehoben (Süddeutsche Zeitung, 07.10.: 27. Artikel), wodurch an dieser Stelle leichte Schwankungen im Hegemonialdiskurs zu konstatieren sind.

Informationen über die Unterstützung dschihadistischer Kräfte seitens der Golfstaaten sind der Berichterstattung von *Die Welt* nicht gleichermaßen entnehmbar, wie dem anderen Medienorgan des Hegemonialdiskurses.

Summa summarum lässt sich ausgehend vom explizierten Sagbarkeitsfeld des Hegemonialdiskurses festhalten, dass das untersuchte diskursive Ereignis zum Syrienkrieg gemäß der themenbezogenen Natur in seinen martialischen, brutalen und unvernünftigen Momenten über mediale Kanäle transportiert wird. Dabei zeigt sich nach intensiven Analysen, dass die Darstellung der in das untersuchte Ereignis involvierten Akteure im Hegemonialdiskurs mittels Einsatz von Diskurstaktiken<sup>52</sup> unausgewogen erfolgt. Diesbezüglich ist des Weiteren zu konstatieren, dass sich eine wertende, polarisierende und einseitige Grundtendenz in der inhaltlich-strukturellen Gesamtkomposition des hegemonialen Mediendiskurses verfestigt. Diese Grundtendenz schließt Schwankungen im Hegemonialdiskurs nicht aus. So auch bezüglich der Auswahl der Fotos. Während in *Die Welt* die Bildaussagen- und symboliken mit den Akteurszuschreibungen und –charakterisierungen korrespondieren, wird beispielsweise der syrische Präsident Baschar al-Assad in die *Süddeutsche Zeitung* entgegen der Zuschreibungen auf sprachlicher Ebene ikonographisch in adretter Aufmachung und sich in verbal artikulierenden Momenten dargestellt (16.09.: 22.Artikel; 07.10.: 27. Artikel). In den bildlichen Darstellung in *Die Welt* wirkt er zornig und aggressiv (26.08.: 12. Artikel bzw. 14.Artikel).<sup>53</sup> Beiden gemein ist aber die bildliche Präsentation des katastrophalen Ausmaßes des Ereignisses für die Zivilbevölkerung und die betroffene Region. Bilder von toten Menschen, verletzten Kindern, zerstörten Städten, verängstigten Zivilisten und militanten Kämpfern finden in einigen Diskursfragmenten ihren festen Platz (Die Welt, 21.08.: 1. Artikel, 22.08.: 6. Artikel, 22.08.: 5. Artikel, 26.08.: 14. Artikel; Süddeutsche Zeitung, 22.08.: 3. Artikel, 22.08.: 5. Artikel; 23.08.: 6. Artikel u.v.m.).

Kollektivsymbolisch betrachtet überwiegen bei beiden Medienorganen Symbole der Denormalisierung und des Chaos, Krieges bzw. des Militärs.

---

<sup>52</sup> Kollektivsymbole; polemisierende und moralisierende Semantiken; binärer Reduktionismus; problematische Vergleiche und Analogien; Relativierungen; stigmatisierende Zuschreibungen et cetera

<sup>53</sup> näheres siehe in den Unterkapiteln „Bilder und Fotos“ in den jeweiligen Einzelanalysen der Medienorgane

Bezüglich kollektivsymbolischer Schwankungen zwischen den Zeitungen ist zu sagen, dass in *Die Welt* Symbole aus dem Bildspendebereich der Technik, die das Bemühen der Zeitung um Lösungsfindung signalisieren, im Vergleich zur *Süddeutsche Zeitung* eher weniger vorzufinden sind. Es zeigt sich jedoch in beiden Medienorganen, dass durch das Zusammenspiel der häufig auftauchenden Kollektivsymbole aus den Bildspendebereichen des Chaos, Körpers, der Natur und Symbolen der Denormalisierung ein sich der menschlichen Kontrolle entgleitender Konflikt zeigt, in dem „rote Linien“ überschritten und Tabus verletzt werden (getötete Zivilisten, darunter wehrlose Kinder).

Hinsichtlich medial gebotener Lösungsvorschläge überwiegt im Hegemonialdiskurs die starke Akzentuierung des politischen Spezialdiskurses im westlichen Sinne. Geplante militärische Maßnahmen in Syrien, die verstärkte Setzung geplanter UN-Untersuchungen im vom Giftgasangriff betroffenen Gebiet auf die mediale Agenda einerseits und die potenzielle Absetzung des syrischen Präsidenten andererseits sind aufgeworfene Lösungsansätze.

Vom Mainstream des Hegemonialdiskurses weicht hingegen die Berichterstattung des Medienorgans *junge Welt* deutlich ab. Bei dieser Zeitung handelt es sich eindeutig um ein Organ des Gegendiskurses. Dabei fällt auf, dass die untersuchten Artikel der *junge Welt* im Vergleich zu jenen Diskursfragmenten der *Die Welt* oder *Süddeutsche Zeitung* unabhängig von der journalistischen Textsorte sehr viele Hintergrundinformationen betreffend die Geschehnisse im Vorfeld und unmittelbar nach dem Giftgasangriff in Al-Ghoutha enthalten. Die *junge Welt* versucht somit den gesamten Diskursstrang zum Syrienkrieg im Auge zu behalten und das aktuelle diskursive Ereignis mitsamt dem globalen politischen Spezialdiskurs in einem größeren Bild zu betrachten. Dabei fällt auf, dass das untersuchte diskursive Ereignis im Gegendiskurs der *junge Welt* entsprechend der Blattlinie bzw. – ideologie gedeutet wird. War das politische Gebilde „Westen“ im Hegemonialdiskurs den im binär reduktionistischen Schema als Antagonisten titulierten Akteuren moralisch überlegen, wird der Westen im Gegendiskurs als aggressiv und imperialistisch etikettiert. Die Berichte über den Giftgaseinsatz in Syrien instrumentalisieren die eng verzahnte westliche Polit- und Medienelite mit Berufung auf Werte mit positiver Konnotation (Internationale Solidarität, Menschenrechte, etc.) um einen imperialistischen Angriffskrieg gegen Syrien zu starten.

Entgegen des Hegemonialdiskurses werden im Gegendiskurs Russland und China als Verfechter einer politischen Lösung präsentiert, die mit ihren Vetos vor dem UN-Sicherheitsrat einen Angriff der „westlichen Aggressionsgemeinschaft“ (16.09.: 19. Artikel) gegen Syrien bislang verhindern konnten und aktuell verhindern. Diesem Deutungsraaster folgend gestaltet sich Gegendiskurs zum untersuchten Ereignis. Im Gegensatz zum Hegemonialdiskurs kommt es hierbei zu einer Umkehrung der kollektivsymbolischen Verhältnisse und Akteurszuschreibungen. So werden die Kollektivsymbole nicht mehr zur Stützung des kollektivsymbolischen Innensystems (Westen und Partner) eingesetzt, sondern werden stark aufgeladen gegen westliche Akteure eingesetzt. Der Westen agitieren nicht nur gegen die syrische Regierung, sondern das gesamte syrische Volk. Das Sagbarkeitsfeld, das sich im Gegendiskurs etabliert, bietet im Vergleich zum dominanten Diskurs der *Die Welt* und *Süddeutsche Zeitung* alternative Blickrichtungen. Damit in Verbindung wird von Anfang an klargestellt, dass Assad sich bereit erklärt habe, UN-Inspektoren Zutritt ins betroffene Gebiet zu gewähren, während der US-Präsident Obama die Entsendung der UN-Experten verhindern wolle um keinen „Interventionsgrund“ zu verlieren (31.08.: 6. Artikel). Im Hegemonialdiskurs wird diesbezüglich anfänglich über eine Blockadehaltung der syrischen Regierung berichtet, ehe es infolge der militärischen Drohungen der USA zu einem „Entgegenkommen“ seitens al-Assads gekommen sei. Doch das anfängliche Zögern der syrischen Regierung könnte ein Indiz dafür sein, dass sie Beweise für den Giftgaseinsatz zerstört haben könnte (*Süddeutsche Zeitung*, 25.08.: 7. Artikel). In der *junge Welt* wird auch stark hervorgehoben, dass der Westen keine Legitimationsgrundlage für ein aggressives Vorgehen gegen Syrien habe, da es unklar sei wer für den Giftgaseinsatz verantwortlich ist. Während im Hegemonialdiskurs ein Täterimage der syrischen Regierung unter der Führung al-Assads konstruiert wird, kommt es im Gegendiskurs zu einer Opfer-Täter-Umkehr. Die syrische Regierung wird als Opfer der „Aggression des westlichen Machtkartells“ präsentiert (27.08.: 4. Artikel). Wurden im Hegemonialdiskurs gegen al-Assad und die syrische Regierung Stigmawörter benutzt, ist es nun pauschal der Westen, das imperialistische Pläne gegen Syrien schmiede. Der US-Präsident Obama steht dabei im Mittelpunkt der Kritik und wird in einem Leitartikel als „Krieger“ titulierte (05.09.: 12. Artikel). Bezüglich der syrischen Opposition wird eine sehr aggressive Sprache verwendet, wenn von „ausländischen Söldnern“ oder „außer Rand und Band geratenen Lumpen“ die Rede ist, welche mit dem Giftgaseinsatz einen Kriegsvorwand zu liefern beabsichtigen würden.

Im Hegemonialdiskurs wird ein ziemlich einsames Bild von Assad gezeichnet, welcher lediglich mit der Unterstützung Russlands und Chinas sich an der Macht halten würde. Im Gegendiskurs erscheinen viele der Blattlinie entsprechende Stimmen, die sich kritisch gegenüber den westlichen Interventionsplänen äußern. Der ideologischen Blattlinie entsprechend wird eine Wirklichkeit präsentiert, in der es einen internationalen Widerstand gegen die „westliche Aggression“ gibt (28.08.: 5. Artikel). Die inhaltliche Struktur des Gegendiskurses findet ihre Entsprechung auch im ikonographischen Rahmen. Die Bildaussagen und –symboliken korrespondieren auch hier mit den auf sprachlicher Ebene herausgearbeiteten Akteursattributionen. Entsprechend dem Hegemonialdiskurs prägen auch den Gegendiskurs vermehrt Kollektivsymbole aus den Bildspendebereichen der Natur, des Chaos und Symbole der Denormalisierung, während Techniksymbole eher selten vorkommen, was sich auch in dem Mangel an Lösungsvorschlägen widerspiegelt. Das Blatt beschränkt sich auf massive Kritik gegen den Westen und die Verbündeten aus der Golfregion. Die Zeitung positioniert sich eindeutig gegen geplante westliche Militäraktionen unter der Führung der USA, während sie entsprechend der russischen Haltung eine politische Lösung und UN-Untersuchungen vor Ort erkennbar bevorzugt.

## 8. Schlussbetrachtung und Kritik

In der folgenden abschließenden Diskussion wird es darum gehen, die Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf die Forschungsfragen und die im Theorieteil vorgestellten diskurstheoretischen und sozialwissenschaftlich-medientheoretischen Ansätze zu betrachten.

Die Forschungsfragen (Kapitel 6) bekundeten Interesse an dem diskursiven Orientierungsrahmen, den die untersuchten deutschen Printmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und *junge Welt* zum Syrienkrieg und den daran partizipierenden Konfliktparteien (Forschungsblock 1) gestalten. Im Zentrum des Interesses stand auch die Frage nach den Parallelen und Unterschieden zwischen den jeweiligen Printmedien in ihren Medienberichterstattungen zum untersuchten Ereignis des Giftgasangriffes von al-Ghoutha. (Fragenblock 2).

Entsprechend der Explikationen zur Foucaultschen Theorie der „innerdiskursiven Kräfteverhältnisse“<sup>54</sup> ergaben die Analysen der Berichterstattungen der deutschen Printmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und *junge Welt* zum Giftgasangriff in Al-Ghoutha, dass sich zwei klar voneinander unterscheidbare diskursive Wirklichkeiten gegenüberstehen. Bei den Printmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* handelt es sich um Organe des Hegemonialdiskurses, während die *junge Welt* eindeutig einen Gegendiskurs darstellt. Die politische Diskurswirklichkeit, das heißt jene Wirklichkeit im weltpolitischen Koordinatensystem, welche aus dem Blickwinkel westlicher Politakteure existiert, findet im untersuchten hegemonialen medialen Teildiskursstrang zum Syrienkrieg ihre Entsprechung. Diesbezüglich wurde mit Hinblick auf den Forschungsfragenblock 1 der betriebene binäre Reduktionismus auf Gut-Böse bzw.- Protagonisten-/Antagonisten-Dichotomien in den hegemonialen Medien vor Augen geführt: Die im Theorieteil vorgestellte, für westliche Gesellschaften gültige kollektivsymbolische Topik findet ihre Entfaltung in der diskursiven Praxis der Hegemonialmedien zum in dieser Arbeit untersuchten diskursiven Ereignis.<sup>55</sup>

---

<sup>54</sup> siehe Kapitel 2.1: vgl. Foucault 1983; vgl. Foucault 1978b: 35

<sup>55</sup> siehe Kapitel 1.3.3: vgl. Jäger 2012:57; vgl. Link 1984: 12

Die forschungsfragenrelevanten Ergebnisse verdeutlichen, dass das kollektivsymbolische Innensystem<sup>56</sup> mit Symbolen versehen wird, welche Rationalität, moralische Überlegenheit und Ordnung signalisieren, während das Außensystem (Antagonisten im betriebenen binären Reduktionismus) innerhalb der kollektivsymbolischen Topik an den Störungsgrenzen um die „Mitte“ (symbolisiert mit dem Herz) angesiedelt ist.<sup>57</sup> Akteure des politischen Westens (USA, Europa) werden somit in ihren Positionen mediendiskursiv gestärkt. Mit positiven Zuschreibungen mittels semantischer Frames, die in westlichen Demokratien positiv konnotiert sind, werden sie - im Vergleich zu den vorgestellten „Antagonisten“ (Politakteure aus Russland, China, der syrischen Regierung, dem Iran und jene, die der libanesisch schiitischen Hisbollah zugehörig sind) im diskursiv etablierten binären Codesystem – als die moralisch Überlegenen präsentiert. Der „Westen“ stellt mit Rekurs auf das Diskurskonzept von Laclau und Mouffe (1985) somit einen „leeren Signifikanten“ bzw. einen „Knotenpunkt“ dar, der mit Elementen bzw. Symbolen versehen wird, welche Rationalität, moralische Überlegenheit und Ordnung signalisieren.<sup>58</sup> Dieser Knotenpunkt etabliert Äquivalenzketten, die, im Jargon der Kritischen Diskursanalyse ausgedrückt, aus politischen Akteuren des kollektivsymbolischen Innensystems (Kapitel 1.3.3) bestehen. Darunter fallen jene Akteure, die im seitens des Hegemonialdiskurs betriebenen binären Reduktionismus als die „Protagonisten“ (USA, Europa und Verbündete aus den Golfstaaten Saudi-Arabien, Katar u.a.) zu bezeichnen sind. Sie stellen eine kollektive Identität dar, deren Identität sich durch die Abgrenzung zu den vorgestellten Antagonisten definiert. Diese Abgrenzung wird mit dem abstrakten Gebilde „Westen“, das heißt einem „leeren Signifikanten“, repräsentiert. Während der syrische Präsident al-Assad beispielsweise mit dem Stigmawort „Diktator“ gelabelt wird und was seine moralische Integrität anbetrifft durch den Vergleich mit anderen arabischen Führungspersönlichkeiten - wie dem ehemaligen libyschen Präsident Muammer al-Gaddafi oder dem ehemalige irakische Präsident Saddam Hussein – diskursiv im schlechten Licht dargestellt wird, werden die „Protagonisten“ als „Weltpolizisten“ titulierte.

---

<sup>56</sup> dazu zählen wie in den Analyseergebnissen (Kapitel 7.3) dargelegt, die politischen Akteure des Westens, die im seitens der Hegemonialmedien betriebenen binären Reduktionismus als die „Protagonisten“ fungieren.

<sup>57</sup> siehe Abbildung 1

<sup>58</sup> Siehe Kapitel 1.1: vgl. Laclau/Mouffe 1985: 112; vgl. Glasze/Mattisek 2009: 163ff.; vgl. Reckwitz 2006: 344

Die westliche Demokratie habe „angesichts der humanitären Verpflichtung“ (Süddeutsche Zeitung, 26.08.: 10. Artikel) die Aufgabe als „Weltpolizisten gegen die Weltverbrecher“ (Die Welt, 11.09.: 20. Artikel) vorzugehen, so das *Sagbarkeitsfeld* des Hegemonialdiskurses.<sup>59</sup>

Ganz dem Paradigma der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger entsprechend hat die interdisziplinäre Verfahrensweise<sup>60</sup> bei der theoretischen Fundamentierung der Arbeit wichtige Verständnisbausteine für die an dieser Stelle erfolgende Schlussbetrachtung geliefert. Entsprechend den wirtschaftlichen und geopolitisch-strategischen Interessen politischer Großmächte und den davon bedingten Positionierungen zum syrischen Präsidenten al-Assad, wie im polit-wissenschaftlichen Spezialdiskurs dargelegt, erfolgt im medialen Interdiskurs die diskursive Gestaltung der charakterologischen Blöcke im Rahmen des betriebenen binären Reduktionismus auf Gut-Böse- bzw. Protagonisten-Antagonisten-Dichotomien.<sup>61</sup> Russland und China, die im wissenschaftlichen Spezialdiskurs als wichtige wirtschaftliche Partner Syriens gelten, werden ebenso Assad-nah und damit negativ präsentiert, wie die schiitischen Verbündeten Iran und die libanesische Hisbollah.<sup>62</sup> Somit lässt sich bezüglich des Syrienkrieges festhalten, dass dieser entsprechend den politischen und wissenschaftlichen Spezialdiskursen auch im medialen Interdiskurs im Spannungsfeld internationaler Akteure diskursiv gestaltet wird. Das geht in der allgemeinen Tendenz bereits soweit, dass das eigentliche Thema, nämlich der Giftgaseinsatz und das dadurch verursachte menschliche Leid, in den Hintergrund gerät und bei Betrachtung der inhaltlichen-Struktur des Hegemonialdiskurses sogar der gegenstandsbezogenen hegemonialen Wirklichkeitskonstruktion und den Akteursdarstellungen, -charakterisierungen bzw. -zuschreibungen dienlich instrumentalisiert wird.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich der *Gegendiskurs* in struktureller Hinsicht kaum vom Hegemonialdiskurs. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass es zu einer diskursiv

---

<sup>59</sup> siehe Kapitel 1.2: vgl. Jäger 2010: 106

<sup>60</sup> vgl. dazu Diaz-Bone 2006: 13

<sup>61</sup> siehe Anhang 1: vgl. Wagner 2012b: 1 bzw. 7; vgl. Gärtner 2014: 181; vgl. Eckelt 2011: 115; vgl. Naji 2013: 34; vgl. Hermann 2015 u.v.m.

<sup>62</sup> Das negative Russlandbild wird dem im Kapitel 7.1.2 angeführten mediendiskursiven Kontext bezüglich Russland entsprechend reproduziert und verfestigt (vgl. Jänecke/Wehner 2014; vgl. Slomka 2014: 435; vgl. Galperin 2011).

transportierten Täter-Opfer-Umkehr bezogen auf Politakteure kommt. Das gegendiskursive Sagarkeitsfeld bietet folgende Blickrichtungen. Der syrische Präsident al-Assad wird als Opfer westlicher Propaganda bezeichnet, während der Westen den Giftgasangriff, für dessen Einsatz die syrische Opposition verdächtigt wird, als Vorwand für einen imperialistischen Angriff gegen das syrische Volk als Ganzes benutze.

Der Unterschied zwischen Hegemonial- und Gegendiskurs liegt darin, dass kritische Stimmen bzw. Akteurspositionen (Politakteure aus Südamerika, demonstrierende Kriegsgegner in verschiedenen Teilen der Welt und Politakteure politisch links eingestellter Gruppierungen rund um den Globus) gegen geplante westliche Militärmaßnahmen in Syrien einen festen Platz im Gegendiskurs einnehmen, während sie im Hegemonialdiskurs nicht aufkommen. Passend zur Blattlinie des Gegendiskurses der *junge Welt* erscheinen die Politakteure Russlands, Chinas und des Iran in komplett anderem Licht. Dieser markante Unterschied zwischen Gegen- und Hegemonialdiskurs zeigt sich auch in der kollektivsymbolischen Gesamtkomposition. Die im Theorieteil dargestellte kollektivsymbolische Topik (Abbildung 1), die für westliche Gesellschaften gilt, wird nicht mehr zur Stützung des vermeintlichen kollektivsymbolischen Innensystems, sondern zur Stützung des kollektivsymbolischen Außen (in der Auffassung des hegemonialen Diskurses) verwendet. Die „Außen-Akteure“ werden nicht wie im Hegemonialdiskurs als lösungsblockierende Antagonisten zur westlichen Welt dargestellt, sondern als Verfechter einer politischen Lösung, die mit aller Kraft versuchen einen westlichen Militärangriff gegen Syrien zu verhindern. Während im Hegemonialdiskurs, wie bereits beschrieben, anti-arabische Diskurselemente überwiegen, ist eine eher anti-westliche Tendenz im politischen Sinne im Gegendiskurs unverkennbar. Zudem wird im Gegendiskurs eine äußerst deutliche Sprache gegen die syrische Opposition verwendet. Während im Gegendiskurs von „ausländischen Söldnern“ und barbarischen Banden die Rede ist, werden im Hegemonialdiskurs neutralere Attribuierungen wie „Aktivisten“ oder „Rebellen“ verwendet. Auf radikale Tendenzen werden im Hegemonialdiskurs aber auch hingewiesen, wenn etwa von erstarkenden Islamisten die Rede ist. Deren Erstarken wird jedoch auf das Ausbleiben westlicher Militärmaßnahmen gegen die syrische Regierung zurückgeführt. Viele der gemäßigten Rebellen wären infolge des russisch-amerikanischen Chemiewaffen-Deals enttäuscht zu den radikaleren Oppositionsgruppierungen übergelaufen.

An dieser Stelle der Gesamtschau der Arbeit wird bereits deutlich, dass die jeweiligen Medieninstitutionen ihre Publikations- und Deutungsweisen gemäß ihrer eigens definierten ideologischen Ausrichtungen (Kapitel 7.1.1) und entsprechend den mit dem Gatekeeping-Ansatz präsentierten Kriterien bei der Nachrichtenauswahl und –publikation gestalten.<sup>63</sup> Die Erweiterung der theoretischen Fundamentierung der Arbeit um den Gatekeeping-Ansatz erlaubt nun, wenn im Sinne Luhmanns in der „Einstellung eines Beobachters zweiter Ordnung“<sup>64</sup> die durch die Massenmedien vermittelte Realität bzw. Realitäten zum Syrienkrieg beobachtet werden - was durch die Kritische Diskursanalyse des untersuchten Teil-Diskursstranges zum Syrienkrieg (Kapitel 7.3) geschah - Rückschlüsse auf interne Operationsweisen der Medienorgane ziehen (Luhmann 2009: 13). Das Publikationsorgan *Die Welt* betreibt somit seinen betriebenen binären Reduktionismus auf Gut-Böse-Dichotomien gemäß seiner festgelegten ideologischen Blattlinie<sup>65</sup>, die eine solidarische Haltung mit den USA einschließt (vgl. axelspringer). Dementsprechend gestaltet sich, wie die präsentierten Untersuchungsergebnisse deutlich vor Augen führen, die Über- und Unterrepräsentanz gewisser Akteurspositionen und somit insgesamt das Sagbarkeitsfeld zu dem untersuchten Ereignis. Die diskursiven Praktiken (vgl. Foucault 1973: 58) der *Die Welt* zum untersuchten Teil-Diskursstrang zum Syrienkrieg entsprechen, wie empirisch dargelegt, jenen der *Süddeutschen Zeitung*. Somit liefern die Analysen mit dem bisherigen Forschungsstand zu den Diskurspositionen der untersuchten hegemonialen Blätter kompatible Ergebnisse.<sup>66</sup> Die Ergebnisse zum Gegendiskurs der *junge Welt* zeigen diskursive Praktiken entsprechend des antiimperialistischen Selbstverständnisses der Zeitung (vgl. junge Welt). Der Gegendiskurs sorgt für jenes Umkippen des im Hegemonialdiskurs ausgeschlossenen antagonistischen Außens in seiner Valenz.

---

<sup>63</sup> siehe Kapitel 2.2: vgl. Shoemaker/Reese 1996: 63ff, zit. n. Jäckel 2011: 227

<sup>64</sup> siehe Kapitel 2.2

<sup>65</sup> An dieser Stelle soll grob an den im Theorieteil vorgestellten Gatekeeping-Ansatz erinnert werden (vgl. Kapitel 2.2): Gemäß dem Gatekeeping-Ansatz sind die „ideologischen Hintergründe“, „extramediale Kräfte“, „individuelle Vorlieben des Journalisten“ und im Zusammenspiel dieser Faktoren die medialen Organisationsstrukturen insgesamt (Leitlinien des Medienorgans) bestimmend in der medialen Selektions- und Publikationsweise der Nachrichten (vgl. Jäckel 2011: 227).

<sup>66</sup> Siehe Kapitel 7.1.1: vgl. InterKom et al. 1993: 109-127; vgl. Jäger S./Jäger M. 2003: 36)

Der Gegendiskurs versucht somit eine alternative Wirklichkeit zu etablieren, jene alternative Wirklichkeit, welche der Hegemonialdiskurs, wie auch den Untersuchungsergebnissen dieser Arbeit und den bisherigen Ausführungen der Schlussbetrachtung entnehmbar, zu marginalisieren bzw. zu unterdrücken (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 162).

Die Beäugung der Ergebnisse dieser Arbeit im Konnex mit weiteren theoretischen Grundlagen dieser Arbeit liefert sorgt für zusätzliche wertvolle Erkenntnisse. Eine weitere Erweiterung der theoretischen Grundlagen dieser Arbeit erfolgte mit den sozialwissenschaftlich-medientheoretischen Ausführungen zum Verhältnis zwischen Medien und Öffentlichkeit (Kapitel 3) und die Rolle der Medien zu Kriegszeiten (Kapitel 4). In der Zusammenschau mit den Ergebnissen der Untersuchung lässt sich zunächst in Bezug auf die sozialpsychologische Öffentlichkeitstheorie der „Schweigespирale“ von Noelle-Neumann (1996) (Kapitel 3.1.3) ganz im Sinne der poststrukturalistischen Diskurverständnisse, die in Kapitel 1 ausführlich dargelegt wurden, und verknüpft mit den Untersuchungsergebnissen dieser Arbeit sagen, dass gemäß dem Schweigespiral-Konzept die diskursiven Deutungsweisen des Hegemonialdiskurses zum Syrienkrieg und der eben präsentierte binäre Reduktionismus auf Gut-Böse-Dichotomien bei der Darstellung der Konfliktparteien den Gang der gesellschaftlichen Kommunikation in diesem präsentierten Deutungsrastrer bestimmen. Denn es sei daran erinnert, dass sich öffentliche Meinung meist an dem „Tenor meinungsbildender Medien“ bzw. Hegemonialmedien orientiert und Menschen, die ihre Meinung in der Unterzahl wännen, diese dann auch in der Öffentlichkeit zurückhalten (Noelle-Neumann 1996: 359). Das Öffentlichkeitskonzept von Habermas (1990), welches in Kapitel 3.1.1 vorgestellt wurde, geht von einer Öffentlichkeit in der Auffassung als „vermachtete Arena“ aus (Habermas 1990: 28). Mit den Untersuchungsergebnissen dieser Arbeit in Zusammenhang gesetzt lässt sich sagen, dass die diskursmächtigen Hegemonialmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* um die Etablierung ihrer Diskurspositionen in der Öffentlichkeit ringen. Nicht nur die Hegemonialmedien, auch das Medium *junge Welt* als Organ des Gegendiskurses ist Teil des „produktiven Machtnetzes“ (Foucault 1978b: 35) und kann als ein Versuch der destabilisierenden Dislokation (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 142)<sup>67</sup> des Hegemonialdiskurses eingeschätzt werden.

---

<sup>67</sup> Siehe Kapitel 1.1

In den theoretischen Ausführungen zur Genese der medialen Kriegskommunikation (Kapitel 4.1) wurde bezüglich der Öffentlichkeit in der Auffassung als „vermachteten Arena“ vor Augen geführt, dass die Medien strukturell und politisch militarisiert zur Steuerung der öffentlichen Meinung maßgeblich beitragen (vgl. Dominikowski 2004: 79; vgl. Ruf 2007: 86). In dieser Arbeit konnte basierend auf intensiven Analysen zum diskursiven Ereignis des Giftgaseinsatzes von al-Ghouta gezeigt werden, dass starker politischer Moralismus seitens der untersuchten Medien betrieben wird<sup>68</sup>. Dabei sticht die „Sprache des Krieges“, wie im Theorieteil mittels der medialen Strategien des Framing, der Moralisierung und des Dualismus von Gut/Böse nachgezeichnet wurde (Kapitel 4.2.1), im untersuchten Mediendiskurs zum diskursiven Ereignis „Giftgaseinsatz in Al-Ghouta“ deutlich hervor. In den Kontext des Untersuchungsmaterials gesetzt, zeigt sich dabei, dass mit der omnipräsenten Betonung des diktatorischen Führungsstils des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und den angestellten Vergleichen mit anderen ehemaligen arabischen Staatsoberhäuptern ein Rückgriff auf eine Reihe festgefügtster Stereotype in Bezug auf den arabischen Raum erfolgt<sup>69</sup>. Sowohl die Personalisierung von Ereignissen im Kriegskontext, als auch die Betonung der Irrationalität arabischer Politiker, die im Hegemonialdiskurs je nach politischer Konjunktur unter anderem mit den Stigmawort „Diktator“ versehen werden, ist wie im Theorieteil (Kapitel 4.2) expliziert ein altbewährtes Phänomen in Hegemonialmedien (vgl. Interkom 1993; vgl. Imhof 1995; vgl. Loquai 2007 u.v.m.). Die in den Forschungsfragenbereichen dieser Arbeit (Kapitel 6; Frage 2c) gestellte Frage nach potenziellen anti-arabischen Diskurselementen vergegenwärtigend, lässt sich mit Bezug auf die Analyseergebnisse dieser Arbeit Folgendes festhalten: Im untersuchten Interdiskurs hegemonialer Medien erfolgen klassische Zuschreibungen für den arabischen Raum und ihre Politiker. Die Bewertung al-Assads entspricht wie zuvor jener des irakischen Präsidenten Saddam Hussein (vgl. Klenner/Lenzen 1993: 113; Interkom 1993: 117f.; vgl. Loquai 2007: 64f. u.v.m.) oder des libyschen Staatsoberhauptes Muammer al-Gaddafi (vgl. Cassola 2011 u.a.) dem Bild des irrationalen Arabers, der seine Bevölkerung terrorisiert.

---

<sup>68</sup> Näheres zu theoretischen Ausführungen bezüglich „politischer Moralismus“ siehe Kapitel 4.2 (vgl. Iten 1995: 15; vgl. Reeb 2004: 207f.; vgl. Wehofsky 2014 u.v.m.)

<sup>69</sup> Näheres siehe Kapitel 4.2 (vgl. Interkom 1993: 110 u.a.)

Bei diesen Analogien und Frames ist an dieser Stelle das sozialpsychologische Konzept des *Priming*, das im Theorieteil (Kapitel 4.2.1) dargelegt wurde, aufzugreifen. Diesbezüglich ist an dieser Stelle die Frage zu stellen ob nicht durch stigmatisierende Frames wie „Diktator“ oder „Diktatoren-Analogien“ zu Muammar al-Gaddafi und Saddam Hussein möglicherweise mediale Assoziationsaktivierungen vorgenommen werden, wodurch die Leserschaft bei der Bewertung des syrischen Präsidenten in eine erwünschte Richtung gelenkt werden könnte. Dieser Punkt kann zwar durch den in dieser Arbeit vorgenommenen medienzentrierten Forschungszugang nicht erhellt werden, kann jedoch für zukünftige publikumszentrierte Medienwirkungsforschungen von Interesse sein.

Die im politischen Spezialdiskurs betriebene Politik der Entpolitisierung<sup>70</sup> wird im Diskurs der Hegemonialmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* fortgesetzt und mit Diskurstaktiken (z.B. binärer Reduktionismus auf Protagonist-Antagonist-Dichotomien, Kollektivsymbole, Frames, Moralisierung) verstärkt. Die Brisanz des Giftgaseinsatzes, infolge derer hunderte Menschen ums Leben gekommen sind und bezüglich welcher die Schuldfrage noch offen war/ist, wird durch Personalisierung in Form stigmatisierender Etikettierung des syrischen Präsidenten al-Assad als Schuldigen im politischen Spezialdiskurs entpolitisiert.

Was politischen Moralismus anbetrifft unterscheidet sich der Gegendiskurs des Medienorgans *junge Welt* kaum vom Hegemonialdiskurs. Ersterer betreibt lediglich eine Umkehrung der hegemonialdiskursiven Verhältnisse hinsichtlich Ereignis- und Akteursdarstellungen bzw. –zuschreibungen. Das Paradoxe des Gegendiskurses zum untersuchten diskursiven Ereignis besteht darin, dass dieser einerseits die politisch-mediale Meinungselite, d.h. die hegemoniale und miteinander korrespondierende Medien- und Politlandschaft kritisiert und diesen eine militaristische Grundhaltung gegenüber dem kollektivsymbolischen Außensystem attribuiert, andererseits dabei selbst im Stile des Hegemonialdiskurses eine militaristische Sprache gegenüber den eigens definierten „Feindbildern“ pflegt. Das heißt die militaristischen Spielregeln des medialen Kriegsdiskurses werden auch im vermeintlichen Anti-hegemonialen Medium eingehalten.

---

<sup>70</sup> Entgegen der Fakten und Beweislage im Zusammenhang mit dem Giftgaseinsatzes in AL-Ghouta wurde eitens westlicher Politiker ein Täterimage vom syrischen Präsidenten al-Assad installiert und militärische Maßnahmen gegen die syrische Regierung geplant.

Deutlich wird dieser Kritikpunkt an der diskursiven Realität, dass die Opfer des Giftgaseinsatzes im untersuchten Teil-Diskursstrang bei allen untersuchten Medienorganen schlicht vergessen bzw. ausgeblendet werden. Die gegenstandsbezogenen diskursiven Kämpfe werden mit einem starken Fokus auf die themenrelevanten Deutungsweisen jener auf dem politischen Weltparkett miteinander konkurrierenden internationalen Eliteakteure aus der Politik (Russland, USA, Großbritannien, China, Deutschland, Golfstaaten, Iran, et cetera) ausgetragen. Diese ausgemachte kriegsdiskursive Struktur, die allen untersuchten Medienorganen gemein ist, ist im Hinblick auf die gesellschaftliche Kommunikation über die Kriegsthematik als ethisch bedenklich einzustufen.

Die Artikulationsmöglichkeit dieses empirisch fundierten Bedenkens zu den diskursiven Praktiken der untersuchten Medien führt eindrucksvoll vor Augen, weshalb sich das Theorien- und Methodenkonzept der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2012) mit dem Label „kritisch“ versehen kann. Der methodologische Anspruch der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger, die untersuchten Sachverhalte „wohlbegründet zu bewerten und zu kritisieren“ (Jäger 2012: 150f.) wurde mit Hilfe ihrer zur Verfügung gestellten „Werkzeugkiste“ (angefangen von terminologisch-pragmatischen Vorschlägen<sup>71</sup> bis zum vorgeschlagenen Ablauf einer Diskursanalyse<sup>72</sup>) auf das Thema dieser Arbeit bezogen verwirklicht.

Die folgenden Zeilen sollen nun zwecks Abrundung der Schlussbetrachtung als eine kritische „Überprüfung“ der in der wissenschaftlichen Literatur explizierten Funktionen der und gestellten Anforderungen an die Massenmedien<sup>73</sup> in ihrer Rolle als „vierte Gewalt“<sup>74</sup> im Staat an dem in dieser Arbeit untersuchten Material fungieren:

---

<sup>71</sup> Dazu zählen zentrale Begriffe, die im Rahmen dieser Arbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen: Diskursposition, Spezialdiskurs, Interdiskurs, Aussage, Diskursfragment, Diskursives Ereignis, Diskursfragment u.v.m. (vgl. Jäger 2012: 80ff.)

<sup>72</sup> siehe Kapitel 7.2: vgl. Jäger 2012: 90ff.

<sup>73</sup> siehe Kapitel 3.2 bzw. vgl. Ronneberger 1974: 199ff; ; vgl. Burkart 2002: 383ff; vgl. Ziemann 2012:78 u.v.m.

<sup>74</sup> siehe Kapitel 3.1 (vgl. Ziemann 2012: 64) bzw. Kapitel 4 (vgl. Loquai 2007: 56; vgl. Ruf 2007: 86; vgl. Dominikowski 2004).

Diesbezüglich ist erstens festzuhalten, dass besonders die untersuchten Hegemonialmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* ihre politische Kritik- und Kontrollfunktion<sup>75</sup> gegenüber politischen Akteuren bzw. dem politischen *modus operandi* eher nicht wahrnehmen. Im medialen Hegemonialdiskurs wird entsprechend dem politischen Spezialdiskurs eine Politik der Entpolitisierung zu Ungunsten al-Assads fortgesetzt und der Öffentlichkeit in dieser Form transportiert. Wie auch im Rahmen diskurstheoretischer Auseinandersetzungen dargelegt, lässt sich anhand der Analysen zum diskursiven Ereignis konstatieren, dass eine diskursebenenübergreifende Homogenität gegeben ist. Diese Gleichförmigkeit ist ein Resultat der Korrespondenz hegemonialer Politik mit der ihr korrespondierenden Medienlandschaft (Jäger 2012: 141f.). In puncto Informationsfunktion<sup>76</sup> bietet das „produktive Machtnetz“ der Medien, das die Chance auf Widerstand in Form von Gegendiskursen in sich birgt – wobei die gesellschaftliche Reichweite und Wirkmächtigkeit des Gegendiskurses klarerweise nicht an jene des Hegemonialdiskurses gelangen kann – nichtsdestotrotz die Möglichkeit informatorischer Perspektiverweiterungen in sich. Denn während im Hegemonialdiskurs der Giftgaseinsatz ohne eine spezielle Faktengrundlage dem syrischen Präsidenten zugeschrieben und lange Zeit über militärische Maßnahmen gegen Syrien diskutiert wurde, drängte sich im Gegendiskurs der *junge Welt* in dieser Hinsicht eine klar antimilitaristische Haltung hervor.

Auf den Untersuchungsgegenstand bezogen lässt sich in puncto sozialer Funktionen<sup>77</sup> problematisieren, dass angesichts der tiefen Einbettung des politischen Moralismus in die diskursiven Praktiken, die massenmediale Integrationsfunktion, die darin besteht Massenloyalität mit dem vorherrschenden politischen und sozialen Kanon zu bewirken, hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Auftrages in Bezug auf das untersuchte diskursive Ereignis als äußerst bedenklich zu markieren ist. Denn sowohl im Hegemonialdiskurs, als auch im Gegendiskurs ist ein Wissen vorherrschend, das von der polarisierenden Darstellung der Akteure und Feindbildkonstruktionen lebt, während die hunderten unschuldigen Opfer des Giftgasangriffes zu Zwecken des Politikalküls medial instrumentalisiert werden.

---

<sup>75</sup> siehe Kapitel 3.2.2: vgl. Burkart 2002: 395f.

<sup>76</sup> siehe Kapitel 3.2.4: vgl. Burkart 2002: 402 u.a.

<sup>77</sup> siehe Kapitel 3.2.1: vgl. Maletzke 1984: 139; vgl. Burkart 2002: 387ff.

Es ist als ethisch höchst fragwürdig, dass im Mediendiskurs generell betrachtet das Leid der syrischen Zivilbevölkerung propagandistisch ausgeschlachtet wird und dieses Meta-Sagbarkeitsfeld, das sich unabhängig von der gesellschaftlichen Diskursmächtigkeit eines Mediums diskursmedienübergreifend herauskristallisiert, der gesellschaftlichen Kommunikation und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.

Summa summarum lässt sich somit festhalten, dass sowohl die Hegemonialmedien *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* als auch das untersuchte Medienorgan des Gegendiskurses *junge Welt* im Kontext der Untersuchungen dieser Arbeit ihre Funktion als „vierte Gewalt“ (vgl. Beham 2007: 39; vgl. Loquai 2007: 56f. u.a.), Distanz zum politischen Feld und den darin existierenden politisch-ideologischen Standpunkten zu bewahren, nicht wahrnehmen und somit herrschaftsstabilisierende, unausgewogene und eher weniger neutrale Berichterstattung betreiben. Zwar versucht der Gegendiskurs Kritik an den diskursiven Praktiken der Hegemonialmedien zu üben, doch verfängt er sich dabei selbst im Netz der hegemonialen Politlandschaft. Damit trägt er erstens seinen Teil zum Aufkommen des vor wenigen Zeilen erwähnten Meta-Sagbarkeitsfeldes, das die Opfer des Giftgaseinsatzes lediglich am Rande behandelt, bei. Zweitens partizipiert dieser genauso wie der Hegemonialdiskurs an den diskursiven Kampf im Frame des betriebenen binären Reduktionismus auf Gut-Böse-Dichotomien bei der Darstellung der globalen Politelite. Diese Form des diskursiven Kampfes, die sich darauf beschränkt Position für einen Part der globalen Politelite zu beziehen und diesen, unter Instrumentalisierung der menschlichen Opfer des Giftgaseinsatzes, diskursiv gegen den jeweils Anderen zu verteidigen, wirft die Frage danach auf als wessen „vierte Gewalt“ die Massenmedien fungieren. Letztendlich ist auch mit Bedacht auf zukünftige diskursanalytische Arbeiten danach zu fragen nach welchen Maßstäben und Kriterien einem partikularen Diskurs das Präfix „Gegen-“ vorzuhängen ist.

## 9. Literaturverzeichnis

Akert, Robin M.; Aronson, Eliot; Wilson, Timothy D. (2008): Sozialpsychologie. München: Pearson.

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Berlin: VSA.

Althusser, Louis (2011): Für Marx. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bartel, Daniel, Peter Ullrich, Kornelie Ehrlich (2008): Kritische Diskursanalyse - Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien. In: Freikamp, Ulrike, Matthias Leanza, Janne Mende, Stefan Müller, Peter Ullrich, Heinz-Jürgen Voß (Hg.). *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*. Berlin: Karl Dietz Verlag. 53-72.

Beham, Mira (2007): Kriegsberichterstattung – Vom Telegrafen zum Echtzeitkrieg und Internet. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus. Bd. 52, Wien: LIT, 39-56.

Belina, Bernd/Dzudzek, Iris (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse – Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. In: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript, 129-152.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1970): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main.

Bernays, Edward (2013): Propaganda. Die Kunst der Public Relations. Freiburg: Orange-Press.

- Bicchi, Federica (2005): 'Our size fits all': Normative Power Europe and the Mediterranean. EFPU working paper series, 2005-3. European Foreign Policy Unit, London, UK, 200-230.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Bockstette, Carsten/ Jertz, Walter (2004): Strategisches Informationsmanagement. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit aus militärischer Perspektive. In: Löffelholz, Martin (Hg.), Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 215-238.
- Boedeltje, Freerk/ van Houtum, Henk (2011): Brussels is Speaking: The Adverse Speech Geo-Politics of the European Union Towards its Neighbours, *Geopolitics*, 16:1, S. 130-145.
- Brand, Martin (2008): Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?. *UTOPIE kreativ*, H. 217, November 2008, S. 988-1006.
- Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Auflage, Wien, Köln: Böhlau Verlag.
- Claessens, Dieter (2013): Macht und Herrschaft, soziale Zwänge und Gewalt. In: Korte, Hermann/ Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Opladen: Leske & Budrich, 159-171.
- Dahi, Omar S./Munif, Yasser (2011): Aufstände in Syrien: Auf der Suche nach der Schnittmenge – zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus. *INAMO* Nr. 68, Jahrg. 17, 58-64.
- Derrida, Jacques (2001): Signatur Ereignis Kontext. In: Derrida, Jacques (Hg.), *Limited Inc*, Wien: Passagen Verlag, 15–45.
- Dominikowski, Thomas (2004): Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose. In: Löffelholz, Martin (Hg.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 59-80.
- Eckelt, Marcus (2011): Syrien im internationalen System. Die Politische Ökonomie des syrischen Ba'th-Regimes vor und nach der doppelten Zäsur 1990. Münster: LIT Verlag.

Edlinger, Fritz (2012): Demokratieentwicklung in den arabischen Ländern: Reformprozesse und die Rolle der Zivilgesellschaft. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Zeitenwende im arabischen Raum. Welche Antwort findet Europa? Wien: LIT, 17-23.

Foucault, Michel (1973): Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1978a): Wahrheit und Macht. Interview mit Michel Foucault von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino. In: Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve. 21 – 54.

Foucault, Michel (1978b): Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin: Merve.

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Frankfurt am M.: Suhrkamp.

Gärtner, Heinz (2014): Die USA und die neue Welt. Münster: LIT-Verlag.

Gerhard, Ute/Link, Jürgen (1993): Der Orient im Mediendiskurs – aktuelle Feindbilder und Kollektivsymbolik. In: Lüders, Michael (Hg.): Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt, München: Piper, 277-297.

Glasze, Georg/Mattisek Annika (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript Verlag, 153-179.

Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden. Hg. Von Bochmann, Klaus/Wolfgang, Fritz Haug. Hamburg: Argument.

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am M.: Suhrkamp.

Hammond, Philip (2004): „Humanitäre Intervention“ und „Krieg gegen den Terror“. Das Verhalten der Medien vom Kosovo bis zum Irak. In: Löffelholz, Martin (Hg.), Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 99-120.

Hermann, Rainer (2015): Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt. München: deutscher taschenbuch verlag.

Hinnebusch, R.A. (1998): Calculated Decompression as a Substitute for Democratization: Syria. In: B.Korany, R. Brynen; P. Noble (Hrsgb.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Vol. 2, Comparative Experiences, Boulder: Lynne Rienner Publishers, 223-240.

Hinnebusch, Raymond (2012): Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? Review of European Studies 4, No. 3, 18-31.

Imhof, Kurt (1995): Kriegskommunikation im sozialen Wandel. In: Imhof, Kurt; Schulz, Peter (Hg.), Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Bd 1, Zürich: Seismo, 123-136

Iten, Andreas (1995): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Die Sprache bereitet den Krieg vor. In: Imhof, Kurt; Schulz, Peter (Hg.), Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Bd 1, Zürich: Seismo, 13-18.

Jäckel, Michael (2005): Medien und Macht. In: Jäckel, Michael (Hg.): Mediensoziologie. Grundfragen und Forschungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag, 295 – 318.

Jäckel, Michael (2011): Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 5. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.

Jäger Margret/ Jäger, Siegfried/ Ruth, Ina/ Schulte-Holtey, Ernst/ Wichert, Frank (Hg.) 1997: Biomacht und Medien. Wege in die Bio-Gesellschaft. Duisburg: DISS.

Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Bd. 3, Münster: LIT

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner, Keller/Hirsland, Andreas /

Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. 83 – 114.

Jäger, Margarete/ Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden: VS

Jäger, Siegfried; Zimmermann, Jens (Hg.), 2010: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Bd. 26, 1.Auflage, Münster: UNRAST.

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Bd. 3, 6. Auflage, Münster: UNRAST.

Jänecke, Bianca/ Wehner, Wolfgang (2014): Russlandknigge. Praxisleitfaden für Geschäftsbeziehungen. 4.Auflage, München: Oldenburg Wissenschaftsverlag.

Kant, Immanuel (1983): »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784)«. In: ders.: *Werke in zehn Bänden*. Band 9. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 51-61.

Kepplinger, Hans Mathias (1989): Theorien der Nachrichtenauswahl als Theorien der Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Zeitschrift *Das Parlament*. 3-16.

Krois, Peter (2012): Kultur und literarische Übersetzung – Eine Wechselbeziehung. Österreichische und syrisch-arabische Kontextualisierung von Kurzgeschichten Zakariyyā Tāmirs. Band 11, Wien: LIT Verlag.

Krüger, Uwe (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten- eine kritische Netzwerkanalyse. 1.Auflage, Köln: Halem.

Kunczik, Michael (2005): Public Relations in Kriegzeiten – Die Notwendigkeit von Lüge und Zensur. In: Preußner, Heinz-Peter (Hg.), *Krieg in den Medien*. Amsterdam: Rodopi, 241-264.

Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus-Faschismus-Populismus*, Berlin: Argument.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony & socialist strategy: towards a radical democratic politics*, London: Verso.

Laclau, Ernesto (1990): *New reflections on the revolution of our time*, London: Verso.

- Leaman, Jeremy (2008): Hegemonialer Merkantilismus. Die ökonomische Doppelmoral der EU. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 57 (2), S. 76 - 90.
- Link, Jürgen (1984): Diskursive Rutschgefahren ins vierte Reich? Rationales Rhizom. In: *kultuRRevolution* 5, 12-20.
- Link, Jürgen (1992): Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen. *OBST*, 46, 37-54.
- Link, Jürgen (1995): Grenzen des flexiblen Normalismus? In: Schulte-Holtey, Ernst (Hg.): *Grenzmarkierungen, Normalisierung und diskursive Ausgrenzung*. Duisburg: DISS. 24-39.
- Link, Jürgen (1999): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 2. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Link, Jürgen (2013): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 5. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lippmann, Walter (1922): *Public Opinion*. New York: The Macmillan Co. New Edition: Macmillan Paperback 1960. Deutsch: *Die öffentliche Meinung*. München 1964.
- Lobaczewski, Andrzej M. (2014): *Politische Ponerologie. Eine Wissenschaft über das Wesen des Bösen und ihre Anwendung für politische Zwecke*. 3. korr. Auflage, Castelsarrasin: Pilule Rouge.
- Lobmeyer, Hans Günter (1995): Syrien: Das Reich des Leviathan. In: Ibrahim, Ferhad/Wedel, Heidi (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*. Opladen: Leske & Budrich, 75-94.
- Loquai, Heinz (2007): Sprache des Krieges, Bilder des Krieges – Medien als Kriegstreiber: Jugoslawien, Irak, Iran. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), *Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus*. Bd. 52, Wien: LIT, 56-74.
- Lösing, Sabine/ Wagner, Jürgen (2011): Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik. EUropas neoliberale Offensive an der südlichen Peripherie. *Wissenschaft & Frieden*. H. 4. 2011.

Luhmann, Niklas (1970): »Öffentliche Meinung«. In: Politische Vierteljahresschrift 11/1, 2-28.

Luhmann, Niklas (2009): Die Realität der Massenmedien. 4.Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.

Maletzke, Gerhard (1984): Bausteine zur Kommunikationswissenschaft. 149-1984. Berlin: Volker Spiess.

Marchetti, Andreas (2006): The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery, ZEI-Discussion Paper C158, Bonn: ZEI.

Marsing, Stephanie (2012): Elitenwandel in Syrien. Wie Bashar al-Assad sein Image als Reformverfechter verpielte. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.

Matar, Linda (2012): The Socioeconomic Roots of the Syrian Uprising. Middle East Insights No. 58, March 27, 2012.

Morelli, Anne (2004): Die Prinzipien der Kriegspropaganda. 1.Auflage, Springer: zu Klampen.

Mühlberger, Wolfgang (2013): Syrien: Abgesang des arabischen Nationalismus. IFK Aktuell, 1/13, Wien, 1-20.

Naji, Fawzy (2012): Arabischer Frühling: Hintergründe, Ziele und Hindernisse. Norderstedt: BoD.

Noelle-Neumann, Elisabeth (1996): Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. 4. Auflage, Berlin: Ullstein.

Peplau, Letitia Anna/Sears, David O./Taylor, Shelley E. (2003): Social Psychology. New Jersey: Prentice Hall.

Perthes, Volker (1996): The private sector, economic liberalization, and the prospects of democratization: the case of syria and some other Arab countries. In: Salame, Ghassan (Hg.): Democracy without democrats? The renewal of politics in the Muslim world, 3. Auflage, London/New York: Tauris, 243-269.

Quaisser, Wolfgang/Wood, Steve (2008): The New European Union – Characteristics, Contradictions and Challenges, Osteuropa-Institut, Kurzanalysen und Informationen Nr. 30, Februar 2008, S. 4.

Reckwitz, Andreas (2006): Ernesto Laclau. Diskurse, Hegemonien, Antagonismen. In: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 339-349.

Reeb, Hans-Joachim (2004): Öffentlichkeit als Teil des Schlachtfeldes. Grundlagen der Kriegskommunikation aus militärischer Perspektive. In: : Löffelholz, Martin (Hg.), Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 197-214.

Reynaert, Vicky ( 2011): Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of 'Shallow' Democracy in the Mediterranean. *European Foreign Affairs, Review* 16 (5), 623-637.

Ronneberger, Franz (1974): Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.), *Zur Theorie der politischen Kommunikation*, München: R. Piper & Co. Verlag, 193-205.

Ronneberger, Franz (1978): *Kommunikationspolitik. Teil I: Institutionen, Prozesse, Ziele.* Mainz: v. Hase & Koehler.

Ronneberger, Franz (1985): Integration durch Massenkommunikation. In: Saxer, Ulrich (Hg.), *Gleichheit oder Ungleichheit durch Massenmedien?. Homogenisierung – Differenzierung der Gesellschaft durch Massenkommunikation.* 1.Auflage, München: Ölschläger Verlag, 3-19.

Rosiny, Stephan (2013): Diktaturen, Bürgerkrieg und Machtteilung in fragmentierten Gesellschaften. Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich. In: Thorsten G. Schneiders (Hg.), *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Wiesbaden: Springer VS, 65-80.

Ruf, Werner (2007): Herrschender Diskurs – herrschende News. . In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), *Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus.* Bd. 52, Wien: LIT, 75-88.

Scarpetta, Vincenzo/ Swidlicki, Pawel (2011): The EU and the Mediterranean: good neighbours?, London: Open Europe, Mai 2011, S. 1-23.

Schneiders, Thorsten Gerald (2013): Der Arabische Frühling in Syrien – Hintergründe, Strukturen, Akteure. In: Thorsten G. Schneiders (Hg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen, *Wiesbaden*: Springer VS, 231-252.

Schmidinger, Thomas (2012): Zwischen Sozialer Revolution und Bürgerkrieg: Der „Arabische Frühling“ im Kontext der politischen Kräfteverhältnisse in der Region. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), *Zeitenwende im arabischen Raum. Welche Antwort findet Europa?* Wien: LIT, 195-224.

Schulz, Winfried (1990): Der Kommunikationsprozeß – neubesehen. In: Wilke, Jürgen (Hg.), *Fortschritte der Publizistikwissenschaft*, Freiburg/München: Alber, 25-37.

Sen, Kasturi/ al Faisal, Waleed (2012): Syria: Neoliberal Reforms in Health Sector Financing: Embedding Unequal Access?. *Social Medicine*, Volume 6, Number 3, March 2012, 171-182.

Slomka, Marietta (2014): *Kanzler, Krise, Kapital. Wie Politik funktioniert*. 1.Auflage, München: Bertelsmann Verlag.

Staab, Joachim Friedrich (1990): *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg/München: Alber.

Stäheli, Martin (2001): *Die syrische Aussenpolitik unter Präsident Hafez Assad. Balanceakte im globalen Umbruch*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Studiengruppe InterKom (1993): Tyrannen, Aggressoren, Psychopathen. Deutsche Tageszeitungen und ihre Feindbilder. In: Löffelholz, Martin (Hg.), *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-126.

Vobruba, Georg (2007): Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. *Osteuropa* 2-3/2007, S. 7-20.

Wagner, Jürgen (2008): Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa. Informationsstelle Militarisierung (IMI), Studien zur Militarisierung Europas 36/2008, S. 1-31.

Wagner, Jürgen (2012a): Imperialer Neoliberalismus. Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik. Informationsstelle Militarisierung e.V., 2012, Nr. 12, 1-13.

Wagner, Jürgen (2012b): Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt. Informationsstelle Militarisierung e.V., Nr. 07/2012 – 20.03.2012, 1-8.

Weischenberg, Siegfried (1993): Zwischen Zensur und Verantwortung. Wie Journalisten (Kriege) konstruieren. In: Löffelholz, Martin (Hg.), Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 65-80.

Werber, Niels (2005): Medien des Krieges. Zur Semantik des Weltverkehrs. In: Preußner, Heinz-Peter (Hg.), Krieg in den Medien. Amsterdam: Rodopi, 83-104.

Westley, Bruce H./MacLean, Malcolm S. jr. (1957): A Conceptual Model For Communication Research. In: Journalism Quarterly Vol. 34/1957. 31-38.

White, David Manning (1950): The „Gate Keeper“: A Case Study in the Selection of News. In: Journalism Quarterly Vol. 27/1950. 383-390.

Wildenmann, Rudolf/Kaltefleiter, Werner (1965): Funktionen der Massenmedien. Schriften des Forschungsinstituts für politische Wissenschaft der Universität zu Köln. Heft 12. Frankfurt/Main – Bonn.

Wilke, Jürgen (1995): Krieg als Medienereignis – Konstanten und Wandel eines endlosen Themas. In: Imhof, Kurt; Schulz, Peter (Hg.), Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Bd 1, Zürich: Seismo, 21-36.

Wilke, Jürgen (2005): Krieg als Medienereignis. Zur Geschichte seiner Vermittlung in der Neuzeit. In: Preußner, Heinz-Peter (Hg.), Krieg in den Medien. Amsterdam: Rodopi, 83-104.

Yildiz, Erol (1997): Die halbierte Gesellschaft der Postmoderne. Probleme des Minderheitendiskurses unter Berücksichtigung alternativer Ansätze in den Niederlanden. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Ziemann, Andreas (2012): Soziologie der Medien. 2. Erweiterte und überarbeitete Auflage, Bielefeld: transcript.

### **Internetquellen**

Angerer, Jo/ Werth, Mathias (2001): Es begann mit einer Lüge. Monitor Autoren enthüllen Fälschungen in der Berichterstattung zum Kosovo-Krieg. Online unter: [http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/jugoslaw/natokrieg/es\\_begann\\_mit\\_einer\\_luege\\_monitor.html](http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/jugoslaw/natokrieg/es_begann_mit_einer_luege_monitor.html), 22.03.2016.

Axel Springer SE. Grundsätze und Leitideen. Online unter: [https://www.axelspringer.de/artikel/Grundsaeetze-und-Leitlinien\\_40218.html](https://www.axelspringer.de/artikel/Grundsaeetze-und-Leitlinien_40218.html), 01.04.2016.

Cassola, Arnold (2011): Diktator Gaddafi und die falschen Freunde im Westen. Online unter: <http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article13594944/Diktator-Gaddafi-und-die-falschen-Freunde-im-Westen.html>, 29.03.2016.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Kritische Diskursanalyse: Zur Ausarbeitung einer problembezogenen Diskursanalyse im Anschluss an Foucault. Siegfried Jäger im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research, 7(3), Art. 21. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/148/326>, 10.05.2016.

Dietrich, Alexander (2011): Gaddafi- Poet und Schlächter seines eigenen Volkes. Online unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article13671856/Gaddafi-Poet-und-Schlaechter-seines-eigenen-Volkes.html>, 01.03.2016.

Europäische Kommission (2003): EU-Syrien: Abschluss der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen – Brüssel, den 10. Dezember 2003. Online unter: [trade.ec.europa.eu/doclib/html/115350.htm](http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/115350.htm), 15.02.2016.

Europäische Kommission (2004): Mitteilung der Kommission. Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier, Brüssel, den 12.5.2004, KOM(2004) 373 endgültig. Online unter: [www.enpi-info.eu/library/sites/default/files/strategy\\_paper\\_de.pdf](http://www.enpi-info.eu/library/sites/default/files/strategy_paper_de.pdf), 30.02.2016

Europäische Kommission (2007a): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument – Arabische Republik Syrien: Länderstrategiepapier 2007-2013 und Nationales Richtprogramm 2007-2010. Onlineunter: [eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi\\_csp\\_nip\\_syria\\_de.pdf](http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_de.pdf), 05.04.2016.

Europäische Kommission (2007b): Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument – Arabische Republik Syrien: Revidiertes Nationales Richtprogramm 2008-2010. Onlineunter: [eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi\\_nip\\_0810\\_syria\\_de.pdf](http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/country/enpi_nip_0810_syria_de.pdf), 06.04.2016.

Europäische Kommission (2008): Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen EG-Syrien. Online unter: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/00/31/EU\\_03154/imfname\\_10005215.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/00/31/EU_03154/imfname_10005215.pdf), 15.01.2016

Freedomhouse (2014): Freedom in the World 2014. Syria. Online unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2014/syria>, 12.04.2016.

Galperin, Juri (2011): Das Russlandbild deutscher Medien. Bundeszentrale für politische Bildung, Online unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47998/russlandbild-deutscher-medien?p=all>, 09.05.2016.

Ghadi, Francis (2011): Dardari: The Trojan Horse of Neoliberal Syria. Online unter: <http://english.al-akhbar.com/node/2097>, 15.04.2016.

Goldberg, Jeffrey (2012): Obama to Iran an Israel : „As President of the United States, i don't bluff“. Online unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2012/03/obama-to-iran-and-israel-as-president-of-the-united-states-i-dont-bluff/253875/>, 08.04.2016

Ingrid Kollak (2002): Schlechte Zeiten für eine kultursensible Pflegepädagogik? - Normalisierungsprozesse in Politik, Pädagogik und Pflegepädagogik. Online unter: [http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2002/kollak01\\_02.htm](http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2002/kollak01_02.htm) , 22.03.2016.

Jähner, Harald (2001): Die Welt braucht keine Entwicklungshilfe, sondern eine demokratische Weltsozialpolitik DER TERROR UND DIE FOLGEN - Die nächsten Schritte der Globalisierung.: Der Terror ist so heimatlos wie die Wirtschaft. Berliner Zeitung. In: Ingrid Kollak (2002): Schlechte Zeiten für eine kultursensible Pflegepädagogik? – Normalisierungsprozesse in Politik, Pädagogik und Pflegepädagogik. Online unter: [http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2002/kollak01\\_02.htm](http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2002/kollak01_02.htm) , 15.03.2016.

Junge Welt. Diese Zeitung. Was ist die junge Welt? Online unter: [http://www.jungewelt.de/ueber\\_uns/diese\\_zeitung.php](http://www.jungewelt.de/ueber_uns/diese_zeitung.php)., 03.03.2016.

McCain, John (2012): Remarks by Senator John McCain on the situation in Syria on the floor of the U.S. Senate. Online unter: <http://www.mccain.senate.gov/public/index.cfm/floor-statements?ID=e460be36-c488-e7de-8c38-64c3751adfce>, 03.04.2016

SNC – Syrian National Council: Economic Discourse of the Syrian Revolution: The Potential Miracle of the Syrian Economy. Online unter: <http://scps.org/en/wp-content/uploads/2013/07/Economic-discourse-EN-Final.pdf>, 21.02.2016

Süddeutscher Verlag. Unternehmensleitbild. Online unter: <http://www.sueddeutscher-verlag.de/info/facts/portrait>, 04.03.2016.

The Rendong Group. Strategic communications. Edge thinking. Information als an Element of Power. Online unter: <http://www.rendon.com/>, 10.03.2016.

Verheugen, Günter (2005): »Europa muss Weltmacht werden!«. EU-Kommissar Günter Verheugen im Gespräch mit der IP. Online unter: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2005/januar/%C2%BBeuropa-muss-weltmacht-werden%C2%AB>, 14.02.2016.

Wehowsky, Stephan (2014): Das Gift der Ressentiments. Online unter: <http://www.journal21.ch/das-gift-der-ressentiments>, 22.01.2015.

# ANHANG

## Anhang 1: Polithistorischer Hintergrund des Syrienkrieges

### 1. Liberalisierungspolitiken unter Hafez Al-Assad

Seit über einem halben Jahrhundert bestimmt die pan-arabische Baath-Partei die Geschicke Syriens. Bis zu seinem Tod im Jahre 2000, stand Hafez al Assad seit 1970 an der Spitze Syriens, ehe sein Sohn, Baschar al-Assad, die Macht übernahm. Die Baath-Ideologie, als Antwort auf den Kolonialismus, somit als arabischer Konterpart zu westlichen Ideologien entstanden, basiert auf den Fundamenten „Einheit, Freiheit und Sozialismus“ (vgl. Dahi/Munif 2011: 58; vgl. Mühlberger 2013: 6). Die Macht der Partei beruht seit ihrem Bestehen in Syrien auf einer äußerst starken Basis unter Bauern und Arbeitern. Lange Zeit wusste die syrische Politelite die schützende Hand des Staates, die „linke Hand“ des Staates, wie es Bourdieu ausdrücken würde, über die beiden wichtigsten Basen der Gesellschaft zu halten und sie vor dem Markt zu schützen (vgl. Dahi/Munif 2011: 58f.). Zu Beginn seiner Machtperiode lag das Bestreben Hafez Al-Assads darin, „dass der Staat die Kommandohöhen der Wirtschaft übernimmt, Infrastrukturprojekte in die Wege leitet sowie industrielle Produktionsstätten einrichtet und quantitative Einschränkungen über den internationalen Handel verhängt“ (ebd.: 59). Über einen Großteil der Bevölkerung konnte durch deren Inklusion in den syrischen Bürokratieapparat staatliche Kontrolle ausgeübt werden. Der Staat hielt den Primat inne und konnte durch seine Öleinnahmen sowohl den Bildungs- und Gesundheitssektor subventionieren als auch den kostenlosen Zugang der Bevölkerung zu jenen sichern (vgl. ebd.). Doch gleichzeitig regierte das Regime mit eiserner Hand, indem es den wichtigen Trägern der Gesellschaft, den Bauern, Arbeitern und Berufsverbänden trotz Integration in das Regime die Autonomie verweigerte (vgl. ebd.). Wichtige Positionen im Staatsapparat wurden an die religiöse Minderheit der Alawiten, zu jener auch Assad angehört, vergeben, weil ein „traditionelles Patronagesystem zur Absicherung der politischen Macht“ dient (Mühlberger 2013: 8).

Wirtschaftspolitische Veränderungen wurden mit der Periode der „Infitah“ eingeläutet, inspiriert von Ägyptens Präsidenten Gamal Abdel Nassers wirtschaftlichen Öffnungsbestrebungen, dem sogenannten „infitah“, die wirtschaftliche Liberalisierungen bezweckte (Stäheli 2001: 79). Dadurch wurde die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft gelockert und die Öffnung der Wirtschaft für multinationale Konzerne besonders im Bereich des Handels ermöglicht: Preise für Grundnahrungsmittel wurden bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne gesenkt, der Außenhandel von staatlichen Eingriffen befreit und die Einfuhr von Luxusgütern ermöglicht (vgl. ebd.). Doch hauptsächlich „profitierte die städtische Handelsbourgeoisie von Assads Öffnungspolitik (...) Rasch entwickelte sich unter Assad eine ‚neue Bourgeoisie‘, die zwischen den staatlich organisierten Handelsstrukturen und ausländischen Gesellschaften eine eigentliche Vermittlungsstellung einzunehmen begann“ (ebd.). Diese Umstände führten zu einem Konflikt mit einzelnen gesellschaftlichen Bewegungen (linke Opposition, Muslimbruderschaft, Gewerkschaften), die zu Gewalteskalationen mit dem repressiven staatlichen Apparat führten (vgl. Dahi/Munif 2011: 59ff.). Assad konnte durch diese wirtschaftliche Neuorientierung jedoch einen Großteil der sunnitischen Mittelklasse für seine Politik gewinnen (vgl. Stäheli 2001: 79). Gesellschaftlicher Protest wurde durch die „rechte Hand“ des Staates, worunter Bourdieu den Gewalt- und Zwangsapparat des Staates subsumiert, brutal niedergeschlagen: die säkularistische Opposition im Jahr 1980 und die islamistische mit tausenden Todesopfern in der Stadt Hama, wodurch der Gesellschaft jegliche Basis für eine oppositionelle Interessensartikulation entzogen wurde (vgl. Lobmeyer 1995: 82). Durch diese Repressionspolitik konnte das Regime bis heute seine Macht absichern und war angesichts der Ausschaltung oppositioneller Stimmen vor weiteren Krisen geschützt. So hatte Syrien Mitte der 80er Jahre Syrien, wie andere Länder um die Region -Jordanien, Tunesien, Ägypten- mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen. Diese Krise wurde nicht wie bei Letzteren durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank gelöst, da der syrische Elitenkreis Machtverlust befürchtete. Man nahm sich des Problems auf nationaler Ebene mittels einer Austeritätspolitik, einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft in Form begrenzter Privatisierungen und der Anwerbung von Auslandsinvestitionen unter dem Druck eines immer stärker werdenden Unternehmertums an. Diese wirtschaftliche Öffnungspolitik wird als die zweite infitah bezeichnet. (vgl. Dahi/Munif 2011: 60; vgl. Perthes 1996: 248; vgl. Lobmeyer: 84).

Die Lebensbedingungen vieler Syrer haben sich dadurch deutlich verschlechtert, die aber durch die starke Repressionspolitik die Existenz des Regimes nicht gefährdete. Es gab „eine organische Beziehung zwischen dem Aufkommen der Marktwirtschaft und der Zwangsherrschaft“ (Dahi/Munif 2011: 58). Zu Beginn der 1990er Jahre kam es zu einer kalkulierten politischen Öffnung. Diese politische Liberalisierung äußerte sich darin, dass eine große Anzahl an politischen Gefangenen freigelassen wurde und nun auch unabhängige Kandidaten ein Mitspracherecht im Parlament erhielten, die aber hauptsächlich der syrischen Unternehmensschicht angehörten und somit den Privatsektor vertraten (vgl. Lobmeyer 1995:84; vgl. Krois 2012: 91). Was als Stärkung der Zivilgesellschaft anmutete, entpuppte sich als das Gegenteil: „Vielmehr handelt es sich um das Gegenteil, nämlich um eine Manifestation der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft“ (Lobmeyer 1995: 84). Hinnebusch konkludiert, dass diese Politik der Entspannung und jene der kalkulierten Druckverminderung gegenüber den Unternehmern zum Ausbau der Machtbasis und der Stabilität des Regimes diene (vgl. Hinnebusch 1998: 223).

## **2. Baschar Al-Assad: Neoliberalisierungskurs unter Baschar Al-Assad**

Nach dem Tod seines Vaters übernahm Baschar Al-Assad im Jahr 2000 die Macht in Syrien und versprach zugleich politische und wirtschaftliche Reformen. Erstere machte in Form des „Damaszener Frühlings“ Hoffnung auf eine politische Öffnung und Liberalisierung des Landes. „Es entstanden Salons und Debattierklubs, in denen sich Intellektuelle (...) oder oppositionelle Politiker (...) relativ frei äußern konnten. Erklärungen wie das *Manifest 99* und später das *Manifest der 1000*, die auf Reformen drängten, wurden verfasst und unterzeichnet“ (vgl. Schneiders 2013: 233). Die Befürchtung der Regierung vor einem Umsturz und dem „regime change“ führte jedoch schon nach neun Monaten zu einer Beendigung des Damaszener Frühlings. Intellektuelle wurden mit der Anschuldigung, die Stabilität des Landes zu gefährden und Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten zu haben, verhaftet (vgl. ebd.; vgl. Dahi/Munif 2011: 60f.; vgl. Mühlberger 2013: 9; vgl. Krois 2012: 93). Politische Umwälzungen schienen somit sowohl aufgrund des immensen Gewaltapparates des Regimes, als auch durch die nach wie vor starke Einbindung großer Teile der Bevölkerung in die Partei- und Staatsbürokratie vorerst unmöglich zu sein.

Das Interesse an systemischen Veränderungen war nicht ausreichend vorhanden, da viele Menschen vom *modus operandi* des syrischen Systems profitierten (vgl. Schneiders 2013: 134). Die wirtschaftlichen Liberalisierungsschritte die bereits unter der Regentschaft von Baschar Al-Assads Vater initiiert wurden, haben ihre Fortsetzung auch nach dem innerfamiliären Machtwechsel gefunden. Unter Baschar Al-Assad kam es zu weitreichenden ökonomischen Reformen, sodass die staatliche Abhängigkeit vom Privatsektor unaufhaltsam anstieg. Entgegen der krisenbedingten wirtschaftlichen Reformen und der Marktorientierung unter seinem Vater wurde unter Baschar Al-Assad ein radikaler Neoliberalisierungskurs eingeschlagen. Mobilfunk und Internet hielten Einzug, multinationale Konzerne – Coca Cola, Pepsi, Kentucky Fried Chicken - wurden auf den syrischen Markt zugelassen, Staatsgüter privatisiert und ein privates Bankensystem installiert. Darüber hinaus wurden die Freiheit des Wettbewerbs auf dem Immobilienmarkt und der Schutz des Privateigentums gesetzlich gestärkt. Dadurch wurde die Nichtigkeit von bestehenden Pachtgesetzen besiegelt, sodass es für Vermieter leichter wurde, Räumungsverfahren auf Kosten der Mieter aus Häusern mit gebundenen Mieten einzuleiten (vgl. Matar 2012; vgl. Schneiders 2013: 234; vgl. Dahi/Munif 2011: 60f.).

Syriens Bestreben um eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft mündete in internationale Kooperationsabkommen im Rahmen der GAFTA (Greater Arab Free Trade Agreement) und der Euro-Mediterranen Partnerschaft, ein EU-Projekt zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kooperation mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums (vgl. Mühlberger 2013: 12). Das Ziel der Modernisierung der Wirtschaft, der Steigerung des Exports und der Kapitalzuflüsse, das mit dem Beitritt zur GAFTA verfolgt wurde, war als Vorbereitung für die Liberalisierungen im Bereich des Handels mit der EU zu verstehen. Freihandelsabkommen mit dem Nachbarn Türkei und der aufstrebenden Wirtschaftsmacht China sorgten für neue Handelsrouten, schwächten aber die heimische Textilindustrie und verursachten ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit (vgl. Matar 2012; vgl. Mühlberger 2013: 12). Die Armutssituation wurde durch den Rückgang der staatlichen Subventionen für Benzin, Gas, Diesel und Strom zusätzlich verschärft. Die Kluft zwischen arm und reich wuchs seit dem Jahr 2000 stetig, genauso die Inflationsrate, sodass sich diese Neoliberalisierungspraktiken negativ auf die Arbeiter- und untere Mittelschicht auswirkten (vgl. ebd.).

Doch „die ökonomische Liberalisierung war aufgrund des vorherrschenden Klientelismus und der Korruption stets kontrolliert und selektiv. Daraus ergaben sich sektorielle Monopolisierungstendenzen, wie beispielsweise in der Telekommunikation“ (Mühlberger 2013: 12). Das beste Beispiel für diesen autoritaristischen Neoliberalismus ist Rami Makhlouf, der Cousin des syrischen Präsidenten, welcher einen Großteil der syrischen Wirtschaft kontrolliert und Vorsitzender der syrischen Telekommunikationsfirma SyriaTel ist. Ihm wird nachgesagt, dass er das syrische Regime finanziell unterstützt und ein Monopol über die mobile Telekommunikation innehat. Zudem fungiere dieser Sektor als strategische Stütze des Regimes in puncto Überwachung der syrischen Bevölkerung und Informationssammlung (vgl. Dahi/Munif 2011: 61; vgl. Marsing 2012: 32). Hauptprofiteure der wirtschaftlichen Reformen waren somit Leute wie Makhlouf, deren Vermögen rapide anstiegen, während breite Schichten der syrischen Bevölkerung immer mehr verarmten, darunter die wichtigsten gesellschaftlichen Basen des Regimes, Arbeiter und Bauern. (vgl. Mühlberger 2013: 13; vgl. Dahi/Munif 2011: 61; Matar 2012). Die jüngsten Aufstände im Jahre 2011 in Syrien sind somit nicht nur aus rein politischer Sicht zu betrachten, sondern haben auch sozioökonomische Komponenten, die bisher umrissen wurden. Die Aufstände sollen sich nicht nur gegen die syrische Regierung richten, sondern auch gegen einen westlichen Neokolonialismus: „Die gegenwärtigen arabischen Aufstände sollen deshalb nicht nur als Anfechtung des arabischen Autoritarismus gesehen werden, sondern auch als Anfechtung der Abhängigkeit vom Westen“ (Dahi/Munif 2011: 62).

In der Folge sollen die wirtschaftspolitischen Interessen externer Akteure, besonders der Europäischen Union, in Syrien dargelegt und die damit zusammenhängenden Aspekte des Neokolonialismus oder des imperialen Neoliberalismus (vgl. Wagner 2012a; Dahi/Munif 2011), die wissenschaftlich zur Debatte stehen, herausgearbeitet werden. Dadurch soll ein besseres Verständnis der komplexen Zusammenhänge in der Genese der Aufstände und der Folgezeit ermöglicht und abschließend in Konnex mit den bisherigen Ausführungen – somit durch die Vielzahl der Zugänge - ein Gesamtbild der polithistorischen und sozioökonomischen Hintergründe sowohl der Aufstände als auch der Folgeentwicklungen sich herauskristallisieren.

### 3. Syrien im Kontext der Globalisierung: Imperialismus oder Kooperation?

Der Liberalisierungskurs Syriens wurde seitens der Europäischen Union seit den 1990er-Jahren unterstützt. Als Beispiel ist an dieser Stelle das euro-mediterrane Partnerschaftsabkommen – auch als Barcelona-Prozess bekannt, da es im Jahr 1995 in Barcelona initiiert wurde – mit Syrien zu nennen. Oberste Priorität in dieser Zusammenarbeit sowohl mit Syrien als auch mit anderen Ländern des südlichen Mittelmeerraumes war die Schaffung des Friedens, Wohlstandes und Stabilität im Mittelmeerraum. Die wirtschaftliche Prosperität wurde mit Freihandelsabkommen angestrebt (vgl. Hinnebusch 2012: 22; Mühlberger 2013: 12; vgl. Bicchi 2005: 212). Baschar Al-Assad erhoffte sich durch die Zusammenarbeit eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen, jedoch ist an dieser Stelle auch anzumerken, dass der Spielraum alternative Kooperationspartner zu finden angesichts der enormen wirtschaftlichen Macht der EU eingeschränkt war. Die Wünsche der europäischen Staatengemeinschaft waren damit schwer zu ignorieren. Assad erhoffte sich durch die Zusammenarbeit Unterstützung für seinen Liberalisierungskurs und zugleich auch im Kampf gegen kritische Stimmen auf nationaler Ebene (vgl. Mühlberger 2013: 12). Die Zusammenarbeit zwischen der EU und den südlichen Nachbarländern wird in der wissenschaftlichen Diskussion als asymmetrisch zu Ungunsten der südlichen Nachbarländer der EU charakterisiert: „The EU’s motives for the Barcelona process were, however, more self-interested than its rhetoric suggested“ (Hinnebusch 2012: 22). Diesbezüglich ist das Konzept der „Europäisierung“ entwickelt worden, welches besagt, dass Staaten sich vermehrt an die Standards und normativen Zielvorgaben der EU halten müssen. In ökonomischer Hinsicht

„repräsentiert die Europäisierung sogar eine besonders ‚tiefe‘ Form der Globalisierung (...) zum einen ‚nach innen‘ (...) durch die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die (Teil-)Privatisierung und marktkonforme Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen oder auch die Vergemeinschaftung der Geld- und Finanzpolitik (...) zunehmend auch ‚nach außen‘ als eine wichtige Triebkraft der Globalisierung“ (Bieling 2010: 86).

Europäisierung und Globalisierung werden in diesem Zusammenhang als Komplementärprozesse verstanden. Die Genese des Globalisierungsprozesses von Innen nach Außen soll folglich veranschaulicht werden und in weiterer Folge am Beispiel Syrien ihren Kulminationspunkt erreichen.

### **3.1 Transformation der Expansionspolitik**

Die Rolle der Europäischen Union als zunehmender Globalisierungsakteur und deren Export der neoliberalen Ideologie in die südliche Peripherie werden im Spezialdiskurs als Kritikpunkte angeführt (vgl. Hinnebusch 2012: 22; vgl. Lösing/Wagner 2011: 36f.). Hervorgehoben wird die Bildung eines hegemonialen transnationalen Blocks, worin transnationale Konzerne eine führende Rolle innehaben. Diese Entwicklung wurde durch die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren und dem Hervorkommen des Finanzmarkt-Kapitalismus in Gang gesetzt, zu deren Profiteuren begünstigt durch die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte transnationale Konzerne und Akteure des Finanzmarkts zählen (vgl. Brand 2008: 998). Alternativ ist in diesem Zusammenhang von Eliten-Netzwerken die Rede, welche zunehmend wirtschaftsliberal orientiert sind und „die EU auf der Grundlage der internen Globalisierung und Europäisierung auch als ‚Global Player‘ in der Weltpolitik profilieren wollen“ (Bieling 2010: 95f.). In Konkurrenz mit anderen Großmächten wie China, USA und Indien versucht sich die Europäische Union machtpolitisch und wirtschaftlich auf dem globalen Markt zu bewähren, was mit der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 klare Konturen annahm, mit der Vorgabe

„zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufsteigen zu wollen. Hierfür war aber (...) nicht nur ein radikaler neoliberaler Umbau nach Innen notwendig, sondern dies erforderte ebenso die aggressive Erschließung neuer Märkte der Staaten im europäischen Großraum (und zunehmend darüber hinaus) über deren periphere Integration in die Europäische Wirtschaftszone“ (Wagner 2008: 2).

Entsprechende Expansionschancen ergaben sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in Osteuropa. Vor diesem Hintergrund ist die EU-Osterweiterung als ein Prozess aufzufassen, welcher dazu diente transnationalen Konzernen neue Absatz- und Investitionsmärkte zu erschließen und für eine Expansion der EU-Einflusssphäre zu sorgen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die Westintegration der osteuropäischen Staaten alternativlos und deren Konkurrenzfähigkeit angesichts der kolossalen Wirtschaftsmacht des Westens eingeschränkt, sodass die neoliberale Umstrukturierung der Systeme der betreffenden Transformationsländer unausweichlich war (vgl. Wagner 2008: 2; Leaman 2008: 85 ff.; vgl. Bieling 2010: 237; vgl. Wagner 2012a: 2).

Die im Jahre 1993 beschlossenen Kopenhager Kriterien – bereits vor dem Beschluss der Lissabon-Strategie als Vorbereitung für die EU-Osterweiterung konzipiert - stellten sowohl politische als auch wirtschaftliche Bedingungen an die Beitrittskandidaten:

„Die Kopenhager Kriterien verpflichteten die Beitrittskandidaten auf politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Gemeinschaft standhalten zu können“ (Brand 2008: 1000).

Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie scheint die Wirkung der auf Kooperation und Chancengleichheit bedachten Rhetorik der Kopenhager-Kriterien jedoch abzuschwächen. Mit der Osterweiterung verschob sich die EU-Außengrenze somit weiter in den Osten, wodurch neue Nachbarschaftsverhältnisse entstanden sind. Doch bereits vor der EU-Osterweiterung wurde in der EU-Kommision eine neue Strategie über das weitere Vorgehen nach dieser Erweiterung festgelegt. Ein Ring bestehend aus befreundeten Nachbarstaaten sollte etabliert werden, die nach dem Vorbild der ehemaligen Sowjetstaaten im Rahmen der Osterweiterung eine neoliberale Transformation mit Unterstützung der Europäischen Union vollziehen soll(t)en. Dafür hat die Europäische Union die Europäische Nachbarschaftspolitik entwickelt. (vgl. Vobruba 2007: 7f.; vgl. Wagner 2012a: 2; vgl. Bieling 2010: 237; vgl. Wagner/Lösing 2011: 36f; vgl. Boedeltje/van Houtum 2011: 130; Scarpetta/Swidlicki 2011: 4).

### **3.1.1 Die Europäische Nachbarschaftspolitik**

Die Europäische Union – als kleines Fazit der bisherigen Abhandlung- wird mit dem Vorwurf konfrontiert nicht an einem vorgefundenen Globalisierungsprozess zu partizipieren, sondern diesen als Akteur mit einer eigenen Liberalisierungsagenda bewusst zu betreiben. Damit ist sie „keineswegs eine Getriebene der neoliberalen Globalisierung, sondern selbst ein überaus mächtiger Liberalisierungstreiber“ (Altvater/Mahnkopf 2007: 168). Dabei beruft sie sich auf neoliberale Schlagwörter wie offene Märkte, Gleichheit des Wettbewerbs und Freihandel, wodurch das asymmetrische Verhältnis zwischen dem Zentrum (Europäische Union) und der Peripherie jedoch in den Hintergrund tritt: „Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten internationalen Wettbewerbs ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel. (...) Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen“ (Leaman 2008: 77).

Die europäische Union mit Anspruch auf Weltmacht, wie es der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen in einem Interview im Jahre 2005 offen zu Wort gebracht hat (Verheugen 2005), befindet sich in einem Konkurrenzkampf mit den wirtschaftlichen Konkurrenten USA und China. Somit wird das Expansionsbestreben in den nachbarschaftlichen Raum als ein folgerichtiger Entwicklungspfad definiert (Quaisser/ Wood 2008: 4).

Die Expansionsmuster haben sich nach der Osterweiterung jedoch verändert, sodass nun im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eine „Expansion ohne Erweiterung“ angestrebt wird (Vobruba 2007). Aufgrund steigender Kritik seitens europäischer Bevölkerungen, der EU-Eliten und des Risikos von Machteinbußen der Kerneuropastaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) durch neue EU-Mitgliedsländer, wurde nach der Osterweiterung den potentiellen Kooperationspartnern der Peripherie die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft verwehrt. Die EU bietet daher den ENP-Staaten (Länder aus dem Raum Osteuropa, Südkaukasus, Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten) „eine Art ‚privilegierte Partnerschaft‘, die sich allgemein an den Kopenhagener Beitrittskriterien orientiert, in der praktischen Umsetzung jedoch durch eine Strategie des ‚differenzierten Bilateralismus‘ bestimmt ist“ (vgl. Bieling 2010: 237; Smith 2005 u. Zorob 2007:1, zit. nach Bieling 2010: 237). Im Rahmen der ENP wird die Installierung einer „Großeuropäischen Wirtschaftszone“ mittels der Setzung einer neoliberalen Agenda „in Form von Aktionsplänen, die von Brüssel einseitig diktiert werden“ angestrebt (Lösing/Wagner 2011: 36). Im Rahmen der ENP wurde mit den einzelnen beteiligten Staaten, darunter auch Syrien, jeweils ein Assoziationsabkommen – das ist der sogenannte und vorhin erwähnte „differenzierte Bilateralismus“ (Bieling 2010: 237) - abgeschlossen. Darin wurden kulturelle, politische und wirtschaftliche Ziele als Gegenstand des Assoziationsabkommens definiert (Europäische Kommission 2003: 1). Im Assoziationsabkommen mit Syrien, dessen Verhandlungen 2004 abgeschlossen und Unterzeichnung seitens beider Vertragsparteien, der EU und Syrien, 2008 erfolgte (Europäische Kommission 2008), wird die neoliberale Programmatik augenscheinlich:

So wurde mit diesem Abkommen die „schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs“ (Artikel 1: 14), die Errichtung einer Freihandelszone (Artikel 7: 18), die endgültige Abschaffung der Ein- und Ausfuhrzölle (Artikel 9 und Artikel 10: 18f.), die Ermöglichung von EU-Investitionen und die „Rückführung dieser Investitionen und etwaiger daraus resultierender Gewinne“ in das Zentrum (Artikel 62: 43) und Subventionsverbot heimischer Unternehmen seitens der syrischen Regierung fünf Jahre nach Unterzeichnung des Vertrags (Artikel 66: 44) vertraglich geregelt.

Basierend auf den in dem Assoziationsabkommen festgelegten Zielvorgaben wurden im Falle Syriens Aktionspläne (Länderstrategiepapiere und sogenannte Nationale Indikativprogramme) erarbeitet um das Assoziationsabkommen sukzessive in definierten Zeiträumen in die Tat umzusetzen (vgl. Wagner 2012a: 3, Europäische Kommission 2007a, Europäische Kommission 2007b). Nach den Vorgaben des Assoziationsabkommens konzipierte der Vorsitzende der syrischen Planungskommission, Abdallah al-Dardari, einen Fünfjahresplan (2006-2010), der im Jahre 2006 einen Schwenk der syrischen Wirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft bedeutete. Dieser Schritt wurde von der Europäischen Union begrüßt und mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Jedoch wurde für wirtschaftliche Reformen im Vergleich zu politisch-administrativen und Sozialreformen mehr EU-Mitteln zur Verfügung gestellt. (Dahi/Munif 2011: 62f; Europäische Kommission 2007a: 18f.; Europäische Kommission 2007b; Wagner 2012a: 6). Dardaris Plan wird als „trojanisches Pferd“ (Ghadi 2011) bezeichnet, welcher – wie in Kapitel 1.3 behandelt - infolge der Neoliberalisierung der Wirtschaft katastrophale sozioökonomische Auswirkungen auf die syrische Bevölkerung hatte. „Der Staat früher ihr Verbündeter ist zu ihrem Feind geworden“ (ebd.). An dieser Stelle ist die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems als Beispiel anzuführen: Das syrische Gesundheitssystem, das ursprünglich unter staatlicher Kontrolle stand und der kostenlose Zugang für syrische Bürger verfassungsrechtlich abgesichert war, wurde im Rahmen der bilateralen Abkommen mit der EU Teil der sozialen Reformbestrebungen.

Das „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“ (HSMP – Health Sector Modernisation Programme), das im Jahre 2003 von der syrischen Regierung unter finanzieller Unterstützung der EU und mit Kooperation des GTZ – der „Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, welche als global tätiges Unternehmen für Entwicklungszusammenarbeit Syriens Prozess zur Werdung einer sozialen Marktwirtschaft unterstützte – in Gang gesetzt wurde, stellte ein Projekt dar mittels dessen das Gesundheitswesen durch neoliberale Reformen der staatlichen Kontrolle entzogen werden sollte (Sen/Faisal 2012: 174f.; vgl. Wagner 2012a: 7; vgl. Europäische Kommission 2007a: 13; vgl. Europäische Kommission 2007b: 16). Die staatliche Finanzierung sollte durch Benutzergebühren und ein Sozialversicherungssystem ersetzt werden. Das Programm wurde zwar mit Ausbruch der Unruhen eingestellt, jedoch sind die staatlichen Gesundheitsausgaben bis dahin merklich gesunken und der Anteil privater Ausgaben gestiegen (vgl. Sen/Faisal 2012: 176f.). Diese Neoliberalisierungsmaßnahme im Gesundheitssektor stellte einen weiteren Unsicherheitsfaktor in der syrischen Gesellschaft dar, in der fast die Hälfte der Menschen bis zum Ausbruch des Krieges im informellen Sektor beschäftigt war (vgl. ebd.: 179).

In der wissenschaftlichen Diskussion über die Genese der Unruhen werden einerseits politische Ursachen genannt, die hauptsächlich in dem Bestreben der syrischen Gesellschaft liegen, sich der Diktatur des syrischen Regimes zu entledigen. Andererseits wird auch die Frage nach den wirtschaftlichen Gründen nicht außer Acht gelassen, die in dem radikalen Neoliberalisierungskurs Assads mit Unterstützung der EU gesehen werden (vgl. Wagner 2012a:4). Damit zusammenhängend lässt sich konstatieren:

„ (...) that economic liberalization, strongly promoted by the EU, did not lead to ‘a fair distribution of the material and cognitive resources of society’, one of the identified values of a democratic society. It rather led to economic and political inequality or unequal access to the democratic process that shapes the society. Today, this economy inequality is, together with a lack of liberty, the root cause for the revolutions and the protests in the region” (Reynaert 2011: 630).

Die Gründe für die Kooperationsbereitschaft der syrischen Regierung mit der Europäischen Union im Rahmen der ENP trotz der absehbaren fatalen Folgen für die syrische Gesellschaft und womöglich auch für das Regime wurzeln in folgenden politischen und wirtschaftlichen Strategiedenken der syrischen Regierung:

Einerseits versprach sie sich die Beziehungen zum Westen zu verbessern, und sich somit als Staat, welcher aus US-amerikanischer Sicht zur „Achse des Bösen“ gehörig kategorisiert wurde und als weiteres Ziel im „Krieg gegen den Terror“ in Frage kam, abzusichern. Andererseits war es aus wirtschaftlicher Hinsicht nicht zu verhindern die EU als wichtigsten Handelspartner abzuschlagen, zumal Assad selbst einen Liberalisierungskurs eingeschlagen hatte und somit einen mächtigen Partner gegen kritische Stimmen im nationalen Kontext suchte (vgl. Wagner 2012a: 5; vgl. Hinnebusch 2012: 26). Während die USA nach wie vor als „hard power“ gelten, die ihre Interessen mittels militärischer Interventionen in der Peripherie durchzusetzen versuchen, wird die EU als „soft power“ bezeichnet, die auf eine „kooperativ-konsensuale Herrschaftsstrategie“ setzt um ihre Werte in der Peripherie zu verbreiten. Eine potenzielle Beitrittsperspektive wurde durch die „gemeinsamen Werte“ ersetzt, welche ihre Entsprechung in den Kopenhager Kriterien finden. (Bieling 2010: 230; vgl. Wagner 2008: 23f.; vgl. Brand 2008: 1004). Kritisiert wird dabei das Prinzip der Konditionalität: Mit der Verfolgung einer Belohnungsstrategie, die an die Umsetzung der Aktionspläne (z.B. Länderstrategiepapiere, nationale Indikativprogramme) gekoppelt ist („more for more“) und der Sanktionsandrohung bei mangelnder Umsetzung versucht die EU Peripherieländer zu disziplinieren (vgl. Bieling 2010: 215f u. 238; vgl. Boedeltje/ Houtum 2011: 136; vgl. Wagner/Lösing 2011: 37; Brand 2008: 1003f.).

„Die ENP ist demnach vornehmlich durch geoökonomische und ‚weiche‘ geopolitische Erwägungen bestimmt. (...) [Es geht; d. Verf.] der EU einerseits darum, die globale Wettbewerbsposition der europäischen Ökonomie durch die Erweiterung der Investitions- und Absatzmärkte zu stärken. Andererseits soll durch die wirtschaftliche Verflechtung zugleich die sozioökonomische Modernisierung und politische Stabilisierung der Nachbarstaaten gefördert werden“ (Bieling 2010: 238).

Wie bisher gezeigt wurde hat diese EU-Agenda besonders in wirtschaftlicher Hinsicht gesellschaftliche Abwehrreaktionen in Syrien hervorgerufen. Andererseits dürfen auch geostrategische Interessen der sogenannten „hard powers“, USA und Russland, nicht ausgeblendet werden, welche „die Reichweite und Effektivität der EU-Strategie begrenzen und potenziell unterminieren“ (ebd.: 240). Die USA fungieren seit Anbruch der Nachkriegszeit als der wichtigste Kooperationspartner der westeuropäischen Länder, ehemals um (West-)Deutschland und die Sowjetunion in Schach zu halten. Dafür etablierte sich ein transatlantisches Verteidigungsbündnis, wodurch die USA militärisch in Europa involviert wurden.

Die USA haben eine Führungsposition in der NATO übernommen und dadurch gleichzeitig die Möglichkeit erhalten ebenfalls die europäischen Kooperationspartner in sicherheitspolitischen Fragen zu unterstützen und vor allem zu kontrollieren (vgl. ebd.: 188). In den 1970er und 80er Jahren wurde die US-Hegemonie nicht mehr kritiklos hingenommen, da sie versuchte ihre Interessen nach eigenem Ermessen durchzusetzen (vgl. ebd.: 191). Die bereits erwähnte „hard power“ der USA wurzelt in der militärischen Übermacht der USA. Diese versucht im Vergleich zur „soft power“ EU ihre Interessen in der Peripherie mit militärischen Mitteln durchzusetzen, im Notfall auch ohne Zustimmung der UNO und der NATO. Durch Stärkung Ersterer, das heißt „des Völkerrechts und der UNO (...) [verspricht sich die EU; d. Verf.] die globale Kontrollmacht der USA institutionell und rechtlich zu begrenzen und einzubinden“ (Müller 2004, zit. nach Bieling 2010: 216f.). Doch die Europäische Union setzt neben der Verfolgung einer konsensualen Strategie der Herrschaft (ENP) zunehmend auch auf eine offensiv-militärische Interventionsstrategie, welche mit der US-amerikanischen Sicherheitsstrategie (NSS) Schnittmengen aufweist (vgl. Bieling 2010: 208). Die europäische Sicherheitsstrategie (ESS), welche 2003 entworfen und vom Europäischen Rat ratifiziert wurde, definiert die gleichen Risikofaktoren wie die NSS – „den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und Formen der organisierten Kriminalität“ (ebd.), fokussiert aber größtenteils lediglich jene Gebiete, die auch im Rahmen der ENP anvisiert werden. Darüber hinaus setzt sie nach wie vor auf einen internationalen Multilateralismus. Trotz dieser Differenzen zur NSS wird von einer zunehmend offensiven und pro-aktiven Sicherheitspolitik gesprochen, die sich militärisch auf die NATO stützt. Geopolitische Interessen der EU werden in den bedeutungsgleichen Zieldefinitionen der ENP und ESS deutlich, nämlich einen „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten (...) mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“ zu bilden (Europäische Kommission 2004: 6). Das Programm und die Parallelität in der Entwicklung der ESS und ENP lassen die geopolitischen Interessen hervorstechen (vgl. Marchetti 2006: 13ff.).

#### **4. Der Syrienkrieg im Spannungsfeld internationaler Akteure**

Wie sich geopolitische und geökonomische Interessen im Vorfeld des Syrienkrieges im internationalen Kontext geäußert haben, war der bisherige theoretische Gegenstand. Diesbezüglich ist zu konstatieren, dass nicht lediglich EU und US-amerikanische Interessen Syrien betreffend unter die Lupe genommen werden müssen, sondern auch jene regionaler Mächte und solcher Großmächte, die historisch betrachtet seit jeher eine gute Beziehung zum syrischen Politsystem gepflegt haben. Darauf basierend sind die Entwicklungen auf der politischen Makroebene mit Beginn der Unruhen mit Rekurs auf die spezialdiskursive Diskussion näher zu schildern, was einen weiteren relevanten Punkt für das Strukturwissen darstellt, das für die Analyse des medialen Interdiskurses und dessen Rückbindung an die Theorie unerlässliche Verständnisbausteine hinsichtlich der Sagbarkeitsfelder bzw. der Dominanz der Konfliktparteien im medialen Interdiskurs liefert. „Bei den internationalen politischen Akteuren handelt es sich hauptsächlich um die USA, EU, Vereinten Nationen, Russland und China“ (Naji 2013: 32).

Mit Beginn der Unruhen in Syrien, im Februar 2011, begannen europäische und US-amerikanische Eliten bereits damit für die Zeit nach dem Bürgerkrieg zu planen und die oppositionellen Kräfte gegen das Assad-Regime zu unterstützen. Dies impliziert bereits, dass man sich zumindest über das Ziel einig ist, „nämlich dass der ‚Aufstandsbewegung‘ zum Sieg verholfen werden soll (...)“ (Wagner 2012b: 1). Der US-amerikanische Präsident, Obama und der damalige französische Präsident Sarkozy plädierten öffentlich für den Sturz des Assad-Regimes (vgl. ebd.). Gleichzeitig wurde über militärische Luftschläge und die Militarisierung der Aufstände debattiert. Eine UN-Resolution im Jahre 2012, welche die Repressionen des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad gegen die Opposition verurteilte und einen Regimewechsel in Syrien vorsah, scheiterte am Veto Russland und Chinas, die durch diese Resolution einen Vorwand für eine militärische Intervention westlicher Kräfte – nach Kapitel VII der UN-Charta, welche wirtschaftliche und militärische Zwangsmaßnahmen gegen Staaten beinhaltet - in Syrien befürchteten (vgl. Gärtner 2014: 181; vgl. Wagner 2012b: 4). Schließlich verfolgen auch diese Großmächte, genau wie europäische Länder und die USA, geostrategische und –ökonomische Ziele in Syrien.

Russland und auch schon die ehemalige Sowjetunion sind/waren wichtige Verbündete Syriens. Syrien fungiert als ein wichtiger Absatzmarkt hinsichtlich rüstungsindustrieller Erzeugnisse und zudem verfolgt Russland auch geostrategische Interessen, hat man doch eine Militärbasis in der syrischen Hafenstadt Tartus zu deren Erhaltung und Ausbau Gelder in Milliardenhöhe investiert wurden (vgl. Naji 2013: 33; vgl. Eckelt 2011: 115).

China hingegen ist der drittgrößte Importeur Syriens und außenpolitisch nicht an einer Einmischung in ausländische Konfliktfelder interessiert. Interventionen wie es westliche Staaten in Afghanistan oder dem Irak gemacht haben sorgen nach der Überzeugung Chinas für mehr Instabilitäten im regionalen Umfeld Chinas und permanente Folgegewalt (vgl. Naji 2013: 34). Vor diesem Hintergrund lassen sich die Vetostimmen beider Länder gegen die besagte UN-Resolution womöglich in einen breiteren Kontext einbetten. Aus europäischer und US-amerikanischer Sicht ist der „Syrische Nationalrat“ (SNC – Syrian National Council), ein syrisches Oppositionsbündnis, das infolge des Syrienkrieges gegründet wurde, der Hauptkoalitionspartner des Westens gegen die syrische Regierung (vgl. Wagner 2012a: 9; vgl. Wagner 2012b: 2).

Bis zu 70 Staaten, darunter die Kerneuropastaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die USA, haben im Zuge des Syrienkrieges sich zu einer Kontaktgruppe mit der Titulierung „Freunde Syriens“ zusammengeschlossen. Sie stehen dem SNC, dominiert von den Muslimbrüdern, und ihrem militärischen Arm, der Freien Syrischen Armee (FSA) nahe, die sich aus überwiegend sunnitischen Kämpfern zusammensetzt (vgl. Wagner 2012a: 9). Ein Teil der „Freunde Syriens“, Saudi Arabien, Katar, Jordanien und die Türkei, übernahm den Part der Waffenlieferungen an die FSA. Die westlichen „Freunde Syriens« beteiligten sich an der Finanzierung“ (Hermann 2015). Die Pläne des SNC aus wirtschaftspolitischer Hinsicht in der Post-Assad Ära, wie sie im SNC-Dokument „Economic Discourse of the Syrian Revolution“ (SNC) verfasst sind, weisen zudem Schnittmengen mit dem Neoliberalisierungskurs der Europäischen Union auf. Der syrische Nationalrat spricht sich für eine Fortsetzung des Liberalisierungskurses unter Assad aus, wie sie in dem im vorherigen Kapitel erläuterten 10. Fünfjahresplan eingeschlagen wurde, somit unter anderem für eine Bestärkung des Privatsektors (vgl. SNC: Punkt 3), die Schaffung eines fairen Investitionsklimas (vgl. ebd.: Punkt 5), die Steigerung der Effizienz des Finanzmarktes (vgl. ebd.: Punkt 12) und die Revitalisierung von Privatbanken (vgl. ebd.: Punkt 13).

Aus US-amerikanischer Sicht bieten die Unruhen die Chance mit einem potentiellen „regime change“ in Syrien, eigene geostrategische Ziele zu erreichen. Diese decken sich mit den Zielen der regionalen Macht Saudi-Arabien, den Iran als schiitischen Verbündeten Syriens zu schwächen und weiter zu isolieren (vgl. Wagner 2012b: 7). Die Schwächung der „Schiitischen Achse“ (Iran, Syrien, die Hisbollah im Libanon) durch den Sturz der syrischen Regierung würde die Verbindungen der Hisbollah zum Iran kappen, gleichzeitig das Ende einer anti-israelischen Politik der schiitischen Assad-Regierung bedeuten und den Iran mit diesem Verlust seiner regionalen Verbündeten enorm schwächen. Zu diesem Conclusio kommen sowohl der US-amerikanische Präsident Barack Obama in einem im Jahr 2012 veröffentlichten Interview, als auch der US-Senator John McCain (vgl. McCain 2012; vgl. Wagner 2012b:7; vgl. Goldberg 2012).

## **5. Der Konflikt im Kontext des „Arabischen Frühlings“**

Der „Arabische Frühling“, der ausgelöst durch einen Trigger-Effekt mit Beginn in Tunesien über Ägypten, Jemen, Bahrain und Libyen schlussendlich im Februar 2011 Syrien erreicht hat, erschütterte die etablierten Machtsysteme in Nordafrika und dem Mittleren Osten (vgl. Schmidinger 2012: 195f.). Diese Entwicklung lässt im ersten Moment auf eine panarabische Dynamik schließen, was sich aber bei näherer wissenschaftlicher Auseinandersetzung als Trugschluss erweist. Das problematische daran ist, dass „nicht nur ein Präjudiz über die Deutung der Entwicklung abgegeben wird, sondern auch eine Regionalisierung und Kulturalisierung der Entwicklung auf die *Arabische Welt* einhergeht“ (ebd.: 196). Sowohl nationale Unterschiede und Besonderheiten zwischen den einzelnen Ländern, als auch eine globale Entkontextualisierung gehen damit einher (ebd.). So gesehen kann man „nicht von *einer* arabischen Revolution sprechen“ (Edlinger 2012: 17). Der Begriff „Arabischer Frühling“, der von der panarabischen Fernsehanstalt al-Jazeera wesentlich geprägt wurde, betont somit die „arabische“ Eigenschaft der Zäsuren in den einzelnen betroffenen Staaten.

Der Terminus „Arabische Welt“ (arab.: al-‘alam al-‘arabi) ist politischer Natur, dessen Verwendung „primär die Einheit der in einzelne Staaten zersplitterten Region heraufbeschwören soll und die säkular-nationalistische Alternative zum islamischen Identitätskonstrukt der *Ummah*, der Gemeinschaft aller gläubigen Muslime, darstellt“ (Schmidinger 2012: 197). Jeder der betroffenen Staaten hat eine eigene Geschichte, eine spezifische gesellschaftliche Konsistenz und eine dementsprechende Platzierung im politischen und militärischen Koordinatensystem in der Region (vgl. ebd.: 198). Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation „Freedom House“, die durch den jährlich präsentierten Bericht „Freedom in the World“ den Demokratisierungs- und Freiheitsgrad in besonders konfliktreichen Nationen der Erde bewertet, schätzt die politische Verfasstheit, der vom arabischen Frühling betroffenen Länder unterschiedlich ein. Syrien wird im Jahr 2014 hinsichtlich Bürgerrechte, politische Rechte und Freiheiten jeweils mit dem Rating von 7,0 (worst) versehen (vgl. freedomhouse 2014). Der Staat gilt als „not free“. Der Index unterscheidet zwischen „free“, „partly free“ und „not free countries“ (ebd.). Ein Vergleich der Ratings für Syrien aus den Jahren zuvor mit jenen der anderen Teile der „Arabischen Welt“ lässt basale Unterschiede hervorstechen.

Das heißt fokussiert man die vergleichenden Bewertungen der einzelnen Länder am Beginn des Arabischen Frühlings, werden die politischen Unterschiede (Staatsform, Verbündete, Konfliktgegner, interne Konflikte) bereits vor den Unruhen sichtbar (vgl. freedomhouse 2014). Auch die soziopolitischen, -kulturellen und -ökonomischen Konstellationen der Oppositionsbewegungen gegen autoritär geführte politische Systeme in den einzelnen Ländern sind unterschiedlich. Waren es in Tunesien und Ägypten vorwiegend Studenten, Jugendliche und Arbeiter, die eine Kategorisierung der Bewegungen als „demokratisch-liberal“ zuließen, so ist dieser Umstand im syrischen Kontext nicht zutreffend. Syrien ist im Vergleich zu Tunesien und Ägypten kein historisch stabiles Land, das eine bürgerliche Gesellschaftstradition besitzt, sondern konfessionell tief gespalten (vgl. Schmidinger 2012: 220). Die Ba’th Partei von Präsident Baschar al-Assad verlässt sich auf die Unterstützung der religiösen Minderheit der Nusayrier (Alawiten), welcher auch er selbst angehört (vgl. ebd.: 219f.). Da Islamisten von dem Chaos profitieren und die nusayritische Vormachtstellung erschüttern wollen, kam es in der Folge zu einer Konfessionalisierung des Konflikts.

Radikalislamische Oppositionskräfte kämpfen nicht für ein autonomes und freies Syrien, sondern für die Errichtung eines radikal-sunnitischen Kalifats, wodurch sie das Bild säkularer Bewegungen trüben (vgl. Rosiny 2013: 75). Der Fall Syrien hebt sich somit im Kontext des „Arabischen Frühlings“ deutlich von anderen ab.

## **6. Fazit**

Der Syrienkrieg ist nicht nur aus einer innersyrischen Dynamik heraus als ein Aufstand gegen ein missliebiges und repressives Regime zu deuten, sondern um die Beurteilung im Spannungsfeld internationaler geoökonomischer und –politischer Interessen zu erweitern. Sowohl die Großmächte Russland und China, als auch die jene aus dem politischen Westen (EU/Europa, USA) verfolgen eigene Interessen. Je nach geoökonomischer und –politischer Orientierung lassen sich Differenzen bei der Seitenwahl bezüglich der innersyrischen Konfliktparteien markieren. Die einen (Russland, China) unterstützen die syrische Regierung unter Präsident Baschar Al-Assad, da sie ihre Geschäftspraktiken unter ihm nach wie vor verwirklicht sehen und mit der Gefahr konfrontiert sind im Falle einer Revolution die Einflussphäre Syrien an westliche Konkurrenten abtreten zu müssen. Die Anderen hingegen (USA, Europa, EU) vereint das Ziel, Assad zu stürzen. Die Chance der Schwächung regionaler Bündnismächte wie die „Schiitische Achse“ einerseits, der starken Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Russland und China, andererseits, stellt ein historisches Momentum für die westliche Seite dar, das man sich nicht entgehen lassen möchte. Die Verwirklichung geoökonomischer Interessen, wie sie die EU mit ihrer Neoliberalisierungsagenda im Rahmen der ENP darstellt und bis zu den Unruhen von Assad auch berücksichtigt wurden, scheint aus westlicher Sicht auch nach Assad möglich zu sein, zumal man einen syrischen Oppositionspartner wie den SNC gefunden hat, welcher den erwünschten Neoliberalisierungskurs in den eigenen ökonomischen Diskurs aufgenommen hat.

Die syrische Gesellschaftsordnung ist inmitten der multiplen Machtpole und der damit einhergehenden Heterogenität der Interessenskonstellationen internationaler Akteure endgültig zusammengebrochen. Der autoritäre Führungsstil Assads mit einem gewaltigen Repressionsapparat, der lange Zeit systemstabilisierend wirkte, scheint in Anbetracht der Kriegstatsache nicht mehr den erwünschten Effekt zu erzielen.

Denn die enormen sozialen Verwerfungen verursacht durch den radikalen Neoliberalisierungskurses - für den Assad genauso verantwortlich ist und nicht nur auf eine Aufoktroyierung seitens der EU reduziert werden kann - und die gewaltvolle Unterdrückung oppositioneller Stimmen führten Syrien sukzessive und unausweichlich ins Chaos.

## Anhang 2: Artikel des Dossiers (tabellarische Auflistung)

### *Die Welt*

Artikel Nr.	Datum	Titel	Rubrik	Textsorte	Autor/ Quelle
1	21.08.2013	Syrische Opposition meldet 1300 Tote durch Giftgas	Politik/ Ausland	Bericht	AFP/ Reuters/dpa/ mcz
2	21.08.2013	Die UN müssen die Vorwürfe sofort untersuchen	Meinung	Kommentar	Dietrich Alexander (Stv. Ressortleiter Außenpolitik)
3	22.08.2013	EU fordert unverzügliche Untersuchung	Tagesthema	Meldung	WeltN24
4	22.08.2013	Frankreich droht Syrien mit „Reaktion der Stärke“	Politik/ Ausland	Bericht	Reuters/dpa/ flo
5	22.08.2013	Der Westen darf Assads Massenmord nicht zulassen	Meinung	Kommentar	Richard Herzinger (Korr. Für Politik und Gesellschaft)

6	22.08.2013	Israel wirft dem Westen Versagen in Syrien vor	Politik/ Ausland	Bericht mit Elementen einer Reportage	Alfred Hackensberger
7	23.08.2013	Obama wird zum Gejagten seiner eigenen Drohung	Politik/ Ausland	Bericht mit Kommentarelemente	Uwe Schmitt
8	24.08.2013	Willkommen im pazifistischen Wolkenkuckucksheim	Meinung	Kommentar	Alan Posener
9	24.08.2013	Die Nacht des Horrors in den Vororten von Damaskus	Politik/Ausland	Reportage	Alfred Hackensberger
10	25.08.2013	Israel fordert Intervention – Iran warnt USA	Politik/Ausland	Bericht	Die Welt
11	26.08.2013	18 Fragen zu Syrien	Die Welt kompakt	Leitartikel	Jacques Schuster (Chefkommentator)
12	26.08.2013	Assad prophezeit USA einen Fehlschlag wie Vietnam	Politik/Ausland	Bericht	AFP/Reuters/AP/pku
13	26.08.2013	Muss der Westen in Syrien eingreifen? Nein!	Meinung	Kommentar	Cora Stephan
14	26.08.2013	Muss der Westen in Syrien eingreifen? Ja!	Meinung	Kommentar	Richard Herzinger

15	27.08.2013	Es darf nur zu einem gezielten Schlag kommen	Meinung	Leitartikel	Jacques Schuster (Chefkommentator)
16	28.08.2013	Assads Bruder soll Gasangriff befohlen haben	Politik/Ausland	Kommentar	Dietrich Alexander (Stv. Ressortleiter Außenpolitik)
17	28.08.2013	Der Countdown zum Schlag gegen Assad läuft	Politik	Bericht mit Kommentar- elementen	Michael Borgstede
18	09.09.2013	Moskau ruft Assad zu Vernichtung der C-Waffen auf	Politik	Bericht	Die Welt
19	10.09.2013	Russland will mit USA über Syrien-Resolution verhandeln	Politik	Bericht	Die Welt
20	11.09.2013	Ende der Maskerade	Die Welt kompakt	Kommentar	Jacques Schuster (Chefkommentator)
21	17.09.2013	Westen macht Assad für Nervengas verantwortlich	Politik	Bericht	Reuters/dpa/flo
22	18.09.2013	Russland sieht UN-Inspektoren als „politisiert“	Politik	Bericht	dpa/mcz
23	27.09.2013	Syrien-Resolution – USA kommen Moskau entgegen	Politik	Kommentar	Ansgar Graw (US- Korrespondent)

24	28.09.2013	Kraftloser Westen	Die Welt	Leitartikel	Richard Herzinger
25	15.10.2013	Syrien tritt Chemiewaffen-Konvention bei	Die Welt kompakt	Nachricht	WeltN24

### *Süddeutsche Zeitung*

Artikel Nr.	Datum	Titel	Rubrik	Textsorte	Autor/ Quelle
1	21.08.2013	UN-Sicherheitsrat beruft Sondersitzung ein	Politik	Bericht	Süddeutsche Zeitung (SZ)
2	22.08.2013	Assad soll Giftgas eingesetzt haben	Politik	Leitartikel	Paul-Anton Krüger
3	22.08.2013	Auf der roten Linie	Politik	Kommentar	Matthias Kolb
4	22.08.2013	Frankreich droht Syrien mit „Reaktion der Stärke“	Politik	Bericht	SZ
5	22.08.2013	Neue Dimension der Grausamkeit	Politik	Reportage	Paul-Anton Krüger
6	23.08.2013	Mutmaßlicher Angriff mit Chemiewaffen	Politik	Kommentar	Kurt Kister

7	25.08.2013	Damaskus erlaubt Untersuchung der Giftgas-Anschläge	Politik	Bericht	SZ
8	26.08.2013	Israels Position zum syrischen Bürgerkrieg	Politik	Kommentar	Matthias Kolb
9	26.08.2013	Obama erwägt Militäreinsatz in Syrien	Politik	Leitartikel	Nicolas Richter
10	26.08.2013	Die rote Linie für Obamas Glaubwürdigkeit	Politik	Leitartikel	Stefan Kornelius
11	27.08.2013	USA von Giftgas-Einsatz überzeugt	Politik	Leitartikel	-
12	09.09.2013	Drohender Militärschlag	Politik	Leitartikel	SZ
13	10.09.2013	Russische Syrien-Initiative	Politik	Bericht	SZ
14	11.09.2013	Hoffnung auf Ausweg im Syrienkonflikt	Politik	Leitartikel	SZ
15	10.09.2013	Einsamer Herrscher in der Parallelwelt	Politik	Kommentar	Sonja Zekri
16	13.09.2013	Alle gegen alle	Meinung	Leitartikel	Sonja Zekri
17	13.09.2013	Neue Regeln im Katz-und-Maus-Spiel	Politik	Kommentar	Ronen Steinke
18	13.09.2013	Vereinte Nationen bestätigen Chemiewaffeneinsatz	Politik	Nachricht	SZ
19	14.09.2013	Obama taumelt	Meinung	Kommentar	Stefan Kornelius

20	14.09.2013	„Ein Stück Hoffnung“	Politik	Bericht	SZ
21	15.09.2013	Amerikas Zweifel und Russlands Genugtuung	Politik	Kommentar	Julian Hans (Moskau); Nicolas Richter (Washington)
22	16.09.2013	Tausche Senfgas gegen Machterhalt	Meinung	Leitartikel	Tomas Avenarius
23	17.09.2013	USA sehen sich durch UN-Bericht zu Giftgasangriffen bestätigt	Politik	Bericht	SZ
24	18.09.2013	Die Fakten belasten Assad	Meinung	Kommentar	Paul-Anton Krüger
25	28.09.2013	UN-Sicherheitsrat verabschiedet Syrien-Resolution	Politik	Bericht	SZ
26	06.10.2013	UN-Experten beginnen mit Vernichtung von C-Waffen	Politik	Bericht	SZ
27	07.10.2013	Dilemma der USA im Syrien-Konflikt	Politik	Kommentar	Paul-Anton Krüger
28	14.10.2015	Damaskus unterzeichnet Chemiewaffen-Konvention	Politik	Bericht	SZ/dpa/dayk

## *Junge Welt*

Artikel Nr.	Datum	Titel	Rubrik	Textsorte	Autor/ Quelle
1	23.08.2013	Giften gegen Damaskus	Politik/Ausland	Bericht mit Kommentar- elementen (KE)	AFP/dpa/jW
2	24.08.2013	»Ein großes Ereignis«	Titel	Leitartikel	Werner Pirker
3	26.08.2013	Aufmarsch gegen Assad	Titel	Leitartikel	Knut Mellenthin
4	27.08.2013	Auch Merkel geht auf Kriegskurs	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker
5	28.08.2013	Nein! No! Non! Njet!	Politik/Ausland	Bericht mit KE	Andree Scheer, Resortleiter der Onlineredaktion
6	31.08.2013	Barack Obama in der Sackgasse	Schwerpunkt	Kommentar	Rainer Rupp
7	31.08.2013	Machtkampf in der Oase	Schwerpunkt	Leitartikel	Karin Leukefeld

8	31.08.2013	Russische Vergeltung?	Politik/Ausland	Bericht mit KE	Knut Mellenthin
9	31.08.2013	Cameron verliert Abstimmung zum Krieg	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker
10	03.09.2013	Guido Westerwelle - Kriegshelfer des Tages	Ansichten	Kommentar	Rüdiger Göbel (stellv. Chefkommentator)
11	03.09.2013	Propagandakrieg um Syrien	Politik/Ausland	Kommentar	Gerrit Hoekman
12	05.09.2013	Krieger sucht Verbündete	Titel	Leitartikel	Rüdiger Göbel
13	10.09.2013	Friedensversuch	Titel	Leitartikel	Arnold Schölzel (Chefredakteur)
14	11.09.2013	Moskaus Geniestreich	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker
15	11.09.2013	Kriegsdrohung bleibt	Titel	Leitartikel	Knut Mellenthin
16	13.09.2013	Leicht entspannt	Politik/Ausland	Reportage	Karin Leukefeld
17	14.09.2013	Anmaßendes Diktat	Titel	Leitartikel	Knut Mellenthin
18	16.09.2013	Sieg oder Falle?	Ansichten	Kommentar	Knut Mellenthin
19	16.09.2013	Obama erhöht den Druck auf Syrien	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker

20	18.09.2013	Die Medien und der Chemiewaffenreport	Schwerpunkt	Kommentar	Clemens Ronnefeldt
21	18.09.2013	Moskau gegen Gewaltdrohung	Politik/Ausland	Nachricht/Bericht	Dpa/jW
22	18.09.2013	UN-Bericht schürt Kriegsgefahr	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker
23	28.09.2013	Durchbruch in New York	Titel	Leitartikel	Karin Leukefeld
24	28.09.2013	Der Kompromiß	Ansichten	Kommentar	Werner Pirker
25	01.10.2013	Moskau mahnt	Schwerpunkt	Leitartikel	Rüdiger Göbel (stellv. Chefkommentator)
26	08.10.2013	Den Bogen überspannt	Politik/Ausland	Kommentar	Rainer Rupp
27	15.10.2013	Mitglied Nummer 190	Ausland	Bericht	Karin Leukefeld

### Anhang 3: Beispiele für KDA-Analysen (jeweils ein Artikel pro Publikationsmedium)

#### Die Welt

Diskursfragment	5
Zeitung	Die Welt
Datum	22.08.2013
Rubrik	Meinung
Textsorte	Kommentar
Autor/Quelle	Richard Herzinger (Korrespondent für Politik und Gesellschaft)
Titel	Der Westen darf Assads Massenmord nicht zulassen
Untertitel	Hat Damaskus tatsächlich Gas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt? EU und USA verwenden nun starke Worte gegen das Regime. Ob sie ihren Worten Taten folgen lassen bleibt leider offen. Leider.
Themen (Haupt- Unterthema, Verschränkungen)	Hauptthema: mutmaßlicher Giftgaseinsatz in Syrien
Fotos	Foto von einem gefangenen syrischen Soldaten, der von oppositionellen Kämpfern weggebracht wird
Inhalt	Der Chemiewaffeneinsatz „durch das syrische Regime“ lässt sich „noch (...) nicht“ nicht belegen; Indizien gegen Assad sind erdrückend angesichts des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“, eine „Propagandalüge“ seitens der Opposition ist auszuschließen. Eine rhetorische Frage: Wer „außer dem Assad-Regime hätte ihn in diesem Ausmaß ausführen können?“. Assad wird als Schuldiger dargestellt, der seine eigene Bevölkerung bombardiert und vergast. Durch die Unterstützung von Russland und China fühlt sich das syrische Regime unverwundbar und demonstriert zynisch: „Seht her, wir machen mit unseren Opfern, was wir wollen“. Eine westliche Stärkedemonstration wird daher erwünscht.
(inhaltlich-ideologische) Aussagen	Es wird eine harte militärische Reaktion seitens des Westens verlangt, um Assad der sich durch die Unterstützung Russlands und Chinas (die somit auch negativ dargestellt werden) abgesichert sieht die Grenzen aufzuzeigen. Es wird auch die Bezeichnung „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ benutzt und damit Zustimmung für einen militärischen Angriff seitens der EU und den USA auch ohne UN-Mandat betont.
Kollektivsymbole/(De-) Normalisierung	<u>Gewalt, Chaos, Krieg</u> : „Massenmord“; „massiver Einsatz“ (von Chemiewaffen); „Indizien sind erdrückend“; „Rücksichtslos bombardiert“ (Verkettung von Bildspendebereichen und Symbolen: Militär und Körpersymbol );

	<p>„Gewaltexzesse“; „Stärke zeigen“;  <u>Denormalisierung</u>: „Eskalation“; „rote Linie“; „Androhung militärischer Reaktionen“  <u>Körpersymbol</u>: „militärisch in der Oberhand“ ( von Russland und China)  <u>Symbol des Fotos</u>: Die „Schuldigen“ symbolisch durch den gefangenen syrischen Soldaten werden zur Rechenschaft gezogen</p>
Akteure/Zuschreibungen/ Frames	<p>EU und USA: sie werden in einer defensiven und zaudernden Rolle präsentiert, die angesichts der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ paralysiert dargestellt werden („unentschlossen lavierender Westen“; „Washingtons wachsweiße, widersprüchliche Anmahnung“; „westliche Furcht“  Assad wird aggressiv, offensiv, gewaltbereit, unmoralisch, barbarisch und als unberechenbar dargestellt: Frames und Zuschreibungen („Regime“, Damaskus „Gas gegen die eigene Bevölkerung“ eingesetzt; „rücksichtslos bombardiert und beschießt Assads Armee“; „ein dauerndes, grausames Massaker, das die zivilisierte Menschheit nicht dulden darf“; „fühlt sich unangreifbar“; „zynische Demonstration“ von Massenmord  Russland/China: da sie als Beschützer Assads dargestellt werden, ist das Bild, das über sie produziert wird dementsprechend negativ</p>
Medien	-
Lösungen	Androhung militärischer Reaktionen, „endlich Stärke“ zeigen um Gewaltexzesse zu verhindern
Probleme	Furcht des Westens durch Bewaffnung der Rebellen Dschihadisten zu fördern

## Süddeutsche Zeitung

Diskursfragment	10
Zeitung	Süddeutsche Zeitung
Datum	26.08.2013
Rubrik	Politik
Textsorte	Leitartikel
Autor/Quelle	Stefan Kornelius
Dachzeile	Giftgaseinsatz in Syrien
Titel	Die rote Linie für Obamas Glaubwürdigkeit
Untertitel	Der Giftgaseinsatz in Syrien ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es lässt die fürchterlichen Gräueltaten in diesem

	Bürgerkrieg in neuem Licht erscheinen. US-Präsident Obama muss nun eingreifen, wenn er seine Glaubwürdigkeit nicht verspielen möchte. Ein Dilemma wird aber auch er nicht lösen: Keine der Kriegsparteien ist ein natürlicher Verbündeter des Westens.
Themen (Haupt- Unterthema, Verschränkungen)	Hauptthema: mutmaßlicher Giftgaseinsatz in Syrien Unterthema: Position der USA Diskursverschränkung: Afghanistan- und Irak-Kriege, Balkankriege 90er Jahre
Fotos	1 Foto: Barack Obama ist vor einem schwarzen Hintergrund mit ernster Mimik abgebildet.
Inhalt	Der Giftgaseinsatz in Syrien wird als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet. Die von Barack Obama definierte rote Linie sei überschritten worden. Wer Giftgas einsetze, breche mit allen Regeln. „Der Weg vom Gas zur Atombombe ist kurz“. Um Nachahmer zu verhindern sei der Giftgaseinsatz zu bestrafen. Seit den Balkankriegen in den 90er Jahren habe sich das für die Völkergemeinschaft das Gebot herausgebildet, Unschuldigen auch im Falle eines fehlenden UN-Mandats und auch wenn dabei die Souveränität eines Staates verletzt wird, „in guter Absicht zu Hilfe“ zu eilen. Des Weiteren müsse der Angriff erfolgen damit die Glaubwürdigkeit Obamas und der USA nicht verloren gehe. „Das Giftgas wäre nur die erste Stufe einer brutalen Eskalation des syrischen Krieges mit Nachahmungspotenzial überall auf der Welt“. Der Giftgaseinsatz sei sicher und unabhängig davon wer ihn eingesetzt habe, müsse der „Tabubruch“ sanktioniert werden. Weder Assad, der von Russland beschützt werde, noch die Oppositionellen, die immer mehr von radikalen Kräften dominiert werden seien ein „natürlicher Verbündeter des Westens“. Daher stecke der Westen in einem Dilemma und es stelle sich die Frage, wem dieser Einsatz diene. Der Westen trage auch mitschuld an der Situation, da er gemäßigte Oppositionelle nicht ausreichend unterstützt habe. Nun würden sich „Extremisten (...) auf dem Schlachtfeld tummeln“. Dennoch müssten die USA eine internationale Koalition schaffen um eine „Drohkulisse“ entstehen zu lassen. Assad müsse dazu gezwungen werden den Giftgaseinsatz untersuchen zu lassen und es gelte „die Umkehrung der Beweisspflicht“: Assad müsse beweisen, dass er nicht Giftgas eingesetzt habe. Auch Russland müsse unter Druck gesetzt werden, damit es seine Blockadehaltung aufgebe und zur „Aufklärung beiträgt“. „Wer das Menschheitsverbrechen zu vertuschen hilft, verwirkt allen Respekt“. Russlands Veto im Sicherheitsrat sei aufgrund der „humanitären Verpflichtung“ die westliche Staaten notfalls auch mit „militärischen Schlägen“ hätten wertlos. „Die Bilder der sich krümmenden Menschen werden nicht verlöschen“.
(inhaltlich-ideologische) Aussagen	Durch den Giftgaseinsatz sei ein Tabubruch begangen worden, der weitere Grenzüberschreitungen zur Folge haben könnte. Es erfolgt eine vehemente Forderung nach der Statuierung eines Exempels an Assad, damit der Tabubruch keine Nachahmer finde. Die von Obama definierte „rote Linie“ sei deutlich überschritten worden. Weder ein durch das Veto Russlands verhindertes UN-Mandat noch die staatliche Souveränität Syriens könnten angesichts des Verbrechens gegen die Menschheit verhindern, dass eine internationale Koalition den Menschen zu Hilfe eile.

	<p>→ Mit moralischer Begründung wird versucht, einen möglichen Angriff gegen Syrien als legitim darzustellen, welcher angesichts des Verbrechens gegen die Menschlichkeit keinen Völkerrechtsbruch darstellen würde.</p> <p>Ein Einsatz wäre auch nötig damit Obama seine Glaubwürdigkeit nicht verliere. Es werden alarmistische Zukunftsszenarien kreiert, wonach die USA ihre Weltmachtstellung verlieren und keine ihrer Drohungen mehr ernst genommen werden würden. Der Giftgaseinsatz wäre dadurch erst der Anfang eines Eskalationsprozesses.</p> <p>→ Es wird sowohl der Weltmachtstatus der USA bekräftigt, als auch dieser Nation das Recht eingeräumt andere Staaten gemäß eigener Standards zurechtzuweisen.</p> <p>Obwohl der Giftgaseinsatz Assad unterstellt wird, müssten nicht diejenigen, die ihm den Giftgaseinsatz unterstellen, Beweise dafür liefern, sondern umgekehrt, Assad müsse beweisen, dass er nichts mit dem Giftgaseinsatz zu tun habe. Desweiteren müsse die unter der Führung der USA zu bildende Staatenkoalition auch Druck auf Russland ausüben, damit dieser kein Veto im UN-Sicherheitsrat einlege und „zur Aufklärung“ beitrage.</p> <p>→ Ein militärischer Angriff gegen Syrien wird angesichts der menschlichen Katastrophe und des durch den Giftgaseinsatz geschehenen Tabubruchs als eine fundamentale und humanitäre Notwendigkeit betrachtet. Ein militärisches Vorgehen gegen Syrien sei somit eine moralische Pflicht, welcher sich niemand entziehen dürfe.</p>
<p>Kollektivsymbole/(De-)Normalisierung</p>	<p>Chaos, Krieg,, Militär: Verbrechen, Giftgaseinsatz, sich auf dem Schlachtfeld tummeln, Unrecht unerträglich, sanktionieren, nicht verlöschen, militärische Intervention</p> <p>Denormalisierung: bricht mit allen Regeln, Tabu verletzt, brutale Eskalation, Ausweglosigkeit</p> <p>Normalisierung: Koalition, „rote Linie“, zur Aufklärung beitragen, Stabilität</p> <p>Technik: Druck ausgeübt, in neuem Licht erscheinen lassen</p>
<p>Akteure/Zuschreibungen/ Frames</p>	<p>Westen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- USA: Führungsmacht im Westen, US-Präsident Obama definiert global verbindliche Regeln („rote Linie“); restliche westliche Welt und darüber hinaus muss auf die Überschreitung dieser Linie unter der Führung der USA reagieren</li> <li>-&gt; Begründung: Gefahr durch Nachahmer, „Tabubruch“ (US definieren die Tabus), alle anderen Nationen müssen sich daran halten, bei Verstoß (wie in Syrien) drohen ernsthafte Konsequenzen</li> <li>- muss Gesicht bewahren: Glaubwürdigkeit Obamas steht auf dem Spiel</li> <li>- Aufgabe der USA: eine internationale Koalition zu schaffen um auf Assad und Russland Druck zu üben;</li> <li>-&gt; Die USA werden zur höchsten moralischen Instanz erhoben; der Zweck heiligt die Mittel (notfalls militärische Schläge aus moralischen Gründen)</li> </ul>

	<p>-&gt; hat das Recht sich in die Angelegenheiten Syrien einzumischen (Militärschläge, Unterstützung der Kriegsparteien)  - Deutschland: Deutschland muss sich der US-geführten Koalition anschließen</p> <p>Russland: wird als Lösungsblockierer dargestellt; Russlands Veto gegen einen Militäreinsatz wird als Verhinderung einer „Aufklärung“ bezeichnet; Partner Assads; könnte Assad nach Belieben lenken;</p> <p>Syrische Bevölkerung: der Gewalt hilflos ausgesetzt; „Bilder der sich krümmenden Menschen“; angesichts dessen wird die moralische Verpflichtung den Menschen mittels „humanitärer Intervention“ zu Hilfe zu eilen verstärkt</p> <p><u>Syrien</u>: ein außer Kontrolle geratenes Außen, in dem alle Kriegsparteien für die Eskalation mitverantwortlich sind  - Assad: irrational und gefährlich; auf Gas könnte die Atombombe folgen; er hat seine Unschuld zu beweisen (dafür werden keine logischen Gründe genannt. Argument: „Umkehrung der Beweispflicht“); er steht unter Hauptverdacht  Syrische Opposition: neben gemäßigten auch „Extremisten“; keine homogene Gruppierung; Extremisten werden immer stärker</p>
Medien	-
Lösungen	Internationaler Eingriff in Syrien unabhängig davon wer auch immer den Giftgaseinsatz zu verantworten hat; Assad müsse seine Unschuld beweisen
Probleme	Russlands Blockadehaltung; Erstarren „extremistischer Kräfte“ in den Reihen der Opposition; westliches und russisches Versagen, die nicht früh genug auf die Kriegsparteien eingewirkt haben

## Junge Welt

Diskursfragment	3
Zeitung	Junge Welt
Datum	26.08.2013
Rubrik	Titel
Textsorte	Leitartikel
Autor/Quelle	Knut Mellenthin
Titel	Aufmarsch gegen Assad
Untertitel	Eskalation statt Untersuchungen: USA bereiten nach Meldungen über Giftgasangriffe Aggression gegen Syrien vor
Themen (Haupt- Unterthema, Verschränkungen)	Hauptthema: Mutmaßlicher Chemiewaffeneinsatz in Syrien Unterthema: Internationale Reaktionen auf das Hauptthema Diskursverschränkung: Kosovokrieg 1999
Fotos	1 Foto: Abgebildet sind US-Kriegsschiffe, die sich auf das Kameraobjektiv zubewegen
Inhalt	Die USA sollen im Mittelmeer ihre Militärpräsenz verstärkt haben und seien bereit für den Krieg, auch wenn Obama „offiziell noch den Zauderer“ spiele. Verteidigungsminister Chuck Hagel habe erklärt, dass Obama ihm die Anweisung gegeben habe, „ihm Pläne für ein gewaltsames Vorgehen gegen Syrien vorzulegen“. Die israelische Seite bestätige diese Informationen. David Cameron sei davon überzeugt den US-Präsidenten „mit im Boot für das nächste Kriegsabenteuer“ zu haben. Nach einem Telefongespräch mit Obama seien beide davon überzeugt, dass alle Anzeichen auf die Schuld Assads hindeuten. Ein Gipfeltreffen in Amman sei geplant, an dem westliche und arabische Militärs teilnehmen und ein „gemeinsames Vorgehen“ gegen Syrien besprechen sollen. Obama habe bereits vor einem Jahr eine „rote Linie“ gezogen, die im Falle eines Chemiewaffeneinsatzes überschritten wäre. Diese sei von Syrien bereits im Juni überschritten worden, daher habe er beschlossen die Rebellen zu unterstützen. Die Rebellen beklagen die bis dato ausgebliebene Hilfe. Der Vergleich der US-Medien der möglicherweise zu erfolgenden Militäraktionen gegen Syrien mit den Angriffen gegen Jugoslawien im Rahmen des Kosovokrieges 1999 seien in diesem Fall nicht glaubwürdig, da um „vermutete Chemiewaffenlager der Syrer >>sicherzustellen<< gezielte Kommandounternehmen erfordern würden. Der „Marsch in den Krieg“ werde möglicherweise durch Bereitschaft der syrischen Regierung eine Untersuchung zuzulassen verhindert. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana habe eine entsprechende Abmachung mit den UN gemeldet. Der Iran gehe davon aus, dass Giftgas von „Terroristen“ eingesetzt worden sei.

(inhaltlich-ideologische) Aussagen	Es wird das Bild eines aggressiven Westens gezeichnet, der statt Untersuchungen auf Eskalation setze. Obama spiele ein doppeltes Spiel: offiziell sei er in der Rolle des „Zauderers“, doch hinter den Kulissen würde er Angriffe gegen Syrien planen. Unterstützung habe er von Großbritannien und Israel. Die syrische Bereitschaft zur Kooperation im Falle der Vorortuntersuchungen der UN ist als weitere Aussage zu konstatieren. Eine wiederholte Aggression des Westens gegen andere Gebiete der Welt wird prononciert („nächstes Kriegsabenteuer“)
Kollektivsymbole/(De-)Normalisierung	Chaos, Krieg, Gewalt: Aggression, Militärschläge, gewaltsames Vorgehen, Marsch in den Krieg, Luftangriffe Denormalisierung: Eskalation, rote Linie überschritten (Protonormalismus), Lostrennung, Normalisierung: sicherstellen, Zugang gewähren Körpersymbole: in die falschen Hände fallen Natursymbole: Gipfeltreffen  Bildsymbolik: Militärschiffe die sich auf das Kameraobjektiv zubewegen - > . Der Krieg kommt immer näher
Akteure/Zuschreibungen/ Frames	USA: bereiten aggressives Vorgehen gegen Syrien vor Obama: Aggressor, doppeltes Spiel spielt er, unterstützt Rebellen (Rebellen verneinen -> Obama als Lügner dargestellt) Cameron: kriegslüstern, freut sich auf ein weiteres Abenteuer Kooperationspartner: USA, GB, Türkei, FR, Katar, Kanada, Saudi-Arabien, Italien Rebellen: klagen über ausgebliebene Unterstützung seitens Obama Iran: auf der Seite der syrischen Regierung; beschuldigt „Terroristen“ Syrien: Außenminister Walid Al-Muallim: Partner Iran
Medien	Israelische Medien: Obama entschlossen zum Angriff Britische Zeitung Observer: Gipfeltreffen ist geplant US-Medien: vergleichen das Vorhaben gegen Syrien mit dem Kosovokrieg 1999 Syrische Nachrichtenagentur Sana: meldet Vereinbarung zwischen Damaskus mit UN in puncto Untersuchungen Zugang zu garantieren
Lösungen	Syrische Kooperationsbereitschaft und Zulassung von UN-Inspektionen könnte Angriffe verhindern
Probleme	Geplante Aggressionen statt Untersuchungen

## Anhang 4: Abstract

Das erkenntnisleitende Interesse dieser Arbeit gilt dem der Öffentlichkeit medial präsentierten Wissen zum Syrienkrieg. Diesbezüglich wird in erster Linie das Zustandekommen dieses Wissens ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Mittels Kritischer Diskursanalyse, angelehnt an Siegfried Jäger (2012) und Jürgen Link, wird das Ziel verfolgt, Erkenntnisse über sprachliche und ikonographische Wirkungsmittel in Bezug auf Wirklichkeitskonstruktionen und potenzielle Parteilichkeiten im Mediendiskurs zum Syrienkrieg zu erlangen. Zur methodischen Aufarbeitung der medialen Präsentation dieses Krieges in einem in einer Masterarbeit bewältigbaren Rahmen werden der diskursive Raum und die diskursive Zeit konzentriert dargestellt. Mit Fokus auf den deutschsprachigen Raum wird das Erkenntnisinteresse auf die deutschen Massenmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und *junge Welt* bezogen verfolgt (diskursiver Raum). Parallelen und Differenzen in den jeweiligen Berichterstattungen, die dem Erkenntnisinteresse dienlich sind, werden dabei ebenfalls aufgezeigt. Das untersuchte Ereignis ist jenes zum mutmaßlichen Giftgaseinsatz in der syrischen Region Al-Ghouta am 21. August 2013 (diskursive Zeit). Dieses Ereignis prägte mit starken Schuldzuschreibungen gegen diverse Konfliktparteien, massiven Drohungen und von internationalen Angriffsvorbereitungen gegen die syrische Regierung begleitet einige Wochen lang die massenmediale Agenda. Entsprechend dem *kritischen* Anspruch der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger wird die Thematik interdisziplinär verfahren in einen breiten theoretischen Kontext gesetzt und sowohl im Hinblick auf das theoretische Fundament als auch basierend auf den Analyseergebnissen der untersuchten Zeitungsartikeln kritisch beäugt. Dabei erlauben neben diskurstheoretischen Grundlagen und sozialwissenschaftlich-medientheoretischen Darlegungen hinsichtlich Strukturen, Funktionen, Wirkungsweisen der Massenmedien und ihrer spezifischen Rolle zu Kriegszeiten, auch der herausgearbeitete polithistorische Hintergrund, gewonnen aus dem polit-wissenschaftlichen Spezialdiskurs, eine breite Kontextualisierung der Thematik. Eine solche perspektivisch vielfältige Herangehensweise an diese höchst brisante Kriegsthematik liefert dementsprechend höchst brisante Ergebnisse, die der LeserInnenschaft detailliert expliziert werden.

